

**38. Sitzung**

Wiesbaden, den 17. Mai 2000

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	2379		
<i>Entgegengenommen</i>	2379		
Präsident Klaus Peter Möller	2379, 2421		
19. Antrag der Fraktion der SPD betreffend 100-Millionen-DM-Programm zur Ausbildungsförderung		3. a) Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen	
- Drucks. 15/1212 -	2379	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU	
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (federführend) und dem Kulturpolitischen Ausschuss (beteiligt) überwiesen</i>	2393	- Drucks. 15/1221 -	2420
Bernd Riege	2379	<i>Gewählt:</i>	
Michael Boddenberg	2382, 2386	<i>Dr. Wolfgang Teufel</i>	2421
Rupert von Plottnitz	2385	b) Vereidigung des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch die Vizepräsidentin des Hessischen Landtags (§ 9 Abs. 1 Satz 1 StGHG)	2421
Michael Denzin	2387, 2393	<i>Vollzogen</i>	2421
Armin Clauss	2388	Frank-Peter Kaufmann	2420
Minister Dieter Posch	2389	Vizepräsident Dr. Wolfgang Teufel	2421
Harald Polster	2391	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	2421
Manfred Schaub	2393		
Präsident Klaus Peter Möller	2393	26. Antrag der Abg. Kahl, Fischer (Hohenroda), Fuhrmann, Hartmann, Karwecki, Klemm, Pawlik, Wagner (Angelburg), Haupt (SPD) und Fraktion betreffend Unterstützung der "Steuerreform 2000" der Bundesregierung	
<i>siehe auch Anlage</i>	2449	- Drucks. 15/1255 -	2422
6. Antrag der Fraktion der SPD betreffend chaotische und erfolglose Verwaltungsreform in Hessen		<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	2437
- Drucks. 15/1152 -	2393		
<i>Dem Hauptausschuss überwiesen</i>	2409	30. Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend mittelstandsfreundliche Steuerreform	
Günter Rudolph	2393	- Drucks. 15/1260 -	2422
Minister Dr. Franz Josef Jung	2397	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	2437
Priska Hinz	2400, 2406		
Frank Gotthardt	2403	49. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erfolgreiche Steuer- und Haushaltspolitik der Bundesregierung	
Jörg-Uwe Hahn	2405	- Drucks. 15/1278 -	2422
Bernhard Bender	2408	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	2437
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	2409	Frank Lortz	2422
7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend verstärkte Anstrengungen bei der Ausbildung in den Zukunftsberufen der IT-Technologien		Reinhard Kahl	2424
- Drucks. 15/ 1161 -	2409	Roland von Humnius	2427
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (federführend) und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (beteiligt) überwiesen</i>	2420	Alexander Müller	2429, 2434, 2436
Rupert von Plottnitz	2409	Ministerpräsident Roland Koch	2432
Bernd Riege	2411	Armin Clauss	2433
Clemens Reif	2412	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	2437
Nicola Beer	2414		
Ministerin Ruth Wagner	2416	9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend rückständige Position der Landesregierung zu erneuerbaren Energien	
Alexander Müller	2419	- Drucks. 15/1163 -	2438
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	2420		

	Seite		Seite
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten überwiesen</i>	2448	44. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
Ursula Hammann	2438, 2446	- Drucks. 15/1206 -	2448
Dr. Peter Lennert	2440	<i>Beschlussempfehlung angenommen; ausgenommen</i>	
Siegfried Pawlik	2442	<i>Petition Nr. 6878/14 (dem Petitionsausschuss zurücküberwiesen)</i>	2448
Heinrich Heidel	2444	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	2448
Minister Wilhelm Dietzel	2445		
Norbert Schmitt	2447		
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	2448		

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Franz Josef Jung
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Udo Corts
MinDirig Noe
MinDirig Dr. Schultze
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet
Staatssekretär Frank E. Portz
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach
Staatssekretär Ulrich Thumann
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

(Beginn: 9.08 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung die Meldungen des Tages: Die Landtagself hat gestern gegen eine Prominentenelf aus Pfungstadt gespielt. Ergebnis: 1:1. Torschütze der Landtagself war der Abg. Schaub.

(Allgemeiner Beifall)

Der Abg. Weinmeister hat als Torwart einen Elfmeter gehalten.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

- Ich dachte mir, dass das diesen Jubel entfachen würde.

Außerdem hat gestern ein Skatturnier zugunsten des "Christlichen Vereins Junger Menschen" in Gießen mit 39 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und vielen, vielen Preisen stattgefunden. Es wurden 890 DM eingespielt. Der Sparkassen- und Giroverband hat gesagt: Wir stocken auf 1.500 DM auf. - Die Dresdner Bank hat noch einmal 200 DM dazugelegt, sodass wir immerhin 1.700 DM eingespielt haben. Gewinner des Turniers wurde Walter Korn, einstmals Abgeordneter dieses Hauses und als guter Skatspieler bekannt. Zweiter Sieger war der Abg. Dr. Arnold.

(Allgemeiner Beifall)

Dritte wurde Frau Dr. Anja Massing von der Dresdner Bank. Das zeigt, dass auch unsere Gäste kräftig mitgemischt haben, allzumal die Frauen. Es war eine gute Mischung aus alten Abgeordneten, die sich bei solchen Gelegenheiten gern wieder sehen, von aktiven Abgeordneten, Pressevertretern, unseren Sponsoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagskanzlei.

Jetzt wird es ernst. Ich eröffne förmlich die 38. Sitzung des Hessischen Landtags und begrüße alle, die uns schon so früh zuhören, zusehen oder hier sein müssen. Das gilt meistens für die Schulklassen. Als Trost: Hier ist es immer noch schöner als in der Schule.

Ich stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist.

Erledigt sind die Punkte 1, 2, 4, 5 und 31.

Eingegangen ist eine Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zum Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einrichtung eines regionalen Dialogforums, Drucks. 15/1274 zu Drucks. 15/1124. Diese Beschlussempfehlung wird Tagesordnungspunkt 48 und wird mit Aussprache aufgerufen, wobei die Redezeit noch festgelegt werden muss. Zu diesem Antrag in der Fassung der Beschlussempfehlung ist ein Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucks. 15/1277 eingegangen.

Ebenfalls eingegangen sind zwei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf Drucks. 15/1275 zu Tagesordnungspunkt 13, Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Atlas-tensanierung in Hessen, und auf Drucks. 15/1276 zu Tagesordnungspunkt 32, Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Verurteilung des Anschlags auf das Science-Live-Mobil.

Wir tagen heute bis 18 Uhr. Die Mittagspause beträgt zwei Stunden. Das muss sein, weil in der Mittagspause eine Ausstellung eröffnet wird und einige Sitzungen stattfinden.

Ich weise besonders nachdrücklich und besonders gern auf die Eröffnung der Ausstellung "TeamMachWerke" im Um-

gang des Plenarsaals in der Mittagspause um 13 Uhr hin. Dort sind Meisterwerke von Auszubildenden aus Metall- und Elektroberufen zu bewundern, die wirklich sehenswert und meistens auch hörensenswert sind.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend 100-Millionen-DM-Programm zur Ausbildungsförderung - Drucks. 15/1212 -

Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Wer wünscht das Wort? - Das Wort hat Herr Kollege Riege für die SPD-Fraktion.

Bernd Riege (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von einer Regierung, die alle Hände voll zu tun hat, sich an den Sesseln der Macht festzuhalten,

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

erwarten wir nicht besonders viel. Ich meine mit dieser Feststellung nicht die matte Reaktion der Sozialministerin auf unseren angekündigten Antrag, sie habe doch 100 Plätze gefördert. Ich meine auch nicht die bedauerliche Tatsache, Herr Präsident, dass wir ausgerechnet dann eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben, wenn die Ausstellung von Leistungen Auszubildender hier eröffnet wird. Ich meine aber beispielsweise die vom Ministerpräsidenten geleitete Runde zur Ausbildung, die zuletzt im Herbst getagt hat und in der ganz eindeutig und lapidar Folgendes festgehalten worden ist. In Hessen werden im Ausbildungsjahr 2000 46.000 Ausbildungsplätze benötigt.

Ergänzend zu dieser Feststellung gibt es das Ergebnis der Konsensgespräche über Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, in denen sich die Wirtschaft und alle an diesem Konsens Beteiligten verpflichtet haben, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Die letzte Aktivität dieser Landesregierung ist meiner Kenntnis nach etwa zu Beginn dieses Jahres zu verzeichnen, als die Abgeordneten aufgefordert worden sind, in die Betriebe zu gehen und dafür zu werben, dass es Ausbildungsplätze gibt. Meine Damen und Herren, das erscheint uns reichlich wenig.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordern wir Sie auf, notfalls mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, in welcher Form wir den Versprechungen, die wir den Jugendlichen in den Konsensgesprächen als Vertreter von Politik und Wirtschaft gegeben haben, auch Taten folgen lassen. Da häufig über die Anträge, die hier zu diskutieren sind, hinweggelesen wird, will ich noch einmal deutlich machen, welche Schwerpunkte wir mit dieser Forderung nach einem Programm verbinden, das die bisher erfolgreichen Programme - aber in geänderter Form - fortsetzen soll. Wir verlangen, dass dieses Programm Maßnahmen zur Förderung von Aus- und Weiterbildung in den Feldern Medien, Kommunikationstechnologie, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Tourismus, Transport, Verkehr, Logistik und Umwelt bereitstellen soll.

Wir glauben, das ausdrücklich betonen zu müssen, weil nur für den ersten Bereich, Medien und Kommunikationstechnologien, das öffentliche Bewusstsein offensichtlich schon so weit gekommen ist, dass die allgemeine Feststellung lautet: Auf dem Gebiet fehlen uns Fachkräfte. - Auf den übr-

gen Gebieten werden sie uns auch fehlen, und deswegen geht unsere Forderung in die Richtung, dass wir für diese Strukturen mehr als bisher tun müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Heinrich Heidel (F.D.P.): Das habt doch ihr gemacht!)

Wir fordern Maßnahmen zur Unterstützung von Ausbildung bei Existenzgründern insbesondere in diesen Bereichen. Der Hintergrund dieser Forderung ist folgender: Es macht einen schon sehr nachdenklich, wenn junge, dynamische Unternehmer in den Medien auftreten und sagen, dass sie für Ausbildung gar keine Zeit hätten. Das mag wohl richtig sein; denn da herrscht nicht nur eine ungeheure Dynamik, sondern auch ein ausgesprochen harter Wettbewerb. Unsere Zielsetzung ist, mit dem Programm diesen Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb ja hervorragend beherrschen - denn sonst wären sie nicht an der Spitze der Entwicklung -, Hilfestellung zu geben, damit sie auch ausbilden können. Wenn sie die Zeit dafür nicht haben, dann müssen wir ihnen Anleitung zur Selbsthilfe geben, um Ausbildungsstrukturen in diesen Bereichen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Ziel, das wir erreichen müssen, damit in Zukunft in diesen Feldern tatsächlich auch eigene Fachkräfte zur Verfügung stehen, nicht zu verwechseln mit den Spitzenkräften, die wir für die Technologieförderung in Deutschland ohnehin benötigen. Es geht hier um Ausbildungsplätze. Wir fordern - das ist eine Kritik, die ich an der Landesregierung in anderer Form schon häufig geübt habe -, etwas mehr Augenmerk auf die Unterstützung der beruflichen Schulen zu legen und bei der Förderung vollschulischer berufsqualifizierender Maßnahmen endlich auch staatliche Mittel einzusetzen, weil diese Schulen seit Jahren, bedingt durch die Misere auf dem Ausbildungsstellenmarkt, ein Übermaß an personeller und sachlicher Leistung erbringen.

(Beifall bei der SPD)

Darauf muss die Regierung jetzt endlich einmal reagieren. Ich habe hohen Respekt vor den Lehrerinnen und Lehrern, die dort tätig sind, aber irgendwann ist die Kapazität am Ende. Wir alle wissen, dass die durchschnittlichen Alterszahlen bei den beruflichen Schulen nicht niedriger sind als anderswo. Wir wissen aber auch, dass die Ausstattung dieser Schulen der dynamischen Entwicklung insbesondere auf den Berufsfeldern, um die wir uns für die Zukunft besondere Sorgen machen müssen, nicht gerecht wird.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es auch im Handwerk und in Klein- und Mittelbetrieben noch mehr Möglichkeiten zur Verbundausbildung, als bisher genutzt worden sind. Dahin geht unsere Aufmerksamkeit. Wir wollen aber auch - das ist für uns bei der Analyse der Situation besonders erschreckend gewesen - denjenigen, die sich in regional sehr schwierigen Arbeitsmarktsituationen, wie in Mittel- und Nordhessen, befinden, mehr Unterstützung zukommen lassen, weil es schon beschämend für den Ballungsraum Rhein-Main ist, wenn wir feststellen, dass die Ausbildungsquote, d.h. die Zahl der Auszubildenden pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, weit unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Das ist ausgerechnet in der Boomtown Frankfurt und Umgebung der Fall, wo wir eigentlich davon ausgehen müssen, dass die Bedingungen von der Kostenseite her günstiger sind als beispielsweise in Nord- und Mittelhessen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Hinblick auf dieses Problem natürlich noch einmal einen Blick zurück zu werfen, um unsere Erfolgchancen etwas besser beurteilen zu können. Ich möchte vor diesem Hause noch einmal in Erinnerung rufen, damit es nicht gar so absurd klingt, was wir fordern, nämlich mindestens 46.000 Plätze für dieses Ausbildungsjahr, dass wir vor nicht ganz zehn Jahren bereits 52.000 Ausbildungsplätze in Hessen gehabt haben.

Jetzt fragt man sich: Wo sind die geblieben? Als nächste Erklärung gibt es erst einmal, dass staatliche Großbetriebe wie Bahn und Post erhebliche Kapazitäten abgebaut haben. Gerade bei uns in der Nachbarschaft hat aber die ehemalige Firma Hoechst einen erheblichen Teil ihrer Ausbildungskapazitäten zur Verfügung gestellt, um möglicherweise mit staatlichen Mitteln eine Verbundausbildung zu organisieren, die die Firma nichts kostet, ihre Kapazitäten aber auslastet. In diese Richtung gehen unsere Überlegungen überhaupt nicht. Aber diese drei Beispiele Hoechst, Bahn und Post sollen uns deutlich machen, dass es Ursachen dafür gibt, dass wir in Hessen statt 52.000 Ausbildungsplätzen jetzt nur noch 42.000 haben. Die Plätze sind insbesondere in der Industrie und im Handel verloren gegangen, während die Zahl der Plätze im Handwerk über diesen Zeitraum von zehn Jahren nahezu konstant geblieben ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Probleme verweisen, die durch die Zahlen bestehen. Wenn wir statt 13.000 Plätzen beim Handwerk im nächsten Jahr nur noch 12.500 haben, dann ist es nur wahr, wenn wir feststellen, dass das ein Rückgang ist. Wenn wir in der Vergangenheit festgestellt haben, dass wir beim Handwerk 12.800 statt 12.500 Plätze haben, dann haben wir das erfreut als Zunahme registriert. In dieser Größenordnung haben sich die Veränderungen beim Handwerk bewegt. Nichtsdestotrotz bedanken wir uns für diese Leistung der Handwerksbetriebe.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Denn wir wissen sehr wohl, dass das Handwerk nach wie vor stärker ausbildet, als es seinem eigenen Personalbedarf entspricht, und damit auch die Verpflichtung, die die Wirtschaft insgesamt aus dem dualen System in Deutschland hat, dort ernster genommen wird als bei den Betrieben, die die erforderlichen Mittel eigentlich in sehr viel höherem Umfang zur Verfügung haben, sich aber vornehm zurückhalten.

Es gibt eine zweite Beobachtung: Beim Rückgang der Ausbildungsplätze sind nicht nur Post, Bahn und Hoechst an der Spitze der Bewegung gewesen, sondern die großen Betriebe bilden - das kann man sagen - seit Jahrzehnten nicht mehr angemessen aus. Das ist eine Feststellung, über die wir immer hinweggegangen sind, solange die Kleinen mehr ausgebildet haben. Aber die Kleinen müssen auch rechnen und haben festgestellt, dass eine qualifizierte Ausbildung den Betrieb nicht nur Ressourcen, sondern auch echt Geld kostet. Ich habe durchaus Verständnis dafür, wenn Handwerksbetriebe im europäischen Wettbewerb rechnen müssen und sagen: Wir können uns das nicht leisten, zumal wir unseren Anteil, der unseren Beschäftigten entspricht, ohnehin erfüllen.

Das heißt, eine Sonderaufgabe zu übernehmen, die sich die Großen nicht zutrauen, weil ihnen das zu teuer ist, kann man den Handwerkern nicht abverlangen. Deswegen gehen unsere Anstrengungen mit dem neuen Programm auch in Richtung der Betriebe, die von der Kapazität her durchaus

Ausbildungsmöglichkeiten haben, sie aber nicht wahrnehmen.

Ich meine, das ist nicht so gedacht, dass wir ein Programm auflegen, dass es pro Platz 5.000 DM oder so etwas gibt, sondern unsere Forderung geht hin zur Schaffung von Ausbildungsstrukturen, die dauerhaft dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Dass da erfolgreich gearbeitet werden kann, das beweisen die Programme der Regierung Eichel, die wir in den letzten Jahren beispielsweise mit der Finanzierung von Ausbildungsberatern verbunden haben, wo Ausbildungsplätze aktiviert worden sind, die nicht mehr besetzt waren. Ich will aber nicht verheimlichen, dass mit dieser Methode natürlich in den modernen Technologien und den schnell wachsenden Unternehmen kein Erfolg verbunden sein kann, weil da eine Ausbildung noch nie stattgefunden hat.

Wir möchten, dass zielstrebig und mit vertraglicher Verabredung die Unternehmen über einen begrenzten Zeitraum unterstützt werden, die Ausbildung erst lernen müssen - wenn ich das einmal so sagen darf. Wer in einem modernen Unternehmen der Kommunikationstechnik am Markt ist, der weiß, dass es ausgesprochen viel verlangt ist, dort von den Mitarbeitern noch zu verlangen, sich mit den Ausbildungsplänen für Informations- und Kommunikationstechniker vertraut zu machen und das noch quasi neben der bisherigen Aufgabe zu leisten.

Da wir diese Probleme kennen, fordern wir die Landesregierung nachdrücklich auf, bei der Entwicklung dieser Programme insbesondere darauf zu achten, dass hier dauerhafte Strukturen und nicht dauerhafte Subventionen geschaffen werden. Das ist die eindeutige Maßgabe.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn es ist auch kein Geheimnis: Wer sich die Zahlen bundesweit ansieht, der muss erschrecken. Für Hessen hält sich das zwar noch in Grenzen, es ist aber auch schon beeindruckend, dass ein großer Teil der dualen Ausbildung mit Hilfe staatlicher Mittel stattfindet.

Das kann nicht die Zukunft sein, denn schließlich gibt es letztmals nicht nur das Urteil von 1980, wo sich die Wirtschaft schon einmal verpflichtet hatte, ihren Teil zur Ausbildung beizutragen. Es gibt auch die Konsensgespräche. Ich gehe davon aus, es ist der neueste Stand, dass die Wirtschaft ihre Pflicht zur Ausbildung ernst nehmen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich nehme das auch ernst und möchte der Wirtschaft helfen, bei dieser Ernsthaftigkeit auch erfolgreich zu sein. Deswegen schlagen wir einen Weg vor, der dafür sorgt, dass insbesondere in den genannten Bereichen zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen.

Meine Damen und Herren, es ist nicht zu leugnen, dass wir uns über jeden Ausbildungsplatz freuen, so auch über die 100, die vom Sozialministerium in Hessen gefördert werden. Es geht uns aber - um es einmal deutlich zu sagen - um eine andere Dimension. Wir brauchen in den nächsten Jahren mehr als die für dieses Jahr erforderlichen 46.000 Plätze. Wir können an den Schulabgängerzahlen bis zum Jahre 2007 etwa erkennen, dass die Zahlen steigen.

Herr Ministerpräsident, ich kann mir nicht vorstellen, dass wir jedes Jahr im Januar durch alle Betriebe in Hessen reisen und sagen: Wir sind wieder da; wir hätten gerne ge-

wusst, ob Sie dieses Jahr einen Platz mehr zur Verfügung stellen oder nicht. - Ich glaube schon, dass auch Ihnen klar ist, dass da strukturelle Änderungen erforderlich sind, denn wir werden wieder 50.000 Plätze brauchen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe das gerne gemacht, und das hat sicher auch dazu beigetragen, dass im öffentlichen Bewusstsein dem Problem Ausbildung insgesamt sehr viel mehr Aufmerksamkeit als in den letzten Jahren gewidmet worden ist. Das ist aber die Lösung für eine Notsituation. Was wir jetzt vor uns sehen, ist eine klar erkennbare Entwicklung. Wer darauf nicht entsprechend reagiert, der macht sich später unglaubwürdig, wenn er dann mit Notlösungen kommt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein Wort noch dazu, warum wir fest davon überzeugt sind, dass die strukturellen Änderungen notfalls auch mit staatlicher Hilfe, aber nur zum Anschlag, gemacht werden müssen: weil erkennbar ist, dass das Land seinen eigentlichen Pflichten im dualen System, nämlich die beruflichen Schulen in den Stand zu versetzen, den wir von der Wirtschaft für den praktischen Teil verlangen, in den letzten Jahren zunehmend weniger nachgekommen ist.

Das hat nicht nur mit der Überlastung dieser Schulen zu tun, weil sie die nicht untergebrachten Jugendlichen in irgendeiner Warteschleife betreuen. Das hat auch damit zu tun, dass das Programm des Bundes für die Qualifizierung von Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, in den beruflichen Schulen stattgefunden und dort Ressourcen gekostet hat.

Wir müssen einmal etwas genauer erfahren, was dort eigentlich notwendig ist. Ich war nicht schlecht überrascht, als ich von der Kultusministerin auf eine schriftliche Frage, wie viele Lehrer dort beschäftigt sind, erfahren habe, dass sie mir das nicht sagen kann.

(Michael Denzin (F.D.P.): Ja!)

Wir haben im Haushaltsplan eine Zahl stehen, wie viele Stellen dort sind. Ich hätte gerne nur gewusst, wie viele Beschäftigte darauf sind. Von einer Firma, die nicht einmal sagen kann, wie viele Beschäftigte sie hat, erwarte ich auch nicht, dass sie die Probleme lösen kann, die auf sie zukommen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß sehr wohl, dass die sächliche Ausstattung der beruflichen Schulen Aufgabe der Schulträger ist. Das braucht mir keiner beizubringen, weil ich seit 30 Jahren kommunalpolitisch arbeite. Trotzdem hat es immer Unterstützung zur Modernisierung dieser Systeme aus der Kasse des Landes gegeben.

Ich denke, wenn wir uns in einem Konsens auf Bundesebene verpflichten, die Ausbildungsbedingungen zu verbessern, dann müssen wir auch das tun, was dazu notwendig ist. Ich gehe davon aus, dass wir nicht unanständig sind, wenn wir die Landesregierung auffordern, für diese Schulform etwas mehr Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit aufzubringen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Es würde uns schon ausreichen, wenn es so viel Aufmerksamkeit wäre, wie Sie den Gymnasien widmen, denn

schließlich gehen durch die beruflichen Schulen nach wie vor drei Viertel eines Jahrgangs der jungen Menschen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist schon abgelaufen.

Bernd Riege (SPD):

Meine Damen und Herren, die Situation, die mit dem Lehrpersonal zu tun hat, wird an anderer Stelle zu erörtern sein. Ich bin aber sicher, dass die Sicherung unserer Zukunft als Wirtschaftsstandort auch davon abhängen wird, wie wir uns diesem Thema widmen und wie wir auf Dauer das Land Hessen im Hinblick auf qualitativ ausgebildetes Personal wettbewerbs- und konkurrenzfähig machen. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU): Das war ein Offenbarungseid von der SPD! Die haben ihre eigenen Fehler beklatscht!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Boddenberg für die Fraktion der CDU.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Riege, in einem stimme ich Ihnen zu: dass im Bereich der beruflichen Bildung einiges im Argen ist. Ich finde es aber immer wieder erschütternd - um nicht zu sagen: ich bin überrascht darüber -, wie man sich heute hierher stellen kann, nachdem man acht Jahre in dem Bereich wirklich gepennt hat,

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

und jetzt der Kultusministerin vorwirft, dass sie die Zahlen nicht bringt. Ich glaube, Herr Holzapfel ist in acht Jahren nicht in der Lage gewesen, solche Zahlen zu bringen. Ich finde es immerhin schön, dass die SPD mittlerweile zugibt, dass in dem Bereich einiges nachzuarbeiten ist. Seien Sie sicher, die neue Landesregierung - das ist auch spürbar und nachweisbar - hat in dem Bereich ganz neue Akzente gesetzt.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich eines an der Greencard-Kampagne von Bundeskanzler Schröder positiv finde, dann ist es die Tatsache, dass wir dadurch erneut auf Bundesebene, in den Landesparlamenten, an allen Enden und Ecken dieser Bundesrepublik wieder einmal über Ausbildungspolitik diskutieren.

Insofern bin ich auch nicht so ganz unglücklich, wenn Sie Anträge in dieser Richtung stellen. Ich kann Sie aber zunächst beruhigen: Alles das, was in Ihrem Antrag inhaltlich von uns gestützt wird, wird weiterhin von der neuen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen fortgesetzt und zum Teil ausgebaut. Insofern ist das, was Sie hier fordern, grundsätzlich zunächst einmal in weiten Teilen erfüllt.

Allerdings werden wir eine Forderung sicherlich nicht erfüllen. Sie betrifft eine Tendenz, die bei Ihnen immer wieder zum Vorschein kommt und auch in Ihrem Vortrag gerade zum Vorschein gekommen ist. Es ist die Forderung, die Ausbildung zu verstaatlichen. Das wird mit uns nicht

gehen. Wir setzen weiterhin auf die Verantwortung der Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer und Roland von Hunnius (F.D.P.))

Ihr Antrag vermittelt bereits in der Überschrift - -

(Zurufe)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich möchte um eines bitten. Es wurde mit großer Aufmerksamkeit und Interesse den Ausführungen des Herrn Kollegen Riege zugehört.

(Zurufe)

- Das zählt in diesem Zusammenhang nicht. - Das heißt, man kann ein Mindestmaß an Disziplin üben.

Herr Kollege Wagner, Sie sollen ein sehr missverständliches Zeichen gemacht haben, das wir uns hier abgewöhnen wollten. Ich habe es nicht gesehen. Deshalb habe ich es auch nicht gerügt. Aber ich bitte, das zu beachten.

Herr Boddenberg, lassen Sie jetzt eine Frage des Herrn Polster zu?

(Michael Boddenberg (CDU): Nein!)

Dann hat der Redner das Wort.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Polster, vielleicht kann ich nachher darauf eingehen, wenn Sie einverstanden sind.

(Zuruf)

- Frau Kollegin, ich traue mich eine ganze Menge.

(Armin Clauss (SPD): Herr Kollege, Ihre ideologischen Scheuklappen hindern Sie! Das ist Ihr Problem!)

Ich möchte schon hinsichtlich des Titels des Antrags meine - ich will jetzt nicht sagen "Bestürzung", das wäre sicherlich übertrieben; denn man ist bereits einiges gewohnt, was plakative Aussagen angeht - Verwunderung zum Ausdruck bringen. Ich möchte vor allen Dingen an meiner Auffassung festhalten, dass sich mit solch plakativen Aussagen einfach keine Politik machen lässt. Weder mit der Forderung nach einer Greencard noch mit einem 100-Millionen-DM-Programm, das man hier einfach einmal so fordert, wird man das Problem beseitigen können. Im Gegenteil: Sie vermitteln den Eindruck, dass sich das Problem der Ausbildung mit Geld oder politischen Kampagnen lösen ließe. Das ist nun einmal nicht der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

So, wie der Herr Bundeskanzler mit dem, was er auf der CeBIT gefordert hat und was seitdem diskutiert wird, eine Bauchlandung erleben wird - denn es ist halbherzig und beinhaltet nicht mehr als populistische Aussagen in Richtung der Großkonzerne; das kennen wir aber auch schon von anderen Äußerungen von ihm -, so, glaube ich, macht es auch keinen Sinn, dass Sie auf der Ebene des Landtags versuchen, über solch schlagkräftige Forderungen, wie sie bei Ihnen im Titel des Antrags stehen, nämlich 100 Millionen DM zu fordern, Politik zu machen.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Die CDU und ich möchten die Betriebe nicht aus ihrer Verantwortung für die Ausbildung entlassen. Ich glaube,

wir alle sind aufgerufen, die Signale wahrzunehmen, die von diesen Forderungen, auch von denen des Bundeskanzlers, an die Wirtschaft ausgehen. Denn auch die Diskussion über die Greencard stellt am Schluss einen Schlag ins Gesicht all derjenigen dar, die in der jüngsten Vergangenheit und in den letzten Jahrzehnten ihrer Ausbildungsverantwortung nachgekommen sind. Die Greencard-Regelung stellt eher fast eine Belohnung für die Großbetriebe dar. Herr Riege, das haben Sie eben gerade selbst kritisiert. Gerade auch von Ihnen wurde das in der Vergangenheit immer wieder mit dem Schlagwort kritisiert: Gewinne privatisieren und die Lösung der sich ergebenden Probleme und die Aufwendungen sozialisieren. - Das funktioniert nicht. Dieser Auffassung schließe ich mich grundsätzlich an.

Es kann nicht angehen, dass auf der einen Seite das Handwerk und der Mittelstand ihre Hausaufgaben machen - Handwerk und Mittelstand bieten 80% aller Ausbildungsplätze der Republik -, während sich viele große Kapitalgesellschaften ausschließlich auf die Ökonomie und die Technologie zurückziehen, immer unter dem Vorwand der Probleme, die sich aus der Globalisierung ergeben. Die daraus resultierenden Fehlentwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt wollen sie dann von der Politik reparieren lassen. Ich bin insofern der Auffassung, dass staatliche Eingriffe natürlich überall dort stattfinden müssen, wo strukturelle Problemfelder mit hoheitlichen Mitteln beseitigt werden müssen. Der Staat kann und darf jedoch nicht zulassen, dass öffentliche Mittel für die Ausbildung an Stellen verwendet werden, wo die Wirtschaft eigentlich selbst in der Lage wäre, ausreichend Angebote zu schaffen.

Ich habe es eben schon gesagt: Aus diesem Grunde haben wir alle Programme fortgesetzt, die strukturelle Defizite und Defizite in Branchen beseitigen. Wir werden diese Programme fortsetzen und teilweise sogar verstärken. Dies betrifft etwa die der Existenzgründungen. Das können Sie beispielsweise sehen, wenn Sie sich die Zahlen des Haushaltsplans anschauen. Ich wollte damit nur ein Programm herausgreifen.

Aus den genannten Gründen werden wir Ihren Antrag ablehnen. Er bringt a) nichts Neues und ist mir b) viel zu plakativ.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas anderes fragen. Ihr Bundeskanzler geht seit einem Jahr immer wieder hin - zuletzt hat er es am 1. Mai 2000 getan - und sagt: Mit unserem 2-Milliarden-DM-Programm sorgen wir dafür, dass jeder Jugendliche in dieser Republik einen Ausbildungsplatz erhält. - Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt weiterhin Mittel fordern, dann sagen Sie damit doch nichts anderes, als dass dieses groß angekündigte Sofortprogramm der Bundesregierung gescheitert ist. Ich frage Sie, ob Sie das mittlerweile genauso sehen. Wir könnten uns dann doch darüber unterhalten, dass wir hier an vielen Punkten sehr viel mehr auf die Effektivität achten müssen. Herr Clauss, selbst Ihre eigene Bundesbildungsministerin hat in der letzten Woche in der Debatte des Bundestages zum Berufsbildungsbericht gesagt,

(Armin Clauss (SPD): Ich hatte wenigstens gedacht, dass Sie einigmaßen Kenntnisse hätten!)

dass wir das Problem auf Dauer nicht durch die Vergabe von Mitteln der öffentlichen Hand lösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie und Vertreter Ihres Ministeriums sagen, es würden 13 Milliarden DM pro Jahr insgesamt von den Sozialministerien des Bundes und der Länder und den Kultusministerien der Länder und von den Kommunen ausgegeben. Ich stimme mit Ihnen darin völlig überein, dass das auf Dauer nicht haltbar ist. Es ist zuletzt natürlich auch nicht finanzierbar.

(Beifall der Abg. Inge Velte und Heide Degen (CDU))

Wenn Sie der gleichen Auffassung sind wie Ihre Ministerin, dann sollten wir uns über die Steigerung der Effektivität unterhalten und darüber, wie wir auch das Bundesprogramm jeweils auf seine Effizienz hin überprüfen. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns beim Thema Ausbildung auch immer wieder über die Qualität der Schulpolitik reden. Herr Riege, Sie haben pauschal Zahlen vorgelegt, deren Richtigkeit niemand bestreiten will. Ich kann Ihnen aber andere Zahlen vorlegen, die belegen, dass eine ganze Reihe von Branchen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und keine Auszubildenden findet. Auch darin hat die Entwicklung ihren Ursprung, die wir zu verzeichnen haben.

(Beifall der Abg. Inge Velte, Heide Degen und Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, wir müssen dabei auch über die Haupt- und Realschulabschlüsse reden und darüber, dass die Absolventen hinsichtlich der Qualität ihrer Ausbildung weit hinter den Erwartungen der Wirtschaft hinterherhinken. Wir werden dort neue Akzente setzen. Wie Sie wissen, haben wir das auch schon getan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die Landesregierung und insbesondere auch die Kultusministerin dafür loben. Denn das, was hier seit einem Jahr passiert, ist nicht nur die beste Schulpolitik, sondern auch die beste Politik für den Ausbildungsmarkt, die eine Landesregierung überhaupt machen kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich darf jetzt auf das Problem der fehlenden Auszubildenden zurückkommen. Herr Polster, es fehlen Hunderte. Ich lade Sie dazu ein, sich mit mir die Zahlen des Landesarbeitsamtes anzuschauen. Wir müssen uns die Frage stellen, woran es liegt, dass Hunderte von Betrieben offene Ausbildungsplätze melden. Ich sage Ihnen, es gibt ein paar Gründe. Einer ist die mangelnde Attraktivität einiger Berufe. Dieses Problem fällt insbesondere in den Ballungsräumen auf, in denen teilweise ein Überangebot in den modernen Dienstleistungsberufen herrscht. Es liegt aber auch daran, dass nur mangelnd informiert wird. Ich freue mich, dass, wenn ich das richtig sehe, Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne sitzen. Es wird in den Schulen mangelnd informiert. In der Vergangenheit wurde jungen Menschen immer wieder signalisiert: Ihr habt mit einem Hauptschulabschluss eh keine Chance, mit ihm bekommt ihr keinen Ausbildungsplatz. - Ich sage in Richtung der Hauptschüler: Jeder ist sich selbst verantwortlich. Jeder mit einem halbwegs ausreichenden Hauptschulabschluss bekommt in diesem Bundesland eine Lehrstelle. Herr Polster, er bekommt vielleicht nicht immer die, die er sich vor fünf Jahren erträumt hat.

(Armin Clauss (SPD): Das ist blanker Zynismus den Betroffenen gegenüber!)

Ich sage Ihnen: Wenn er bereit ist, räumlich gesehen flexibel zu sein, und am Ende auch hinsichtlich seiner Vorstel-

lung mehr Flexibilität an den Tag legt, dann wird er in Hessen einen Ausbildungsplatz bekommen. Ich zeige Ihnen das nachher auf dem Papier. Herr Polster, ich nenne Ihnen dann dazu die entsprechenden Betriebe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, die jungen Leute sind selbst schuld! Mein lieber Mann!)

Insgesamt sehe ich, dass es in der Vergangenheit viele Zeichen gegeben hat, die zu einer völlig falschen gesellschaftlichen Orientierung geführt haben. Eltern und Lehrer haben ihren Kindern und Schülern erzählt, sie sollten in Branchen der Dienstleistung gehen und sich White-Collar-Jobs suchen, welche, in denen man mit weißem Kragen arbeitet, weil das alles sehr viel schöner sei, als einer gewerblichen Arbeit nachzugehen. Ich möchte Sie alle gemeinsam bitten: Lassen Sie uns hinsichtlich dieser Klischees aufräumen. Wir sind kein reines Dienstleistungs- und Hightech-Land. Wir brauchen auch die Industrie, die gewerbliche Wirtschaft und das Handwerk in den nächsten 100 Jahren in dieser Republik. Sie werden auch weiterhin Auszubildende suchen und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen - ich füge hinzu: in ausreichender Zahl.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich am Ende meiner Rede fünf Punkte ansprechen.

Sie fragen, wo wir anfangen sollen. Ich sage Ihnen, wo wir anfangen werden. Wir müssen zunächst einmal diese "großartigen" Investitionen des Bundes mit 2 Milliarden DM auf ihre Effizienz hin überprüfen. Wir müssen alle Mittel dort konzentrieren, wo in strukturschwachen Gegenden der Ausbildungsmarkt das entsprechende Angebot nicht hergibt, wo Branchen aus vielen Gründen möglicherweise nicht dazu in der Lage sind oder wo Existenzgründer nicht in der Lage sind auszubilden. Herr Riege, ich gebe Ihnen darin zum Teil sogar Recht. Wir müssen dann aber beispielsweise auch feststellen, dass ein Drittel der mit diesem Programm geförderten Ausbildungsplätze von Realschülern und Abiturienten besetzt wurde.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ich möchte mich um die Benachteiligten kümmern und nicht um die, die auch aus eigener Kraft einen Ausbildungsplatz finden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte beispielsweise auch mehr Menschen in den Ländern in die Kammern bringen, die um Lehrstellen werben - völlig einverstanden. Herr Riege, die Aktion der Landesregierung ist eine von vielen Maßnahmen, die ich für richtig halte,

(Norbert Schmitt (SPD): Skandalös!)

weil sie signalisiert, dass wir uns um Ausbildung kümmern und selbst hingehen, um für Ausbildungsplätze zu werben.

Aber dazu passt es nicht so ganz, dass der Bund in seinem Sparprogramm in den neuen Bundesländern 2 Millionen DM streicht, um Lehrstellenbewerber so unterzubringen, wie wir es wollten - Geld, das Herr Eichel jetzt dem Rotstift opfert.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Unerhört! - Norbert Schmitt (SPD): 2 Millionen DM?)

- Ja, 2 Millionen DM, ich zeige Ihnen einmal die Zahlen.

Ein weiterer Punkt. Vor allen Dingen müssen wir die Ausbildung der Nation, die 80% der Ausbildungsplätze stellen,

insgesamt 1,2 Millionen - nämlich den Mittelstand und das Handwerk -, endlich auch steuerlich so stellen, dass sie die ganze Kraft nicht nur ihren Unternehmen, sondern auch der Ausbildung wieder und weiter widmen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Riege und Kollegen, ich lade Sie dazu ein, mit uns in die Schulen zu gehen und den Eltern das zu sagen, was ich eben angesprochen habe. Ich nehme die Unterlagen für Sie mit - Sie haben sie auch. Wir nehmen uns die Berater der Kammern mit, und wir sagen jungen Menschen, wie sie aus eigener Kraft und mit Kreativität in ihren eigenen Vorstellungen, was ihre Berufswahl anbelangt, in Hessen einen sicheren Ausbildungsplatz bekommen.

Zurzeit läuft gerade in Frankfurt die Berufsbildungsmesse. Sie dauert, wenn ich es richtig weiß, vier Tage. Herr Riege, ich gehe dorthin und schaue mir an, wie viele Eltern, wie viele Lehrer dort dabei sind. Manchmal bin ich wirklich entsetzt, wenn ich sehe, dass dort Schülergruppen fast unbetreut durch die Gegend laufen. Ich erwarte weiterhin, dass Vater und Mutter, Opa und Oma, wer auch immer, hin und wieder einmal einen 16-Jährigen an die Hand nehmen und sagen: Da gehen wir einmal gemeinsam hin, und ich zeige dir das eine oder andere. - Davon können wir sie nicht freikaufen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nächste Bemerkung. Natürlich brauchen wir auch neue Berufsbilder. Das ist völlig in Ordnung. Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, weil Sie so gerne 16 Jahre zurückblicken, möchte ich Ihnen hier auch einmal ein paar Zahlen nennen, die nicht ganz uninteressant sind. Seit dem Erlass des Bundesbildungsgesetzes im Jahre 1969 sind 275 Ausbildungsordnungen geändert worden, davon 101 allein in den letzten drei Jahren vor 1997, vonseiten der oder begleitet durch die alte Bundesregierung.

(Lachen des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen, damit Sie wissen, dass da keiner geschlafen hat.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Davon hat man überhaupt nichts gemerkt!)

Am Ende ist auch die Wirtschaft gefordert.

Eine weitere Bemerkung. Wenn ich die Wirtschaft und die Tarifparteien ansehe, liebe Kollegen, dann wundere ich mich schon. Wir kümmern uns darum, dass benachteiligte Jugendliche am Ende auch einen Ausbildungsplatz bekommen, selbst wenn sie keinen Schulabschluss haben. Seit Monaten, seit Jahren, rede ich darüber: Lassen Sie uns neue, etwas einfachere Berufsbilder schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu sagen die Sozialdemokraten in Hamburg, da machen wir mit. Auch die GRÜNEN in Hamburg sagen, da machen wir mit. Das Handwerk und die Industrie in Hamburg sagen, da machen wir mit. Der Senat in Hamburg sagt, da machen wir mit. Der Einzige, der nicht mitmacht, ist die IG Metall auf Bundesvorstandsebene. Die frage ich aber, wo denn die Alternative für diese jungen Leute ist, welche Angebote es für sie gibt. Darauf höre ich nur Schweigen, ich höre von dieser Seite gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Das ist eine rein ideologisierte Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zur letzten Bemerkung. Herr Riege, ich bin ja einverstanden, und ich glaube, wir verstehen uns an vielen Stellen sehr gut, denn es gibt auch Konsens.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Auf Ihrem Niveau nicht!)

Am Ende wiederhole ich das, was ich eingangs bereits gesagt habe: Keine noch so aufwendige Kampagne, keine noch so aufwendigen Mittel werden am Ende das Problem lösen. Wir sind und bleiben eine Marktwirtschaft, und das gilt auch für den Bereich des Ausbildungsmarktes. Wir lehnen Ihren Antrag deswegen ab - ich wiederhole mich -, weil wir mit plakativen Forderungen kein bisschen weiter kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Gerhard Bökel (SPD): Aber 100 Millionen DM sind plakativ? - Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Das Thema hat eine bessere Rede verdient! - Gegenruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU): Es hat auch bessere Abgeordnete verdient!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. von Plottnitz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg, Sie haben zu Beginn Ihres Beitrags die Bundesregierung und den Bundeskanzler in der Frage der Greencard-Kampagne gescholten. Nach meinem Kenntnisstand sind Sie nicht auf der Höhe der Entwicklung in den Reihen der Union. Heute können Sie der "Süddeutschen Zeitung" entnehmen, dass sich ein so genannter Kurswechsel der Union bei der Frage der Greencard und im Verhältnis zu der Position der Bundesregierung in diesem Punkte abzeichnet.

(Gerhard Bökel (SPD): Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen!)

Ein so genannter Internetexperte der Union, Herr Heilmann,

(Norbert Kartmann (CDU): Wer ist das?)

hat den bisherigen Standpunkt seiner und Ihrer Partei in dieser Frage, wie ich hier lese, als "schädlich und in der Sache falsch" bezeichnet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Richtig, dem Mann kann man nur zustimmen.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Herr Boddenberg, allerdings gebe ich Ihnen in einem Punkt Recht. Das Stichwort Greencard sollte man im Umgang mit dem Problem und mit den Problemlösungsansätzen der Bundesregierung nicht im Übermaß strapazieren. Sie wissen - und wir haben das auch schon einmal in anderen Zusammenhängen diskutiert -, mit der Greencard ist etwas völlig anderes gemeint als das, was die Bundesregierung jetzt macht. Das wäre auch der einzige Punkt, an dem man aus unserer Sicht den einen oder anderen mehr oder minder verdeckten Kritikpunkt anbringen könnte.

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Wer Greencard sagt, wie der Bundeskanzler, der müsste eigentlich auch den Mut haben, dann auf Limitierungen in der Dauer der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Ministerin Ruth Wagner)

Er müsste den Mut haben, in der Frage der Nachzugsregelung großmütiger und großzügiger zu sein, als das bei uns - noch - der Fall ist. Da sind uns die USA voraus. Wer Greencard sagt - um es mit einem Wort zusammenzufassen -, der muss auch Ja sagen zum Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

und zur Notwendigkeit, Einwanderung zu gestalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weit sind wir leider Gottes noch nicht. Aber immerhin, mit dem, was als Greencard diskutiert worden ist, sind notwendige Ansätze geleistet worden, um Defizite auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt der Bundesrepublik im IT-Bereich zu beseitigen.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Das ist ein wichtiger Beitrag, ein wichtiger Punkt, auch wenn es sich eigentlich in der Sache nur um ganz traditionelle - um nicht zu sagen: ordinäre - Anwerbepolitik nach dem Modell der Sechziger- und Siebzigerjahre handelt.

Das allerdings nur zu dem Punkt, den Sie eingangs angesprochen haben. Ansonsten, Herr Kollege Boddenberg, finde ich - und wir haben ja Gelegenheit gehabt, uns bei den verschiedensten Veranstaltungen zu Fragen der Ausbildung miteinander auseinander zu setzen -, wer so viel Fachkunde hat wie Sie - das sei Ihnen unbestritten -, der darf mit dem Problem, das die SPD-Fraktion hier mit ihrem Antrag präsentiert hat, nicht so umgehen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das muss ich Ihnen denn schon sagen. Sie können sich nicht hierher stellen und uns im Ergebnis eigentlich verkünden: Das Problem, das die SPD sieht, gibt es nicht. - So haben Sie es dargestellt. Eigentlich gibt es, wenn man Ihren Worten glauben soll, Ausbildungsangebote im Übermaß

(Zuruf von der CDU)

und nur unwillige Bewerberinnen und Bewerber, die nicht willens und in der Lage sind, von diesem Paradies an Ausbildungsplatzangeboten in Hessen Gebrauch zu machen.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Das hat nun mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie setzen - den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen - auf Verdrängung. Und indem Sie auf Verdrängung setzen, beleben Sie ein Ritual, das wir hier im Hessischen Landtag, und nicht nur hier, alle Jahre wieder erleben können.

Wie sieht das Ritual aus? Da gibt es Zahlen von den Landesarbeitsämtern, die über jeden Zweifel erhaben zeigen, dass wir erhebliche Defizite auf dem freien Ausbildungsmarkt - den Sie beschworen haben - zu verzeichnen haben.

Jahr für Jahr suchen mehr junge Leute und Jugendliche Ausbildungsplätze, als auf dem Markt Ausbildungsplätze angeboten werden.

(Harald Polster (SPD): Das ist schlicht wahr!)

Für das kommende Jahr beläuft sich dieses Defizit auf eine Zahl zwischen 3.000 und 4.000. Das sind keine Zahlen von den GRÜNEN, von der SPD oder von dem Kollegen Riege, das sind die Zahlen des Landesarbeitsamtes Hessen. Das ist doch eine dramatische Entwicklung,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

wenn wir festzustellen haben, dass auch im nächsten Jahr wieder Tausende von jungen Leuten keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt erhalten werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr von Plottnitz, lassen Sie eine Frage von Herrn Boddenberg zu?

(Harald Polster (SPD): Der hätte vorhin etwas Gescheiteres erzählen sollen! - Gegenruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er will sich jetzt korrigieren! - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schön!)

- Herr Kollege Boddenberg.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr von Plottnitz, ich möchte Sie nur fragen - ich muss es ja als Frage formulieren -: Würden Sie bitte Folgendes zur Kenntnis nehmen? Ich nehme einmal einen Bereich aus meinem Innungsbezirk Frankfurt am Main, nur das Nahrungsmittelhandwerk. Bei Fragen, die ich als Innungsgeschäftsstelle an meine Betriebe richte, bekomme ich 30, 40 offene Ausbildungsplätze gemeldet, und das Arbeitsamt

(Harald Polster (SPD): Was hat das mit dem Thema zu tun?)

hat etwa acht oder zehn offene Stellen gemeldet. Das heißt, die Dunkelziffer der offenen Ausbildungsplätze ist in diesem Beispiel um das Drei- bis Vierfache höher. Das können Sie auch in vielen anderen Bereichen sehen. Deswegen sage ich nicht, es gibt kein Problem, sondern ich sage nur, es gibt auch auf der anderen Seite eine Lücke.

(Harald Polster (SPD): Schöne Frage!)

Präsident Klaus Peter Möller:

„Stimmen Sie mir zu?“, müsste jetzt noch kommen.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn die Frage also lautet: „Stimmen Sie mir zu?“, muss ich Ihnen sagen, ich stimme Ihnen nicht zu. Natürlich werden Sie in Einzelbereichen immer in dem von Ihnen geschilderten Sinne Überhänge zugunsten von Ausbildungsangeboten feststellen. Aber das ändert doch nichts an den prinzipiellen Problemen - dass es nämlich insgesamt, bezogen auf diejenigen, die Ausbildungsplätze suchen, zu wenig Angebote gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich verstehe nicht, warum wir uns Jahr für Jahr immer dieselben rituellen Debatten liefern. Die eine Seite verdrängt,

wie Sie das gerade getan haben. Sie warnen sogar - das war zum Schluss sozusagen der ganz schwere Gang noch einmal zu den Geschützten der Ideologie. Da, wo Herr Rexrodt früher gesagt hat: „Die Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“, sagt sogar ein so kluger Mann wie Herr Boddenberg jetzt: Wir dürfen nicht vergessen, die Ausbildung findet in der Wirtschaft statt. - Das Gegenteil ist Monat für Monat in der Bundesrepublik zu besichtigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Ausbildung findet eben leider nicht mehr in der Wirtschaft statt. Sie warnen die SPD davor - uns in diesem Zusammenhang offensichtlich nicht, so habe ich es notiert -, die Ausbildung zu verstaatlichen. Ja, Herr Boddenberg, ist an Ihnen vorbeigegangen, dass wir in den letzten Jahren, in den letzten zehn Jahren kann man sagen, mehr und mehr auch im Zeichen der Regierung Kohl die Verstaatlichung der Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland längst zu beobachten hatten? Das hat doch längst schon stattgefunden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gerade weil Sie und wir der Meinung sind, dass auf Dauer kein Staat vom Zuschnitt der Bundesrepublik Deutschland die Aufgaben der Ausbildung von Jugendlichen übernehmen kann, muss man doch gemeinsam darüber nachdenken, was Staat und Politik machen können, um diejenigen, die qua Wirtschaft für Ausbildungsaufgaben zuständig sind und die früher diese Ausbildungsaufgaben traditionell auch erfüllt haben, dazu zu bringen, diese Aufgaben zukünftig wieder zu erfüllen. Das ist doch der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihr Lager verlässt sich - ich gebe zu, unsere Seite auch, da wollen wir gar nicht lange drumherum reden - immer wieder auf Versprechungen. Da wird im Bündnis für Arbeit von den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Wirtschaft, so würde ich sagen, alle Jahre wieder hoch und heilig versprochen, für mehr Ausbildungsangebote zu sorgen. Dann vergehen ein, zwei oder vier Monate, und wir stellen fest, das nächste Ausbildungsjahr ist in Sicht, aber wieder fehlen Tausende von Ausbildungsplätzen. Das heißt, den Versprechungen folgen keine Taten.

Wie geht man mit dieser Situation um? Ich finde, der Ansatz der Fraktion der SPD, gerade für eine Form der Förderung zu sorgen, die sich von dem traditionellen Ansatz dadurch unterscheidet, dass nicht dauerhaft subventioniert wird, sondern für dauerhafte Strukturen gesorgt wird, bei denen auch in Zukunft Ausbildungsplätze verfügbar sind, dieser Ansatz ist doch nachdenkenswert. Den kann man doch unterstützen, Herr Boddenberg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Riege, ich habe mich aber etwas gewundert, dass Sie zu einem Punkt kein Wort verloren haben, der Frage nämlich, ob das alles reicht, was Sie jetzt von der Landesregierung mit Ihrer Initiative begehren. Ich habe erhebliche Zweifel, weil wir mehr und mehr den Gang in die Verstaatlichung der Ausbildung feststellen müssen. Wir wären die Letzten, die bestreiten würden, dass es ein sehr lobenswertes Programm der Bundesregierung ist, 100.000 Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze für Jugendliche, die über

solche Plätze nicht verfügt haben, mit 2 Milliarden DM jährlich zu fördern. Dieses Programm ist hervorragend. Ohne dieses Programm hätten im vergangenen Jahr 2.200 Jugendliche in Hessen weniger über eine Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektive verfügt. Das darf man auch nicht vergessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber ich frage mich: Können wir eigentlich achselzuckend eine Strategie der Versprechungen vonseiten der Wirtschaft hinnehmen, die nicht erfüllt werden, und uns dann weiter auf den Weg der Verstaatlichung von Ausbildung begeben? Da meine ich, das können wir nicht, vor allem wenn wir festzustellen haben, dass die Gleichung gilt, in Hessen wie überall sonst in der Bundesrepublik Deutschland auch: je größer die Unternehmen, desto weniger groß das soziale Engagement, die soziale Verantwortung für Ausbildung und Ausbildungsbereitschaft. So simpel ist das. Wenn es so ist, dass die Kleinen noch ausbilden, wenn auch im Handwerk mit rückläufiger Tendenz, dass der Mittelstand ausbildet, aber diejenigen, bei denen der vielbeschworene Shareholder-Value das Sagen hat, nicht mehr ausbilden, warum tritt man nicht endlich dem Gedanken einer Ausbildungsplatzumlage näher, die diejenigen belastet, die ohne Not nicht mehr ausbilden?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Boddenberg schmunzelt, denn er sieht da die Gefahr der Verstaatlichung von Ausbildung. Aber im Gegenteil, damit geben wir diese Ausbildungsaufgaben zurück in die Verantwortung der Wirtschaft. Ich meine, wir können uns nicht länger mit Versprechungen abspeisen lassen. Wir müssen im Zweifelsfall den Mumm haben, für eine solche Umlage zu sorgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es würden nicht die Kleinen die Zeche bezahlen. Die Kleinen würden von einer solchen Umlage profitieren, denn aus den Mitteln dieser Umlage sollen ja die Ausbildungsbereitschaft der Kleinen und die Finanzierung unterstützt und gefördert werden.

(Zuruf von der CDU: Die Großen kaufen sich frei!)

- Meinetwegen kaufen sich die Großen frei, aber die Großen tun ja jetzt schon zu wenig für die Ausbildung. Es geht um eine kompensative Maßnahme.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir streiten doch nur noch über einen Punkt, Herr Boddenberg; daraus mache ich auch keinen Hehl. Die Debatte geht durch die GRÜNEN wie durch alle anderen Parteien auch. Ist es nicht wirtschaftspolitisch ein Standortnachteil, wenn ich Großunternehmen mit einer solchen Umlage belasten würde? Darüber kann man streiten und darüber wird gestritten. Ich sage nur, ich will nicht in einer Gesellschaft leben, in der wir uns Jahr für Jahr damit abspeisen lassen, dass für zu wenig Ausbildungsplätze gesorgt wird, auf der einen Seite, wir auf der anderen Seite aber die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn wir die Kriminalstatistiken erleben und feststellen, Verrohung und Gewaltbereitschaft nehmen bei Jugendlichen leider Gottes zu. Eine solche gesellschaftliche Entwicklung ist auch kein Standortvorteil.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen müssen wir den Mumm haben, weg von der Strategie der Versprechungen, hin zu einem gerechten Ausgleichssystem mit einer Ausbildungsplatzumlage zu gehen. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Denzin für die Fraktion der F.D.P.

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht das Problem wird verkannt oder heruntergespielt, sondern die Zielrichtung des ritualisierten Ablaufes, wie Herr Plotnitz zu Recht festgestellt hat. Jahr für Jahr wird, wie auf Wiederholung, ein sehr wichtiges Thema hier auf den Tisch gelegt, aber Jahr für Jahr wird es leider so behandelt, als hätte sich an den Rahmenbedingungen nichts geändert. Es werden Fundamentalpositionen aufgezogen, aber im Ergebnis muss man fragen: Was hat es Neues gebracht?

(Zuruf des Abg. Harald Polster (SPD))

- Nein, gerade weil ich den Antrag gelesen habe und ihr genau wisst, dass all das, was beantragt ist, genau so läuft, zum Teil noch durch Wirtschaftsminister Klemm und die SPD/GRÜNEN-Regierung so angelegt, zum Teil verstärkt von Wirtschaftsminister Posch und unserer Regierung. In der Addition ist schon mindestens das, was begehrt wird, genau ein Alibiangebot, der das Thema auf den Tisch bringt - dagegen habe ich ja gar nichts, aber nicht über diesen Weg -, der uns aber in keinem Punkt weiterführt. Meine Damen und Herren, was wir bei diesem Thema machen müssen, ist doch, uns die Veränderungen der Rahmenbedingungen anzusehen. Wir müssen sehen, ob wir anders reagieren müssen als bisher, und dann müssen wir definieren, was da sein soll.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, was denn?)

Dazu haben wir als Ausgangspunkt sicher unterschiedliche Positionen.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ach, halten Sie doch einmal den Mund. Nein, es ist mir zu ernst, als dass ich mich durch dieses dumme Zwischengequatsche laufend stören lassen will. Es ist nämlich ein ernstes Thema.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich habe heute bei Herrn Riege einen großen Teil herausgehört, der über den Antrag, auch über den ursprünglichen Diskussionsansatz hinausgeht. Das finde ich gut. Darauf kann man durchaus aufbauen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, so, das glauben Sie!)

Meine Damen und Herren, wo sind denn die geänderten Bedingungen? Wir haben nach den Schulabgängerzahlen insgesamt noch eine sehr angespannte Situation bis zum Jahre 2005. Wir haben vielleicht nicht mehr die Anspannung, die wir noch im letzten Jahr hatten. Aber richtig ist,

dass noch Defizite in den Angeboten gegenüber der Nachfrage da sind.

(Zuruf des Abg. Harald Polster (SPD))

Wir haben in den IT-Berufen eine Entwicklung, mit der wir Neuland betreten, auch in den Ausbildungsprogrammen. Da, wo wir Neuland betreten und wo sich strukturelle Änderungen abzeichnen,

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

haben wir auch einen politischen Auftrag. Darüber hinaus haben wir sicherlich einen Dissens mit einem Teil der GRÜNEN und mit einem Teil der SPD, weil Sie immer noch davon ausgehen - Sie nicht, Herr von Plottnitz, aber viele von Ihnen -, dass der Staat nicht nur die Last der schulischen Begleitausbildung hat, sondern die volle Verantwortung, vielleicht die alleinige Verantwortung für die betrieblichen Ausbildungsplätze. Das kann nicht wahr sein.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat Ihnen denn das gesagt?)

- Herr Riege, Sie nicht. - Herr Boddenberg hat das eben zu Recht schon angesprochen. Es kann doch nicht sein, dass wir uns in großen Konsensgesprächen bis hin zum Bundeskanzler verpflichten, dass die Wirtschaft sich auch verbal verpflichten lässt - ich meine jetzt den Teil der Wirtschaft, der in diesem Bündnis für Arbeit mit dem Bundeskanzler zusammensitzt -, dann die Bundesregierung nach eigenem Bekunden 2 Milliarden DM ausgibt - wir müssen nachprüfen, ob es wirklich so ist - und der Finanzminister diesen Großbetrieben noch Bonbon über Bonbon bis hin zur steuerfreien Veräußerung von Teil- oder Tochterbetrieben zusagt, und das wars dann.

(Harald Polster (SPD): Oh!)

Dann ist es der Bereich, der die Last der Ausbildung nicht nur traditionell, sondern auch aktuell trägt, nämlich Handwerk, KMU - kleine und mittlere Unternehmen -, die im Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik in jedem Fall als die Bestraften dastehen und die diese Aufgabe zum Teil aus eigener Überzeugung und zu ihrem eigenen Vorteil - das ist natürlich auch sinnvoll und richtig - übernehmen, während wir in dem anderen Bereich nur heiße Luft und sonst nichts haben.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Clauss zu?

(Michael Denzin (F.D.P.): Ja!)

Armin Clauss (SPD):

Herr Kollege Denzin, es ist unbestritten, dass unser duales Ausbildungssystem durch die zwei Lernorte Betrieb und Schule weltweit das Optimale ist. Sind Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem die übrige Welt unser Ausbildungssystem studiert und übernimmt, es bei uns zusammenbricht, weil wir ganze Landstriche haben, in denen überhaupt keine betrieblichen Strukturen mehr da sind, die Ausbildungsplätze anbieten können?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie doch in die neuen Länder. Dort konnte die duale Ausbildung doch von vornherein überhaupt nicht

starten, weil die Strukturen nicht da sind. Wie können Sie angesichts dieser Realität mit dem Thema so umgehen, wie Sie es erneut versuchen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Clauss, Ihrer Frage muss ich entnehmen, dass Sie meinen Ausführungen zumindest nicht in der ganzen Länge gefolgt sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Denn ich bin nicht so mit dem Thema umgegangen. Ich habe ausdrücklich gesagt: Es gibt strukturelle Verwerfungen in Form der Weiterentwicklung von Wirtschaftsstrukturen, der Tatsache, dass Großbetriebe weniger ausbilden, in Form von neuen Berufszielen, aber auch regionale Strukturen. Da, wo wir solche strukturellen Verwerfungen haben, sind wir durchaus aufgerufen, abfedernd oder auch anstoßend in diesen Bereich einzugreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber das tun wir bereits bei 20% des Ausbildungsmarktes. Das ist verdammt viel. Ich meine, wir müssen auch die Strukturen überdenken, bei denen wir nicht mehr aufgefordert sind, einzugreifen und zu unterstützen, und wir müssen uns diesem Prozess auch unterwerfen.

Deshalb, Herr Clauss, möchte ich die Behandlung des Themas von diesem ritualisierten Ablauf mit den Fundamentalpositionen, die dann immer noch vertreten werden, herunterholen. Ich möchte, dass wir jedes Jahr hier über einen Ausbildungsbericht diskutieren, den der Wirtschaftsminister vorlegt, wobei wir all diese Facetten und Entwicklungstrends mit einbeziehen, und dass wir dann auf einer nüchternen rationalen Basis an diese Aufgabe, die verdammt wichtig ist, herangehen. Zu dieser Aufgabe gehört genauso die vorbereitende schulische Ausbildung. Das wissen wir alle. Da tut sich einiges.

Ich kann Ihnen jetzt erfreulicherweise verschiedene Beispiele nennen, wo sich schon im Bereich der Hauptschule und des Umfeldes der Hauptschule nicht nur Dialoge, sondern Kooperationen zwischen örtlichen Gewerbevereinen, Handwerk, Handel und der Schule - teilweise durch die Gemeinde und die Bürgermeister begleitet, teilweise auch ohne die Gemeinde - für Formen von Praktika für die Hauptschüler schon ab 14, 15 oder 16 Jahre, je nachdem, wie lange sie drin sind, entwickeln. Es steht die Frage des 10. Schuljahres an der Hauptschule an. Es besteht die Frage nach dem, was die Kultusministerin erfreulicherweise, nachdem Sie dieses Thema acht Jahre wirklich sträflich vernachlässigt haben, an Ansätzen in diesem Bereich gebracht hat. Wir müssen raus aus den Warteschlangen in den berufsvorbereitenden Jahren an den Berufsschulen. Darüber sind wir uns doch einig. Also mein Vorschlag: raus aus der Heißen-Luft-Diskussion,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als nüchterne Grundlage jedes Jahr ein Ausbildungsbericht hier auf den Tisch und dann die Entwicklung konkret verfolgen und reagieren.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In diesem Sinne hat dann die Diskussion heute vielleicht doch noch etwas gebracht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Ich hatte in der Vergangenheit eigentlich den Eindruck, dass wir in Sachen Ausbildung näher beieinander waren, als Sie das heute in der Diskussion hier darstellen. Ich sage aber auch dazu, dass der Antrag und insbesondere die Begründung von Herrn Riege dazu beigetragen haben, dass ein anderer Eindruck entsteht. Ich will auch versuchen, Ihnen das anhand einzelner Beispiele zu belegen.

Es besteht zweifellos ein Zusammenhang zwischen Ausbildungsmarkt und Arbeitsmarkt. Wer eine Steuerpolitik betreibt, die den Mittelstand nicht fördert, sondern bestraft, darf sich nicht wundern, wenn die Ausbildungsbereitschaft nicht zunimmt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Harald Polster (SPD))

Sie negieren diesen Zusammenhang zwischen Steuer-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, weil Sie nämlich die Frage der Ausbildungspolitik völlig isoliert diskutieren und den Zusammenhang nicht darstellen. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass der Mittelstand 80% der Ausbildungsplätze erbringt. Ich nehme die Gelegenheit auch gerne wahr, insbesondere dem Handwerk und dem Mittelstand an dieser Stelle dafür zu danken, dass sie diese Leistung vollbringen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich erwarte aber auch, dass die anstehenden Diskussionen im Bundesrat dazu beitragen, eine Lösung zu finden, die den Mittelstand nicht bestraft, damit nämlich das honoriert wird, was er in der Vergangenheit getan hat und was wir künftig auch noch von ihm verlangen.

Die Sozialdemokraten muss ich an dieser Stelle einmal fragen, was sie denn eigentlich wollen. Ich habe mit Interesse eben die Diskussion verfolgt. Hier geht es um einen Antrag, in dem zusätzlich 100 Millionen DM verlangt werden. Herr Kollege von Plottnitz hat die Diskussion auf etwas ganz anderes gebracht, nämlich auf die Frage einer staatlichen Zwangsabgabe. Die Sozialdemokraten müssen intern klären, was sie eigentlich wollen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr von Plottnitz ist kein Sozialdemokrat!)

Wollen Sie noch mehr Staat in der Ausbildung via staatliche Zwangsabgabe, oder wollen Sie auf die Kräfte innerhalb der Wirtschaft setzen?

(Armin Clauss (SPD): Seit wann ist von Plottnitz bei uns?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister, lassen Sie eine Frage von Herrn Bökel zu?

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Nein. Ich möchte zusammenhängend etwas zu dem Antrag der Sozialdemokraten sagen.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich wollte nur fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass Herr von Plottnitz noch zu den GRÜNEN gehört!)

Meine Damen und Herren, ich möchte den Antrag der Sozialdemokraten gern zum Anlass nehmen, Sie über die vielfältigen Leistungen der Hessischen Landesregierung in Sachen Ausbildungsförderung zu unterrichten. Ich habe ohnehin den Eindruck, dass Sie nach zwölf Monaten Opposition dabei auch das vergessen haben, was wir gemeinsam gemacht haben und was wir von der Vorgängerregierung übernommen haben.

Sie versuchen hier, ein Thema zu besetzen - getreu dem bisherigen Ritual, das Thema dreimal im Jahr zu diskutieren. Und Sie wollen mit der Forderung nach einem 100-Millionen-DM-Programm den Eindruck erwecken, Sie nähmen sich besonders dieser Klientel an.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dies wird Ihnen nicht gelingen; denn die Ausbildungsförderung ist bei der Hessischen Landesregierung in guten Händen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass der Bundeskanzler am 1. Mai sinngemäß zugesagt hat, dass bedingt durch den großen Erfolg des Sofortprogramms der Bundesregierung jetzt jedes Jahr von dieser Regierung genügend Geld bereitgestellt würde, um den jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu sichern. Deswegen kann ich überhaupt nicht verstehen, wie die hessischen Sozialdemokraten auf die Idee kommen können, zusätzlich die Auflage eines 100-Millionen-DM-Programms zu fordern. Sie fordern dies, ohne einen Blick auf das Vorhandene, das Notwendige und das Sinnvolle zu verschwenden. Ich habe es gesagt: Das ist der Versuch, sich zu profilieren. Aber dieser Profilierungsversuch wird scheitern.

(Zuruf des Abg. Harald Polster (SPD))

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Welcher Unternehmer will angesichts solch vollmundiger Versprechen denn künftig noch allein und ohne eine irgendwie geartete Finanzspritze ausbilden?

Mein Vorgänger im Amt - ich habe mit ihm viele Diskussionen auf der Seite der Opposition in der Vergangenheit geführt - hat keine Gelegenheit ausgelassen, um an die eigenständige Ausbildungsverantwortung der Wirtschaft zu erinnern.

(Gerhard Bökel (SPD): Richtig!)

Nur tun Sie heute genau das Gegenteil, indem Sie nämlich zusätzlich 100 Millionen DM verlangen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Gerhard Bökel (SPD): Nein! - Armin Clauss (SDP): Sie haben es nicht kapiert!)

Sie machen nichts anderes, als zusätzlich nach Staatsknete zu rufen.

(Bernd Riege (SPD): Quatsch!)

- Herr Kollege Riege, entweder bin ich auf der verkehrten Veranstaltung, oder ich habe überhaupt nicht verstanden, was Sie hier veranlasst haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Das Zweite ist der Fall!)

Sie gucken nicht in den Haushalt, sie verlangen zusätzlich ein 100-Millionen-DM-Programm.

(Armin Clauss (SPD): Ich habe den Eindruck, Sie wären nicht in der Lage, es umzusetzen!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir sind es unserer jungen Generation schuldig, unseren Beitrag zu leisten und deutlich zu machen, dass Ausbildung für die Wirtschaft eine vornehme Pflicht und keine lästige Pflichtübung ist. Bekanntlich weckt das freimütige Anbieten von Subventionen in der Regel Begehrlichkeiten nach mehr, stärkt aber keineswegs eigenständiges Denken und Handeln.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort zur Ausbildungsstellensituation sagen. Wir sind im letzten Jahr ein gutes Stück weitergekommen. Nachdem sich erstmals seit etlichen Jahren Ende September 1998 die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen geringfügig erhöht hatte, hat sich dieser Trend im Jahre 1999 deutlich fortgesetzt. Die Zahl der gemeldeten Stellen stieg um 5,5% an, und deswegen habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, dass Sie, Herr Kollege von Plottnitz, hier ein Bild zeichnen, das mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat. Sie polemisieren und nehmen diese Zahlen schlicht und ergreifend nicht zur Kenntnis.

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber aber blieb erstmals seit mehreren Jahren konstant. Auch zur Halbzeit des gegenwärtigen Beratungsjahres, zum Ende März 2000, stieg die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen um gut 3% an, während die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber um 5,7% zurückging. Hinzu kommt, dass sich immer mehr junge Leute auf eigene Faust um eine Ausbildungsstelle bemühen, sodass diese Zahl, die bei den Arbeitsämtern gemeldet ist, den realen Rückgang nicht zum Ausdruck bringt.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Fest sieht, und das bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass die Schere zwischen Angebot und Nachfrage kleiner geworden ist. Man kann also mit Fug und Recht von einer Trendwende auf dem Ausbildungsstellenmarkt sprechen, und sicherlich haben die Anstrengungen aller Beteiligten - hier beziehe ich ausdrücklich auch die Vorgängerregierung ein - dazu beigetragen.

Ich möchte dennoch die Wirtschaft nicht weiter an einen Subventionstropf hängen. Die wirtschaftlichen Prognosen sind positiv, und die Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt - das ergibt sich aus den Zahlen - ist geschafft. Richtig ist, dass sich die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger noch bis 2005 jährlich kontinuierlich erhöhen wird. Deshalb haben wir bei der letzten Ministerpräsidentenrunde im Herbst 1999 - Herr Riege, Sie haben die Zahl genannt - die Zielzahl auf 46.000 Neuabschlüsse in Hessen vereinbart. Diese Zielzahl ist einvernehmlich in diesem Arbeitskreis beschlossen worden.

(Zuruf des Abg. Bernd Riege (SPD))

Wir werden am kommenden Montag ein Folgegespräch haben. Dabei wird zu beraten sein, welche konkreten Anstrengungen zur Erreichung dieses Ziels verstärkt oder zusätzlich vorgenommen werden müssen. Es ist sicherlich - da sind wir uns wahrscheinlich einig - noch vieles zu tun. Ich möchte auch nicht falsch verstanden werden. Wir dürfen in unserem Bemühen nicht nachlassen.

Ich will aber auch nicht verschweigen, dass der Präsident des Landesarbeitsamtes und ich in einer Frage einer Mei-

nung sind: Die gegenwärtige Quote der subventionierten Ausbildungsverhältnisse ist mit ca. 14% aller Neuabschlüsse im Jahre 1999 eindeutig zu hoch, und sie muss dringend zurückgeführt werden.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ich sage nur: Eine zusätzliche Subventionierung, wie Sie das in Ihrem Antrag fordern, würde genau das Gegenteil bewirken. Der Anteil der staatlich subventionierten Ausbildungsplätze würde zusätzlich steigen, und dies ist nicht das Ziel der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Norbert Kartmann (CDU): Erheblich steigen!)

Deshalb setze ich mittelfristig auf eine andere Strategie. Ich will dahin kommen, die Platzsubventionen allmählich zu reduzieren. Verbessern will ich - hier sehe ich einen Hauptansatzpunkt, wenn von zusätzlichen Maßnahmen die Rede ist - das Ausbildungsumfeld. Das meint Aktionen, die z. B. Unternehmen erstmals in die Lage versetzen auszubilden, die verstärkte Beratung und, wo nötig, Begleitung der Ausbildung anbieten. Herr Kollegen Boddenberg hat das in seinem Beitrag angesprochen. Hier wollen wir tätig werden.

Dies gilt insbesondere für Aktionen, die eine Koordination und Information vor Ort verstärken, die über neue und auch alte zukunftsfähige Berufe sowohl die Jugendlichen als auch die Wirtschaft informieren. Ich betone ausdrücklich: sowohl die Jugendlichen als auch die Wirtschaft. Ich habe den Eindruck, dass bei den Informations- und Kommunikationstechnologien und insbesondere auch in der Medienwirtschaft Unternehmen sich der Möglichkeiten, Ausbildungsplätze anzubieten, überhaupt nicht bewusst sind. Deswegen ist es eine Aufgabe seitens des Staates, darauf hinzuwirken, dass auch in diesen neuen Berufen intensiver ausgebildet wird. Wir wollen auch verstärkt ausländische Betriebe für die Ausbildung gewinnen, aber auch die qualitativen Bedingungen verbessern.

Lassen Sie mich nun auf Ihre konkreten fünf Punkte - Herr Riege, Sie haben sie angesprochen - zu sprechen kommen.

Erstens fordern Sie Aus- und Weiterbildung in Feldern wie Medien, Gesundheit, Transport etc. Sie wissen, dies geschieht längst und seit Jahren. Die vielfältigen Programmlinien im Bereich berufliche Bildung meines Hauses und die der jeweiligen Fachressorts haben hier viele Förderansätze. Eine Erweiterung und innovative Fortentwicklung wird derzeit im Rahmen der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds in die Wege geleitet. Darüber hinaus sehe ich in finanzieller Hinsicht in dieser Frage keinen Handlungsbedarf. Wenn es aus Ihrer Sicht Lösungsansätze gibt, dies zu verbessern, wissen Sie ganz genau, dass ich bereit bin, jederzeit darüber zu diskutieren.

Der zweite Punkt ist ein Ausbildungsförderungsprogramm bei Existenzgründern. Herr Riege, Sie haben die Bedeutung der Ausbildung bei Existenzgründern betont. Das ist völlig richtig. Nur, Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, wir täten das nicht. Wir haben die Platzzahl bei dem Ausbildungsplatzförderungsprogramm für Existenzgründer in diesem Jahr von 350 auf 500 Plätze aufgestockt. Das, was Sie sagen, wird also bereits gemacht. Wir sind uns darüber im Klaren, dass Existenzgründern hierbei geholfen werden muss, und wir haben etwas getan, was, glaube ich, auch richtig ist: Wir haben in dieses Programm die freien Berufe einbezogen.

Auch wenn Sie es nicht unmittelbar angesprochen haben, darf ich Ihnen mitteilen, dass wir die Förderung der Bera-

tung von Existenzgründern ab diesem Jahr erheblich verbessern und auch erstmals Mittel für ein Coaching während der schwierigen Anfangsjahre bereitstellen werden. Daraus wird deutlich: Weniger Platzsubventionen, dafür mehr Beratung der Unternehmen, um die entsprechenden Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Dritter Punkt. Aufgrund der Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Ausbildungsjahr 1999/2000 und der von der ausbildenden Wirtschaft angekündigten weiteren Anstrengung zur Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im dualen System ist nicht vorgesehen, zusätzliche vollschulische berufsqualifizierende Ausbildungsmaßnahmen an beruflichen Schulen einzurichten. Gerade in den besonders nachgefragten Ausbildungsbereichen der Informations- und Medientechnologien kann die benötigte fachbezogene Lehrerversorgung nur unter erheblichen Anstrengungen sichergestellt werden. Für zusätzliche vollschulische berufsqualifizierende Ausbildungsmaßnahmen in diesem Bereich können die erforderlichen Fachkräfte wegen der gerade hier boomenden Nachfrage nur schwer gewonnen werden. Dies ist ein Problem, das die Berufsschulen haben, das entsprechend qualifizierte Personal für diese Bereiche zu bekommen. Dann können wir nicht versprechen, zusätzliche vollschulische Angebote zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, Herr Riege, der vierte Punkt betrifft die Förderung der Verbundausbildung. Die Förderung der Verbundausbildung ist etwas, was wir fortsetzen. Die Förderung der Verbundausbildung wird von 400 auf 500 Plätze aufgestockt, die Zugangbedingungen aufgrund der bisher gewonnenen Erkenntnisse angepasst und die Fördersumme pro Platz erhöht.

Bei der Verbundausbildung haben wir das Problem, dass die Akzeptanz bei den Unternehmen noch nicht so vorhanden ist, wie das wünschenswert ist, weil es natürlich vom Denkansatz nicht unbedingt selbstverständlich ist, eine solche Ausbildung nicht nur bei sich selbst, sondern im Verbund zu realisieren. Das heißt, hier ist Überzeugungsarbeit zu leisten, Unternehmen zu gewinnen, sich an der Verbundausbildung zu beteiligen. Es ist jetzt sehr schnell gesagt, dass wir es machen wollen, aber wir müssen für Akzeptanz bei der Verbundausbildung sorgen.

Der fünfte und letzte Punkt. Wir müssen uns in der Tat intensiv darüber Gedanken machen und auch Lösungen dafür finden, wie wir regionale Besonderheiten berücksichtigen können. Sie werden zwar bereits berücksichtigt, aber sie müssen noch stärker berücksichtigt werden. Darin sind wir uns einig. Aber auch hier sage ich: Dafür brauchen wir kein neues 100-Millionen-DM-Programm. Regionale Aspekte intensiver zu beachten ist bereits im Rahmen der im Haushalt vorgesehenen Programme möglich.

Sie haben insoweit Recht, wenn Sie sagen: Wer sich die Ausbildungsstatistik anschaut, der wird zu Recht zu dem Ergebnis kommen, dass wir in bestimmten Ausbildungsbereichen, beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet oder in Frankfurt, derartige Bedürfnisse nicht haben. - Deswegen müssen wir nach wie vor das Problem zur Kenntnis nehmen, dass wir in Nordhessen eine völlig andere Situation haben als im Rhein-Main-Gebiet. Deswegen ist es bei allen Maßnahmen der Qualifizierungsoffensive in Hessen so, dass die Mittel von den Kommunen oder den Kreisen zur Umsetzung regionaler Qualifizierungsbedarfe vergeben werden. Ich füge hinzu, dass wir dies intensiver beobachten müssen. Wir wollen den regionalen Besonderheiten entsprechen, und in der Planung sind wir bereits dabei, dem Rechnung zu tragen.

Ab dem Jahre 2002 wird eine neue Aktionslinie zur Förderung regionaler Ausbildungsprogramme eröffnet. Ich sage ausdrücklich, dass dies ein Problem ist, denn wir können nicht damit zufrieden sein, dass wir auf der einen Seite eine Gesamtstatistik haben, die zu dem Ergebnis führt, dass wir von einer Trendwende sprechen können, dass es aber eben andererseits gravierende regionale Unterschiede gibt.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Wo ist eine Trendwende?)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Allein schon das Wirtschaftsministerium wird in diesem Jahr rund 30 Millionen DM zur Förderung von 2.380 Ausbildungsplätzen einsetzen. Ein Merkblatt, in dem die konkreten Plandaten und alle Programme kurz vorgestellt werden, gebe ich zu Ihrer Information zu Protokoll.

(siehe Anlage)

Hinzu kommen die Programmmittel zur Förderung der Weiterbildung, der betriebsnahen Berufsvorbereitung und des Ausbildungsumfeldes. Addiert man die eingesetzten Gelder der anderen Ressorts, so bleibt unter dem Strich, den Damen und Herren der Opposition zu sagen: Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass eine Vielzahl der Wünsche bereits erfüllt ist. Ich appelliere noch einmal, zu den Konsensdebatten der Vergangenheit zurückzukommen und gemeinsam darüber zu diskutieren, wie man die Programme verbessern kann, ob man möglicherweise - das sage ich sehr deutlich - auf sie verzichten oder sie zurückführen kann. Wenn man nämlich von einer Trendwende spricht, dann muss man verstärkt an das Verantwortungsgefühl der Wirtschaft appellieren und darf nicht Programme draufsatteln.

Vielleicht kritisieren Sie - diese Kritik nehme ich gerne an -, dass wir das alles lautlos geplant, fortgesetzt und in den Haushaltsberatungen durchgesetzt haben. Wir haben nicht jedes einzelne Programm mit einer Aktion angekündigt, wie es die Vorgängerregierung getan hat. Ich glaube, es ist nicht richtig, sich auf dem Rücken junger Leute zu profilieren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Kommen Sie zurück zur Sacharbeit. Ich denke, das ist im Interesse der jungen Menschen in Hessen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Ich habe den Eindruck, wir haben Sie er-tappt!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Abg. Polster für fünf plus zwei Minuten, insgesamt also für sieben Minuten.

Harald Polster (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es nützt nichts, wenn wir uns bei den Handwerksfachverbänden versammeln, wenn beim Rheingauer Dialog und in den Schulen Sonntagsreden gehalten werden, dann aber, wenn es ans Handeln geht, hier nicht angemessen verfahren wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen jetzt schlicht die Fakten nennen, um die es hier geht.

(Norbert Kartmann (CDU): Sie halten hier doch nur Schaufensterreden!)

Die erste Zahl: 41.529 gemeldete Ausbildungsstellen Ende 1999 im Lande Hessen. Zur selben Zeit waren 53.432 Bewerber gemeldet. Da sprechen Sie von einer Trendwende. Im Protokoll über die Konsensgespräche steht als Zielzahl für die erforderlichen Neuverträge im Herbst 2000 - das ist in ein paar Wochen - die Zahl 46.000. Jetzt sage ich schlicht: Diese Anzahl an Neuverträgen werden nicht erreicht. - Herr Boddenberg stellt sich für die CDU hier hin und sagt, er habe sich etwas anderes gewünscht. Ich bin stinksauer, das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Michael Boddenberg (CDU): Das kann ich verstehen!)

Er stellt sich hier hin und gibt als Antwort, der Markt werde das regeln. Die Zahl 46.000 hat Roland Koch nach den Konsensgesprächen zwischen der hessischen Wirtschaft und der Landesregierung unterschrieben. Sie alle waren dabei, sprechen hier von einer solchen Zielzahl und tun nichts dafür. Das zieht einem die Socken aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Riege hat hier wohl begründet darauf aufmerksam gemacht, dass Sie erstens das, was Sie selbst verabredet und sich vorgenommen haben, nicht erreichen werden und dass der Staat zweitens dauerhaft eine Ausbildungsfunktion übernommen hat. Wir alle wollen nicht, dass dies eine dauerhafte Aufgabe des Staates wird, weil wir sie nicht finanzieren können und weil die Wirtschaft ihren Teil erkennbar nicht erfüllt. Die Antwort dieser Regierung lautet: Das, was wir machen, führen wir fort, wie auch immer. - Wir werden diese Diskussion heute Mittag noch einmal bekommen. Sie haben nämlich im Landshaushalt eine Reihe von Programmen niedergeschrieben - z. B. Zukunftsoffensive, Existenzgründerprogramme -, die überhaupt nicht finanziert sind. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Michael Denzin hat hier gesagt, es müsse ein Ausbildungsbericht her. Jetzt frage ich Sie: Was brauchen Sie angesichts dieser Zahlen für einen Ausbildungsbericht?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihrem Ausbildungsbericht wird in Hessen kein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz geschaffen. Das ist Fakt in diesem Lande. Wir erwarten von Ihnen Antworten. Sie erheben den Anspruch, die Führung in diesem Lande zu übernehmen. Wir reden nicht über Greencard und nicht über den Kanzler, sondern wir reden über die Situation in Hessen, für die Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Noch einmal: Ich habe von Ihnen keine Antwort auf die Frage gehört, wie Sie die Differenz zu der im Protokoll über die Konsensgespräche zum Stichtag erwarteten Zielzahl begleichen wollen. Das, was Sie hier geboten haben, war mehr als schwach. Das, was wir hier ernsthaft vorgebracht haben, war ein Angebot von uns. In Klammern: Sie haben sich geärgert, dass Sie nicht selbst darauf gekommen sind. Das ist die Wahrheit. Das hat man deutlich gemerkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Hier ist von einer Trendwende gesprochen worden, wobei alle Zahlen genau das Gegenteil aussagen. Da stellt sich der Wirtschaftsminister hin und sagt: Ich weiß sehr wohl, dass bis zum Jahre 2005 die starken Jahrgänge aus den Schulen kommen. - Diejenigen in diesem Land, die verantwortungsvoll mit diesem Thema umgehen, wissen sehr wohl, dass in Hessen ein Strukturwandel auf dem Markt stattgefunden hat. Unser Ansatz ist eben, gerade nicht dauerhaft zu subventionieren, sondern der Wirtschaft dabei zu helfen, alte Strukturen zu überwinden. Wir werden trotzdem die Jugendlichen, z. B. diejenigen, die auf der Tribüne sitzen, nicht im Stich lassen. Wir haben ganz konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, und Sie sind noch nicht einmal bereit, sich ernsthaft damit auseinander zu setzen. Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Sie nur ernsthaft einladen - -

(Armin Clauss (SPD): Frag doch mal, wo die Kultusministerin ist!)

- Die Ministerriege hat sich heute hier durchweg blamiert. Das kann man an diesem Protokoll festmachen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir, zu erfahren, welche konkreten Maßnahmen über das hinaus, was jetzt im Raume steht, geplant sind. Das wird aber bei weitem nicht ausreichen, die Lücke zwischen der Zahl derer, die auf den Arbeitsmarkt drängen und die ein Recht darauf haben, eine Ausbildungsstelle zu bekommen, und der Zahl der freien Ausbildungsplätze zu schließen. Die jungen Menschen kommen aus der Schule und wollen etwas lernen. Die 40 Bäcker in Frankfurt, von denen Sie gesprochen haben, werden sich noch finden; hier geht es aber um 13.000 fehlende Ausbildungsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage von Herrn Wagner zu?

Harald Polster (SPD):

Er kann ja nach vorne kommen und etwas Vernünftiges erzählen. - Wir können uns auf einer anderen Ebene wieder begegnen. Das, was Sie hier geboten haben, war aber nicht die Basis für eine ernsthafte Auseinandersetzung.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage Ihres Kollegen Wagner zu?

Harald Polster (SPD):

Nein, die brauche ich nicht. Das führe ich gleich selbst aus.

(Heiterkeit bei der SPD - Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Ich habe auf den anderen Wagner geudeutet!)

Ich stelle Folgendes fest. Ich bitte um eine verbindliche Auskunft, wie die Landesregierung in Hessen die Kluft, die sich aus diesen selbst genannten Zahlen ergibt, überbrücken will.

Ich bitte beide Fraktionen, die diese Regierung tragen, zu einem ernsthaften Niveau in der Auseinandersetzung zu-

rückzukommen. Sonst wird es in der öffentlichen Diskussion schwierig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Abg. Denzin, F.D.P.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mehr Nebel!)

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist der Gipfel der Unverschämtheit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Er geht hier herein, redet dieses Thema kaputt, emotionalisiert es,

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wie es anscheinend eine Riege in dieser SPD nicht anders kann, und dann fordert er uns auf, in der Sache zur Ernsthaftigkeit zurückzukehren.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die ganze erste Runde sehr ernsthaft diskutiert.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nichts gesagt!)

Dann kommt Herr Polster hierher, lässt die letzten Zoten ab, geht in jeder Hinsicht an dem Thema vorbei

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Lebhaftige Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und geht an dem vorbei, was vorhin schon alles dargelegt und aufgeklärt worden ist.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

- Herr Clauss, Sie wissen es doch besser. Ich weiß, Ihre Art ist mehr die von Herrn Polster als die von Herrn Riege.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Armin Clauss (SPD): Was passt Ihnen nicht?)

Das ist eben der Zwiespalt in der SPD. - Nein, wissen Sie, was los ist? Sie haben gemerkt, dass Ihnen das Thema in der Sache weggelaufen ist, und jetzt wollten Sie es auf die alte, jährlich wiederkehrende Tour mit Herrn Polster zurückholen.

(Armin Clauss (SPD): Nein! Ihre Reaktion zeigt das nicht!)

Das kann nicht gelingen, weil all das, was Sie hier fordern, wie jetzt schon zweimal dargelegt wurde, genau so auf dem Weg ist. Wir müssen sogar überprüfen, ob es so weiterlaufen muss. Man muss andersherum darüber nachdenken. Das sage ich Ihnen jetzt.

Natürlich hat jeder Jugendliche - um das mit Herrn Polster noch aufzurechnen - ein Anrecht, dass er einen Ausbildungsplatz bekommt. Aber auch jeder Jugendliche hat die Pflicht, sich darum zu bemühen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Ich schließe also die Aussprache.

Vorgesehen war die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Bleibt es dabei? - Dann ist die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss einstimmig so beschlossen.

Ich gehe davon aus, dass wir jetzt ganz normal zu den Tagesordnungspunkten aus der letzten Sitzung kommen werden. - Kollege Schaub, zur Geschäftsordnung.

Manfred Schaub (SPD):

Es gab eben ein kleines Missverständnis. Der Antrag sollte auch - darauf hatten wir uns vorher verständigt - an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Wirtschaftsausschuss, entscheidend, und Kulturpolitischer Ausschuss, mitberatend. - Dem widerspricht keiner.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend chaotische und erfolglose Verwaltungsreform in Hessen - Drucks. 15/1152 -

Das Wort hat Herr Abg. Rudolph.

(Norbert Kartmann (CDU): Wir wissen nicht, wer zuständig ist im Chaos!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kartmann, das kommt immer darauf an. Wenn wir vernünftig miteinander umgehen, dann machen wir das auch ganz friedlich:

(Lachen des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Ministerin Ruth Wagner: Sehr gut!)

in der Sache hart, im Ton angemessen. - Frau Wagner, wenn Sie mir keinen Grund bieten, kann ich das alles ruhig und sachlich abhandeln.

Aber zum Ernst der Sache. Lassen Sie mich zunächst ein paar Vorbemerkungen zum Thema Verwaltungsreform machen. Der Staat wird seine Rolle in Zukunft vor allem als Moderator, Initiator und Unterstützer gesellschaftlicher Prozesse und als Anwalt für eine nachhaltige Entwicklung spielen müssen. Dabei müssen die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger, selbst initiativ zu werden, mehr gestärkt werden. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht als Befehlsempfänger gesehen werden, sondern als Kundinnen und Kunden. Meine Damen und Herren, die Fähigkeiten und die Kreativität der Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung sollten für diesen Reformprozess genutzt werden. Deswegen denke ich, das Leitbild eines modernen und aktiveren Staates soll dazu beitragen, die Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern. Wir haben damit in der letzten Wahlperiode begonnen. Verwaltungsreform ist aber ein permanenter Prozess, kein statischer, unabhängig davon, wer jeweils die Regierung stellt.

(Beifall bei der SPD)

Eine solche Modernisierung ist dabei allerdings mehr als die Übernahme betriebswirtschaftlicher Vorstellungen im öffentlichen Sektor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Neben einer Steigerung der Effizienz und Effektivität der Verwaltung müssen aber auch die gesellschaftlichen Wirkungen staatlichen Handelns stets im Auge behalten werden. Soziale Gerechtigkeit, ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement, mehr Beteiligung und Dienstleistungsorientierung sind zentrale Anliegen. Die Politik muss dabei die öffentliche Verwaltung in die Lage versetzen, gesellschaftliche Veränderungen aufzunehmen und lernfähige Strukturen zu schaffen. Diese Ziele sollen durch eine neue öffentliche Verwaltung wirtschaftlicher und wirkungsvoller erreicht werden. Die Verwaltung ist in diesem Sinne Gegenstand, aber auch Instrument der Modernisierung. Dabei sollen diese Initiativen sicherlich helfen - auch das ist unstrittig -, für das Land finanzielle Spielräume zurückzugewinnen. Allerdings ist mein fester Eindruck: In den vergangenen Jahren wurde die Diskussion um den so genannten schlanken Staat im Wesentlichen zur Rechtfertigung von Sparmaßnahmen geführt.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Das ist jedoch, denke ich, nur kurzfristig gedacht, denn wir brauchen in der öffentlichen Verwaltung auch eine inhaltliche Reform.

(Beifall bei der SPD - Norbert Kartmann (CDU):
Genau das machen wir!)

Denn für die SPD ist die Bestimmung der Staatsaufgaben - ich sage das wiederholt - keine Frage der Ideologie, sondern der praktischen Vernunft.

(Norbert Kartmann (CDU): Ja!)

Ob eine Aufgabe vom Staat oder von Privaten erledigt wird, muss nach dem Grundsatz der Effizienz, der Wirtschaftlichkeit, aber - für uns ganz wichtig, das kommt bei Ihnen zu kurz - insbesondere auch der gesellschaftlichen Akzeptanz entschieden werden.

(Beifall bei der SPD - Norbert Kartmann (CDU):
Was heißt das?)

Wir brauchen einen Staat, Bürger und eine Wirtschaft, die handlungsfähig sind, denn die Qualität staatlicher Dienstleistungen ist ein wichtiger Beitrag für die Erhaltung des Standortes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Staates. Auch da ist in der letzten Wahlperiode viel geleistet worden.

Ich nenne das Stichwort: Die Praxis der Genehmigungsdauer ist bei schwierigen Behördenverfahren zum Teil auf 50 Tage reduziert worden. - Sie sind in dem Punkt auch keinen Deut besser als die Vorgängerregierung. Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land. Das zeigt sich auch an dieser Stelle. Sie machen unseren Kurs klar weiter.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Meine Damen und Herren, so viel zu dem allgemeinen Teil. Da werden wir vielleicht Übereinstimmung finden.

(Norbert Kartmann (CDU): Jawohl!)

Herr Kollege Kartmann, jetzt kommen wir einmal zu der Praxis und der Realität im letzten Jahr in Hessen. Wenn man sich dieses Jahr anschaut, so muss man zwangsläufig - bei objektiver Betrachtung sowieso, aber selbst bei subjektiver - zu dem Ergebnis kommen: Aufgabe gestellt, Klassenziel verfehlt, Herr Dr. Jung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen reicht es natürlich nicht aus, zu sagen: Ich, Dr. Franz Josef Jung, Chef der Staatskanzlei, bin Chefmodernisierer, und allein dadurch, dass wir alles bei uns bündeln, wird alles besser.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, nein, im Gegensatz zu Ihren Behauptungen der letzten Wahlperiode haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung viel geleistet. Sie haben Verantwortungsbereitschaft gezeigt. Sie sind bereit, mit modernen Instrumenten umzugehen.

Sie haben in ihren Sonntagsreden immer gesagt: Jawohl, Reform nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. - Was war das erste Ergebnis Ihrer Politik? Sie haben Mitbestimmungsrechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgesenkt - genau das Gegenteil von dem, was Sie vorher versprochen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, das war der erste zentrale Fehler. Der zweite: Wo ist das Gesamtkonzept? Herr Kollege Klein hat in der letzten Wahlperiode immer kritisiert, es gebe kein Gesamtkonzept, angeblich nur Einzelmaßnahmen. - Was machen Sie? Sie haben diverse Lenkungs- und Steuerungsprojekte. Sie haben so genannte Expertengruppen aus Koalitionsabgeordneten. Das ist schon ein Widerspruch in sich. Sinnvolle Ergebnisse sind dabei aber überhaupt nicht herausgekommen. Sie sind insbesondere dabei auch nicht systematisch vorgegangen.

(Norbert Kartmann (CDU): Was lange währt, wird endlich gut, Herr Kollege!)

- So lange können Sie gar nicht an der Regierung bleiben, dass das gut wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe das sehr gelassen, denn die Verwaltungsmodernisierung ist ein permanenter Prozess, und ich sage auch für uns: Nicht jede Veränderung der Staatsorganisation und der Verwaltung kann man nur aus Gründen des Bestandsschutzes ablehnen. Meine Damen und Herren, ich sage das auch für die Opposition, weil es für uns sehr einfach sein könnte, alles das abzulehnen, was Sie als Regierung machen. Nein, Verwaltungsmodernisierung ist ein ständiger Prozess für jede Regierung. Deswegen sage ich: Ihr zweiter zentraler Fehler ist, dass Sie die Verwaltungsreform nur in dem eigenen Saft kochen, zum Teil mit Mitarbeitern, die dafür gar nicht ausgebildet sind.

(Norbert Kartmann (CDU): Wer denn zum Beispiel? Nennen Sie Namen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen: Wenn Sie sich schon auf Modernisierung der Wirtschaft berufen, dann müssen Sie sich auch der Instrumente der Wirtschaft bedienen.

(Beifall bei der SPD - Norbert Kartmann (CDU):
Das müssen gerade Sozialdemokraten sagen!)

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kartmann, erheben wir nicht den Anspruch, allumfassend zu allen Themen zur jeweiligen Zeit immer nur das Richtige zu sagen,

(Norbert Kartmann (CDU): Sehr gut!)

sondern wir stellen uns der Diskussion. In der Wirtschaft werden Gutachter und Organisationsberater mit einer Außenansicht in die jeweiligen Unternehmen einbezogen.

(Zurufe der Abg. Armin Klein (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Damit das klar ist: Wir wollen keinen McKinsey und keinen Berger in die öffentliche Verwaltung holen. Die machen Gutachten von einigen Tausend Seiten und gehen dann aus der Verwaltung weg. Das ist nicht der Ansatz.

Es kann aber durchaus hilfreich sein, von einer Außenansicht, von Leuten, die nicht in diese Verwaltung integriert sind, Auffassungen zu bekommen, die dann gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrachtet, diskutiert und gemeinsam fortgeführt werden. Das ist ein Unterschied zu Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sagen wir: Wir wollen mit unserem Antrag für den Gesamtprozess der Staatsmodernisierung eine Reformkommission unter Beteiligung Externer als Expertensteuergremium schaffen, das diesen Prozess zentral steuert und vorbereitet. Dazu gehören selbst ernannte Verwaltungsreformer um Dr. Jung allemal nicht. Beispiele aus vielen Bundesländern - Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz - gibt es.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es genügt nicht, nur unter der Fahne der Mitarbeiterbeteiligung in den Arbeitsgruppen diese dort mitarbeiten zu lassen, sondern zum Reformgeschäft muss man auch besonders geschult sein. Deswegen fordern wir die Umsetzung - und das machen Sie ja zumindest theoretisch - des neuen Steuerungsmodells.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Auch zur Beurteilung desselben!)

Nur werden die Grundlagen für die Anwendung des neuen Steuerungsmodells von Ihnen nicht erfüllt, denn Ausgangspunkt dieses neuen Steuerungsmodells ist die Definition, die Beschreibung der Produkte, die die Verwaltung nach den Vorgaben der Politik herstellen soll. Deswegen muss die Politik die von ihr bestellten Produkte auch in Qualität und Quantität bestimmen und dafür die erforderlichen Ressourcen bereitstellen, nämlich Personal und Finanzen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Wie läuft denn dieser Prozess ab? - Das Parlament ist an diesem Prozess überhaupt nicht beteiligt. Solange das Parlament als Gesetzgeber nicht steuert - nach dem alten Modell war es auch nicht erforderlich, während das neue Modell eine andere Vorgehensweise erfordert -, findet die Auftragserteilung durch die Politik, durch das Parlament, nicht statt.

Die weiteren Verfahren der Budgetierung, der Kosten- und Leistungsrechnung, des Controlling sollen nämlich die Aufgabenstellung des Vollzuges des Bestellvorganges ermöglichen. Wir bekommen im Hauptausschuss alle Vierteljahre einen Bericht über zwischenzeitliche Aktivitäten.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

Das ist doch keine Beteiligung des Parlamentes, die ernsthaft gemeint ist. Sie haben noch nicht einmal zugestimmt, einen Fachausschuss dafür einzurichten.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss das Parlament einbezogen werden. Es geht um Kontrollrechte. Es gibt Diskussionen in der Enquete-Kommission, die einmal ernsthaft geführt werden müssen: Wie wollen wir zukünftig unsere Aufgabe wahrnehmen? Wir brauchen als Parlament andere Instrumente, um diesen Prozess zu begleiten. - All das wird von Ihnen nicht gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein neues Verfahren zur Aufgabensichtung, damit die Verwaltung nicht von sich aus entscheiden kann, was politisch wichtig ist, welche Bereiche zu den staatlichen oder nicht staatlichen Aufgaben gehören. Wir sollten auch wie bisher die gesamte Diskussion nicht auf eine wissenschaftliche Staatsdiskussion beschränken. Deswegen brauchen wir die Einbeziehung des Parlaments, wo es prüfen muss, welche Aufgaben staatlich, welche öffentlich, welche privat, welche kommunal wahrgenommen werden sollen und welche nicht.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

Wir fordern in diesem Zusammenhang die konsequente Einordnung der Sonderverwaltung in die Bündelungsbehörden. Was ist bei Ihnen geschehen? - Herr Dr. Jung, wir vermissen insbesondere die konsequente Aufgabenverlagerung von der Ebene der Ministerien auf die Mittelbehörden, von den Mittelbehörden auf die unteren Behörden. Was machen Sie stattdessen? - Sie gehen genau den umgekehrten Weg. Sie zonen Einzelaufgaben auf die Ebene der Ministerien hoch. Das ist völlig konträr zu jeder wissenschaftlichen Diskussion in der Verwaltungsreform.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Wollen Sie uns ernsthaft weismachen, dass im Innenministerium der Innenminister über die Gewährung von Zuschüssen für Feuerwehrfahrzeuge oder -geräthäuser entscheiden muss? Das kann genauso gut eine andere Ebene machen. Die Mitarbeiter in den Ministerien müssen reduziert werden - eine ganz klare Forderung der SPD -, weil nämlich von dort Aufgaben auf die Mittelbehörden verlagert werden müssen. Das lehnen Sie ab, weil Sie sich dort mit Mitarbeitern vollsaugen, wie die Stellenausschreibungen der letzten Wochen und Monate im Staatsanzeiger ganz deutlich machen. Das ist Verwaltungsreform à la Dr. Jung.

(Beifall bei der SPD)

Wo ist die konsequente Kommunalisierung von Aufgaben? - Es gibt den Aufgabenkatalog der Kommunalen Spitzenverbände, diesen 262-Aufgaben-Katalog.

(Zurufe von der CDU)

Ja, weil Sie nämlich nur dann Aufgaben auf die kommunale Ebene geben, wenn Sie auch die Kosten mit abwälzen können, wie bei dem neuen Wahlrecht Dinge beschließen, die Verantwortung ohne Kostenausgleich auf die kommunale Ebene verlagern.

(Beifall bei der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Von was reden Sie eigentlich, Herr Kollege?)

- Herr Kartmann, wissen Sie, im Gegensatz zu Ihnen komme ich aus der Verwaltung.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Jetzt Vorsicht!)

Das werfe ich Ihnen nicht vor, aber im Gegensatz zu Ihnen gehe ich in die Verwaltung zu den hessischen Bediensteten. Ich gehe in Forstämter. Ich gehe in Polizeibehörden. Ich schaue mich vor Ort um und informiere mich. Schauen Sie sich doch einmal an, was für eine miese Stimmung in der

hessischen Verwaltung herrscht. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nicht von dem Thema Glaubwürdigkeit reden. Das ist ein ganz anderes Kapitel, das wir morgen noch einmal behandeln werden. Lassen Sie mich jetzt zu einigen besonders schönen Beispielen aus der aktuellen Diskussion und dem aktuellen Sachstand kommen. Herr Dr. Jung, schauen wir einmal die Reform der Landwirtschaftsverwaltung, der Forstverwaltung, der Regionalverwaltung an.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja!)

Ich muss hinzufügen: Der Sachstand der Opposition ist so, dass wir diesen vierteljährlichen Bericht im Hauptausschuss bekommen. Ich weiß natürlich nicht, wie Ihre Konzepte sind. Ich habe den Eindruck, die Halbwertszeit Ihrer politischen Vorstellungen nimmt täglich ab. Was heute gilt, gilt morgen schon lange nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen bei allem Vorbehalt zu dem, was ich hier vortrage - es entspricht aber durchaus, glaube ich, dem Diskussionsstand -: Was Sie im Bereich der Landwirtschaftsverwaltung vorhaben, ist schon phänomenal. Da gibt es auf der Ebene der Landkreise die untere Naturschutzbehörde. Die soll bleiben. Die befasst sich mit Aufgaben des Naturschutzes. Dann soll es eine staatliche Abteilung beim Landrat geben - Landwirtschaft, Forsten und Natur. Die befasst sich ebenfalls mit Naturschutz.

Dann gibt es die obere Naturschutzbehörde beim Regierungspräsidium. Die befasst sich natürlich auch mit Naturschutz. Es gibt die oberste Naturschutzbehörde im Ministerium. Die befasst sich auch mit Naturschutz. Und wir haben dieses so genannte Dienstleistungszentrum in Kassel. Das befasst sich auch mit Naturschutz. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, das nennen Sie Bündelung? Sie können doch selber nicht ernsthaft glauben, was Sie da vorhaben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann gibt es im Moment die Diskussion aus den Reihen der CDU, diese politische Aussage, dass die RPs überflüssig und gleich mit abzuschaffen sind. Da gibt es wohl Konzepte. Aber ich habe gehört, es gibt Widerstand aus der F.D.P. Das ist wohl auch nicht alles ernst gemeint, dass man sagt: "Wir stärken den RP in der Bündelung",

(Armin Klein (CDU): Klasse!)

während die CDU sagt: Die Aufgabe des Forstes und Naturschutzes nehmen wir von den RPs weg, geben die teilweise nach unten und teilweise in die Ministerien. - Sie erreichen damit die Verunsicherung der Mitarbeiter. Nein, meine Damen und Herren, das beste Motiv zur Demotivierung von Mitarbeitern liefern Sie mit diesen unausgegorenen Konzepten.

(Norbert Kartmann (CDU): Ihre Informationen sind sehr schlecht!)

Sie stört auch gar nicht die Arroganz, die Sie dabei haben. 80.000 Unterschriften werden Dr. Jung in einem dunklen Flur der Staatskanzlei überreicht - so Berichte von Teilnehmern.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das liegt aber an der Staatskanzlei, an dem Gebäude!)

Herr Dr. Jung, Sie sagen dann ganz süffisant: Pech gehabt, Sie sind einen Tag zu spät gekommen; wir haben die Reform beschlossen. - So kann man natürlich auch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

90% der Bediensteten lehnen Ihre Reform ab. Das stört Sie nicht - nach dem Motto: Wir haben die Mehrheit; wir machen das, was falsch ist.

(Norbert Kartmann (CDU): Die sind bei Ihnen falsch informiert worden!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein weiteres Beispiel erwähnen, das besonders "gelungen" ist, die Polizeireform.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja, die ist gelungen!)

Ohne jegliche Not wird die Polizei aus den normalen allgemeinen Verwaltungssträngen herausgelöst.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das sehen aber alle anders!)

- Auch die 21 Landkreise und die Landräte, die bisher jahrzehntlang hervorragend mit diesem Modell gelebt haben. Nur Herr Hahn stellt sich hier hin und behauptet das Gegenteil. Herr Hahn, das ist schon dreist.

(Beifall bei der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Es gibt doch gar nicht 21 Landräte! Sie wissen das nicht!)

- Es gibt 21 Landkreise, und der Landkreistag hat sich mit 21 zu 0 gegen Ihre Polizeireform ausgesprochen. Natürlich sind Stadt- und Landkreis Kassel und Offenbach zusammengeschlossen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Aber nicht die Polizei, Sie haben keine Ahnung!)

- Herr Hahn, wissen Sie: Sie sind ja bekannt dafür, dass Sie von allen immer alles richtig wissen. Gehen Sie aber einmal vor Ort in die Polizeistationen. Gehen Sie einmal zu Mitarbeitern von Jugendämtern, von Sozialämtern. Gehen Sie zu Landräten. Dort wird sehr genau gesagt:

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wir sind gerade bei der Polizei!)

Die Vernetzung der Polizeiarbeit mit der allgemeinen Verwaltung hat sich bewährt. Es gibt sachlich überhaupt keinen Grund, dies zu ändern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Begründung kennen Sie wieder: Es gibt z. B. keinen sachlichen Grund, ein Polizeipräsidium - die Kollegen meiner Fraktion aus Fulda sehen es mir nach - in Fulda anzusiedeln. Das kostet uns 20 Millionen DM. Es bindet Polizeikräfte im Führungsbereich.

(Armin Klein (CDU): Nichts stimmt!)

Das ist Verwaltungsreform à la CDU von unten nach oben. Und das lehnen wir ab.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Norbert Kartmann (CDU): Jetzt hat er Probleme! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Gebt ihm noch fünf Minuten!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Hahn, so "gut" wie Sie will ich gar nicht werden; auf dieses Niveau möchte ich gar nicht kommen.

(Beifall bei der SPD - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich nur feststellen, nach einem Jahr Verwaltungsreform haben Sie nichts außer großen Sprüchen erreicht.

(Norbert Kartmann (CDU): Mehr als acht Jahre SPD!)

Nach dem Bund der Steuerzahler - eine nicht unbedingt SPD-freundliche Organisation - haben Sie heute mehr Personal in der hessischen Landesverwaltung, weil Sie insbesondere im Häuptlingsbereich viele Stellen geschaffen haben, während Sie untere Stellen abbauen.

(Zurufe von der CDU)

- Als wir 3.000 Lehrer eingestellt haben, haben Sie gemault und gesagt: Das ist unmöglich. - So scheinheilig sind Sie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach einem Jahr Verwaltungsreform sind Sie gescheitert. Sie haben eine Reform gegen die Mitarbeiter. Sie ist nicht effektiv. Sie kochen im eigenen Saft. Sie schert überhaupt nicht, wenn Experten Ihre Kommissionen und Ähnliches ablehnen.

(Norbert Kartmann (CDU): Sie kochen überhaupt nicht!)

Nein, Herr Dr. Jung, nicht nur, weil Sie sich gestern beim Fußballspielen eine Zerrung zugezogen haben, hinken Sie - die gesamte Verwaltungsreform hinkt. Deswegen bieten wir unsere Mitarbeit an. Deswegen ist unser Antrag sinnvoll. Stimmen Sie ihm zu, und wir können gemeinsam Konzepte für Hessen entwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Chef der Staatskanzlei, Herr Staatsminister Dr. Jung.

(Norbert Kartmann (CDU): Ein so hohles Geschwätz habe ich noch nicht gehört! - Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Dr. Franz Josef Jung, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, die Verwaltungsreform liegt bei dieser Landesregierung in hervorragenden Händen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir brauchen keine Kommission, wie es die SPD hier vorschlägt. Das Problem der Vorgängerregierung bestand genau darin, dass sie nach dem Motto gehandelt hat: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis.

(Norbert Kartmann (CDU): So ist das!)

Sie meinen jetzt mit Ihrem Antrag nach diesem Prinzip die Verwaltungsreform bestimmen zu können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist schon gescheitert.

Deshalb verfolgen wir ein anderes Konzept. Ich möchte diese Debatte dazu nutzen, Ihnen noch einmal diese Konzeption vorzutragen und das, was innerhalb des ersten Jahres bereits alles auf den Weg gebracht worden ist.

Meine Damen und Herren, in aller Ruhe und Gelassenheit möchte ich Ihnen Folgendes sagen. Hier sitzen ein paar, die das unmittelbar miterlebt haben. Wir haben in diesem ersten Jahr mehr auf den Weg gebracht, als in den acht Jahren der rot-grünen Regierung hier im Lande Hessen geleistet wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Hinz, ich will Ihnen das im Einzelnen erläutern.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit! Sie können sich doch gar nicht mehr erinnern, was letztes Jahr war!)

Lassen Sie mich bitte Folgendes auch noch einmal hinsichtlich der Grundkonzeption sagen: Wir haben einen Kabinettsausschuss eingerichtet, dem ich vorsitze, weil wir die grundsätzliche Überlegung haben, dass wir die Verwaltungsreform sozusagen als Chefsache behandeln müssen. Das heißt, wir geben Steuerungspapiere vor, und die Ressorts sind dann für die Umsetzung verantwortlich. Im Zusammenhang mit den Kabinettsvorlagen führen wir die Dinge dann wieder so zusammen, dass dies der Grundkonzeption entspricht. Ich werde nachher im Einzelnen darauf zurückkommen. Das ist genau der Punkt, weshalb Sie jetzt beispielsweise hinsichtlich des Bereichs Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz meinen, Sie könnten dort etwas Honig saugen. Tatsache ist, dass die Kabinettsvorlage dem entsprechen wird, was ich Ihnen jetzt hier vortragen werde.

Meine Damen und Herren, ich komme zu dem zweiten Gedanken, den ich vortragen will. Weil wir die Verwaltungsreform mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machen,

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

ist das natürlich auch ein Diskussionsprozess. Deshalb nehmen wir Punkte auf. Ich denke, es ist ein vernünftiger Weg, den wir hier gehen, der auch dazu beiträgt, dass wir uns beispielsweise hinsichtlich der Frage der Umsetzung der doppelten Buchführung und der Kosten- und Leistungsrechnung Sachverstand von außen hereinholen. Nur, ich denke, es wäre völlig falsch, sich nur auf Gutachten von außen zu verlassen, wenn man eine Verwaltungsreform betreiben will. Der Weg, den wir hier gehen, ist ein anderer.

Meine Damen und Herren, mein Vorgänger im Amt hat Ihnen noch während Ihrer Regierungszeit ins Stammbuch geschrieben, was alles hinsichtlich der Perspektive der Personalentwicklung dieses Landes notwendig ist und was hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit dieses Landes notwendig ist. Die Wahrheit ist, dass Sie nicht den Mut und die Kraft hatten, das umzusetzen, was hier notwendig ist. Deshalb haben wir das Suchan-Papier in unsere Koalitionsvereinbarung aufgenommen und es hinsichtlich der Frage der Verwaltungsreform in unsere Grundüberlegungen aufgenommen.

Wir haben eine klare Konzeption der Verwaltungsreform. Die Grundlage unserer Arbeit stellt die Koalitionsvereinbarung dar. In der Koalitionsvereinbarung haben wir bereits die entsprechenden Grundthemen festgelegt. Ich möchte Ihnen die vier Schwerpunktthemen, die wir bereits mit der Verwaltungsreform angepackt und nach vorne gebracht haben, im Einzelnen erläutern.

Der erste Bereich betrifft Fragen, mit denen wir sozusagen die Anforderungen an uns selbst stellen. Er betrifft die Überprüfung der Verwaltungsvorschriften, Erlasse und Rechtsverordnungen. Wir haben entschieden, dass alle Vorschriften, die in diesem Sinne nicht bis zum 31. Dezember dieses Jahres wieder in Kraft gesetzt sind, automatisch außer Kraft sind.

(Günter Rudolph (SPD): Schauen wir mal!)

Wir haben vorgegeben, dass wir die Zahl der Vorschriften um 30% reduzieren wollen. Im Ressort Umwelt, Landwirtschaft und Forsten werden wir über 30% erreichen. Dort haben wir die 50%-Marke schon überschritten.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Alles, was ich derzeit in den Beratungen sehe, zeigt mir, dass wir gewährleisten, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall des Abg. Armin Klein (CDU))

Meines Erachtens haben wir nämlich die Verantwortung, nicht immer mehr Vorschriften und Verordnungen zu erlassen oder Erlasse herauszugeben. Nachher wundern wir uns dann, dass sich die Verwaltung immer mehr ausweitet. Vielmehr haben wir diese Normen zur Überprüfung gestellt. Wir werden das Ziel erreichen. Meines Erachtens ist es ein entscheidender Aspekt einer vernünftigen Verwaltungsreform, die Flut der Vorschriften zurückzuführen. Am Ende dieses Jahres werden wir sie um über 30% zurückgeführt haben.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Dr. Jung, schauen wir einmal!)

Meine Damen und Herren, wir haben die Gesetze befristet.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist gut! - Armin Klein (CDU): Sehr mutig!)

Darüber gab es eine kritische Diskussion, auch innerhalb der Verwaltung. Wir wollen diese Dinge immer wieder überprüfen. Unser Problem besteht doch darin, dass wir nach dem Zweiten Weltkrieg viele Dinge auf den Weg gebracht haben, sich die Dinge aber immer weiterentwickelt haben und sich damit auch ein Stück des Apparats entwickelt hat. In dem einen oder anderen Bereich wurde aber die Sinnhaftigkeit nicht mehr überprüft. Ich komme nachher zu der Versorgungsverwaltung. Ich kann Ihnen das an diesem Beispiel dann sehr deutlich und praktisch vorführen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gutes Beispiel!)

Der zweite Schwerpunkt liegt in dem Bereich, in dem es um die Aufgabenkritik und die Privatisierung geht. Ich glaube, eine zweite entscheidende Voraussetzung liegt darin, dass wir uns die Frage stellen, was die Aufgaben des Staates in der Zukunft sind, welches seine Kernaufgaben sind und was von Privaten vernünftigerweise entweder genauso gut oder besser geleistet wird. Ich denke, wir haben da einiges vernünftig auf den Weg gebracht.

Erstens. Wir wollen die Privatisierung der nicht hoheitlichen Vermessung.

Zweitens. Wir wollen die Übernahme der staatlich erbrachten Laborleistungen durch Private.

Drittens. Hier geht es um die Frage der Abwicklung der Beihilfe durch Private. Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass wir im Beihilfewesen Hessens Bearbeitungsfälle haben, die 50 DM kosten, aber auch Bearbei-

tungsfälle, die bis zu 150 DM pro Fall kosten. Das zeigt, welche "hervorragende" Struktur wir da von Ihnen übernommen haben.

(Armin Klein (CDU): Unglaublich!)

Wir haben dafür 15 Behörden. Wir werden sie jetzt zu sechs zusammenfassen. Unser Ziel ist, die Dinge auch dort möglichst so zusammenzuführen, dass wir zu einem einzigen Abrechnungswesen kommen. Unser Ziel ist es, hier zu einer entsprechenden Lösung zu kommen. Ich hoffe nur, dass sich auch die Krankenversicherungsträger unseren Vorstellungen anschließen. Wir führen Gespräche, um dieses Ziel zu erreichen.

Vierter Punkt. Er betrifft die Abwicklung von Reisedienstleistungen durch Private. Bei dem Apparat einer Verwaltung mit über 140.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen liegt es geradezu auf der Hand, das vernünftiger zu steuern.

Fünfter Punkt. Er betrifft die ganze Frage des Immobilienmanagements. Herr Kollege Rudolph, als wir die Landesregierung übernommen haben, wusste in der Verwaltung niemand, was sich eigentlich alles im Eigentum des Landes Hessen befindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist der Apparat, den Sie uns überlassen haben. Von meiner früheren Tätigkeit als Anwalt und Notar weiß ich, dass, wenn jemand zu mir kam und nicht mehr wusste, was sich in seinem Eigentum befindet, er bald zum Konkursrichter musste.

Wir müssen diese Dinge aufarbeiten. Wir haben vorhin über die Frage der Fortbildungsstätten gesprochen. Wir haben festgestellt, dass wir bei den Fortbildungsstätten dieses Landes Auslastungsgrade von 14% bis hin zu Auslastungsgraden von 90% haben. Die Frage der Auslastungsgrade ist doch eine, bei der es um eine vernünftige wirtschaftliche Nutzung der Immobilien des Landes Hessen geht. Ein Auslastungsgrad von 14% ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten doch unverantwortlich. Deshalb muss hier eine Umstrukturierung erfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sechster Punkt. Er betrifft das Eichwesen. Wir überprüfen, was dort privatisiert werden kann und was nicht.

Siebter Punkt. Er betrifft den technischen Dienst für Arbeitssicherheit.

Achter Punkt. Bei ihm geht es um die Auflösung der Hauptverwaltung der Staatsbäder. Sie soll zielgerichtet bis zum 31.12.2002 erfolgen. Das wird jetzt auf den Weg gebracht.

Das geht bis zum Betrieb einer Justizvollzugsanstalt in privatrechtlicher Form. Das bringen wir jetzt ebenfalls auf den Weg.

Ich habe Ihnen jetzt sehr konkrete Bereiche genannt, in denen wir mit der Aufgabenkritik und hinsichtlich der Frage der Privatisierung entscheidende Akzente gesetzt haben.

(Günter Rudolph (SPD): Wo ist das Parlament beteiligt?)

- Wenn Sie nach der Beteiligung des Parlaments fragen, dann will ich Ihnen Folgendes antworten: Der Hauptausschuss, der dafür die Verantwortung trägt, bekommt die Berichte.

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann und Armin Klein (CDU))

Ich bin seit 1983 in diesem Parlament. Das hat es bisher in diesem Parlament überhaupt noch nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Informationen. Wir diskutieren darüber. Wenn Sie zu einigen Bereichen Wünsche haben, werden wir das ebenfalls besprechen. Ich halte schon etwas davon, dass wir in diesem Sach- und Fachausschuss über diese Fragen konkret sprechen, was auch erfolgt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Schwerpunkt. Er betrifft die Fragen der Bürgernähe und der Verlagerung der Aufgaben vor Ort, die Frage nach der Zweistufigkeit der öffentlichen Verwaltung und der Abschaffung von Doppelzuständigkeiten. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach der Eingliederung der Sonderverwaltungen in die allgemeine Verwaltung zu stellen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit der Qualität?)

Ich komme jetzt auf die einzelnen Punkte zu sprechen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Erster Punkt. Er betrifft die Verlagerung auf die kommunale Ebene. Herr Kollege Rudolph, Sie wissen, dass wir dazu ein entsprechendes Steuerungspapier beschlossen haben. Der Herr Innenminister hat hier zurzeit die Aufgabe der Umsetzung. Er nimmt sie auch wahr. Die einzelnen Aufgaben werden überprüft. Dabei wird gefragt, was von den einzelnen Ministerien an Aufgaben an die Regierungspräsidien abgegeben werden kann und was von den Regierungspräsidien auf die Ebene des Landrats respektive die kommunale Ebene verlagert werden kann. Wenn wir das entsprechend umsetzen, werden wir auch dafür Sorge tragen müssen, dass der Grundsatz der Konnexität in diesem Punkt berücksichtigt wird.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das unterscheidet allerdings diese Landesregierung von ihrer Vorgängerregierung.

(Beifall bei der CDU - Barbara Stolterfoht (SPD): Negativ!)

Meine Damen und Herren, wir haben mit der Auflösung des Landesjugendamtes begonnen. Wir haben die Umstrukturierung im Bereich der landrätlichen Verwaltung. Die Frage der konkreten Überprüfung und Abschaffung von Standards gehört in diesen Zusammenhang.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abschaffen! - Barbara Stolterfoht (SPD): Verschlechterung!)

Dann kommt das Thema Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sonderverwaltung im landwirtschaftlichen Bereich wird in die allgemeine Verwaltung des Landrates eingegliedert. Wenn Sie das kritisieren, dann will ich Ihnen Folgendes sagen. Dies ist der Teil, der den staatlichen Landrat anbelangt. Wir wollen die untere Naturschutzbehörde im kommunalen Bereich lassen, jedoch wollen wir eine Organisationseinheit schaffen - damit dort eben keine Doppelverantwortlichkeiten entstehen, sondern Synergieeffekte erzielt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist unser Konzept. Wenn Sie den Bereich des Forstes ansprechen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es ist wahr,

dass die zu mir in die Staatskanzlei kamen und 80.000 Unterschriften abgegeben haben. Wir hatten dann, wie ich finde, ein interessantes Gespräch,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An das Sie sich nicht mehr erinnern können!)

und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es war mein Eindruck, dass meine Gesprächspartner viel Verständnis für die Argumentation hatten, die ich ihnen vorgetragen habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Lachen bei der SPD)

Meine Position lautet wie folgt: Wir wollen die Schutzfunktionen des Waldes und alles das, was zum Forst gehört, in Zukunft weiterhin erhalten und für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wir wollen, dass die gesamte Verwaltung effektiver, vernünftiger und wirtschaftlicher handelt.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht richtig sein, dass dort, wo der Forst privatrechtlich oder in dem Privatrecht ähnlichen Strukturen organisiert wird, eine positive Entwicklung entsteht und konkret schwarze Zahlen geschrieben werden, während wir dort, wo es staatlich organisiert ist, immer rote Zahlen schreiben. Das kann doch wohl nicht richtig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Silvia Hillenbrand (SPD): Sie wissen doch genau, warum!)

Deshalb kann es nicht hingenommen werden, dass wir in Hessen im Forst jährlich Verluste in Höhe von 37 Millionen DM machen. Durch eine vernünftige Organisationsstruktur in einem Landesbetrieb müssen wir hier zu mehr Effektivität und Wirtschaftlichkeit kommen - bei Wahrung und Nutzung der Schutzfunktion des Waldes.

(Silvia Hillenbrand (SPD): Sie wissen doch, warum! - Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Ich habe den Eindruck, dass wir dort auf einem guten Weg sind.

Der nächste Bereich in diesem Zusammenhang ist die Frage der Überprüfung der Arbeitsschutzverwaltung. Auch dort sind entsprechende Doppelverantwortlichkeiten vorhanden. Dazu gehört auch die Frage der Gesundheitsverwaltung sowie die Frage der Versorgungsverwaltung - wozu wir noch kein Steuerungspapier haben. Aber weil eine Demonstration stattgefunden hat, will ich dazu auch etwas sagen. Auch hier muss man prüfen, wie gegebenenfalls eine Sonderverwaltung in die allgemeine Verwaltung integriert werden kann.

Wenn wir mit diesen Fragen ehrlich umgehen, dann wissen wir doch, dass die Versorgungsverwaltung in der Nachkriegsentwicklung natürlich eine ganz andere Funktion im Hinblick auf ihren Sinn und Zweck hatte, nämlich für die Kriegsopferversorgung.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie dann nicht einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Gespräch gesucht?)

Dass heute die Versorgungsverwaltung noch das Bundeserziehungsgeld mit verwaltet, das ist aus meiner Sicht im Grunde genommen nicht ihre Aufgabe. Dass ich solche Fragen kritisch überprüfe und das auch vernünftig auf den Prüfstand stelle, ist notwendig. Wir haben dazu noch kein Steuerungspapier verabschiedet. Es ist in der Vorbereitung.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht! Sie wissen es doch besser, dass Sie einen Beschluss gefasst haben!)

Auch das muss auf den Prüfstand gestellt werden.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, darf ich Sie einmal unterbrechen? Frau Fleuren hatte eine Zwischenfrage.

Dr. Franz Josef Jung, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, ich würde gerne folgenden Vorschlag machen. Ich stelle das Konzept in einem dar, und danach antworte ich vielleicht auf Zwischenfragen.

Die Frage der Zusammenführung von Grundbuch und Kataster ist, denke ich, ein ganz wichtiger Punkt, an dem wir zu besserer und vernünftigerer Zusammenarbeit kommen und mehr Effektivität in die Verwaltung bringen können. Die Frage der Umsetzung der Zweistufigkeit der Polizei ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, an dem wir zu Entscheidungen gekommen sind.

Meine Damen und Herren, wir haben in dieser Woche im Kabinett z.B. zu Widerspruchsverfahren Beschlüsse gefasst. In Hessen haben wir hier eine Sondersituation gegenüber anderen Ländern. Ein Verwaltungsakt wird erlassen, und wenn man dagegen Widerspruch einlegt, dann ist zunächst der Anhörungsausschuss zuständig. Dort gibt es sehr viele Vereinbarungen, da gerichtliche Verfahren möglichst vermieden werden sollen. In diesem Zusammenhang ist es aber nicht mehr sinnvoll, daran dann noch Widerspruchsverfahren anzuhängen. Auch dort müssen wir also zu einer Reduzierung kommen.

Zur Frage der Umsetzung von Bestimmungen, die zurzeit noch das Einvernehmen erfordern, zum Erfordernis des Benehmens. Das bedeutet, dass ein Bürger zu einer Behörde geht, von der er nachher auch den Bescheid bekommt, statt dass die verschiedensten Zuständigkeitsbereiche gegeben sind und es monatelang dauert, bis die betreffende Entscheidung auf den Weg gebracht worden ist. Auch das ist zurzeit in der Überprüfung, und ich denke, das ist ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Effektivität unserer Verwaltung, insbesondere im Hinblick auf die Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger.

Der nächste Schwerpunkt ist die grundsätzliche Umstellung der Verwaltungssteuerung und des Haushalts- und Rechnungswesens. Im Klartext geht es hier um die doppelte Buchführung mit Kosten-/Leistungsrechnung und ergebnisorientierter dezentraler Budgetierung. Herr Kollege Rudolph, dort haben wir die Einführung der Standardsoftware SAP beschlossen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist Technik!)

Wir haben hier in einem Modellversuch aufseiten der Hochschulen, wie ich meine, positive Erfahrungen gesammelt.

(Günter Rudolph (SPD): Unstrittig!)

Ich will Ihnen sagen, dass sich die Hochschulen und in ihrer Verantwortung auch deren Kanzler aus meiner Sicht sehr positiv eingesetzt haben. Wir sind hier zu einer Entwicklung gekommen, die eine solche Entscheidung für die gesamte Landesverwaltung geradezu gebietet. Ich bin optimistisch, dass wir auch auf diesem Feld einen entscheidenden Schritt nach vorne gehen können.

Letzter Sachpunkt, den ich jetzt vortrage, ist die Frage der Personalentwicklungsbörse. Sie wissen, wir haben entschieden, dass wir keine betriebsbedingten Kündigungen bei der Umsetzung der Verwaltungsreform vornehmen. Das heißt, wir wollen eine adäquate Unterbringung für Mitarbeiter erreichen, die in ihrem derzeitigen Feld nicht mehr sinnvoll beschäftigt werden können.

Wenn Sie sich das im Zusammenhang einmal anschauen, dann ist das eine Bilanz dieses ersten Jahres, die sich wahrlich sehen lassen kann. Wir haben eine Verwaltungsreform aus einem Guss auf den Weg gebracht. Diese Landesregierung bringt sowohl das Land als auch die Verwaltungsreform nach vorne.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hessen handelt. Wir brauchen hierfür keine SPD-Kommission, Herr Rudolph, sondern die Entschlossenheit dieser Landesregierung

(Günter Rudolph (SPD): Ach du liebe Zeit!)

ist Garant dafür, dass wir sowohl die Verwaltungsreform vernünftig positiv umsetzen als auch das Land in eine gute Zukunft führen. - Besten Dank.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Hinz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Armin Klein (CDU): Eine schicke Frisur hat sie!)

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir noch einmal das durchgelesen, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode zum Thema Verwaltungsreform vorgetragen hat. Das ist sehr aufschlussreich, wenn wir es an dem messen, was bis heute passiert ist, und an den Floskeln, die der Staatsminister Dr. Jung hier vorgetragen hat.

(Zurufe von der CDU)

Herr Koch hat gesagt:

Verwaltungsreform ist in erster Linie Staatsreform. Wir werden deshalb jede Aufgabe daraufhin überprüfen, ob sie vom Staat selbst durchgeführt werden muss. Wo immer möglich werden wir bisher von staatlichen Behörden erledigte Aufgaben z. B. öffentlich bestellten Sachverständigen übertragen; andere Aufträge können von beliebigen Unternehmern übernommen werden. Schließlich streben wir die Bündelung von Aufgaben zahlreicher Sonderbehörden an, die möglichst in die allgemeine Landesverwaltung eingegliedert werden sollen.

(Frank Gotthardt (CDU): Bis jetzt sehr gut!)

- Die Erklärung war gut, aber der Rest leider nicht mehr.

Bei der Verwaltungsreform lässt sich die Landesregierung aus CDU und F.D.P. vom Grundsatz der Subsidiarität leiten.

(Stefan Grüttner (CDU): So ist es!)

Wir wollen "die Regierungspräsidien verschlanken und alle Aufgaben, die vor Ort gelöst werden können, auf die kom-

munale Ebene übertragen“. Wir wollen, „dass Bürger und Wirtschaft auf jeder Verwaltungsebene nur noch einen Ansprechpartner haben“, und wir wollen „das Potenzial, das in der hessischen Verwaltung steckt, gemeinsam mit den dort Bediensteten voll zur Entfaltung bringen“.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Das ist nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung möglich, nicht gegen sie.

(Armin Klein (CDU): Sehr gut!)

Das wurde vor einem Jahr erzählt, und jetzt schauen wir uns einmal an, was nach einem Jahr hierzu in der Landesverwaltung geschehen ist.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Staatsminister Dr. Jung hat ein berechtigtes Beispiel davon gegeben, wie man am besten um entstandene Probleme herumredet und wie man verschleiert, dass man nichts auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn man davon ausgeht, dass Verwaltungsreform den Zweck hat, sowohl die Effizienz als auch die Effektivität der Verwaltung sicherzustellen, und zwar im Sinne von besserer Qualität durch weniger Bürokratie,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das war am Donnerstag, nicht am Freitag!)

dann ist dies ein richtiges Ziel. Es kann auch die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessern, weil man ihnen durch Dezentralisierung von Entscheidungen mehr Spielräume und Freiräume zum eigenen Handeln gibt. Aber das Strickmuster, dem die Landesregierung bis jetzt gefolgt ist, ist, aus jedem guten Ansatz noch das Schlechtestmögliche überhaupt herauszuholen.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Schauen wir uns doch einmal das Beispiel an, auf das der Kollege Rudolph zurückgegriffen hat: die Reform der Landwirtschafts-, der Naturschutz- und der Forstverwaltung. Was erfolgt denn jetzt? Soweit wir das bislang wissen - wie gesagt, es ändert sich jeden Tag wieder etwas zum Schlechteren -, sieht das vorläufig Schlechteste so aus: Es werden 49 untere Naturschutzbehörden entstehen, man höre und staune, 49.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist genau das Märchen! Es ist doch falsch!)

Es entstehen 16 kommunale untere Naturschutzbehörden bei den Landkreisen. Es entstehen 16 staatliche bei den Landkreisen, 12 bei den kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten und 5, die fremd bedient werden.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist alles falsch!)

Das sieht dann so aus, dass z. B. der Landrat des Hochtaunuskreises künftig die Naturschutzgebiete der Stadt Frankfurt ausweist oder Wetzlar die Naturschutzgebiete für Gießen ausweist. Die Oberbürgermeisterin Roth hat sich deswegen ja schon bitter beklagt.

Meine Damen und Herren, des Weiteren wird nicht etwa eine Sonderverwaltung aufgelöst und in die allgemeine Landesverwaltung eingegliedert. Nein, es wird in dem ganzen Bereich eine neue Sonderverwaltung gegründet, und

zwar der Landesbetrieb Forst. Dies geschieht allein aus angeblich wirtschaftlichen Gründen, die aber selbst der Forstminister bis heute nicht ausreichend begründen konnte. Damit wird nicht nur der Forst allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen und nicht mehr unter ökologischen, vielmehr stellt sich die Frage, wie eigentlich eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Naturschutzverwaltungen funktionieren soll, wo man sich jetzt schon darum streitet, wer eigentlich den Naturschutz im Forst betreuen wird, die Naturschutzverwaltung oder die Forstverwaltung. So sieht Ihre Verwaltungsreform in diesem Bereich aus.

Meine Damen und Herren, die Regionalentwicklung, die Dorferneuerung und die Strukturförderprogramme werden bei der Investitionsbank sein, die Landwirtschaft, die LFN-Abteilungen bei den Landkreisen. Beim RP Gießen gibt es einen Schwerpunkt für die Landwirtschaft, jedenfalls aller Voraussicht nach, sofern sich die CDU nicht durchsetzt und alles wieder aus den RPs herausgenommen wird. Sie können doch wohl nicht behaupten - ich lasse jetzt einmal außen vor, was mit Gartenbau und Ähnlichem passieren wird, da ist ja auch noch einiges im Schwange -, dass dies eine effektive integrierte Flächenverwaltung darstellt, die Sie hier schaffen wollen. Das ist doch eine Verwaltungsreform, die nicht nach Qualitätsgesichtspunkten erfolgt, sondern allein nach politischen und parteipolitischen Lobbyinteressen gestaltet wird.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist Ihre Verwaltungsreform: Sie haben hehre Ziele und enden bei diversen Lobbyinteressen, die Sie alle bedienen wollen und bedienen müssen, und zum Schluss kommt eine Zersplitterung heraus und überhaupt keine Bündelung.

Meine Damen und Herren, wir haben die staatlichen Umweltämter geschaffen. Das ist eine Flächenverwaltung geworden, wo wir Aufgabenkritik gemacht und diskutiert haben, welche Ziele wir erreichen wollen, und wo nicht aufgrund von Lobbyinteressen und parteipolitischen Interessen, sondern aufgrund von Fachlichkeit entschieden wurde.

Ich sage durchaus, man muss bei Diskussionen manchmal auch gegen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und deren Wünsche entscheiden. Das sage ich Ihnen, weil Sie einen Zwischenruf gemacht haben und nicht meine Leute. Weil wir der Meinung sind, man muss auch manchmal gegen Interessen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheiden, halte ich es für besonders wichtig, dass man dann wohl begründet und nach fachlichen Gesichtspunkten entscheiden muss und nicht nach Gutdünken und irgendwelchen parteipolitischen Interessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, in der Schulverwaltung haben wir in der letzten Wahlperiode, was den Bereich der Staatlichen Schulämter angeht, eine Verwaltungsreform durchgeführt. Wir haben die Schulverwaltungen aus den RPs herausgelöst, haben zentralisiert und haben auch den ganzen Bereich der Lehrerfortbildung neu organisiert.

(Norbert Kartmann (CDU): Wo?)

- Ja natürlich, aus dem HfBS und aus dem HILF ist das HeLP geworden mit entsprechenden pädagogischen Häusern. Vielleicht ist das an Ihnen vorbeigegangen, Herr Kartmann, was mich aber doch etwas erstaunt. Denn Sie waren in der letzten Wahlperiode schließlich schulpolitischer Sprecher.

Meine Damen und Herren, jetzt passiert es, dass die Landesregierung eine erneute Reform in diesem Bereich vornehmen will, ohne zu bestimmen, nach welchen Qualitätskriterien und nach welcher inhaltlichen Zielbestimmung diese Reform eigentlich stattfinden soll. Sie haben bislang überhaupt noch nicht dargelegt, weder den Betroffenen noch hier im Parlament, wie eigentlich zukünftig die Lehraus- und -fortbildung in Hessen organisiert werden soll und welche Ziele damit verfolgt werden sollen. Schon wird wieder im großen Topf herumgerührt, die Betroffenen werden verunsichert. Statt diejenigen, die in der letzten Wahlperiode eine Reform mitgemacht haben, einmal in Ruhe arbeiten zu lassen und nach fünf, sechs, sieben oder acht Jahren nachzusehen, was sich bewährt hat und was nicht, was man neu formieren muss, rühren Sie im großen Topf herum. Was Sie erreichen, ist Chaos, aber keine Verwaltungsreform aus einem Guss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Polizeiverwaltung haben wir Ähnliches. In der letzten Wahlperiode haben wir eine Verwaltungsreform durchgeführt. Jetzt wird aus rein parteipolitischen Gründen eine Sonderverwaltung neu geschaffen. Die Polizeiverwaltung wird herausgelöst aus der allgemeinen zivilen Landesverwaltung, was wir inhaltlich für einen fatalen Fehler halten und wogegen sich die Landräte durchaus auch aus fachlichen Gründen gewehrt haben, nicht nur weil sie Kompetenzen verlieren, sondern weil die Zusammenarbeit mit anderen Behörden in den Kreisausschüssen so nicht mehr funktionieren wird und weil es gute Tradition in diesem Land hat, dass die Polizei inzwischen in der zivilen Landesverwaltung verankert war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Was Sie erreichen werden, ist nicht das, was Sie vorhaben, nämlich viel Personal einzusparen, sondern Sie machen neue Polizeibehörden auf. Die heißen jetzt nicht mehr überall Direktionen, sie heißen dann anders, sie werden bleiben, aber neue werden aufgemacht.

(Norbert Kartmann (CDU): Ja, wie heißen sie denn dann?)

Ein neues Polizeipräsidium wird erstellt, aber wie Sie das Personal einsparen wollen, hat der Innenminister noch nicht erklären wollen. Mit welcher Zielbestimmung und welche bessere Qualität Sie erreichen wollen, diese Antworten sind Sie bislang auch schuldig geblieben. Nein, Sie rühren auch hier wieder im Pott herum, anstatt die Menschen erst einmal mit der Reform arbeiten zu lassen, die vor zwei Jahren erfolgt ist. Die Polizeibeamten werden sich wieder um Reorganisation kümmern müssen und die Frage stellen: Wo ist künftig mein Arbeitsplatz? - Das dient nicht der Sicherheit in diesem Lande.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der Gesundheitsverwaltung hätten Sie auf ein Konzept zurückgreifen können, das erarbeitet wurde. In diesem einen Jahr ist aber bislang weiter nichts geschehen. Man fragt sich manchmal, wozu Steuerpapiere gemacht werden. Entweder wird falsch gesteuert, oder es wird gar nicht gesteuert. Herr Dr. Jung, Sie liefern immer ein hervorragendes Beispiel dafür im entsprechenden Ausschuss, indem Sie auf fachliche Fragen nicht antworten können, weil Sie dann sagen, es sei das Fachressort, das eigentlich dafür zuständig sei. Alleine eine Sache zur Chefsache zu machen, ohne zu wissen, was dann eigentlich in diesem

Bereich passiert, ist doch ein bisschen wenig. Da sollten Sie sich einmal an die eigene Nase fassen, was Ihre Zuständigkeit angeht.

Auch die Jugendpolitik ist ein interessantes Beispiel zu dem Thema Verwaltungsreform. In der Jugendpolitik wurden diverse Arbeitsgruppen eingesetzt, nachdem die Koalition entschieden hatte, dass sie das Landesjugendamt auflösen will. Auch dies ist eine rein politische Entscheidung und keine fachlich begründete. Die Landräte waren erst einmal froh, dass sie eine so genannte Kontroll- und Ärgernisbehörde loswerden. Es wurde bislang nicht definiert, wie eigentlich künftig die fachliche Qualität in der Jugendpolitik aussehen soll, wer für diese Jugendpolitik zuständig ist, wer die Qualität in den Kreisen sicherstellt und welche jugendpolitischen Aufgaben eigentlich das Ministerium künftig übernimmt. In diesem Bereich machen Sie auch wieder etwas, was aus dem Muster, das Sie einmal vorgegeben haben, nämlich keine Sonderverwaltungen und das Verschlingen von Ministerien, ausbricht. Sie blähen ein Ministerium auf, indem Sie Aufgaben in das Ministerium hereinholen, die eigentlich dort gar nicht hingehören.

Sie haben diverse Arbeitsgruppen installiert. Nachdem die Arbeitsgruppen getagt haben, hat das Ministerium plötzlich gemerkt, dass eigentlich einmal ein Leitbild erstellt werden müsste. Was macht das Ministerium? - Das Ministerium formuliert ein Leitbild und gibt es den entsprechenden Mitarbeitern im Landesjugendamt. Das ist Verwaltungsreform à la CDU: Nicht mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nicht von ihnen erarbeitet, sondern das Ministerium gibt vor, was es gern hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das kann doch nicht im Ernst eine Verwaltungsreform nach modernen Gesichtspunkten sein. Jetzt stellen Sie fest, dass auch noch ein paar Gesetze verändert werden müssten. Das ist ja ein Ding. Das Landesjugendamt will man zum Ende des Jahres aufgelöst haben, aber Ihnen ist noch gar nicht klar, welche Gesetze genau geändert werden müssen. Ich bin einmal gespannt, wie es Ende des Jahres aussehen soll, wenn holterdiepolter noch ein Gesetz hier in den Landtag eingebracht wird. Das Erstaunliche an dem ganzen Thema Verwaltungsreform ist aber, dass Sie nicht nur in der Verwaltung großes Chaos produzieren, sondern dass Sie am liebsten am Parlament vorbei Verwaltungsreform betreiben würden, weil inhaltliche Debatten über Zielbestimmungen in den entsprechenden Ausschüssen bislang nicht geführt werden konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auf unser Drängen ist jetzt erstmalig festgelegt worden, dass in dem Hauptausschuss zu speziellen Themen, die wir anmelden, die Fachressorts mit vertreten sind und die inhaltliche Diskussion mit führen, weil Sie, Herr Dr. Jung, nicht in der Lage sind, auf Fragen die entsprechenden Antworten zu geben.

Es ist eine Peinlichkeit, wenn im Hauptausschuss von mir die Beantwortung eines Berichtsantrages vom letzten September zum Thema Auflösung des Landesjugendamtes angemahnt werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Dieser Berichtsantrag ist extra dem Hauptausschuss überwiesen worden. Er ist an die Staatskanzlei gerichtet. Was haben Sie gemacht? - Sie haben versucht, das wieder dem Fachressort aufzudrücken.

(Günter Rudolph (SPD): So sind sie!)

Dann frage ich mich, wozu Sie eigentlich steuern, wenn Sie doch wieder für nichts zuständig sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, würden Sie bitte so langsam zum Schluss kommen?

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme langsam zum Schluss.

Herr Kollege Jung, Sie haben vorhin gesagt - und das steht auch in Ihrer Presseerklärung, die Sie schon vorbereitet haben -: Bis zum Ende dieser Legislaturperiode werden wir weit mehr Änderungen in der Landesverwaltung vorgenommen und eingeleitet haben als in allen bisherigen Legislaturperioden.

(Günter Rudolph (SPD): Aber was!)

Da kann ich nur sagen: Das stimmt. So viel Chaos wie Sie wird noch keine Landesregierung bis zum Ende einer Wahlperiode in Hessen angerichtet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Den Antrag der SPD könnte man eigentlich als einen wohlmeinenden Ratschlag betrachten, so ein Gremium einzurichten, das aufgrund der Größe möglichst lange tagt, damit möglichst nichts Schlechteres passiert, als bislang schon passiert ist.

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

In diesem Sinne könnte man diesem Antrag sogar etwas Positives abgewinnen. Allerdings wäre es für eine Verwaltungsreform notwendig - das wäre die eigentliche Aufgabe, und dann wäre so ein Antrag völlig überflüssig -, eine Zielbestimmung durchzuführen, wie viel Qualität gewollt wird und wie diese Qualität erreicht werden kann.

(Günter Rudolph (SPD): Das machen Sie ja nicht!)

Und es wäre die Aufgabe der Landesregierung, mit dem Parlament über die Umsetzung zu diskutieren. Dann bräuchten wir nicht über solche Anträge zu diskutieren. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Gotthardt für die CDU-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Günter Rudolph (SPD): Verwaltungsexperte! - Barbara Stolterfoht (SPD): Der hat doch noch nie eine Verwaltung von innen gesehen!)

Frank Gotthardt (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ganz nett, dass wir uns hier heute Morgen über Verwaltungsreform unterhalten haben. Ich würde auch gern der SPD noch einmal fünf Minuten Redezeit geben, damit sie endlich einmal ihren Antrag begründet. Denn über den Antrag ist von Rot-Grün heute Morgen überhaupt nichts gesagt worden.

(Beifall bei der CDU)

Frau Hinz, ich will Ihnen durchaus das Kompliment aussprechen, dass Sie sich mit der Materie scheinbar intensiver beschäftigt haben als der Kollege Rudolph. Aber das ist nur ein halbes Kompliment. Auch Ihnen muss ich leider sagen, dass Sie sich über die Verwaltungsreform informieren sollten, bevor Sie hier davon reden, dass es in Zukunft 49 UNBs gibt.

(Günter Rudolph (SPD): Schlaumeier! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Ja, Herr Rudolph, auch Ihnen kann ich das nur raten. Gucken Sie sich die Konzepte an. Sie werden feststellen, dass es in Zukunft 16 Abteilungen LFN bei den Landräten gibt, wo nämlich genau die UNB und die staatliche Abteilung miteinander verschmelzen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist genau eines der Kernstücke der Verwaltungsreform.

(Beifall bei der CDU - Manfred Schaub (SPD): Jede Woche gibt es ein neues Papier!)

- Ja, Herr Schaub. - Aber insofern haben Sie eben leider am Thema vorbeigeredet. Das muss man dann auch offiziell feststellen, wenn es so ist.

Ich darf auch einfach einmal die Frage in den Raum stellen, was eigentlich die SPD und die GRÜNEN zu ihrer Regierungszeit getan haben.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Die Frage zu stellen ist gemein! - Norbert Kartmann (CDU): Mach sie nicht fertig! - Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Das ist zwar eine gemeine Frage, aber es ist doch eine Frage, die gestellt werden muss, Herr Kollege Hahn. - Herr Schaub, nicht aufregen, das hat alles keinen Zweck. Ich weiß, dass Sie die Vergangenheit verdrängen wollen. Sie können sie aber nicht verdrängen.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Erstens kann ich feststellen, dass es zu Ihrer Regierungszeit eine Kommission, so wie Sie sie jetzt beantragen, nicht gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Insofern beantragen Sie hier etwas, was Sie selber nie gemacht haben. Das spricht immer schon für einen Antrag. Gut, dass wir darüber geredet haben. Sie haben zweitens damals in der Staatskanzlei zwar zutreffende Konzepte und Papiere gehabt - Stichwort: Suchan-Papier -

(Günter Rudolph (SPD): Das haben Sie nie gelesen!)

Sie hatten aber nie den Mut, die Konsequenzen aus diesen Zahlen zu ziehen und die Verwaltungsreform dann auch durchzuziehen.

(Beifall bei der CDU)

Und Sie hatten - das wiederum kann ich Ihnen attestieren - in jedem Ministerium eine andere Idee, was man denn machen könnte. Sie haben in jedem Ressort vor sich hin gebastelt, und es gab eben keine einheitliche konsequente Verwaltungsreform.

Sie haben im Bereich der Forstverwaltung keine Grundsatzentscheidung getroffen, sondern Sie haben die Forstämter vor Ort, die für die Bürger Ansprechpartner sind, dicht gemacht. Bei den Indianern haben Sie gespart, aber nicht

bei den Häuptlingen. Das haben Sie dann Verwaltungsreform genannt.

(Beifall bei der CDU - Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

So ist das unter Rot-Grün immer gelaufen. Wenn ich an die staatlichen Umweltämter denke - die Kollegin Hinz hat das angesprochen -, dann fällt mir da zwar auch noch etwas ein, was man im Moment noch verändern könnte, aber das ist insgesamt eine vernünftige Lösung. Das ist unbestritten, Frau Hinz. Ich darf Ihnen an dieser Stelle aber auch in Erinnerung rufen, wie die staatlichen Umweltämter entstanden sind. Sie hatten nämlich die Vorstellung von dezentralen und unabhängigen Sonderdienststellen, und der Innenminister war der Auffassung, dass man das alles zum RP tun müsste. Dann ist ein Jahr lang in diesem Streit nichts geschehen. Das muss man nämlich einmal betonen. Ein Jahr lang dümpelte das Thema vor sich hin. Dann sind Sie zu dem Kompromiss gelangt, dass man das Ganze als Sonderdienststelle und als Abteilung an das RP anbindet. Das war für ein Jahr Diskussion natürlich originell.

Insofern muss man doch einfach einmal feststellen, dass Sie es hier heute leicht haben, zu sagen, man hätte dieses und jenes anders machen können. Sie haben es in Ihrer Regierungszeit nicht getan. Ich muss feststellen, dass das, was Dr. Jung vorgetragen hat, überzeugend und umfassend ist und eben keine allgemeinen Phrasen darstellt, so wie das bei Ihnen war, sondern die einzelnen Punkte ins Detail in die Verwaltungen heruntergebrochen sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich frage wiederum - es tut mir Leid, dass ich heute Morgen so viel frage; die Fragen bleiben leider alle offen -:

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie kommt es denn, dass die wunderbaren Erlasse zur Aufzuckerung von Weinen der Jahrgänge 1983 bis 1987 unter Ihrer Regierungszeit Gültigkeit hatten, obwohl es die Weine gar nicht mehr gab und sie nicht mehr aufgezuckert waren? Wie kommt es denn, dass unter Ihnen der Erlass über die Bejagung der Biber aus den Achtzigerjahren Gültigkeit hatte, obwohl es in Hessen gar keine Biber mehr gab?

(Zurufe von der SPD: Es gibt welche!)

Wie kommt es denn, dass der Erlass zur Bearbeitung von landwirtschaftlichen Anträgen bis zum 30.04.1997 aufrechterhalten wurde, obwohl das Datum bereits überschritten war? - Sie sind nämlich überhaupt nicht auf die Idee gekommen, die Erlasslage zu überprüfen und zu korrigieren. Das ist der Unterschied zu der Verwaltungsreform, die wir machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zu dem konkreten Anliegen der SPD, eine Kommission einzurichten, die die Verwaltungsreform jetzt begleitet, kann ich nur feststellen: Das bisherige Verfahren war sehr transparent.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

- Ja, die Papiere, die es gab, sind doch anscheinend auch bei Ihnen gelandet. Dafür bin ich dankbar. Es ist doch gut, dass auch Sie auf dem Laufenden geblieben sind. Das kann man doch nur ausdrücklich begrüßen.

(Manfred Schaub (SPD): Jede Woche zwei Papiere!)

Wenn ich sehe, wie viele Mitarbeiter sich mit Anregungen an uns gewandt haben - man muss betonen, dass sie eben nicht mit dummdreister Kritik und der Forderung, es müsse alles so bleiben, wie es ist, zu uns gekommen sind, sondern mit sehr konstruktiven Anregungen -, dann muss ich feststellen, dass die Mitarbeiter beteiligt wurden, nicht nur in dem offiziellen Prozess, sondern auch durch die Gespräche vor Ort in den Verwaltungen.

Es wird auch so weitergeführt, dass die Mitarbeiter in diesen Verwaltungsreformprozess eingebunden werden. Auch die Betroffenen - Sie haben von den Unternehmerverbänden geredet - sind einbezogen worden. Auch dort gibt es Stellungnahmen und Anregungen dazu, was man verbessern könnte und was man machen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann muss ich im Endeffekt auch darauf hinweisen, dass Sie jetzt über vieles geredet haben, was dem Parlament natürlich noch nicht offiziell vorliegt, weil es noch eine Anhörung der Regierung zur Verwaltungsreform geben wird, wo genau die Verbände und Organisationen ihre Anregungen loswerden können. Das ist das allgemeine Verfahren. Das war unter Ihnen nicht anders, das wird unter uns nicht anders sein, weil es parlamentarischer Brauch ist.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Man muss natürlich auch die Frage stellen - Herr Rudolph, den Antrag haben Sie gestellt, aber jetzt lesen Sie Zeitung -: Was soll diese Kommission, die von Ihnen beantragt worden ist, denn tun?

(Günter Rudolph (SPD): Sagen Sie etwas Vernünftiges, dann werde ich Ihnen zuhören!)

Die Frage der Verordnungen und Erlasse wird in den Häusern geprüft. Ich sehe keinen Vorteil darin, dass die Verbände mitreden, wie Sie es jetzt sagen, und sich eine Kommission damit beschäftigt. Das hätte wirklich nur die Auswirkung, die Frau Hinz beschrieben hat, dass nämlich alles verzögert wird und die Transparenz nicht zu-, sondern abnimmt. Die Regierung arbeitet, die Verwaltung arbeitet, und dabei kann man sie nur unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wo soll denn die Kommission nun helfen bei der Frage, ob Einvernehmensregelungen durch Benehmensregelungen ersetzt werden? Wo soll denn die Kommission helfen bei der Frage, wie Laborleistungen effizienter und effektiver privat organisiert werden können? Wo soll eine solche Kommission helfen bei der Frage, wie die Beihilfe umorganisiert wird?

An den Stellen, wo die Krankenkassen betroffen waren und wo die Fachleute gefragt werden mussten, hat es doch die Kontakte der Staatskanzlei mit den Betroffenen gegeben. Dafür brauchen wir keine Kommission, in der viele Menschen herumsitzen und sich langweilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das kann es nicht sein, sondern auch der Prozess der Verwaltungsreform muss straff organisiert sein und muss konsequent durchgeführt werden - nicht nur darüber reden, sondern auch tun.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Günter Rudolph (SPD): Hauptausschuss!)

Wir dürfen natürlich nicht nur über die äußere Verwaltungsreform reden, sondern wir müssen auch an die innere

Verwaltungsreform denken. Deswegen finde ich es auch nicht gut - das will ich in aller Deutlichkeit betonen -, wenn hier immer die Zuarbeit der Mitarbeiter in den Häusern und der nachgelagerten Verwaltung in den Schmutz gezogen wird. Die Mitarbeiter haben sich ganz konsequent bemüht, ihre Anregungen im Rahmen der Verwaltungsreform einzubringen. Diese Anregungen sind zum großen Teil auch übernommen worden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht! - Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Frau Hinz, auch da gebe ich Ihnen Recht: Nicht alles, was vorgeschlagen wird, muss auch tatsächlich gemacht werden.

(Günter Rudolph (SPD): Sie leiden an politischem Autismus!)

Man muss auch den Mut haben, einmal gegen Mitarbeiter zu entscheiden. Aber im Wesentlichen muss man ganz eindeutig einen ganz herzlichen Dank an die Mitarbeiter sagen, die sich an diesem Reformprozess bisher beteiligt haben und die sich auch in Zukunft beteiligen werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Herr Rudolph, das einzige Thema, das Ihnen im Moment zur Verwaltungsreform einfällt, ist die Tatsache, dass Sie eine Kommission bilden wollen. Sie hätten einen Antrag zu einzelnen Punkten stellen können, dass Sie etwas anderes haben wollen. Nein, Ihnen ist nichts Dümmeres eingefallen, als den Antrag zu stellen, eine Kommission zu bilden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Daraus kann ich an sich nur schließen, dass Sie im Groben mit der Entwicklung der Verwaltungsreform sehr einverstanden sind. Ich höre, was damals für Papiere in der Staatskanzlei gemacht worden sind. Wir setzen das jetzt um, wir setzen es fort. Deswegen verstehe ich, dass Sie insgesamt sehr verschwiegen sind und eher Zeitung lesen.

(Günter Rudolph (SPD): Verwaltungsfachmann Gotthardt!)

Sie wollen die Reform verzögern. Sie wollen, dass ein Popanz aufgezogen wird. Sie wollen, dass die Verunsicherung in der Verwaltung zunimmt. Ich gebe zu, dass wir dies nicht wollen.

(Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Ich kann Ihnen auch einen Tipp geben, weil es immer heißt: Landesbetrieb Forst usw., das ist alles so schlimm. - Gucken Sie einmal, was Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen machen, Herr Kollege Schmitt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen haben jetzt 40 Landesbehörden in Landesbetriebe umgewandelt - Ihre Parteifreunde in NRW. Hier bei uns in Hessen laufen Sie dagegen Sturm. Vielleicht gucken Sie einmal über den Tellerrand. Das kann auf keinen Fall schaden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich komme zum Schluss und kann zusammenfassen: Sie wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das tut Ihnen weh, aber Sie wissen nicht, wie Sie es ändern sollen. Das ist gut so; denn wir machen weiter. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss den Antrag der Sozialdemokraten vom 23. März mehrfach lesen, um ansatzweise zu verstehen, warum dieser Antrag eigentlich gestellt wurde.

(Günter Rudolph (SPD): Das schaffen Sie auch!)

Wenn ich heute, am 17. Mai, diesen Antrag noch einmal gelesen habe - ich möchte ganz anders anfangen, als Sie mir das unterstellen -, so könnte ich mir vorstellen, dass Sie ein bisschen hellseherische Fähigkeiten hatten, aber in einem einzigen Detailpunkt, und den werden wir klären.

Es ist schon wahr, was Frau Kollegin Hinz hier angesprochen hat - Herr Kollege Rudolph, um einiges intensiver als Sie -, dass wir uns mit der Umorganisation der LFN schon ein bisschen schwer tun; das gebe ich zu. Ich bin aber gar nicht böse darüber, dass wir uns da schwer tun. Denn es macht sehr deutlich, dass bei einer derart umfangreichen Umorganisation, wie wir sie vorhaben, eine Vielzahl von Aufgabenfeldern bedacht werden muss und auch eine Vielzahl von Menschen und deren Jobs bedacht werden müssen. Bei einer solchen Umorganisation funktioniert nicht alles sofort richtig in einem Guss. Wenn Ihr Antrag überhaupt einen Sinn hat, so hätte er ihn heute mit den Argumenten von Frau Hinz, indem man sagt: Bei der LFN-Reform seid ihr nicht so flott und so schnell zum Ziel gekommen, wie ihr das bisher in anderen Sachen gemacht habt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage aber ausdrücklich für die F.D.P.-Fraktion, dass wir stolz darauf sind, welche Arbeit wir bereits im Zuge der Verwaltungsreform in Hessen getan haben und wie wir letztlich die Umorganisation der LFN zu einem guten Ergebnis bringen werden.

Herr Kollege Rudolph, deshalb ist sehr deutlich geworden: Sie selbst wollen als SPD auf den Zug springen, den die Mitarbeiterschaft in unseren Behörden breit angelegt hat, dass es endlich einmal jemand anpackt mit der Umorganisation dieser hessischen Verwaltung, dass endlich einmal jemand Wort hält und nicht Sprüche klopft, wie Sie, Herr Rudolph, das wieder mit der Umorganisation gemacht haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir möchten eine effiziente und effektive Verwaltung haben. Staatsminister Dr. Jung hat vorgetragen, was wir in sehr beeindruckender Art und Weise in den letzten zwölf Monaten gemeinsam getan haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Herr Rudolph, das lässt sich sehen. Sie verschanzen sich jetzt aber hinter Ihrer Zeitung, weil Sie genau wissen, dass Sie als "Regierungssprecher" in den letzten vier Jahren, in

der letzten Legislaturperiode, hier von Mal zu Mal an dieses Pult treten und sagen mussten: Wir haben es noch nicht geschafft mit der Umorganisation, Herr Bökel hat noch nichts gemacht mit der Umorganisation.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Herr Rudolph, das war doch Ihr Job in den letzten vier Jahren, hier hinzutreten und wiederum zu sagen, dass Bökel außer Sprüchen und dem Hammerwerfen nichts weiter gemacht hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir, Frank Gotthardt und Jörg-Uwe Hahn, sind stolz darauf, dass wir als Regierungsabgeordnete nicht die Arbeit leisten müssen, etwas zu vertuschen, sondern dass wir hier stolz sagen können: Diese Regierungskoalition hat die letzten zwölf Monate genutzt, um den Umbau der hessischen Verwaltung hin zu einer effektiven und effizienten Verwaltung anzugehen. - Herr Kollege Rudolph, das ärgert schon.

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

Sie haben es nötig gehabt, in der letzten Legislaturperiode nach eineinhalb Jahren Rot-Grün in der zweiten Amtszeit alle Staatssekretäre in den damals dafür eingerichteten Ausschuss zu zitieren. Sie haben dort selbst gesagt, Sie haben die Staatssekretäre vorzitiert - das waren nur Genossen und GRÜNE -, damit die bei der Verwaltungsreform endlich einmal merken, was Sozialdemokraten und GRÜNE eigentlich denken.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden innerhalb der Koalition. Wir reden mit den Staatssekretären und den Ministern. Wir haben extra auf höchster Ebene in der Staatskanzlei unter Leitung von Franz Josef Jung eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich damit beschäftigt. Aber Sie hatten es nötig, Herr Rudolph. Erinnern Sie sich noch daran, oder ist Ihr Gedächtnis so erlahmt, dass Sie selbst eine Sitzung dieses Ausschusses hatten - -

(Günter Rudolph (SPD): Sie leiden an Gedächtnisschwund!)

- Sie leiden nicht? Dann wissen wir ja, wovon wir reden. - Dann bestätigen Sie jetzt, dass Sie die Staatssekretäre Ihrer damaligen Regierung vorzitiert hatten, weil Sie es leid waren, dass sie überhaupt nichts in Angriff genommen haben.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum nächsten Punkt. Das ist noch ärgerlicher. Da beschwert sich Herr Rudolph, der vier Jahre hier rumgeturnt ist und verteidigt hat, dass Sozialdemokraten nichts getan haben bei der Verwaltungsreform, dass Sozialdemokraten keine Informationen gegeben haben zum Thema Verwaltungsreform. Herr Rudolph, die konnten auch keine geben; denn sie haben nichts gemacht. Gell, Herr Kollege Bökel, Sie haben ja nichts gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Ich komme gleich zum Thema Polizei, wo Sie etwas gemacht haben, was jetzt repariert werden muss. Herr Kollege Rudolph, sich zu beschweren, es gebe keine Information: Ich bin erst in der vierten Legislaturperiode in diesem Hause.

(Gerhard Bökel (SPD): Das merkt man!)

Deshalb ist es ein nicht ganz weiter, aber doch ein bereits über zehn Jahre dauernder Zeitraum.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Es hat noch nie so viele Informationen von der Landesregierung hin zum Parlament gegeben, wie das jetzt unter dieser Regierung und durch Franz Josef Jung im Hauptausschuss geschieht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Herr Kollege Rudolph, wenn Sie nur darüber lächeln - das scheint überhaupt Ihre Hauptbeschäftigung bei dieser Frage zu sein, Zeitung zu lesen und zu lächeln -, dann können Sie natürlich nicht den Inhalt dieser Papiere ernst nehmen. Sie nehmen diese Arbeit anscheinend überhaupt nicht ernst.

(Günter Rudolph (SPD): Bleiben Sie sachlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Gotthardt hat vollkommen Recht: Hier ist gute Arbeit in den letzten zwölf, dreizehn Monaten gemacht worden, und wir werden diese auch weiter fortsetzen.

Frau Vizepräsidentin, ich hätte gerne eine Zwischenfrage zugelassen, wenn Sie sie vorher aufrufen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Gerne, Herr Kollege Hahn. Bitte schön, Frau Hinz. - Es war gut, mich darauf hinzuweisen.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Hahn, es ist ja richtig, dass in der letzten Wahlperiode alle Staatssekretäre in den Ausschuss kommen sollten, um Bericht zu erstatten. Aber würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass in den jetzigen Ausschuss weder die Staatssekretäre der Häuser kommen noch der Chef der Staatskanzlei entsprechende Fragen beantworten kann, weil eben niemand aus den Häusern kommt? Eine Kollegin der CDU meinte, in der letzten Wahlperiode habe sie zu viel Papier bekommen. Sie habe es alles gar nicht mehr lesen können.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Kollegin Hinz, ich nehme zur Kenntnis, was Sie eben gefragt haben. Mein Erfahrungshorizont ist ein ganz anderer. Ich habe im Gegensatz zu Ihnen - ich bitte um Verständnis, weil Sie in der letzten Legislaturperiode teilweise auf der Regierungsbank saßen - an jeder Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsreform, oder wie er auch immer hieß, teilgenommen. Frau Hinz, ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Das haben Sie wohl als Regierungsmitglied gar nicht kommuniziert bekommen. Es gab erhebliche Verärgerung in den Reihen darüber - da war Herr Kollege Rudolph einer der Hauptsprecher, das hat er nie laut, aber immer intern gesagt -, dass die Minister und die Staatssekretäre der Regierung Eichel nichts gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus diesem Grunde sind sie vorzitiert worden. Das ist die Wahrheit. Herr Kollege Rudolph, darüber streiten wir uns auch gar nicht, weil ich weiß, was Sie mir in mehreren Besprechungen zu diesem Thema gesagt haben,

(Günter Rudolph (SPD): Nicht falsch zitieren!)

und wir uns auch Verhaltensweisen auferlegt haben, damit Sie ein bisschen Ihrem Ziel näher kommen. Frau Kollegin Hinz, wenn Sie den Wunsch haben - ich kann nicht für

die Landesregierung reden, ich kann nur die Bitte an den Staatsminister Dr. Jung weiterleiten -, dass im Hauptausschuss zu bestimmten Themenbereichen Mitarbeiter von anderen Häusern anwesend sein sollen, dann sagen Sie es bitte vorher. Dann werden die Mitarbeiter dort anwesend sein und Rede und Antwort stehen. Wir haben ein vitales Interesse daran.

Deswegen sage ich hier als Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion, dass wir einen transparenten Prozess haben und es nicht im Hinterstübchen machen, so wie Gerhard Bökel - jetzt komme ich dazu - vor drei Jahren im Hinterstübchen, in einer Nachtsitzung mit dem Hauptpersonalrat die Polizei organisiert hat. Man konnte sich auf nichts einigen, man hatte sich mit der GdP verhakt, und dann kam das sagenhafte Polizeiverkehrsamt heraus, das wir jetzt auflösen müssen, weil es weder effektiv noch effizient ist und weil es die Polizeistrukturen zerstört hat, die vorher viel besser funktioniert haben. Jetzt machen wir einen Guss daraus.

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU) - Günter Rudolph (SPD): Unerträglich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß wirklich, wovon ich rede, wenn ich mich mit dem Thema Polizeiorganisation beschäftige. Herr Kollege Rudolph - er liest wieder Zeitung, er kann einfach das, was andere sagen, nicht akzeptieren -, Sie waren offensichtlich lange nicht mehr bei Polizeistationen und -revieren.

(Günter Rudolph (SPD): Unterstellen Sie doch nicht Sachen, die nicht stimmen!)

Mein Eindruck gerade in der letzten Woche bei der Polizeistation in Usingen war - ein Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der GdP am vergangenen Donnerstagmorgen in den Rhein-Main-Hallen hat das wiederum bestätigt -

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe gestern mit dem gesprochen!)

dass die Polizei sehr zufrieden damit ist, dass endlich eine Organisationsstruktur geschaffen wird, die aus einem Guss ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie sich nicht irritieren von den relativ weit entfernten Aussagen, die der Kollege Rudolph eben gemacht hat.

(Armin Klein (CDU): Das kann mir nicht passieren bei so viel Unsinn, wie der heute geredet hat!)

Es gibt innerhalb der Polizei - auch bei den Polizeigewerkschaften - überhaupt keine Kritik an den Grundzügen der jetzt von Volker Bouffier vorgelegten Organisationsstruktur, weil das die Einzige ist, die effizient und effektiv ist. Was hat denn die Polizeigewerkschaften und die Menschen geärgert, als Gerhard Bökel meinte, er müsse das Polizeiverkehrsamt schaffen? Was ist denn bei den Menschen für ein Zorn aufgekommen, als die innere Organisation in der Polizei erhöht wurde mit der Folge, dass weniger Polizeibeamte auf die Straße gebracht worden sind?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben es als Rot und Grün geschafft, nicht nur 350.000 Polizeistellen in den letzten vier Jahren abzuschaffen - das ist immerhin die Mannschaftsstärke von zehn Stationen -, sondern Sie haben es darüber hinaus geschafft, noch mehr aus der Arbeit im präventiven und im repressiven Bereich herauszunehmen und zu Verwaltungstätigkeiten zu benutzen. Das bauen wir jetzt ab. Ich sage Ihnen noch einmal: Aus dem Gespräch mit dem GdP-Landesvorsitzenden von letzter Woche - er ist jetzt nicht hier, sonst würde ich ihn gerne noch einmal persönlich dazu befragen - geht hervor, dass diese Grund-

struktur in Ordnung ist: Wir stehen hinter dieser Grundstruktur. Wir haben ein paar Probleme damit, dass zu viele Personalräte abgeschafft werden. Wir haben ein paar Probleme damit, dass zu viele Freistellungen von Personalräten abgeschafft werden. - Das ist die Diskussionslage, die zurzeit zwischen den Regierungsfractionen und der Polizeigewerkschaft herrscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie nicht so mit der Polizeiorganisation vertraut sind, lassen Sie sich von den Äußerungen des Kollegen Rudolph nicht irritieren. Er hat in diesen Punkten noch nicht einmal die Auffassung der Gewerkschaften vorgetragen und, ich glaube, auch nicht die der SPD. Herr Rudolph, vielmehr wollten Sie einen Rundumschlag machen, so wie Sie sich in der letzten Zeit hier zu präsentieren pflegen: mit Lachen dazwischen und Zeitung in der Hand. So kann man keine Sachpolitik machen. - Uns ist es ernst mit der Umorganisation dieser Verwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Ich sage noch einmal, was ich bereits im Zusammenhang mit der Regierungserklärung von Roland Koch hier gesagt habe. Wir Liberale sind der festen Überzeugung, dass es nicht sein kann, dass ein Staat meint, er müsse und könne alles besser regulieren als die Menschen selbst.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt doch niemand!)

Wir möchten eine Gesellschaft haben, in der nicht der Staat die dominante Rolle spielt, sondern in der der Einzelne eine dominante Rolle spielt. Nur die Aufgaben, die tatsächlich vom Staat gemacht werden müssen, z. B. hoheitliche Aufgaben, sind dort zu organisieren. Wir hatten heute Morgen die Diskussion im Zusammenhang mit dem 100-Millionen-DM-Programm.

Das ist doch Ihr Ansatz. Das ist doch der sozialdemokratische Ansatz nach dem Motto: Alles Gute kommt vom Staat. Nehmt mehr Steuern ein, verteilt sie über den Staat, dann wissen wir Sozialdemokraten wenigstens, was wir den Menschen Gutes tun können.

(Norbert Kartmann (CDU): Diese Philosophie ist vorbei!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht der Ansatz der F.D.P. und auch nicht der Ansatz der Koalition. Das ist der Ansatz von Sozialisten, das ist der Ansatz aus dem letzten Jahrhundert.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Günter Rudolph (SPD): Sind Sie fertig mit der Beschimpfung? Hahn weiß alles! - Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Deshalb sind wir so stark darauf erpicht, dass diese Verwaltungsreform zu einem Erfolg wird, und die ersten zwölf Monate Arbeit machen das deutlich. Das Thema Erlasse und Verordnungen hat der Staatsminister Dr. Jung angesprochen. Es ist eine gute Leistung, dass in kurzer Zeit im Umweltministerium 50% dieser Rechtsnormen abgeschafft werden konnten. Ich gehe davon aus, und ich weiß es ja auch, dass in anderen Häusern die Arbeiten durchgeführt werden und dass wir auch dort entsprechende Erfolge vorweisen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie die Polemisierung zu dem Thema Regierungspräsidien. Ich

weiß gar nicht, was das soll. Das ist schlicht dummes Zeug. Es wird dadurch nicht besser, dass Sie versuchen, einen Konflikt, den die Union und die F.D.P. vor einem Jahr beigelegt haben, immer wieder neu hochzukochen. Es gibt diesen Konflikt in der Koalition nicht. Es ist eine vollkommen klare Absprache - wir haben es in unserem Papier festgeschrieben -, und danach wird gearbeitet. Herr Rudolph, Sie sollten mir vielleicht ein bisschen mehr glauben, dann würden Sie etwas qualifiziertere Reden schwingen.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

- Jetzt lacht der auch noch so infantil.

(Heiterkeit bei der F.D.P. und der CDU)

Dann würden Sie von Fakten ausgehen und nicht von Unterstellungen. Ich weiß, dass es bei der LFN-Diskussion zurzeit Papiere gibt, die dem Stand der Koalition nicht entsprechen. Na und? Es gibt solche Papiere, und die werden wieder eingestampft.

(Günter Rudolph (SPD): Was wollen Sie denn?)

Wir werden die LFN-Organisation so machen, wie wir es in Arnsburg bereits vereinbart haben - mit den notwendigen Detaillösungen, die natürlich noch angehakt werden.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Ein großes Lob für den Finanzminister und alle anderen beteiligten Häuser, dass wir in Hessen eine Personalentwicklungsbörse haben. Das hat es unter Sozialdemokraten niemals gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Jedes größere Unternehmen hat eine Personalentwicklungsbörse. Das Land Hessen - von den Sozialdemokraten grandios verwaltet in den letzten Jahren, Herr Rudolph, in den letzten vier Jahren Fachsprecher für Verwaltungsvereinfachung - hat immer herumgeeiert. Das haben Sie nie geschafft. Sie haben es noch nicht einmal in Angriff genommen. Ihnen war es ja egal. Personalplanung gab es nicht. Was haben wir im letzten Jahr am Anfang der Legislaturperiode für Probleme damit gehabt - nicht wir, sondern Karin Wolff -, die Organisationsstrukturen aufzubauen, damit zusätzliche Lehrer eingestellt werden können. So etwas gab es ja alles nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb nicht nur Dank an Karlheinz Weimar für den Aufbau der Personalentwicklungsbörse, sondern auch das Aufmuntern von dieser Stelle aus an Karlheinz Weimar und das Kabinett.

Als Nächstes ist das Immobilienmanagement dran. Es ist doch schlicht und ergreifend ein Skandal, dass das Land Hessen keinen Überblick darüber hatte, bevor wir die Regierung übernommen haben, wo, in welchen Lagen und mit welchen Belastungen Grundstücke vorhanden sind. Wo leben wir denn? Wie haben Sie eigentlich das Land Hessen in den letzten 20 Jahren geführt, wenn Sie nicht einmal das wichtigste Handwerkszeug in Sachen Personal- und Finanzführung in der Hand hatten? Wir haben bisher kein Immobilienkataster gehabt. Das wird erst jetzt aufgebaut - Gott sei Dank unter der Leitung von Karlheinz Weimar und der Landesregierung von Roland Koch und Ruth Wagner.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das aufgebaut ist, dann erwarte ich auch, dass das Land Hessen intelligent mit den Immobilien umgeht. Wir müssen uns einmal überlegen, was wir für Flächen brach liegen lassen, die kein Mensch braucht. Wir wussten es zum Teil überhaupt nicht. Manche wussten es immer, weil die sich damit ihre Besoldung verdient haben, aber der Gesamtkonzern wusste nicht, wo denn die Werte liegen. Das muss anders werden. Das ist

noch ein Zukunftsaussblick, der sicherlich in den nächsten Monaten von Karlheinz Weimar, dem Kabinett und der Koalition noch aufgegriffen werden wird.

Abschließend sage ich für die F.D.P.-Fraktion: Wir dringen darauf, dass die Verwaltungsreform in Hessen so aktiv, intelligent und kreativ, wie sie in den letzten zwölf Monaten begonnen wurde, weitergeführt wird. Wir ermuntern jedes Kabinettsmitglied, sich selbst darüber Gedanken zu machen und dem von Dr. Jung geleiteten Ausschuss vorzutragen, wie man die Verwaltung effektiver und effizienter gestalten kann.

Wir sind stolz auf das, was die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und F.D.P. in den letzten zwölf Monaten getan haben. Ich gehe davon aus, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode - die ja erst die erste Legislaturperiode der Koalition von CDU und F.D.P. sein wird - eine hervorragende Bilanz hinsichtlich einer effektiven und effizienten Hessen-Verwaltung vorlegen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich ankündigen, dass sich der Wahlausschuss um 12 Uhr noch einmal im Raum 22 P trifft.

Jetzt hat Herr Kollege Bender für die SPD-Fraktion das Wort. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Bernhard Bender (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis dafür, dass die Landesregierung in der jetzigen Situation, in die sie sich mit einem Spendenskandal selbst hineinmanövriert hat, keine Zeit mehr für eine Verwaltungsreform hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, wir sind einer Meinung, dass ein modernes Immobilienmanagement und die Personalentwicklungsbörse Ziele sind, die der Leitbildformulierung, die die Kollegin Hinz angemahnt hatte, unterliegen. Bei der Formulierung eines Leitbildes vermisste ich aber die Beteiligung des Parlaments. Aus diesem Grunde haben wir den heute vorliegenden Antrag gestellt.

Ich will gar nicht ins Detail gehen. Eines scheint mir aber doch wichtig zu sein: Wir brauchen eine Durchschaubarkeit der Prozesse. Eine solche Durchschaubarkeit ist meines Erachtens im Moment nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an einen Vorgang, der für die Regierung eigentlich peinlich ist. Wir sind uns im Ziel einig, dass die Grundbuch- und die Katasterverwaltung vereinigt werden sollen. Bei dieser Regierung liefen hierfür zwei Modelle nebeneinander, die erst auf unsere Nachfrage hin von den Zuständigen koordiniert worden sind. Das Ergebnis ist in der Zielrichtung korrekt. Nur: Das ist eine Aufgabe der Regierung, das müssten Sie eigentlich von selbst erledigen.

Wenn ich mir die Prozesse auf ihre Durchschaubarkeit hin betrachte, dann bleibt bei mir der Eindruck hängen, dass hier in erster Linie die Interessenlage der Fachbruderschaften und der Lobbyisten regiert. Genau dies ist in der Polizeiverwaltung der Fall. Wenn ich mich mit Polizeivollzugs-

beamten unterhalte, dann finde ich bislang wenig Verständnis für eine neue Organisationsform. Wenn ich mich mit den höheren Chargen der Polizei, mit den so genannten Führungskräften, unterhalte, die nur polizeiliche Aufgaben in ihrem Blickfeld haben, dann kann man für eine Reform unter Umständen sogar Zustimmung finden. Wichtig ist aber: Wir brauchen eine Verzahnung in alle Häuser hinein. Das ist im Moment offenbar nicht möglich.

Der Koordinierungsauftrag, den der Kabinettsausschuss übernommen hat, wird meines Erachtens unvollständig, überhaupt nicht oder zumindest ineffizient erfüllt. Ich erinnere an die Vorgänge im Hauptausschuss, wo sich einige Mitglieder dieses Ausschusses für eine Nichtbeteiligung ausgesprochen haben; da das Thema unangenehm sei, solle es doch möglichst in den Fachausschüssen behandelt werden.

Wir brauchen, um das Thema Verwaltungsreform wirklich nach vorne zu bringen, einen eigenen Ausschuss für Verwaltungsreform. Die Verwaltungsreform ist eine Aufgabe, die sicherlich nicht auf eine Legislaturperiode, sondern auf mehrere Jahre angelegt ist. Das beweist z. B. auch die Übernahme der NSM-Ziele bis 2008. Wir brauchen endlich eine gemeinsame Konzeption, ein Gesamtkonzept, das auch ein Controlling und eine Gegensteuerung durch das Parlament ermöglicht. Die Beteiligung des Parlaments ist meines Erachtens nicht klar geregelt. Wir müssen hier auf Fachverstand zurückgreifen - das wird in unserem Antrag angesprochen -, und wir brauchen dringend einen eigenen Ausschuss in diesem Parlament, der sich mit diesen Fragen beschäftigt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Personalentwicklungsbörse angesprochen. Lassen Sie mich dazu zwei Sätze sagen. Ich vermisse, dass die Personalentwicklungsbörse eine Zielvorgabe hinsichtlich der Frage bekommen hat, wie eine gute Altersstruktur in der hessischen Landesverwaltung sichergestellt werden soll. Wenn die Übernahme von Azubis auf null gestellt wird, dann ist eine Überalterung unserer Verwaltungen vorgeplant. Das kann keine langfristige Konzeption sein.

Wir sollten auch nicht verkennen, dass wir einen bestimmten ideologischen Ansatz in der Verwaltungsreform überbewerten. Wir sind uns mit Ihnen einig, dass es Aufgaben gibt, die fernab von ideologischen Vorstellungen, von Privaten erledigt werden können. Nur: Man muss vorher prüfen, ob Private diese Aufgaben effektiver, besser, preiswerter und schneller erledigen. Es ist nicht allein damit getan, dass die Aufgaben von Privaten erledigt werden. Damit ist noch lange nicht gesagt, dass sie dies besser, effektiver und billiger tun.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Bernhard Bender (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss und möchte noch einmal darauf hinweisen, wie unter dieser Regierung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wirklichkeit "beteiligt" werden. Ich habe hier einen offenen Brief, den die Mitarbeiter der Forstverwaltung geschrieben haben, weil sie sich von ihrem Fachminister vernachlässigt fühlen. Ihre Mitarbeit in den Steuerungs- und Projektgruppen --

(Widerspruch bei der CDU)

- Die Mitarbeiter waren an den Steuerungsgruppen beteiligt, um neue Lösungen zu suchen. Ihre Vorschläge hat man missachtet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Danke schön, Herr Kollege Bender. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag dem Hauptausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend verstärkte Anstrengungen bei der Ausbildung in den Zukunftsberufen der IT-Technologien - Drucks. 15/1161 -

Das Wort zur Begründung des Antrags hat Kollege von Plotnitz. Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion.

Rupert von Plotnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal wäre es interessant, zu wissen, ob der Wirtschaftsminister bei einem Thema, das mit Wirtschaftspolitik zu tun hat --

(Zurufe von der F.D.P.: Er wird kommen!)

- Ich höre gerade, er wird kommen. Dann wollen wir diesen Punkt nicht weiter vertiefen.

Über Jahre hinweg - man kann fast sagen, die gesamten Neunzigerjahre über - standen die Bundesrepublik und die Politik in der Bundesrepublik im Bann der Diskussion um die Frage, was getan werden könne und müsse, um die Probleme der Massenarbeitslosigkeit zu beheben, um mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance zu geben. Heute Morgen haben wir einmal mehr eine Diskussion über Fragen der Ausbildung erlebt.

Umso verblüffender ist eigentlich, dass seit einigen Wochen eine andere Debatte die Politik der Bundesrepublik bestimmt, nämlich die Frage, ob es in bestimmten Berufen einen Mangel an Arbeitskräften, vor allem an Facharbeitskräften gibt. Verblüffend ist das vor allem wegen der Kürze der Zeit, die es gebraucht hat, bis dieses Thema die Politik in der Bundesrepublik beherrschte. Es ist aber, wenn ich es im Zeichen der Debatten um die Arbeitslosigkeit betrachte, so etwas wie ein Signal der Hoffnung. Es ist angenehmer, der Frage nachgehen zu können, was getan werden kann und muss, um den Mangel an Facharbeitskräften zu beseitigen, als die Frage zu diskutieren, wie man die Arbeitslosigkeit beseitigen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich außerdem daran denke, dass wir uns inzwischen auch im Lichte der einen oder anderen Untersuchung der Vereinten Nationen mit der Frage konfrontiert sehen, ob nicht Länder wie die Bundesrepublik Deutschland in schon gar nicht mehr unübersehbarer Zeit, etwa um das Jahr 2010 herum, in ganz erheblichem Umfang aus Gründen, die nicht nur mit dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, sondern auch mit der demographischen Entwicklung der Bevölke-

zung zu tun haben, gezwungen sein könnten, der Frage nachzugehen, woher wir genügend Leute für die Arbeiten, die notwendigerweise erledigt werden müssen, nehmen sollen, dann stelle ich fest, dass sich auch insofern völlig neue Fragestellungen gegenüber den traditionellen Fragen abzeichnen, mit denen wir uns bisher auseinander zu setzen hatten.

Meine Damen und Herren, die Debatte über die Greencard, die uns heute früh schon in anderem Zusammenhang beschäftigt hat, hat den Blick darauf gewendet, dass es im Bereich der Informationstechnologien in erheblichem Umfang Fachkräftedefizite gibt. Wie erheblich sich diese Defizite präsentieren, kann man inzwischen bestimmten Schätzungen entnehmen, die von den Industrie- und Handelskammern der Bundesrepublik angestellt werden. Für den Bereich der gesamten Bundesrepublik wird derzeit im Wege der Schätzung davon ausgegangen - verlässlichere Zahlen gibt es noch nicht -, dass es 75.000 bis 100.000 Personen sind, die gleichsam als Fachkräfte fehlen. Das ist eine erklecklich hohe Zahl. Für Hessen schätzt z.B. die Industrie- und Handelskammer in Frankfurt am Main den Fachkräftemangel für die Rhein-Main-Region immerhin auf 10.000 Facharbeitskräfte. Bei den jetzt existierenden Unternehmen und Betrieben fehlen nach Schätzungen der Industrie und Handelskammer in Frankfurt bereits 10.000 Fachkräfte.

Ich habe Gelegenheit gehabt, unlängst ein Gespräch mit dem Chef der Industrie- und Handelskammer in Wiesbaden zu führen, der selbst einem Unternehmen vorsteht, das im Bereich der Informationstechnologien tätig ist. Ich habe ihm die Frage gestellt: Wenn man Sie jetzt spontan fragen würde, wie viele könnten Sie in diesem beruflichen Sektor einstellen? - Da hat der Mann fünf Sekunden nachgedacht und hat gesagt: Ich könnte auf Anhieb sieben Leute gebrauchen, die ich nicht finde. - Das zeigt bei einem Unternehmen, das etwa 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt: Hier fehlt es offensichtlich wirklich an Facharbeitskräften. Das zeigt ferner: Hier ist offensichtlich die Entwicklung im Bereich der Aus- und Fortbildung, sowohl was die Wirtschaft angeht, über die wir heute bereits zur Genüge diskutiert haben, als auch was die Politik angeht, an den Bedürfnissen des Marktes vorbei verlaufen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Befund, mit dem wir es zu tun haben. Wenn man dann heute einen Blick in die Zeitungen wirft und liest, was sich aus einem Bericht der OECD über eine Untersuchung in insgesamt 29 Staaten auf dieser Welt zum Stand der Bildung in der Bundesrepublik entnehmen lässt, dann wird das Bild noch klarer.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da wird nämlich berichtet, dass es in keinem von den insgesamt 29 untersuchten Ländern in solchem Ausmaß Defizite im Bildungsbereich gibt, die sich vor allen Dingen auf die Themen Technik und Naturwissenschaften beziehen.

(Nicola Beer (F.D.P.): Wer hat es verhindert?)

Diesem Bericht ist zu entnehmen, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein Drittel weniger Informatiker und Ingenieure aus- und fortgebildet werden, als es in den anderen untersuchten Staaten - insgesamt 29 - der Fall gewesen ist. Das ist auch ein interessanter Befund. Denn zu den mit untersuchten Ländern gehören nicht nur so entwickelte Länder wie Kanada, Australien oder die USA, sondern z. B. auch Staaten wie Südkorea oder Mexiko. Wenn man sich

also vor Augen führt, dass selbst in Mexiko und in Südkorea in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen offensichtlich mehr Leute ausgebildet werden, als das in der Bundesrepublik der Fall ist, und zwar im Durchschnitt um ein Drittel mehr als bei uns, dann kann ich nur sagen: Das ist nicht gerade ein Qualitätsausweis für die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da muss eigentlich von allen Beteiligten und Betroffenen mit großer Energie an die Arbeit gegangen werden, um diese Defizite zu beseitigen.

Nun will ich gar nicht bestreiten, dass auch die amtierende Hessische Landesregierung, in diesem Fall vertreten durch ihren Wirtschaftsminister, aber auch durch die Wissenschaftsministerin, soweit es um die Bereiche Wirtschaft und Hochschulen geht, in der Vergangenheit durchaus das eine oder andere versucht hat auf den Weg zu bringen. Ich denke insbesondere an die Beträge, die der Wirtschaftsminister zur Verfügung stellt, wenn es um Verbundausbildungsaufgaben zugunsten informationstechnologischer Berufsfelder geht. Da kann - das habe ich irgendwo gelesen - ein Unternehmen mittlerweile mit maximal 20.000 DM gefördert werden, wenn es gerade in diesen Berufsfeldern Aus- und Fortbildungsaufgaben nachkommt.

Ich glaube, wenn man sich den Bedarf insgesamt ansieht, dann kann es aber keinen Streit darüber geben, dass mehr getan werden müsste, dass deutlichere Signale gesetzt werden müssen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Denn wenn wir zur Kenntnis zu nehmen haben, dass allein in der Rhein-Main-Region in Hessen 10.000 Facharbeitskräfte im Bereich der Informationstechnologien fehlen, dann kann man nur sagen: Da ist in der Vergangenheit von allen Beteiligten geschlafen worden. Da tut es Not, jetzt aufzuwachen. Das ist Sinn und Zweck unseres Antrages.

Wir fordern mit unserem Antrag die Landesregierung auf, hier initiativ zu werden, gemeinsam mit allen Berufsorganisationen der Wirtschaft, insbesondere mit den Industrie- und Handelskammern, sich an die Arbeit zu machen, um die Defizite zu beseitigen, die es hier gibt. Wir sehen allerdings nicht nur - um das auch klarzustellen - die Politik in der Pflicht. Wir sehen auch die Wirtschaft selbst in der Pflicht. Denn - das ist heute früh schon in anderem Zusammenhang angesprochen worden - es geht natürlich nicht, so richtig und notwendig es ist, in bestimmten Zeiten, wo es wirtschaftliche Fehlentwicklungen gibt, mangels Arbeitskräften auch für Einwanderung zu sorgen, dass man der Wirtschaft der Bundesrepublik und den großen Unternehmen der Republik das Signal gibt: Passt einmal auf, liebe Leute, ihr braucht gar nichts für die Aus- und Fortbildung, gerade in Mangelberufen, zu tun; immer, wenn ihr aus Renditegründen der Meinung seid, jetzt fehlen euch Leute, reicht es, wenn ihr mit dem Finger schlnipst und euch aus Indien oder wo auch immer her die entsprechenden Facharbeitskräfte besorgt. - Das ist ein Weg, den wir nicht mitmachen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dagegen muss man sich verwahren. Wer in der Bundesrepublik Wert darauf legt, im Zweifelsfall auch im Wege der Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen und im Interesse seiner eigenen wirtschaftlichen Unternehmensentwicklung für Abhilfe zu sorgen, der muss auch in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Aus- und Fort-

bildung in den Berufen geht, in denen solcher Fachkräftemangel eine Rolle spielt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sagen wir: Gefordert sind beide. Die Wirtschaft ist mit eigenen Anstrengungen gefordert, und gefordert ist auch die Politik, das, was hier an Fehlentwicklungen deutlich geworden ist, zu korrigieren und für die Zukunft zu beseitigen. Insofern bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Danke schön, Herr von Plottnitz. - Nächster Redner, Herr Kollege Riege für die SPD-Fraktion.

Bernd Riege (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, dass das Thema Ausbildung im Hessischen Landtag eine Rolle spielt. Diesen Aspekt des Themas verdanken wir dem Bundeskanzler.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

- Entschuldigen Sie, Frau Kollegin Wagner, auf Sie komme ich gleich noch zu sprechen.

Nichts anderes als die Diskussion um die Greencard hat uns veranlasst, für die Zukunft der IT-Berufe etwas Zeit aufzuwenden.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Da möchte ich Ihnen allen ganz deutlich sagen, auch Ihnen, Herr Kollege von Plottnitz: Die Diskussion um die Greencard im IT-Bereich - das haben Sie zuletzt durchaus mit aufgenommen, aber mir nicht deutlich genug gesagt - stellt nur die Spitze eines Eisberges dar. Das Sofortprogramm des Bundes stellt eine Ausnahmeregelung dar, die nur auf den IT-Bereich beschränkt ist. Die OECD-Studie und alle anderen Untersuchungen, die dazu vorliegen, signalisieren uns: Auf uns kommen größere Problembereiche zu als nur der IT-Bereich.

Noch einmal zum IT-Bereich. Die Bundesanstalt für Arbeit investiert schon heute allein für diesen Bereich ca. 1 Milliarde DM aus Beitragseinnahmen in berufliche Qualifizierungsmaßnahmen - wie gesagt: für den IT-Bereich. Die Bundesregierung hat ein Programm aufgelegt und will im Zusammenwirken mit den Ländern im Hochschulbereich schnellstmöglich eine Verdoppelung der Zahl der Absolventen in diesem Bereich schaffen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich unsere hessischen Hochschulen daran beteiligen werden, denn es gibt für uns keinen Zweifel, dass dort bereits viele zukunftsweisende Projekte angepackt wurden.

Ohne Lokalpatriot zu sein, habe ich mich darüber gefreut, dass auch die Ministerin jetzt die Technische Universität in Darmstadt als eine vorzeigenswerte Einrichtung präsentiert. Schließlich ist zu wenig bekannt, dass diese Universität - und sie ist nur ein Beispiel für viele Universitäten in unserem Land und auch darüber hinaus - inzwischen über ein modernes Hochschulmanagement verfügt, über 65 bilaterale Partnerschaften weltweit, über internationale Studienabschlüsse und eine Existenzgründerinitiative mit Technologie- und Innovationszentrum.

(Zuruf der Abg. Traudl Herrhausen (CDU))

Frau Ministerin Wagner, das ist alles in einem Umfeld zustande gekommen, in dem Sie davon gesprochen haben, dass die Hessische Landesregierung die Universitäten kaputtspart. Da besteht in meinen Augen ein Widerspruch.

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

- Das ist alles seit gestern anders. Wenn Sie aber mit den Präsidenten der Universitäten sprechen, dann stellen Sie fest, die finden schon vor einem Jahr, dass sie unzutreffend charakterisiert werden, denn damit wurden alle Anstrengungen infrage gestellt, insbesondere an der TU Darmstadt, die einen sehr rührigen Präsidenten hat,

(Zuruf der Abg. Traudl Herrhausen (CDU))

Frau Herrhausen, die auch im vorigen Jahr eine moderne Universität und nicht eine kaputtgesparte Universität war. Darüber sind wir uns wohl einig.

(Beifall bei der SPD)

Aber zurück zum Thema. Unsere Sorge richtet sich in erster Linie auf die Bereiche, die nicht in den Genuss des warmen Regens kommen werden, obwohl sie - und da zitiere ich auch den Präsidenten der Universität Darmstadt - in der vergangenen Woche erst bei einem Vortrag in Darmstadt davon gesprochen haben, dass sie zusammenbrechende Studentenzahlen aufweisen.

Frau Wagner, das ist bei Ihnen nicht vorgekommen. Das scheint mir ein Alarmsignal zu sein: zusammenbrechende Studentenzahlen im Bereich der Ingenieurwissenschaften. Das ist auch das, was in der OECD-Studie zum Ausdruck kommt. Das gilt nicht nur für die Universität Darmstadt, sondern das gilt für viele deutsche Universitäten.

„Zu wenig Elektrotechniker“, lautet dazu die Schlagzeile im „Darmstädter Echo“ am 12. Mai, also am letzten Freitag. Über den Auftritt der Hessischen Landesregierung bei dieser Veranstaltung wird übrigens berichtet, Staatsminister Jung habe dort in Vertretung des Ministerpräsidenten erklärt, weil die neue hessische Regierung den Unterrichtsausfall an den hessischen Schulen beseitigen wolle, werde Hessen gute Chancen in Europa haben.

Meine Damen und Herren, in den Jahren von 1991 bis heute hat sich die Zahl der Studenten, die an der Universität Darmstadt Ingenieurwissenschaften studieren wollen, um fast 20% verringert. In diesem Jahr verlassen 400 Studenten weniger die Universität in diesem Fach als noch voriges Jahr. Dazu hat nicht zuletzt - und das ist der Punkt, den wir hier schon angesprochen haben - die Wirtschaft insgesamt beigetragen. Die Entlassungswelle bei den Ingenieuren und Technikern zu Beginn der Neunzigerjahre hält nämlich auch noch heute viele Abiturienten davon ab, ein solches Ingenieurstudium aufzunehmen.

Ich möchte gerne im Gedächtnis behalten - auch wenn bei Ihnen in der Regierung nicht alle ein so gutes Gedächtnis haben -: Wir haben in der Vergangenheit in Zusammenarbeit mit den Hochschulen dafür gesorgt, dass überhaupt noch nennenswerte Potenziale an Natur- und Ingenieurwissenschaften an den Universitäten vorhanden sind. Wenn wir uns allein danach gerichtet hätten, dass wir überall dort einsparen, wo im Moment keine Nachfrage besteht, wenn wir den Ratschlägen der Wirtschaft gefolgt wären - das sage ich einmal ausdrücklich an diese Adresse -, so wären auch diese Potenziale nicht mehr vorhanden.

Wer hat denn die Fachhochschule in Dieburg geschlossen? Die Deutsche Telekom - nicht nur diese, sondern auch an anderen Standorten. Während die jetzigen Regierungsfrak-

tionen damals vom Kaputtsparen sprachen, haben wir dazu beigetragen, dass das Land Hessen diese Fachhochschule erworben hat. Wir hatten uns auch vorgestellt, dass man mit diesem Projekt etwas Zukunftsweisendes macht. Wir vermissen das bis jetzt.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Frau Wagner, und da schütteln Sie noch mit dem Kopf! - Ministerin Ruth Wagner: Was für ein Unsinn!)

Wir sehen bisher nicht, dass Sie die Chance, die wir dort gesehen haben, nämlich die bisherige Grenzziehung zwischen beruflicher Ausbildung für mittlere Berufsbereiche und der Hochschulausbildung, aufzuheben - -

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

- Wann fangen denn bei Ihnen die ersten Studenten an? Ich habe nichts mehr davon gehört. - Deutsche Experten sind weltweit zu finden, insbesondere an amerikanischen Universitäten. Spätestens wenn Nobelpreise vergeben werden, sehen wir wieder einmal etwas davon.

In diesem Zusammenhang tauchte die Frage nach den indischen Experten auf, die wir wegen unserer wirtschaftlichen Perspektive herholen sollen. In diesem Zusammenhang hat der Vizepräsident der Kultusministerkonferenz, Herr Prof. Hans Joachim Meyer, CDU, zur Eröffnung der Hochschulrektorenkonferenz in diesen Tagen insbesondere in Ihre Richtung, nämlich seiner Parteifreunde in Hessen, Folgendes gesagt - das Zitat möchte ich gerne weiterreichen -:

Ich würde mich freuen, wenn es deutschen Hochschulen gelingen würde, solche fantastischen jungen Leute aus Indien und von überall in der Welt für sich zu gewinnen, denn darüber kann ja kein Zweifel sein: Die künftige Hochschule ist eine internationale Hochschule in der Zusammensetzung ihrer Studentenschaft und ihres Lehrkörpers oder sie ist eben keine Hochschule. Um dafür fördernde Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere im rechtlichen und finanziellen Bereich, brauchen die Hochschulen und die Wissenschaftspolitik die nachhaltige Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit. Und wir brauchen ein unnachlässigtes und entschlossenes Vorgehen gegen jede Art von Ausländerfeindlichkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen außerdem mehr Interesse von Jugendlichen an Naturwissenschaften und Technik. Glaubt man der wissenschaftlichen Erhebung der Stuttgarter Akademie für Technikfolgenabschätzung, die der dortige Wissenschaftsminister in Auftrag gegeben hat, dann ist bei einem Drittel der befragten Jugendlichen Chemie und Physik als das beliebteste Fach bezeichnet worden.

Frau Ministerin, wer das ernst nimmt, der muss sich fragen, ob die Lehrpläne für diese Fächer noch dem neuesten Stand entsprechen - weshalb wir vorschlagen, dass dieser Antrag auch im Kulturpolitischen Ausschuss beraten werden sollte.

Speziell für Hessen können wir vorschlagen, dass die Profilbildung der Schulen in Hessen, die hier nach dem Gesetz möglich ist, sehr viel mehr Chancen eröffnet für die Schwerpunktbildung in naturwissenschaftlicher Ausbildung, als bisher davon Gebrauch gemacht wird. Ich weiß sehr wohl aus der Praxis von Gymnasien, dass der Chemieunterricht unter dermaßen restriktiven Sicherheitsbedingungen - und die Vorratshaltung dazu - stattfinden muss, dass man keine Lehrer mehr findet, die Bereitschaft

haben, dieses Labor zu betreuen und dann entsprechende Experimentierberichte zu halten.

(Norbert Kartmann (CDU): An die 20 Jahre alt!)

Ich weiß aber auch, dass es den Bundesverband und den Landesverband der chemischen Industrie gibt. Die haben jedwede Hilfestellung angeboten, um den Schulen aus der Kalamität mit den Sicherheitsbestimmungen herauszuhelfen. Es ist mir noch nicht bekannt, welches hessische Gymnasium von diesem Angebot Gebrauch gemacht hat. In der großen Region um Darmstadt, in der die chemische Industrie stark vertreten ist und von diesem Angebot auf relativ kurzem Wege Gebrauch gemacht werden könnte, ist bisher noch nichts geschehen.

(Ministerin Ruth Wagner: Was für ein Schwachsinn! Seit 1960!)

Das ist ein Punkt, zu dem ich die Gelegenheit nutzen möchte, auch das zuständige Ministerium einmal daraufhin anzusprechen, ob es nicht möglich wäre - auch wenn es durch einen Appell ist -, darauf einzuwirken, dass in den Schulen diesen Fächern wieder mehr Bedeutung beigemessen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir in Hessen an solchen Fragen größeres Interesse als vielleicht andere Bundesländer haben, muss uns dann nicht wundern, wenn wir wissen, dass unsere Hauptbetätigung in der Automobilindustrie und in der chemischen Industrie liegt. Das sind nun einmal durch Naturwissenschaften determinierte Arbeitsplätze. Wir müssten ein besonders großes Interesse haben, in diesem Feld mehr zu tun, als nur auf die Hochschulen zu schauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Reif für die CDU-Fraktion.

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Opposition dieses Hauses die Ausbildungssituation in den IT-Berufen hätte verbessern wollen, hätte sie acht Jahre sehr viel Zeit gehabt, sehr viel Vorausschauendes zu tun.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese olle Kamelle! - Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was war 16 Jahre lang in Bonn? - Zurufe von der SPD)

Was sagen denn die Freunde der SPD zu der von Herrn Riege hoch gelobten Internetaktion des Bundeskanzlers? - Lassen Sie mich einige Freunde der SPD hier zitieren. Der DGB-Chef Schulte sagt:

(Zuruf von der SPD: Da haben Sie sich mit Schulte den Richtigen ausgesucht!)

Die vielen arbeitslosen EDV-Experten verfügen über ein Grundwissen, auf dem man aufbauen kann.

(Michael Boddenberg (CDU): Sind die noch befreundet?)

Der DAG-Chef Issen - ein Freund der SPD - sagt:

Man kann nicht einfach die Schleusen öffnen.

Der IG-Metall-Chef Zwickel - zweifelsohne ein Freund der SPD - sagt, mit der Greencard werde der Versuch unter-

nommen, eigene Versäumnisse mit einer kurzfristigen Lösung zu kaschieren und andererseits die billigste Lösung für die deutsche Wirtschaft zu suchen. Eine Greencard würde zulasten der Entwicklungsländer gehen, weil dort die wenigen hoch qualifizierten Menschen abgezogen würden.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das der hessische Stahlhelm?)

Nun etwas zu dem, was die Freunde der SPD in den Bundesländern in den vergangenen Jahren in Sachen IT-Ausbildungsplätze getan haben. Gestatten Sie mir dazu, vier Länder in den Vergleich zu setzen. 1998 hatte Baden-Württemberg, CDU/F.D.P.-regiert, 100% der Schulen mit Computern ausgestattet. Bayern, CSU-regiert, hatte 87% der Schulen 1998 mit Computern ausgestattet.

(Zurufe von der SPD)

Nordrhein-Westfalen, rot-grün regiert, hatte in dem gleichen Jahr 45% der Schulen mit Computern ausgestattet. Die von SPD und GRÜNEN geführte Hessische Landesregierung hatte im Jahr 1998 nur 42% der Schulen mit Computern ausgestattet. So viel möchte ich zu dem sagen, was die SPD und ihre Freunde der GRÜNEN in der SPD hinsichtlich der IT-Berufe in den vergangenen Jahren getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang Herrn Ministerpräsidenten Clement aus Nordrhein-Westfalen zu zitieren. Er hat die Ausstattung der Schulen Nordrhein-Westfalens mit Computern im Februar des Jahres 2000 als fast erbärmlich bezeichnet. Wenn die Ausstattung von 45% der Schulen in Nordrhein-Westfalen mit Computern ein erbärmliches Resultat ist, dann, so muss ich sagen, ist die Hinterlassenschaft von Rot-Grün in Hessen mehr als erbärmlich. Wir haben dies aufzuarbeiten.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch, den Bundeskanzler mit in die Pflicht zu nehmen. Gerhard Schröder hat in Niedersachsen den Studiengang für Informatik an der Fachhochschule in Hildesheim geschlossen. Als Ministerpräsident löste Herr Schröder 1996 die Studiengänge in Informatik und Wirtschaftsmathematik an der Fachhochschule in Hildesheim auf.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ich kann verstehen, dass Sie das nicht gerne hören. Aber Sie müssen sich gefallen lassen, dass das angeführt wird.

Als Grund nannte Gerhard Schröder damals - ich zitiere -:

Um es deutlich zu sagen: Wir können es uns in Niedersachsen nicht länger leisten, ein Überangebot an Informatikstudenten vorzuhalten.

Hinsichtlich der Nachfrage an Studienplätzen in Informatik sei - ich zitiere - "erfahrungsgemäß nicht mit einem Anstieg auf die Höchstwerte der früheren Jahre zu rechnen". In einer Pressemitteilung der damals von Herrn Schröder geführten Landesregierung heißt es:

Die Landesregierung beklagt, dass die von Ernst Albrecht geführte frühere Vorgängerregierung leider zu viele Informatikstudienplätze geschaffen hat.

So viel wollte ich zu der Greencard-Aktion des Bundeskanzlers und seinem früheren regierungsamtlichen Handeln im Bundesland Niedersachsen sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang deutlich zu sagen: Wir von der CDU halten es, politisch gesehen, für einen Fehler, dass der Bundeskanzler den Schwerpunkt der Diskussion auf die Anwerbung ausländischer IT-Fachkräfte

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das ist doch Quatsch! Sie machen das!)

und nicht auf die Ausbildung, die Weiterbildung und Qualifizierung heimischer Fachkräfte gelegt hat.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir haben nichts gegen eine zeitlich befristete Tätigkeit von ausländischen IT-Fachkräften ohne großen bürokratischen Aufwand. Denn in dieser boomenden Branche kann der Bedarf durch heimische Arbeitnehmer derzeit nicht gedeckt werden. Im Zuge der Globalisierung ist ein internationaler Austausch auch für Deutschland von großem Vorteil.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Ach ja!)

Wir müssen aber kritisieren, dass die Bundesanstalt für Arbeit Ende 1999 nur 11% ihrer Ausbildungsmaßnahmen für IT-Berufe aufgewandt hat. Das ist eindeutig zu wenig. Hier besteht für die Bundesregierung dringender Handlungsbedarf. Auch die vom Bundeskanzler umgeschichteten Mittel der Bundesanstalt für Arbeit in den IT-Bereich reichen bei weitem nicht aus. Außerdem geschah dies mehr als halberzig. Andererseits wurde der Forschungshaushalt des Bundes in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um 340 Millionen DM gekürzt. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben vor der Bundestagswahl 1998 eine Verdoppelung des Forschungshaushaltes des Bundes von 15 Milliarden DM auf 30 Milliarden DM versprochen. Nach der Bundestagswahl hat Rot-Grün dieses vollmundige Versprechen sofort wieder zurückgenommen.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Dummes Zeug!)

Wenn die Bundesregierung jetzt nicht entscheidend stärker in Forschung und Ausbildung für die modernen Technologien investiert, werden wir in wenigen Jahren ähnliche Probleme, wie wir sie heute im IT-Bereich haben, auch bei der Biotechnologie, den neuen Materialien, der Nanotechnik und den anderen Zukunftstechnologien bekommen. Nur durch die Benutzung des Schlagwortes "Greencard" wird Herr Schröder noch lange nicht zum Hightech-Kanzler der Republik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat auch niemand behauptet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem muss die bis heute in die Tiefen der Regierungsparteien der SPD und der GRÜNEN verbreitete und verankerte Technikfeindlichkeit endlich überwunden werden.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die müssen Ihre Hinterlassenschaft abbauen! Das ist alles!)

Sie haben uns mit Ihrer ehemaligen rot-grünen Koalition acht Jahre lang Ihre andauernde Technikfeindlichkeit an den verschiedensten Beispielen immer wieder eindrucksvoll demonstriert.

(Beifall der Abg. Michael Boddenberg und Klaus Dietz (CDU))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Clemens Reif (CDU):

Nein. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss dazu sagen, dass die Rekrutierung hoch ausgebildeter ausländischer Arbeitskräfte bereits jetzt nach den bestehenden gesetzlichen Regelungen möglich ist. Schon jetzt nutzen Unternehmer diese Möglichkeit, um hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Die Landesregierung hat sicherzustellen, dass die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten den Erfordernissen des Arbeitsmarktes angepasst werden. Die Landesregierung hat aber auch unzumutbare bürokratische Hürden abzubauen, insbesondere hinsichtlich der Anwendung der Arbeitsaufenthaltsverordnung und der Anwerbestoppausnahmereverordnung. Damit soll den berechtigten Interessen der Unternehmen Rechnung getragen werden und der Hochtechnologie-Standort Hessen gesichert werden.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich etwas dazu sagen, wie die Hessische Landesregierung in der Zwischenzeit reagiert hat. Wir Hessen können uns im bundesweiten Vergleich hinsichtlich der Ausbildung und der Qualifizierung in IT-Berufen ohne weiteres blicken lassen.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Oh! Weihrauch und Myrrhe!)

Bei einem bundesweitem Vergleich können wir feststellen, dass wir überdurchschnittlich viele IT-Spezialisten ausbilden. Das gilt vor allem für die Fachhochschulen.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Über ein Viertel der Studienanfänger im Fach Informatik in Deutschland haben 1999 ihr Studium an einer Fachhochschule des Landes Hessen aufgenommen.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Im Sommersemester!)

Das heißt, wir bilden über dem Durchschnitt aus. Das ist ein positives Zeichen für den Standort Hessen.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Jawohl!)

Dies ist ein positives Zeichen der Landesregierung hinsichtlich der Technikfreundlichkeit, die wir in Hessen unter Beweis stellen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist bereits zu Ende.

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss meiner Rede.

Wir stellen mit großer Genugtuung und Freude fest, dass Frau Ministerin Wagner in den letzten Wochen noch vor dem Bundeskanzler und der Bundesregierung, und obwohl wir so brillante Zahlen haben, mit einem bundesweit einzigartigen Kraftakt sofort reagiert hat.

(Beifall der Abg. Stefan Grüttner (CDU), Dorothea Henzler und Roland von Hunnius (F.D.P.))

Sie wird in fünf Jahren ein Gesamtvolumen von 25 Millionen DM an außerordentlichen Mitteln bereitstellen. Ich kann dazu nur sagen: Wir können uns mit diesen Leistungen und Zahlen sehen lassen. Wir heben uns wohlthuend

von dem ab, was hier in den letzten acht Jahren an Technikfeindlichkeit von Rot-Grün demonstriert wurde.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler und Roland von Hunnius (F.D.P.))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Beer für die F.D.P.-Fraktion.

Nicola Beer (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Den uns vorliegenden Antrag vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann man nur als einen Versuch der GRÜNEN bezeichnen, mit der IT-Technologie ein Zukunftsthema besetzen zu wollen, bei dem sie selbst in den letzten Jahren einiges emsig verhindert haben.

(Widerspruch der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die GRÜNEN versuchen, praktisch aus dem Stand von der Steinzeit in die Gegenwart zu springen. Wenn man sich den Antrag im Detail anschaut, dann kann man allerdings feststellen, dass sie zu kurz springen. Das fängt schon damit an, dass sie in ihrem Antrag den gesamten Schulbereich aussparen. Durch den Bericht zu der OECD-Studie, die veröffentlicht wurde, wird auch bestätigt, dass man junge Leute nicht für eine technisch-naturwissenschaftliche Ausbildung gewinnen kann, wenn man sie nicht frühzeitig an diese Bereiche heranführt, sie dafür interessiert und ihnen schon während der Schulausbildung das nötige Handwerkzeug dafür an die Hand gibt, damit sie eine Ausbildung im IT-Bereich überhaupt werden absolvieren können.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Während Sie, liebe Kollegin Weitzel, unter Rot-Grün in den letzten acht Jahren die Stundentafel gerade im Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften zusammengestrichen haben, sorgen die neue Landesregierung und ihre Kultusministerin zum einen mit der Überarbeitung der Stundentafel und der Erweiterung des Mathematikunterrichts, zum anderen mit der Einstellung von 1.400 zusätzlichen Lehrkräften dafür, dass dieses Basiswissen in unseren Schulen endlich wieder vermittelt wird. Parallel dazu werden die Anstrengungen erhöht, unsere Schulen in Hessen von dem erbarmungswürdigen Zustand hinsichtlich der Computerausstattung, von dem der Kollege Reif gesprochen hat, endlich auf die vorderen Plätze zu bringen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was machen Sie mit der Arbeitslehre in Gymnasien?)

Zweiter Bereich: Ausbildungsplätze. Wer ist nun eigentlich in Ihrem Antrag angesprochen? Eine Vorbemerkung vorab. Ich finde es schön, dass die GRÜNEN offensichtlich die Bemühungen der alten Bundesregierung aus F.D.P. und CDU unterstützen, im IT-Bereich neue Ausbildungsberufe zu schaffen. Es ist nämlich seinerzeit noch unter der Ägide von Wirtschaftsminister Rexrodt und unter Federführung des damaligen Beauftragten für den Mittelstand, Herrn Dr. Heinrich Kolb, dem Bundestagskollegen aus Babenhausen - Sie werden ihn wahrscheinlich kennen -, geschafft worden, vier neue Berufsbilder zu kreieren.

(Armin Clauss (SPD): Das ist Quatsch!)

- Herr Kollege Clauss, wenn wir darauf gewartet hätten, dass Sie diese Neuordnung in Angriff nehmen, dann hätten

wir die Berufsbilder wahrscheinlich heute noch nicht - weil Sie es verpennt hätten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Armin Clauss (SPD): Wo sind sie denn entwickelt worden? In Darmstadt, in der IHK! - Norbert Schmitt (SPD): Sie haben keine Ahnung! Die sind doch in Hessen entwickelt worden!)

- Nein, einem liberalen Wirtschaftsminister ist es zu danken, dass wir in diesem Zukunftsbereich vier neue Ausbildungsberufe haben, den Informatikkaufmann, den IT-Systemkaufmann, den Fachinformatiker und den IT-Systemelektroniker. Jetzt besteht die Möglichkeit, junge Leute in diesen Zukunftsbranchen auszubilden.

(Norbert Schmitt (SPD): Erklären Sie uns einmal, wer dafür zuständig ist!)

- Lieber Herr Kollege Schmitt, wenn wir heute früh darüber schon diskutiert haben,

(Norbert Schmitt (SPD): Sie wissen nicht einmal, wer zuständig ist!)

dass Sie mit Ihrer Vorstellung staatlich dominierter Ausbildung völlig auf dem Holzweg sind, dann gilt das ganz besonders für die IT-Branche. Denn in einem Feld, in dem sich ein so schneller Wandel vollzieht, ist der Kontakt zum Ausbildungsbetrieb unbedingt notwendig. Ich sage dazu - nach den Ausführungen des Wirtschaftsministers heute Morgen muss ich darauf nicht näher eingehen -, dass es nicht notwendig ist, hier millionenschwere Förderprogramme aufzustellen und viel Geld in diese boomende Wirtschaftsbranche hineinzupumpen, um noch einmal Ausbildung zu honorieren. Dieses Geld ist in dieser Branche vorhanden. Was diese Betriebe und gerade die neuen Firmen dort benötigen, ist Unterstützung und Beratung, wie sie Ausbildung organisieren können, auch im Verbund. Der Wirtschaftsminister hat hier ausführlich dargestellt, dass dies durch die Landesregierung geschieht und wie er die Unternehmen dazu gewinnen möchte.

Dritter Bereich: Informatikausbildung an Hochschulen. Diesem Bereich widme ich mich nun besonders gerne, hat doch die Greencard-Diskussion - so halbherzig auch das Konzept der Bundesregierung hier ist - endlich den Blick darauf gelenkt, wie unsere Hochschullandschaft mit der Wirtschaft verquickt ist.

Herr Kollege Riege, hier muss ich Sie leider korrigieren. Unter Bildungspolitikern ist es nicht erst seit der Greencard-Diskussion bekannt, dass es hier Wechselwirkungen gibt. Dort wird nämlich schon seit Jahren über den so genannten Schweinezyklus diskutiert - nämlich über das Problem, wie man z.B. bei den Ingenieurwissenschaften auf die Entlassungswelle von jungen Ingenieuren reagieren kann. Es ist den Bildungspolitikern schon seit langem bekannt, dass dieser jetzt so beklagte Fachkräftemangel durch die Bewegungen in der Wirtschaft entsteht.

Weil dem so ist - und zwar nicht erst seit der Greencard-Diskussion des Bundeskanzlers -, hat diese Landesregierung auch unmittelbar nach ihrer Amtsübernahme bereits gehandelt. Die Wissenschaftsministerin und der Wirtschaftsminister haben den Technologietransfer völlig neu geordnet und schlagkräftiger gestaltet. Die Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes, die wir momentan beraten, bietet den Hochschulen die innovativen Strukturen, die Frau Bulmahn mittlerweile fordert.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie bietet die Gelegenheit zu einem Studium auf hohem Niveau und in einem überschaubaren Zeitraum.

Herr Kollege Riege, weil Sie die FH Dieburg angesprochen haben: Diese Wissenschaftsministerin hat gerade die FH Dieburg in die FH Darmstadt integriert.

(Reinhard Kahl (SPD): Ganz alleine hat sie das gemacht! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur zu Ihrer Information: Dort studieren bereits die ersten Studenten, seit nunmehr drei Monaten - wie das von Ihnen angemahnt wurde. Sie studieren gerade im engsten Kontakt mit 20 unterschiedlichen Unternehmen aus der Wirtschaft, damit sich das Studium auch an der wirtschaftlichen Entwicklung orientieren kann.

Zusätzlich hat die Wissenschaftsministerin auch noch in anderen Bereichen naturwissenschaftlicher Studiengänge die Förderung vorangetrieben. Da ich aus Frankfurt komme, möchte ich die NMR-Forschung in Frankfurt am Biozentrum am Niederurseler Hang ansprechen, Bereiche, die jetzt noch nicht so im Fokus der Fachkräftemangeldebatte stehen, bei denen wir uns aber ausrechnen können, dass wir auch dort hinterherhinken werden, wenn nicht jetzt gehandelt wird, sondern erst übermorgen, wie Sie das offensichtlich vorhaben.

Um auf die Informatik zurückzukommen: Schon 1999 hat die Wissenschaftsministerin im laufenden Haushalt 330.000 DM zusätzlich für die Informatikstudiengänge zur Verfügung gestellt. Damit hat sie die ungeheuren Anstrengungen, die an unseren Hochschulen geleistet werden, unterstützt. Um diese Unterstützung noch weiter zu verstärken - Herr Kollege Reif hat es schon ausgeführt -, hat die Wissenschaftsministerin in der Landesregierung das Okay für ein 25-Millionen-DM-Programm allein für die Informatik in Hessen erhalten, um damit die ungeheure Überlast, die wir an unseren Hochschulen haben, insbesondere an den Fachhochschulen, aber auch an Universitäten wie Darmstadt - Herr Kollege Reif ist darauf eingegangen -, abfedern zu können. In Deutschland studieren 25% der Erstsemester der Informatik an hessischen Fachhochschulen. Deswegen müssen den Hochschulen Mittel für eine qualitätsvolle Ausbildung dort gegeben werden, und dafür ist dieses 25-Millionen-DM-Programm gedacht. Das wird uns an den Hochschulen einen ganz wesentlichen Schritt voranbringen.

Weil das gerade von Ihnen, Herr Riege, bereits angesprochen ist, möchte ich jetzt noch einmal auf diese unerwartete Hilfe von Gerhard Schröder, auf das so vielfach angesprochene 100-Millionen-DM-Programm, zu sprechen kommen. Es ist schon bemerkenswert, dass ein Bundeskanzler, der als Ministerpräsident für die Schließung von Informatikstudiengängen zuständig war, jetzt endlich entdeckt - aber da muss man ihm sagen, Gespür hat er ja -, dass er in diesem Bereich handeln muss. Daher wird jetzt ein solches 100-Millionen-DM-Programm vollmundig und groß angekündigt. Es war auch auf der Eröffnungsveranstaltung der Hochschulrektorenkonferenz wirklich erstaunlich zu beobachten, wie Sozialdemokraten, die bislang als Letztes die Erfindung des Farbfernsehens im Bereich der Technik begrüßt haben,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

nun gespannt der Ankündigung dieses 100-Millionen-DM-Programms gefolgt sind. Allerdings muss man sagen - Frau Kollegin Prof. Fellner, Sie werden mir da wahrscheinlich Recht geben müssen -, wenn man sich einmal die versam-

melte Professorenschaft im Saal angeschaut hat, dann konnte man feststellen, dort ging die freudige Erwartung mit jedem weiteren Satz des Bundeskanzlers zurück. Denn was verbirgt sich hinter diesem 100-Millionen-DM-Programm? 100 Millionen DM, das klingt prima, das ist erst einmal ein Betrag.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Aber leider hat der Bundeskanzler weitergesprochen. Er sagte nämlich nicht, 100 Millionen DM so, sondern 100 Millionen DM in fünf Jahren. Damit sind es schon nur noch 20 Millionen DM. Dann sagte er, 50% davon gibt der Bund - ganz klasse, dann sind es nur noch 10 Millionen DM. Dies teilt er dann durch 16 Bundesländer, und das bedeutet summa summarum 600.000 DM pro Jahr für Hessen. - Herr Kollege Riege, ich sage Ihnen, die nehmen wir auch noch mit und packen sie auf die 25 Millionen DM obendrauf. Aber das zeigt doch eindeutig, dass Sie da einen Ankündigungsbundeskanzler haben und dass großen Worten doch nur sehr kleine Taten folgen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.) - Armin Clauss (SPD): Das ist ein bisschen zu platt, was Sie hier machen!)

Nein, meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung handelt. Sie handelt kräftig, sie handelt auch vorzeitig und nicht erst dann, wenn der Bundeskanzler längst auf der Agenda des Tages stehende Themen entdeckt. Das ist gut so, und deswegen werden wir die Informatik hier in Hessen weiter voranbringen - allerdings mit den Vorschlägen, die ich Ihnen eben hier geschildert habe, nicht aber mit dem, was in dem Antrag der Bündnisgrünen an rückwärts Gewandtem steht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Staatsministerin Wagner.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Informationstechnologien in sehr unterschiedlicher Ausprägung sind nicht nur Technologien zum Einstieg und zur Beherrschung von Computertechnik. Vielmehr sind sie heute Schlüsselqualifikationen für viele Bereiche, für den gesamten Dienstleistungsbereich, für die Produktion, für das Gewerbe, für die Wissenschaft. Weil die Hessische Landesregierung das erkannt hat, handelt sie mit eigenen Programmen in verschiedenen Ministerien aus eigener Einsicht, aber nicht wegen der Anträge von Oppositionsfractionen.

Deshalb bedanke ich mich bei Herrn von Plottnitz, der das Thema in sehr objektiver Art und Weise hier eingeführt hat - anders, als sich der Antrag liest.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will noch einmal sagen, ich tue das durchaus in Übereinstimmung mit allen Rednern der Fraktionen. Meine Damen und Herren, wir sollten uns als Politiker dessen klar sein, dass die Fehlentwicklungen und die Ursachen der Situation, wie wir sie heute haben, nur teilweise in der Politik lagen.

(Beifall des Abg. Armin Clauss (SPD))

Sie liegen hauptsächlich in der Wirtschaft, und das will ich hier deutlich und klar aussprechen. Es ist völlig richtig; ich

weiß nicht, welcher Kollege es vorgetragen hat: Wir haben in der Tat ganz unterschiedliche Bedürfnisse, was die Fachkräfte angeht. Aber wer in den letzten Jahren als Betrieb in der dualen Ausbildung in diesen Bereichen selbst gesagt hat, die Informationstechnologien haben keine Zukunft und wir werden keine Ausbildung dualer Art weiterführen, der hat heute auch vorrangig die Verantwortung für die Situation, in die wir geraten sind.

(Beifall des Abg. Armin Clauss (SPD))

Zum Zweiten. Meine Damen und Herren, wir können es doch gemeinsam in Hessen feststellen: Wenn bei Merck, bei Hoechst, um nur zwei große Firmen einmal zu nennen, vor fünf Jahren aus Gründen des Leanmanagement und der Kostenzurückdrängung ein 55-jähriger wirklich ausgesprochener Experte und international tätiger Fachmann in den Vorruhestand oder ganz entlassen wurde, warum soll denn der 17-jährige Sohn oder die 17-jährige Tochter dann sagen: "Jetzt studiere ich Chemie oder Maschinenbau oder E-Technik"?

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir sollten heute doch einmal gemeinsam festhalten, dass Politik, Ausbildung

(Armin Clauss (SPD): Richtig so!)

- so ist es, Herr Kollege Clauss - und Hochschulen von unseren Strukturen und Arbeitsweisen her überhaupt nicht in der Lage sind, eine Situation, die Herr Reif hinreichend beschrieben hat, sofort zu verändern. Wir können z. B. nicht aus dem Stand Leute berufen. Ich komme jetzt auf dieses Programm. Im Rhein-Main-Gebiet kann ich nicht mit der Vorgabe, einem Lehrbeauftragten 50 DM für die Stunde zu geben, jemandem sagen: "Nun machen Sie mal eine Vorlesung oder eine Übung an einer Fachhochschule oder an einer Universität", wenn der als Spitzengehalt 500 DM pro Stunde in der Wirtschaft verdienen kann. Das ist die Lage, in die uns auch das wirtschaftliche Verhalten der Betriebe in den letzten fünf Jahren gebracht hat.

Meine Damen und Herren, trotzdem, die Reaktionen der Politik und der Hochschulen waren auch so. Vor vier und fünf Jahren sind eklatante Fehleinschätzungen passiert. Herr Reif hat es zu Recht gesagt. Das, was Herr Schröder gegen den Rat der eigenen Fachhochschule in Hildesheim durchgesetzt hat, nämlich die Sozialpädagogik zu erhalten und die IT-Berufe abzuschaffen, ist eine eklatante Fehleinschätzung gewesen. Das hätte man verhindern können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich will ein Beispiel aus Hessen nennen. Die Gesamthochschule Kassel hat vor drei, vier Jahren von der damaligen Landesregierung gefordert, dass sie einen neuen Fachbereich, nämlich IT, ausbauen will. Dies hätte 20 bis 30 neue Professorenstellen bedeutet. Sie wusste genau, dass die damalige Regierung nicht bereit war, im Hochschulbereich neue Stellen zu schaffen. Sie haben ja in den letzten vier Jahren 500 Stellen abgebaut. Die Folge ist, dass diese Planung - -

(Zuruf von der SPD: Warum denn?)

- Nein, ich nehme an, weil Sie sparen wollten. Sie haben aber an der falschen Ecke gespart. Herr Clauss und Herr Riege, das haben doch nicht wir erfunden. Die "Woche" hat doch gesagt, Sie hätten die Hochschulen "dumm gespart". Das war doch die öffentliche Wahrnehmung. Deshalb ändern wir das jetzt.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe nicht vor, hier weiter so herumzuschreiben, und würde das gerne in Ruhe ausführen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Dann wird es wieder zu lang, und ich werde wieder gescholten, dass ich Regierungserklärungen abgebe. Ich möchte erst einmal meine Darlegungen ausführen. Vielleicht lässt sich das später noch machen.

Die GhK hat sich also entschlossen, fünf Fachbereiche in Kombination mit Informatik auszubauen. Meine Damen und Herren, ich finde übrigens, dass dies ein zukunftsweisendes Modell ist. Wenn IT eine Grundlage bei Medien, bei Design, bei Ingenieurwissenschaften, aber auch bei den Betriebswirtschaftswissenschaften ist, dann brauchen wir gar nicht so viele eigenständige Fachbereiche mit IT, vielmehr müssen wir die Verbindungen suchen.

Darauffin hat man damals sowohl in unserem Haus - ich habe einen Vermerk gesehen - wie auch bei Ihnen, Frau Stolterfoht, und in der damaligen SPD-Fraktion gesagt: Wir brauchen das nicht, es bleibt bei dieser Einschätzung. - Ich beklage das ja nicht, denn es hat genau dieselben Äußerungen in anderen Fraktionen gegeben.

(Widerspruch der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

- Natürlich stimmt es, Frau Stolterfoht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen: Die jetzige Situation ist die, dass wir in bestimmten Bereichen, z. B. in den Naturwissenschaften, in der E-Technik und im Maschinenbau, Erstanfängerzahlen feststellen, die noch dramatischer sind als die Zahlen, die Sie genannt haben, Herr Riege. Wir haben in Darmstadt zum Teil fünf oder sechs vereinzelte Menschen, die sich um dieses Studium bewerben. Wir wissen heute schon, in vier oder fünf Jahren werden wir einen dramatischen Mangel in diesen Berufen haben. Deshalb habe ich mich mit Frau Wolff und Herrn Posch verabredet, dass wir gemeinsam mit den Ingenieurverbänden in allen Bereichen, wo immer wir können, Werbeaktionen bei den jungen Leuten machen, damit sie Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften wirklich wählen. Dazu gehört eine ganze Menge, und das wollen wir im Detail miteinander verabreden.

Meine Damen und Herren, Herr Schröder hat eine Marketingaktion gestartet, die zu nichts führt. Oder doch, sie führt zu etwas; ich will das nur einmal sagen. Sie führt z. B. dazu, dass sich 16 Innenminister in Deutschland - so etwas gibt es nur in Deutschland, deutscher kann es nicht sein - mit der Frage beschäftigen, wie die Leute verteilt werden. Meine Damen und Herren, hören Sie: "verteilt werden". Das heißt, Sie reden über "Asylverfahren" als Beispiel, anstatt zu sagen: Wenn ihr Leute aus dem Ausland aufnimmt, die nach Deutschland wollen, weil sie sagen, dieses Land ist im Aufbruch, hier passiert etwas und wir wollen hier arbeiten und unsere Familien mitkommen lassen, dann muss man das machen, was ganz klar und deutlich nur eine einzige Fraktion im Deutschen Bundestag sagt, nämlich die der F.D.P. Wir brauchen ein Einwanderungssteuerungsgesetz, wir brauchen keine Greencard, wegen der die Leute nach fünf Jahren wieder rausgeschmissen werden. Die GRÜNEN sind dann nachgezogen. Sie haben völlig Recht, Herr Plottnitz. Aber Sie erinnern sich, die letzten beiden Legislaturperioden im Deutschen Bundestag gab es nur die

F.D.P., die dies gegen ihren Koalitionspartner nicht durchsetzen konnte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt doch gar nicht!)

Wer hat uns damals vorführen wollen? - SPD und GRÜNE. Wie haben Sie sich, verehrte Kollegen, mittlerweile gedreht. In der letzten Landtagssitzung dieses Hauses hat es die SPD noch nicht einmal gewagt, das Wort "Einwanderung" in den Mund zu nehmen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was Sie sagen, ist die Unwahrheit!)

So ist die Lage. So dreht sich das. Sie sind die einzigen, die jetzt langsam auf den Kurs der F.D.P. einschwenken. Das wird Ihnen aber auch nichts nutzen. Wir sind diejenigen, die das Thema nach vorne bringen werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Wagner, was Sie hier erzählen, stimmt nicht! Wollen Sie denn die Lügen der Regierung fortsetzen? - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): "Lüge" hat er wieder gesagt! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ministerin soll bei der Wahrheit bleiben!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, das Thema heißt nicht: "Kinder gegen Inder".

(Lebhafte Zurufe)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe für die Rednerin. Sie setzt sich zwar durch, aber es ist unschön, wenn es zu laut wird.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ja, vielleicht kann ich auch einmal ein Glas Wasser bekommen, wenn ich so viel schreien muss; dann geht es leichter.

Ich bleibe bei der Wahrheit, Herr Kaufmann. Verehrter Herr Kaufmann, die grüne Fraktion im Deutschen Bundestag hat das Gesetz, das die F.D.P.-Fraktion eingebracht hat, abgelehnt. Das ist die Wahrheit. Wenn Sie hier aufstehen und sagen, wir machen es anders, freuen wir uns.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, kommen wir doch endlich wieder zurück auf objektive und gemeinsame Feststellungen: In diesem Lande wird Ausbildung gebraucht, Ausbildung und noch einmal Ausbildung. Und es wird ein neues Einwanderungsgesetz gebraucht. Beides wird gebraucht. Das ist unsere Position.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Ministerin, nur ein Hinweis: Die verabredete Redezeit ist soeben abgelaufen.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Präsidentin, ich bin gerade mit meiner Vorbemerkung zu Ende. Ich werde mich beeilen.

Lassen Sie mich sagen, was die Landesregierung in drei Bereichen getan hat. Die Kollegen aus den Koalitionsfraktionen haben es zum Teil gesagt.

Zum Bereich Schule: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Frau Wolff hat in den letzten Wochen dafür gesorgt, die

Versäumnisse, die Sie in den letzten Jahren angehäuft haben, langsam abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zum ersten Mal werden in einer Stundentafel der Mittelstufe die Naturwissenschaften wieder verstärkt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zum ersten Mal werden Lehrpläne erarbeitet, in denen klar formuliert wird, was vermittelt werden soll. Verehrte Kollegen, die hier zwischenrufen, zum Thema Arbeitslehre könnte ich Ihnen viel erzählen, was da gemacht wurde. Es sollen naturwissenschaftliche Kompetenz und das, was die Kollegin Henzler vor kurzem hervorragend dargestellt hat, nämlich Medienkompetenz, vermittelt werden. Nicht irgendwelche Computerspiele, sondern Medienkompetenz als Fähigkeit für alle Fächer in den Schulen muss erworben werden.

(Beifall bei der F.D.P. - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon einmal ein Moorhuhn abgeschossen? - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Oh, das ist Ihr Niveau! Das habt ihr zuerst mit Frau Hinz gemacht!)

- Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Darf ich Sie einmal fragen, ob Sie malen können? Ja, das hat sie nicht verstanden. Ich erzähle es Ihnen nachher.

Drittens darf ich einmal darauf hinweisen, dass das, was die KMK nach langem Widerstand der SPD-Länder jetzt für die gymnasiale Oberstufe erreicht hat, dass nämlich Naturwissenschaft Prüfungsfach im Abitur wird und dass wir das Angebot in der gymnasialen Oberstufe verstärken werden, das Verdienst dieser Kultusministerin ist und nicht des Vorgängers.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb hat sie auch in den beruflichen Gymnasien in den Fachoberstufen neue Leistungskurse mit Schwerpunkten in Informatik, Datenverarbeitungstechnik und Informationstechnik angeboten. Die Angebote sind in einem Jahr um nahezu 50% gestiegen, was ich für einen außerordentlichen Erfolg halte. Wir haben in den zweijährigen Fachschulen die Ausbildung zur staatlich geprüften Technikerin für Computersysteme und Netzwerktechnik. Es gibt einen Schwerpunkt innerhalb der Elektrotechnik in diesen Bereichen. Es ist wichtig, dass das nicht nur an den Universitäten geschieht, sondern auch in diesen beruflichen Fachoberschulen und Fachschulen.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Der Wirtschaftsminister - es ist schon deutlich und positiv von Herrn von Plottnitz gesagt worden - hat für Hessen die Aktion der alten Regierung aufgegriffen, um vier neue Ausbildungsberufe im IT-Bereich hier in Hessen auch wirklich umzusetzen. Es gibt eine systematische Schulung von Berufsschullehrern. Übrigens stehe ich nie an, auch Verdienste der Vorgängerregierung zu nennen. Das habe ich immer schon so gehalten, und das mache ich auch. 1998 gab es die Schulung von Berufsschullehrern und betrieblichen Ausbildern mit 1,5 Millionen DM an EU-Mitteln. Vor allem zu erwähnen ist der nächste Punkt: Wir haben das große Glück, durch die Veränderung der EU-Förderlinien aus diesen Bereichen erheblich mehr Mittel zu bekommen, um hier Schulungen durchführen zu können.

Es gibt, wie Sie wissen, ein Sonderprogramm für Existenzgründer und zur Förderung von Ausbildungsplätzen, die in

Verbänden zu machen sind. Ich finde, die wichtigste Kooperationsarbeit, die die drei Ministerien leisten müssen, ist nun auch, die Wirtschaft, die sich in öffentlichen Erklärungen bereit erklärt mitzuarbeiten, dazu zu bringen, dass sie uns ganz konkrete Angebote macht.

Damit komme ich zu dem Bereich, den ich zu verantworten habe. Es kann nicht sein, dass die Wirtschaft vor allem jetzt nach schnellen Lösungen im Wissenschaftsbereich schreit, die man nicht in einem oder zwei Jahren im Rahmen von Diplombildungen haben kann. Deshalb sage ich auch heute: Wir brauchen Hilfen der Wirtschaft, die z.B. ganz konkret so aussehen können, dass vor allem in den Fachhochschulen Praktiker aus der Wirtschaft von der Wirtschaft einmal selbst für einige Zeit abgeordnet werden, um als Lehrbeauftragte an unseren Hochschulen zu lehren. Denn der Markt ist leergefegt. Wir haben nicht genügend Leute.

(Beifall bei der F.D.P., bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Armin Claus (SPD))

Deshalb sage ich: Es ist für uns, wie man so schön sagt, keine Last. Es gibt im Technologiebereich - auch in unserem Verwaltungsjargon - eine sprachliche Formulierung: Wir haben einen Überhang an Studierenden in dem Bereich. Nein, meine Damen und Herren, wir sollten stolz darauf sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

23% aller Erstsemester an allen Fachhochschulen des Landes sind in Hessen. Wir wollen, dass diese Nachfrage belohnt wird, zu einer qualitativ guten Ausbildung führt und dies auch vom Land mit unterstützt wird. Deshalb habe ich gemeinsam mit den Kollegen im Kabinett dieses Programm besprochen.

Das bedeutet, dass sehr wohl auch die Hochschulen, Herr Riege, in der Pflicht sind, eigene Umschichtungen vorzunehmen. Sie wissen, dass Herr Wörner vor kurzem erklärt hat, dass er z.B. an der Hochschule ein neues Unternehmen gründen will. Dann stand in der Zeitung, das könnte er machen, weil der Chemiebereich zu 60% ausgelastet ist. Da fragen wir beide gemeinsam: Was passiert eigentlich mit den restlichen 40%? Glauben wir alle, die wir hier in diesem Saal sitzen, dass die 40% der Professoren, die dort sind, forschen? Wo sind denn dann die gedruckten Ergebnisse dieser Forschung von zwei Jahren? - Nein, das ist auch in Zukunft autonome Entscheidung dieser Hochschulen, auf Bedürfnisse selbst zu reagieren und umzuschichten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es kann doch möglich sein - und da bin ich von einigen Professoren angegangen worden -, dass ein Physiker, ein Elektrotechniker oder ein Chemiker eine grundlegende Erstsemestervorlesung in IT halten kann. Nein, da sagen die Herren, sie seien nur für Physik und Chemie zuständig. Das werden sie in Zukunft auch lernen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Wir werden mit unserem Programm keine unbefristeten neuen Stellen schaffen, sondern befristet Lehraufträge vergeben. Es können Räume angemietet, Sachmittel zur Verfügung gestellt, und es könnte endlich auch einmal ausgeholfen werden. Wenn die Fachhochschule Darmstadt in ihrer Erstsemesterzahl von 150 auf 500 steigt und die TUD leere Räume hat, dann wird es doch noch möglich sein, dass die Unterschiede zwischen zwei Hochschularten

überwunden werden und die eine in den Räumen der anderen einmal eine Vorlesung anbietet.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Auch das sind Dinge, die einmal öffentlich gesagt werden müssen.

Dritter Punkt. Ich werde in diesem Jahr mit 1,4 Millionen DM aus dem Hochschulsonderprogramm die Engpässe, die es in den Fachhochschulen gibt, beseitigen. Wir werden in den nächsten Jahren 5 Millionen DM zusätzlich haben. Wir werden natürlich versuchen, auch das, was der Bundeskanzler als Bund-Länder-Programm angekündigt hat, aufzunehmen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, damit will ich dann auch schließen. Dazu aber noch einmal Folgendes: Es ist schon eine außerordentlich ungewöhnliche Sache, dass dieses Programm nicht von der Wissenschaftsministerin angekündigt wurde, sondern vom deutschen Bundeskanzler auf einer Konferenz der Hochschulrektoren. Als wir, Herr Koch, ich und viele von Ihnen, dort saßen und mit wachsender Aufmerksamkeit zuhörten, haben wir gemerkt, dass es gar keine 100, sondern 50 Millionen DM sind. Wir Länder haben die anderen 50 Millionen DM zu erbringen. Dazu kann ich nur sagen: Unseren Anteil haben wir voll erbracht, und zwar vor der Idee des Herrn Bundeskanzlers.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Koch hat schnell ausgerechnet: Bei unserem Länderanteil bekommen wir etwas mehr als 3 Millionen DM. Die nehmen wir mit. Her damit! Die kriegen die Universitäten. All das machen wir. Nur warte ich nun seit Tagen auf einen Brief der Bundesregierung, in dem steht, wie das denn umgesetzt wird. Wir haben in der nächsten Woche eine Konferenz aller Kultusminister. Alle anderen Kollegen warten darauf, zu erfahren, wie das geht.

Jetzt darf ich Ihnen verraten, was vor zwei Tagen passiert ist: Frau Bulmahn schreibt uns alle an und sagt nicht, wie das gehen soll. Sie schickt uns kein Konzept. Sie schreibt: "Ich beziehe mich auf die Rede des Bundeskanzlers im Kurhaus in Wiesbaden, wo er Folgendes gesagt hat." - Dann werden diese zwei Sätze zitiert.

(Lachen bei der F.D.P.)

Dann fordert sie uns als Landesminister auf, zu sagen, wie wir uns an diesem Konzept beteiligen können. Das nenne ich seriöse Politik. So habe ich mir das immer vorgestellt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Frechheit!)

Es war immer meine Ahnung, dass so regiert wird. Ich sage Ihnen nur, so machen wir das nicht.

Ich habe mit den Fachhochschulpräsidenten gemeinsam dieses Programm verabredet. Ich hatte, wie Sie wissen, zu meinem großen Schmerz hinnehmen müssen - Herr Kaufmann hatte das so angesprochen; als liberale Ministerin tut einem das weh -, die Studienplätze zu begrenzen. Aber ich habe eingesehen, und Sie werden es auch, Herr Kaufmann, dass das, was in Hessen passiert ist - nämlich dass wir rundum Zulassungsbeschränkungen haben und dass jeder, der keinen Platz in Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz bekommen hat, nach Hessen strömt -, zu einer Ausbildung führt, die wir nicht verantworten können. Die ist nicht qualifiziert. Deshalb habe ich mit den fünf Präsidenten verabredet, dass wir das Niveau auf dem Erstsemesterstand von 1.320 zugelassenen Studenten hal-

ten, den wir im Wintersemester hatten - das ist der Höchststand -, die nötigen Geldmittel von der Landesregierung hinzupacken und dann fordern, dass damit qualifizierte, gute Ausbildung gemacht wird.

Meine Damen und Herren, deshalb darf ich zum Schluss sagen: Hessen hat sich in den letzten Jahren auch durch Anstrengungen kluger Unternehmer, kluger Existenzgründer und kluger Wissenschaftler zu einem Technologieland entwickelt. Wir sind stolz darauf. Aber wir müssen auch etwas dafür tun. Das tut die Kultusministerin, das tut der Wirtschaftsminister, und das tue ich. Deshalb sage ich, dieses Land ist nicht nur ein Bildungsland, es ist auch ein Technologieland. Dafür wird diese Landesregierung etwas tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Müller von den Bündnisgrünen. Mit Blick auf die Punkte, die noch vor uns liegen, darf ich Sie bitten, Ihre fünf Minuten abzukürzen, wenn das möglich ist.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wird möglich sein. - Eine Bemerkung der Kollegin Beer hat mich veranlasst, mich noch einmal zu melden. Sie haben uns GRÜNEN vorgeworfen, wir hätten nicht nur in dem jetzt zu diskutierenden Antrag, sondern schon immer die Schulen vergessen, gerade wenn es um die Ausstattung mit moderner Technologie geht.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist auch richtig, was sie gesagt hat!)

Nicht nur um der historischen Wahrheit willen, sondern auch um solche falschen Behauptungen in der Zukunft zu verhindern, will ich Ihnen von diesem Pult aus eine Wette anbieten.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wer wettet, ist unseriös!)

Die GRÜNEN haben am 4. Juli 1996 mit der Firma Star Division und dem Hessischen Kultusministerium - der Kultusminister wird sich noch erinnern - in einer Presseerklärung mitgeteilt, dass alle weiterführenden Schulen in Hessen kostenlos modernste Bürosoftware der Firma Star Division erhalten. Einfädelt wurde diese Vereinbarung durch drei grüne Abgeordnete: Al-Wazir, Berninger, Perschbacher. Und: Diese kostenlose Bürosoftware wird an alle hessischen Schulen vergeben. Die Begründung damals war - ich zitiere -:

Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite im Berufsleben die Kenntnis moderner Bürosoftware erwartet wird, die Schulen aber auf der anderen Seite immer noch in der EDV-Steinzeit leben.

In der Begründung weiterhin:

Die generelle Finanznot der Länder und Kommunen ist ein Problem, das auch vor dem Bildungsbereich nicht Halt macht. Gleichzeitig werden Investitionen mit Blick auf die Informationsgesellschaft immer notwendiger, damit Schulabgängerinnen und Schulabgänger Schritt halten können mit den veränderten Anforderungen der Wirtschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damals hat jede weiterführende Schule ein komplettes Softwarepaket erhalten,

(Norbert Kartmann (CDU): Die Hardware fehlt noch!)

das Tabellenkalkulation, Textverarbeitung, eine integrierte betriebssystemunabhängige Internetplattform enthalten hat, mit der Option auf jeweils modernste Updates.

Jetzt die Wette: Wenn Sie mir beweisen können, dass vor dem 4. Juli 1996 eine ähnliche Initiative erfolgreich von der F.D.P.-Fraktion im Hessischen Landtag gestartet worden ist, werden wir von den GRÜNEN einer der hessischen Schulen, die Sie bestimmen können, einen Laptop spendieren. Sollten Sie umgekehrt nicht in der Lage sein, das zu präsentieren, werden wir eine Schule benennen, der die F.D.P.-Fraktion zur Wiedergutmachung dieser falschen Behauptung ebenfalls einen Laptop spendieren wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere Sie auf: Hören Sie endlich auf mit diesen unrichtigen Märchen, die Sie hier immer erzählen. Mittlerweile konkurrieren alle Parteien über die Frage: Wer hat als Erster das Internet erfunden? Mittlerweile wetteifern alle Parteien über die Frage: Was ist an der modernen Informationstechnologie zukunftsfähig?

Ich behaupte, wir waren als GRÜNE auf diesem Feld schon immer federführend, und ich kann den Beweis antreten. Ich fordere die F.D.P.-Fraktion heraus: Nehmen Sie die Wette an. Legen Sie eine Initiative vor dem 4. Juli 1996 vor, und wir werden einer Schule, die Sie bestimmen, einen Laptop spendieren. Umgekehrt, wenn Sie das nicht können - und Sie werden das nicht können; ich kenne die Arbeit der F.D.P.-Fraktion in diesen Jahren sehr gut -

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

werden wir eine Schule bestimmen, und Sie werden bezahlen. Topp, die Wette gilt - und hören Sie mit diesen falschen Erklärungen auf. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der Kandidat hat 99 Punkte!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache.

Es ist vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft, federführend, sowie an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und den Kulturpolitischen Ausschuss, beteiligt, zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich den bisherigen Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen, Herrn Dr. Helmut Wilhelm, der infolge Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze auch aus dem Staatsgerichtshof ausgeschieden ist.

Herr Dr. Wilhelm, ich möchte Ihnen im Namen des Hessischen Landtags für Ihre Arbeit, die Sie als Vizepräsident des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen und als langjähriges richterliches Mitglied des Staatsgerichtshofs zum Wohle des Landes Hessen geleistet haben, sehr herzlich danken.

(Allgemeiner Beifall)

Für Ihre Zukunft darf ich Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und Freude, in dem neuen Stand, den Sie jetzt haben, wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Tagesordnungspunkt 3:

a) Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen

hierzu:

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU - Drucks. 15/1221 -

Da Herr Dr. Wilhelm ausgeschieden ist, ist die Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten für den Staatsgerichtshof erforderlich. Sie oder er wird vom Landtag auf die Dauer ihrer oder seiner jeweiligen Amtszeit als Mitglied aus der Gesamtheit aller ständigen Mitglieder gewählt. Die Befähigung zum Richteramt ist Voraussetzung für dieses Amt.

Zu der Wahl bedarf es nach § 8 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags. Ihnen liegt mit der Drucks. 15/1221 der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU vor. - Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Mir wurde signalisiert, dass Aussprache gewünscht wird. - Herr Kaufmann, bitte schön.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die grüne Fraktion wird den vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs mit wählen - dies gleich vorab. Aber diese Wahl heute für einen hohen, den zweithöchsten hessischen Richter, wenn ich es so bezeichnen darf, gibt auch Anlass, darauf hinzuweisen - und das meinen wir sehr ernst -, dass wir einen schlimmen Verfall der demokratischen Kultur in diesem Land sehen, dass in der hessischen Politik mehr und mehr gang und gäbe wird, dass Richterinnen und Richtern Parteilichkeit vorgeworfen wird, nur weil sie als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger entweder einer Partei angehören oder durch den Wahlvorschlag einer Partei in ihre Funktion gekommen sind.

Meine Damen und Herren, der heutige Ministerpräsident und damalige Fraktionsvorsitzende der CDU war es höchstpersönlich, der dies schon vor dreieinhalb Jahren begonnen hat. Ich erinnere daran, dass es damals - wenn Sie es nachschauen wollen: es war genau der 11. Dezember 1996 anlässlich der Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs - Roland Koch war, der eine geheime Abstimmung gefordert hatte, um zu dokumentieren, dass es parteiliche Ablehnung in seinen Reihen gebe, nicht zuletzt deshalb, um sich aus der Verantwortung für die Entscheidung zu stehlen.

Meine Damen und Herren, was wir seitdem an Schmähkritik und Herabwürdigung untadeliger hessischer Richterinnen und Richter durch die Law-and-Order-Partei CDU erleben mussten, die es zwar mit der Wahrheit nicht hält, aber dafür mit Fälschung, Lüge und Polemik,

(Zuruf von der CDU: Jetzt reicht es aber!)

das hat in der Tat das Ansehen der Richterschaft und damit auch das Ansehen des Rechtsstaats erheblich beschädigt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, bereits in der damaligen Debatte warnten wir GRÜNEN davor, in ein Ritual einzutreten, das da lautet: unsere Richter oder eure Richter. Wir meinten damals und wir meinen es gleichermaßen auch heute, so etwas darf es nicht geben; denn eine solche Debatte wäre schädlich für die hessische Justiz insgesamt. Wir bilanzieren heute, dass genau dies, wovon wir gewarnt haben, eingetreten ist, weil Sie von der CDU, und zwar nicht nur die Hinterbänkler, sondern die Fraktion insgesamt bis hin zum Justizminister, den Kampf gegen die Integrität von Richterinnen und Richtern zum Mittel der politischen Auseinandersetzung gemacht haben, um von Ihrem eigenen rechtswidrigen Verhalten abzulenken.

Eine solche Vorgehensweise kann man nur mit Abscheu zur Kenntnis nehmen. Wir fordern Sie mit Nachdruck auf, diesen unserer Demokratie höchst abträglichen Kurs unverzüglich wieder zu verlassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

Der heutige Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs ist gewiss kein Parteigänger von uns. Darauf kommt es aber nicht an, und darauf darf es auch nicht ankommen. Er ist ein hervorragender Jurist und ohne jeden Zweifel für dieses Amt qualifiziert. Deshalb wird ihn die grüne Fraktion, wie ich schon sagte, in offener Abstimmung mit wählen, denn wir sind davon überzeugt, dass er sein Richteramt weiterhin und seine Funktion im Staatsgerichtshof gleichermaßen gemäß seinem Amtseid wahrnehmen wird. Auf diese Weise zeigen wir unser Verständnis von einem Rechtsstaat, und wir weisen damit zugleich die Angriffe der hessischen CDU auf die Richterschaft in diesem Lande mit Nachdruck zurück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Es liegt ein Wahlvorschlag der CDU vor. Weitere Vorschläge sind nicht gemacht worden. Wenn sich kein Widerspruch ergibt, möchte ich empfehlen, über den Wahlvorschlag offen abzustimmen. - Dem wird nicht widersprochen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist Herr Dr. Wolfgang Teufel vom Hessischen Landtag einstimmig zum Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs bis zum Ablauf dieser Wahlperiode gewählt.

(Dr. Wolfgang Teufel betritt den Saal. - Allgemeiner Beifall - Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Ich rufe auf:

b) Vereidigung des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch die Vizepräsidentin des Hessischen Landtags (§ 9 Abs. 1 Satz 1 StGHG)

Nachdem Sie, Herr Dr. Teufel, durch den Hessischen Landtag zum Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt worden sind, kommen wir jetzt zu Ihrer Vereidigung. Sie können der Eidesformel eine religiöse Beteuerung hinzufügen. Die Eidesformel lautet:

Ich schwöre, dass ich gerecht richten und die Verfassung getreulich wahren will.

Dr. Wolfgang Teufel, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs:

Ich schwöre, dass ich gerecht richten und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zu diesem Amt und wünsche Ihnen alles Gute und eine glückliche Hand.

(Allgemeiner Beifall - Dr. Wolfgang Teufel nimmt Gratulationen von Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung entgegen. - Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Wir treten in die Mittagspause ein. Um 15.15 Uhr treffen wir uns wieder. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.15 bis 15.19 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, wir wollen weitermachen. Wir fahren in der Tagesordnung mit folgendem Hinweis fort. Es ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erfolgreiche Steuer- und Haushaltspolitik der Bundesregierung, Drucks. 15/1278, eingegangen. Ist die Dringlichkeit streitig? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Dringlichkeit bejaht.

Zu Tagesordnungspunkt 49 die Frage von mir: Kann das mit Tagesordnungspunkt 26 aufgerufen werden? Das ist der gleich lautende SPD-Antrag.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war auch so gedacht!)

- Das war auch so gedacht. - Also wird das gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 26 aufgerufen und behandelt.

Außerdem noch eingegangen - beides wurde heute Vormittag auch verteilt - ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen, Drucks. 15/1279. Gibt es hier Einwendungen gegen die Dringlichkeit? - Dies ist nicht der Fall. Dann wird er mit Tagesordnungspunkt 45, Antrag betreffend eine Aktuelle Stunde, aufgerufen; denn Entschließungsanträge dürfen auch in einer Aktuellen Stunde verabschiedet werden. Einwendungen? - Keine. Dann machen wir es so.

(Manfred Schaub (SPD): Wir könnten auch gleich festlegen, wie es anschließend morgen weitergeht!)

- Da hatten Sie mir einen Vorschlag gemacht. Können Sie es kurz wiederholen? - Kollege Grüttner, wie soll es morgen weitergehen?

Stefan Grüttner (CDU):

Wir haben uns dahin gehend geeinigt, dass wir morgen als Erstes den Tagesordnungspunkt 46, Aktuelle Stunde, beantragt von der SPD-Fraktion, und anschließend den Tagesordnungspunkt 45 aufrufen, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde zum Thema Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen, gemeinsam mit dem Entschließungsantrag der Fraktion der GRÜNEN, bei dem eben die Dringlichkeit anerkannt

wurde. Anschließend, nach der Aktuellen Stunde, rufen wir die Beschlussempfehlung und den Bericht des Hauptausschusses zum regionalen Dialogforum mit dem Antrag der SPD-Fraktion zur Frage Landesentwicklung auf.

Präsident Klaus Peter Möller:

Tagesordnungspunkt 47 mit 48.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Änderungsantrag von uns gehört auch noch dazu!)

- Das geht dann automatisch. - Ist dann Schluss?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Redezeit zehn Minuten! Dann kommt Punkt 8!)

- Dann kommt der Setzpunkt 8.

Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Antrag der Abg. Kahl, Fischer (Hohenroda), Fuhrmann, Hartmann, Karwecki, Klemm, Pawlik, Wagner (Angelburg), Haupt (SPD) und Fraktion betreffend Unterstützung der "Steuerreform 2000" der Bundesregierung - Drucks. 15/1255 -

mit **Tagesordnungspunkt 30:**

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend mittelstandsfreundliche Steuerreform - Drucks. 15/1260 -

und mit dem soeben von mir vorgelesenen **Tagesordnungspunkt 49:**

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erfolgreiche Steuer- und Haushaltspolitik der Bundesregierung - Drucks. 15/1278 -

Die drei Anträge werden aufgerufen. Redezeit pro Fraktion 15 Minuten. - Erste Wortmeldung, Herr Kollege Lortz für die CDU.

Frank Lortz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Keiner oder kaum jemand zahlt gerne Steuern. Nur ausgesprochen wenige erzielen besondere Lusterlebnisse beim Entrichten der staatlichen Abgabe. Ich glaube, das ist übergreifend über alle Fraktionen im Hause und in der Wählerschaft.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie Steuern hinterziehen?)

Das Gefühl von Ohnmacht gegenüber der Administration wächst. Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Staatliche Ausgabenprogramme steigen an. In absoluten Zahlen wurden auf allen Ebenen der öffentlichen Hand noch nie so viele Steuereinnahmen verzeichnet wie heute. Trotzdem wird unentwegt über die Erhöhung von Steuern öffentlich nachgedacht und dementiert.

(Volker Hoff (CDU): Erbschaftsteuer!)

Herr Kollege Müller, die Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden, unabhängig von der Parteifarbe, ist in der Frage einer überlegten und überzeugenden Steuerkonzeption mehr als ins Wanken, größtenteils abhanden gekommen. Die Rollenspiele und Rituale der parteipolitischen

Auseinandersetzung langweilen und verschrecken gleichzeitig die Menschen.

Statt vernünftig aufeinander zuzugehen, einen Konsens anzustreben, der von einer breiten Mehrheit im Lande getragen wird, wirft, wie es gerade in den Kram passt, meist die eine Seite der anderen Blockade vor. Hinzu kommt, dass die einzelnen Vorgänge immer komplexer werden, im Regelfall die Steuerberaterberufe die Nutznießer dieser Konfusion sind, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem Spiel steht und wir uns das jahrelange entscheidungsunwillige Durcheinander eigentlich überhaupt nicht mehr leisten können.

Deutschland hat ein Steuersystem und fordert Steuersätze, die weder Investitionen anreizen und ermöglichen, noch den erforderlichen Schub in der Binnennachfrage schaffen. Wir sind als führende Wirtschaftsnation nicht nur den USA, sondern in zunehmendem Maße auch europäischen Nachbarn und Partnern unterlegen. Deshalb ist ein überlegtes Handeln der Politik im Zusammenwirken - ich sage dies ausdrücklich - von Bund und Ländern nunmehr zwingend geboten.

CDU und F.D.P. unterbreiten mit dem vorliegenden Antrag konkrete Vorschläge, die sicherlich in Punkten auch verhandlungsfähig, vor allem aber kompromissfähig sind. Um dies an einem Beispiel deutlich zu machen: Herr Kollege Kahl, finanzpolitischer Nordhessen, wenn man sich einig ist, den Eingangs- und den Höchststeuersatz zu reduzieren, dann darf dies zum Schluss nicht an kleinlichem Geplänkel, an den 1 oder 2 Prozentpunkten scheitern.

(Armin Clauss (SPD): Was soll die Degradierung? Der ist finanzpolitischer Gesamthesse!)

Wir sind zu diesem konstruktiven Dialog bereit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist doch nur finanzpolitischer Froschhäuser!)

- Herr Kollege Clauss, bis jetzt gab es noch keinen Grund für Aufregung. Der Begriff Nordhessen ist doch keine Diffamierung, ich bitte Sie.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Was wären manche so froh, wenn sie in Nordhessen wären.

Meine Damen und Herren, wenn Bundeskanzler Schröder heute meint, der Union im Zusammenhang mit den steuerpolitischen Debatten mit warnendem Zeigefinger die Konsequenzen einer Blockadepolitik im Bundesrat vorhalten zu müssen,

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat er Recht!)

so ist dies natürlich starker Tobak.

(Beifall bei der CDU)

Es war - und diese Feststellung ohne polemischen Unterton gestatten Sie mir - der frühere SPD-Parteiführer Lafontaine,

(Lachen bei der SPD)

der mit totaler Blockade und Obstruktion dafür gesorgt hatte, dass eine Steuerreform nicht schon in der letzten Legislaturperiode im Bund greifen konnte. Dies ist unbestritten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Das war dann Vorrang des parteipolitischen Egoismus vor gesamtstaatlicher Verantwortung. - Genug der Vergangenheitsbetrachtung. Es soll ja nach vorne gehen. Wir sind uns sicherlich in diesem Hause einig, jetzt muss gehandelt werden, die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft müssen nachhaltig entlastet werden.

Die Behandlung im Finanzausschuss und im Plenum des Bundestages haben für mich zumindest zwischen den Zeilen erfreulicherweise gezeigt, dass man offensichtlich aufeinander zugehen will. Dazu gehört, dass das übliche Kriegsgeschrei von allen Seiten ertönt, dass man sich aufbaut nach links und nach rechts. Ich habe aber den Eindruck, man versucht, aufeinander zuzugehen. Ich bin auch ganz sicher, mit dem guten Willen beider Seiten, mit entsprechender Kompromissbereitschaft sind vertretbare Ergebnisse zu erzielen.

Nun zu den Positionen der CDU. In dem Zusammenhang lassen Sie mich einige Eckpunkte nennen.

Erstens. Alle Einkunftsbezieher müssen gleichmäßig besteuert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dies bedeutet, dass die bestehende Schieflage in der steuerlichen Behandlung von Kapitalgesellschaften auf der einen und Personen-, Einzelunternehmen auf der anderen Seite nicht Gesetzeskraft erlangen darf.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Ein Ersatz des bewährten Anrechnungsverfahrens durch das Halbeinkünfteverfahren ist nicht erforderlich.

Drittens. Zwingend notwendig ist eine deutliche Nettoentlastung für Betriebe und Arbeitnehmer.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wie viel? Zahlen, Herr Kollege!)

Dies wird nur über einen Tarifverlauf in der Einkommensteuer von 15 bis 35% beim Einsetzen der oberen Proportionszone ab 110.000 DM erreicht. Das ist die Position und der konkrete Vorschlag der CDU.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was kostet es?)

Um einen Flächentarifverlauf zur Entlastung aller Steuerzahler unterhalb des Spitzensteuersatzes künftig fortlaufend zu gewährleisten, müssen jährlich der Grundfreibetrag sowie der Beginn der oberen Proportionalzone überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was kostet es? Wer bezahlt es?)

- Sie wissen doch, dass es sehr schlüssige Konzepte der Finanzierung gibt.

Viertens. Bei der Körperschaftsteuer muss der Steuersatz auf 30% für thesaurierte und 25% für ausgeschüttete Gewinne gesenkt werden.

Sicherlich ist zu begrüßen, dass Veräußerungsgewinne bei Kapitalgesellschaften steuerlich erheblich entlastet werden sollen. Den Verkauf von Aktien an andere Unternehmen aber völlig steuerfrei zu stellen und gleichzeitig den Veräußerungsgewinn eines Handwerkermeisters bei Betriebsaufgabe mit der vollen Steuerlast zu belegen ist - Herr Kollege Müller, ich glaube, darin sind wir uns einig - nur schwer erträglich und vom System her nicht verständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Ganze geschieht frei nach dem Motto, das an sich gar nicht auf Sie passt: Steuerbefreiung für die Großen und Beseitigung von Steuererleichterungen für die Kleinen. Das ist zutiefst ungerecht.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Mittelstandsfeindlich!)

Einen Eingangssteuersatz von 15% und einen Spitzensteuersatz von 45% erst für das Jahr 2005 vorzusehen, wie Sie es getan haben, wird in keinster Weise der Notwendigkeit gerecht, die zu große Spanne zwischen Bruttoarbeitskosten und Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zu verringern. Nur wenn das Steuersystem insgesamt überschaubar und transparent ist, wenn Gleiches gleich behandelt wird und es dem Anspruch auf Gerechtigkeit nahe kommt, ist bei den Betroffenen Akzeptanz zu erzielen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

- Herr Schmitt, hören Sie mir doch mit den 16 Jahren Regierungszeit auf. Wir wollen doch jetzt einen Schritt nach vorne machen. Darin stimmen Sie mir zu. Dann seien Sie doch auch bitte ruhig, wenn ich das vortrage.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie haben doch zugestimmt. Herr Schmitt, ich wiederhole es für Sie und das Protokoll. Nur wenn das Steuersystem überschaubar ist, wenn Gleiches gleich behandelt wird und es dem Anspruch auf Gerechtigkeit nahe kommt, ist bei den Betroffenen, d. h. den Steuerzahlern, Akzeptanz zu erzielen. Das zu erreichen, wäre auch schon etwas. Dazu gehört allerdings auch - ich sage das in Richtung Rot-Grün -: Hände weg von den Spielereien mit und den Vorstellungen von einer weiteren Mehrwertsteuererhöhung.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das sagt der Richtige! Das kam doch vor zwei Jahren von Ihnen!)

- Sie sagen: "Das kam von Ihnen vor zwei Jahren!" - Herr Müller, wir befinden uns jetzt im Jahre 2000. Vor zwei Jahren standen Sie noch besser da.

Wenn wir uns darin einig sind, ist es gut. Hände weg von der Vorstellung einer weiteren Mehrwertsteueranhebung.

(Norbert Schmitt (SPD): Ihr habt doch immer die Hände in anderer Leute Taschen gehabt!)

- Herr Schmitt, warum sind Sie denn so erregt? Geben Sie auf Ihre Hände Acht.

Eine erneute Erhöhung der Erbschaftsteuer, an die in Ihren Kreisen ebenfalls als Kompensation für den entgangenen Lustgewinn wegen der gescheiterten Wiedereinführung der Vermögensteuer gedacht wird, wäre ebenfalls leistungshemmend und ungerecht.

Die Ökosteuerpläne für die kommenden Jahre gehören endgültig eingemottet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Steuer ist Gift für die Wirtschaft und die Verbraucher, wie etwa den kleinen Mann. Die Einnahmen wurden und werden missbräuchlich verwendet.

Meine Damen und Herren, es hat Sondereinnahmen des Bundes in Milliardenhöhe gegeben. Die Stichworte dazu sind: Mobilfunklizenzen - Herr Kollege Kahl, wir haben uns heute Morgen sinnigerweise im Landesschuldenaussschuss darüber unterhalten - und die Börsengänge der Post usw. Diese Sondereinnahmen des Bundes sollten zum einen

dazu genutzt werden, die Schulden abzubauen. Zusätzlich sollte mit ihnen ein weiterer Impuls für die Steuerreform gegeben werden. Natürlich muss man dabei auch darüber reden, wie die Steuerausfälle der Länder kompensiert werden, die es in diesem Zusammenhang geben wird. Sie werden bei entsprechenden Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen etwa 25 Milliarden DM ausmachen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, lassen Sie eine Frage des Herrn Kollegen Müller zu? - Nein.

Frank Lortz (CDU):

Herr Präsident, ich habe Herrn Müller das alles heute Morgen schon gesagt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum so ängstlich?)

Es kann nicht angehen, dass sich hier der Bund auf Kosten der Länder zusätzlich sanieren will und die Länder und die Kommunen dann die Dummen sein werden. Das heißt, Fairness, Ehrlichkeit und Solidarität zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen stehen hier im Mittelpunkt.

All das, was ich hier vorgetragen habe, sind Positionen, die nicht nur vernünftig sind. Vielmehr handelt es sich um Positionen, auf die man sich auch im Wege des Kompromisses einigen kann.

(Zuruf des Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

- Herr Kollege Fischer, das habe ich bereits eindeutig gesagt. - Wenn sich Bund und Länder für einen bestimmten Zeitraum auf die steuerlichen Rahmendaten und die Konditionen verlässlich verständigen würden, wäre dies das beste Ergebnis, das für alle Bürger und Unternehmen unseres Landes erreicht werden könnte.

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann und Inge Velte (CDU))

Mit unserem Antrag, den wir heute zur Abstimmung stellen, wollen wir zum einen klar Position beziehen. Zum anderen wollen wir aber auch die Landesregierung stärken. Wir wollen sie auffordern - -

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Herr Müller, Sie wollen sie schwächen, und wir wollen sie stärken. So haben wir es vereinbart. An dieser Stelle kommen Sie in dieser Legislaturperiode nicht weiter. Das tut mir Leid.

Mit unserem Antrag wollen wir klar Position beziehen und die Landesregierung stärken und auffordern, in dem Gesetzgebungsverfahren, das jetzt zwischen Bundestag und Bundesrat läuft, Flagge zu zeigen und sich für eine mutige, dem Mittelstand und der Bürgerschaft nutzende Steuerreform einzusetzen. Ich bitte Sie ganz herzlich, in diesem Sinne unserer Initiative zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Schönen Dank. - Das Wort hat Herr Kollege Kahl für die Fraktion der SPD.

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Frank, du hast trotzdem eine falsche Berechnung drinnen gehabt! Das mit den Handwerkern stimmt nicht!)

- Aber er hat die Länge seiner Redezeit auf den Punkt genau berechnet.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Belebung der Tätigkeit in der Wirtschaft hat sich in den letzten Monaten deutlich spürbar fortgesetzt. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird nicht nur durch eine gute Exportkonjunktur, sondern auch durch eine Verbesserung der Binnennachfrage und durch eine erhöhte Investitionstätigkeit getragen.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zumindest in den alten Bundesländern zunehmend auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen. Diese positiven Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland sind auch das Ergebnis einer zukunftsorientierten und erfolgreichen Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dies hat das Ergebnis, dass das Vertrauen der Investoren und Konsumenten in die Politik spürbar gestiegen ist. In wenigen Tagen, das heißt, eigentlich noch in dieser Woche, werden wir die Daten der Mai-Steuerschätzung erfahren. Zur Zeit der Regierung Kohl und seines Finanzministers Waigel war die Bekanntgabe der halbjährlichen Steuerschätzung mit großer Nervosität verbunden. Ich weiß, wovon ich rede. Es stellte sich nämlich jeweils die Frage, wie groß das Steuerloch werden würde.

Ein Steuerloch löste das nächste ab - mit den bekannten fatalen Folgen für die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Jetzt kann der Finanzminister - und auch der Finanzminister dieses Landes - in aller Ruhe die Steuerschätzung abwarten. Mehreinnahmen stehen in Aussicht. Dies ist eine fundamentale Veränderung der Rahmenbedingungen für Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie als Regierung profitieren in erheblichem Umfang von den positiven Ergebnissen der Finanzpolitik von Hans Eichel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine qualitative Wende in der deutschen Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die bisherige Steuerpolitik der Regierung Schröder hat Wirkung gezeigt. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 erfolgten eine Tarifsenkung in drei Stufen, eine Erhöhung des Kindergeldes und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Steuerschlupflöcher wurden konsequent geschlossen, und insbesondere Familien wurden steuerlich entlastet. Dies ist die Realität der heutigen Politik.

Steuerpolitik und Haushaltskonsolidierung - darauf will ich sehr deutlich hinweisen - müssen immer in einem engen Zusammenhang gesehen werden. Haushaltskonsolidierung

schaft den politischen Spielraum für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Politische Zielsetzung für die weiteren Schritte der Steuerreform heißt: Senkung der Tarife durch eine finanzierbare Steuerreform bei Beibehaltung der Zielsetzung eines ausgeglichenen Haushalts in absehbarer Zukunft. Hessen - das muss man immer wieder betonen - hat sich unter der Regierung Koch trotz deutlich verbesserten Steueraufkommens in seiner mittelfristigen Finanzplanung von der Zielsetzung der Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf null verabschiedet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Interessant ist in diesem Zusammenhang die öffentliche Debatte zu den Milliardenereinnahmen des Bundes aus der Mobilfunklizenzvergabe, an der sich die Landesregierung und der Kollege Lortz jetzt auch beteiligt haben. Dies sind, wie Verkäufe, Einmaleinnahmen, die weder für zusätzliche Ausgaben noch für Steuererleichterungen eingesetzt werden können. Dies wäre ein struktureller Fehler. Schuldentilgung ist die einzig richtige Antwort auf diese Einnahmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Steuern senken, Wachstum stärken, Arbeitslosigkeit bekämpfen - das sind die Kernpunkte der Steuerreform 2000. Die Anhebung des Grundfreibetrages auf über 15.000 DM, die Absenkung des Eingangsteuersatzes auf 15 % und die Senkung des Höchststeuersatzes auf 45 % sind Eckpunkte dieses Konzeptes, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Binnennachfrage leisten und gleichzeitig auch die Investitionskraft besonders der mittelständischen Wirtschaftsunternehmen stärken.

(Zuruf von der CDU: Jetzt wird es aber lustig! - Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Jetzt aufrufen!)

- Dies werde ich Ihnen sehr genau an Zahlen belegen, warten Sie einmal ab.

Das Gesamtentlastungsvolumen dieser Steuerreform beträgt rund 45 Milliarden DM. Für die privaten Haushalte beträgt die Entlastung 23 Milliarden DM, kleine und mittlere Unternehmen werden um 14 Milliarden DM entlastet

(Norbert Schmitt und Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Hört, hört!)

und Großunternehmen um rund 7 Milliarden DM. Das sind die exakten Zahlen. Wer dann wie die hessischen Regierungsfractionen von einer einseitigen Entlastung der großen Unternehmen spricht, leugnet schlicht die Realität. Dies ist auch heute wieder geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich füge hinzu: Wer meint, dass eine durchgreifende Steuerreform erst bei einer Nettoentlastung - so steht es im Antrag - von mindestens 50 Milliarden DM beginnt, der muss sich einerseits die Frage gefallen lassen, wie er dies finanzieren will, ohne die Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Andererseits muss er die Frage beantworten, wie sollte denn seine Berechnungen sind. Allein der von der CDU vorgeschlagene Tarif - er ist eben noch einmal genannt worden - würde zu Mindereinnahmen von über 70 Milliarden DM führen, vom Stufentarif der F.D.P. ganz zu schweigen. Würde dies umgesetzt, dann würden der finanzpolitische Sprecher der CDU und diese Regierung im nächsten Jahr Tränen in die Augen bekommen angesichts der hohen Verluste, die im nächsten Jahr entstünden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Unternehmenssteuerreform soll das geltende Vollerrechnungsverfahren abgelöst werden. Es ist äußerst kompliziert, missbrauchsanfällig und wenig europatauglich. Es soll durch das Halbeinkünfteverfahren ersetzt werden. Dies ist eindeutig eine Vereinfachung und unabhängig von der Rechtsform. Es vermeidet in hohem Maße Missbrauch, ist europatauglich und bietet auch für ausländische Unternehmen Anreize, in Deutschland zu investieren.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Der Einbehaltungssatz der Körperschaftsteuer wird ab dem kommenden Jahr drastisch auf 25 % gesenkt. Unter Einbeziehung des Solidaritätszuschlages und der Gewerbesteuer beträgt die Körperschaftsteuer dann 38,6 %. Damit nimmt Deutschland einen guten Mittelplatz ein, vor Frankreich, den USA, Italien und Japan.

Die Besteuerung der Personenunternehmen ist ein sehr schwieriges und komplexes Problem, da die Reform kleine Einzelunternehmen ebenso wie große und mittelständische Personengesellschaften erreichen muss. Dafür gibt es in dieser Steuerreform zwei Lösungsmodelle: das Basismodell mit der Ermäßigung der Einkommensteuer um die Gewerbesteuer und die Option zur Körperschaftsteuer.

Um das noch einmal kurz zu erklären: Beim Basismodell erfolgt eine pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer.

(Zuruf von der CDU)

Dadurch ist eine einfache Handhabung möglich. Dieses Modell ist besonders vorteilhaft bei niedrigen Hebesätzen der Gewerbesteuer. Damit werden strukturschwache Gebiete mit niedrigen Hebesätzen für Unternehmen attraktiver. Personengesellschaften können aber auch ohne zivilrechtliche Umwandlung wie Kapitalgesellschaften besteuert werden. Dies gilt auch für Freiberufler; dann wird aber die Gewerbesteuer Pflicht.

Die Unternehmenssteuerreform ist eindeutig mittelstandsfreundlich.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das Steuersenkungsgesetz ist ein Gesetz für den Mittelstand. Die Kritik der hessischen Koalitionsfraktionen leugnet schlicht die Fakten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich wie CDU und F.D.P. auch bezüglich der Unternehmenssteuerreform einseitig auf die weitere Reduzierung des Höchststeuersatzes konzentriert, geht an der Problemlage vieler Klein- und Mittelbetriebe eindeutig vorbei.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Stimmt doch gar nicht!)

Denn der Höchststeuersatz wird hier in der Regel gar nicht mehr bezahlt.

Zur Problematik des Höchststeuersatzes nur kurz so viel. Der Spitzensteuersatz wurde maßvoll gesenkt.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Sehr maßvoll!)

Die Bezieher hoher Einkommen profitieren neben der Senkung des Höchststeuersatzes auch von der Anhebung des Grundfreibetrages und der Absenkung des Eingangsteuersatzes. Dadurch wurde die durchschnittliche steuerliche Belastung deutlich reduziert.

Natürlich ließe sich auch darüber diskutieren, ab welchem Betrag der Höchststeuersatz einsetzt. Wer aber dies verändern will, der muss auch sagen, wie das finanziert werden soll. Steuerreform auf Pump ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zum Mittelstand. Rund zwei Drittel aller deutschen Unternehmen, die als Einzelunternehmen oder als Personengesellschaft organisiert sind, zahlen keine Gewerbesteuer, weil ihr steuerlicher Gewinn unter der Freibetragsgrenze der Gewerbesteuer liegt. Für sie würde logischerweise eine Senkung des Spitzensteuersatzes ins Leere gehen. Ihnen wird durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Senkung des Eingangssteuersatzes gezielt geholfen. Die mittelständischen Unternehmen, die Gewerbesteuer zahlen, werden durch die vorgesehene pauschale Verrechnungsmöglichkeit der Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer von dieser spezifischen Unternehmenssteuer befreit.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Bei dieser Konstruktion ist die Gewerbesteuer für Personunternehmen kein Kostenfaktor mehr. Gleichzeitig bleibt aber die Gewerbesteuer eine wichtige Finanzierungsquelle für die Kommunen.

In diesem Zusammenhang muss die hessische Union schon die Frage zur Zukunft der Gewerbesteuer beantworten. In Berlin ist die CDU für eine Absenkung der Gewerbesteuermesszahlen. In ihrem Antrag hier will sie die Gewerbesteuer ganz abschaffen. - Was gilt nun? Die hessischen Kommunen erwarten dazu eine Antwort.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Konzentration von CDU und F.D.P. auf die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 35% bindet das nicht finanzierbare Entlastungsvolumen derart, dass - ich betone - 90% der mittelständischen Unternehmen davon nicht profitieren. In der konkreten Auswirkung ist das Tarifkonzept der Union daher eindeutig mittelstandsfeindlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Personengesellschaften haben die Möglichkeit, sich wie eine Kapitalgesellschaft besteuern zu lassen. Dies ist ein Angebot, keine Verpflichtung. Die Wahlmöglichkeit ist besonders für diejenigen Unternehmen interessant, die eine höhere durchschnittliche Gesamtbelastung als 38,6% haben, wie sie für Kapitalgesellschaften gilt.

Jetzt konkret zu den Zahlen. Eine durchschnittliche Einkommensteuerlast von 38,6% erreichen Ledige erst bei einem zu versteuernden Einkommen von 200.000 DM und Verheiratete bei 400.000 DM. Nach der letzten Statistik liegen rund 95% aller Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus gewerblicher Tätigkeit unter 250.000 DM.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Daraus folgt, die Behauptung, dass die der Einkommensteuer unterliegenden Unternehmer gegenüber den Kapitalgesellschaften diskriminiert würden, ist eindeutig abwegig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Steuerreform von Eichel ist im Gegensatz zu den Vorschlägen von CDU und F.D.P. eine Steuerreform für den Mittelstand.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Das sieht der Mittelstand aber anders!)

Nur noch einige wenige Bemerkungen zu der Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften - ein Thema, das im Rahmen der Steuerreform eine sehr komplizierte Materie ist. Die Steuerbefreiung der Gewinne aus Anteilsveräußerungen, über die man selbstverständlich mit guten Argumenten streiten kann, soll im Kern eine massive stille Reserve der so genannten Deutschland AG für die Belegung des Arbeitsmarktes mobilisieren. Ausländische Investoren können sich an deutschen Unternehmen beteiligen. Dabei geht es auch um die Entzerrung des auf wenige Großkonzerne konzentrierten Beteiligungsgflechtes. Darüber sind wir uns doch sicherlich einig.

Auch muss festgehalten werden, dass im gleichen Zuge Veräußerungsverluste nicht mehr abgesetzt werden können. Warum hat es BMW so eilig gehabt, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften - das ist ganz wichtig - ist im Endeffekt ein Verschieben auf der Zeitachse. Wenn die Gewinne die Körperschaftsteuerpflichtige Beteiligungskette verlassen und auf die Ebene des privaten Anteilseigners kommen, also auf die Konsumebene, setzt die Besteuerung dann natürlich konsequent ein.

(Beifall bei der SPD)

Unter diesem Aspekt werden Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften nicht unterschiedlich behandelt.

Bezüglich der Veräußerung von Personunternehmen, also wo es um den privaten Konsum geht, wurde der Freibetrag für Veräußerungsgewinne - nicht für Veräußerungserlöse, also für Gewinne - von 60.000 DM auf nunmehr 100.000 DM angehoben. Das ist die Realität, mit der Sie sich auch einmal beschäftigen sollten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Steuerreform der Regierung Schröder bringt die größte Steuerentlastung der Geschichte der Bundesrepublik. Damit werden der private Verbrauch und die Investitionstätigkeit der Unternehmen spürbar gestärkt. Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf das Wirtschaftswachstum sind zu erwarten. Durch Strukturreformen werden die dynamisierten Kräfte von Markt und Wettbewerb gesteigert. So lassen sich neue Wachstumspotenziale erschließen.

Meine Damen und Herren, zum ersten Mal seit 1982 wird die Finanzpolitik des Bundes wieder zur Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Mit unserem Antrag fordern wir die Hessische Landesregierung auf, sich dieser Entwicklung nicht in den Weg zu stellen. Die Landesregierung ist nach der Verabschiedung der Steuerreform 2000 im Bundestag gefordert, sich am anschließenden Vermittlungsverfahren konstruktiv zu beteiligen. Eine Blockadehaltung wäre schädlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen auch, dass es im Vermittlungsverfahren Kompromisse geben muss; das ist unstrittig. Der Antrag von CDU und F.D.P. ist aber dafür kein geeignetes Instrument, da er die Fakten schlicht nicht zur Kenntnis nimmt. Ich

füge hinzu: Ein Überbieten an Entlastungen und damit eine Steuerreform auf Pump darf es nicht geben. Was CDU und F.D.P. verlangen, ist leider utopisch und nicht finanzierbar. Was SPD und GRÜNE in Berlin bieten, ist eine realisierbare Chance für Wachstum und Beschäftigung, solide gegenfinanziert. Die Steuerreform 2000 ist in ihrem Kernbereich der Unternehmenssteuerreform mittelstandsfreundlich. Das habe ich Ihnen hier an Zahlen und Fakten verdeutlicht. Von Ihrer Seite habe ich dazu keine Zahlen und Fakten gehört.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier, deswegen muss ich dies so deutlich sagen, ziehen die Vorschläge von CDU und F.D.P. leider in die falsche Richtung.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Reinhard Kahl (SPD):

Ich danke, Herr Präsident, ich komme zu meinem letzten Satz. - Wir fordern die Landesregierung auf, durch eine konstruktive Haltung diese Chance für die Bundesrepublik Deutschland, für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für das Land Hessen nicht zu verspielen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege von Hunnius für die Fraktion der F.D.P.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wo ist denn die CDU bei ihrem eigenen Setzpunkt? -
Weitere Zurufe)

Roland von Hunnius (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir Ihre Aufmerksamkeit vielleicht für 15 Minuten hier nach vorne lenken könnten, wäre das kein Fehler. Dann wären vielleicht noch mehr Leute da.

Der Gesetzentwurf der Berliner Regierungsfractionen für eine so genannte Reform der Unternehmensbesteuerung nennt vier Probleme - Sie sehen also, ich habe ihn gelesen; weil Sie sagen, ich hätte ihn nicht gelesen -: erstens Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, zweitens nachhaltige Förderung von Wachstum und Beschäftigung, drittens mehr Steuergerechtigkeit, Transparenz und Planungssicherheit im Steuersystem und viertens deutliche und solide finanzierte Steuerentlastungen für Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die positive Nachricht vorweg: Auch die F.D.P.-Fraktion im Hessischen Landtag teilt diese Zielsetzung voll und ganz.

(Beifall bei der SPD)

Die von der früheren Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag verabschiedete und im Bundesrat blockierte

Steuerreform erfüllte diese Anforderungen in vollem Umfang. Sie war erstens an dem Grundsatz orientiert, Leistungsanreize zu schaffen, statt Leistung zu bestrafen. Zweitens sollte dies durch geringe Steuersätze zu einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit mit dem Effekt eines stärkeren Steueraufkommens führen. Drittens sollte sie ein erster großer Schritt in Richtung auf eine Vereinfachung des Steuersystems sein.

Diese Steuerreform mit dem einfachen System von drei Steuersätzen und einer deutlichen Senkung des Spitzensteuersatzes durfte nicht Wirklichkeit werden, weil der selbst ernannte Weltökonom Oskar Lafontaine damals fand, dass es seiner Partei am besten täte, wenn diese Steuerreform abgelehnt würde.

(Michael Boddenberg (CDU): Herr Struck hätte aber gerne mitgemacht!)

- Herr Struck würde gern mitmachen, aber durfte es auch nur einmal äußern, dann bekam er einen Maulkorb verpasst vom Herrn Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler. Aber Recht hat er damit natürlich gehabt.

Inzwischen ist Lafontaine selbst auf breiter Front gescheitert. Die Nennung seines Namens weckt bei der SPD schon Aggressionen, ich weiß das; deswegen geschieht das ab und zu.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Aber nein!)

Lafontaine ist gegangen, aber geblieben ist die ideologische Beschränktheit à la SPD, die seit Jahren und noch viele Jahre hindurch überlegt, ob sie sich zur Gewerkschaftsfunktionärspartei zurück oder zur Fortschrittspartei fortentwickeln will.

(Lachen des Abg. Hartmut Holzapfel (SPD))

Nur so ist zu erklären, dass eine deutliche Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer wider jeden wirtschaftlichen Sachverstand zum Tabu erklärt wurde. Und nur so ist es zu erklären, dass die so genannte Reform eine deutliche und sachlich völlig ungerechtfertigte Bevorzugung von Großunternehmen gegenüber dem Mittelstand beinhaltet. Das ist nämlich die Wahrheit, meine Damen und Herren. Die Kapitalgesellschaft ist immer noch ganz überwiegend die Rechtsform größerer Unternehmen, das Einzelpersonnenunternehmen ist die Rechtsform von kleineren Unternehmen. Offenbar vermutet die SPD bei großen Unternehmen vom Typ Holzmann AG potenzielle Wähler, währenddessen sie in mittleren und kleinen Unternehmen eher Sympathisanten von F.D.P. und CDU befürchtet.

(Widerspruch bei der SPD)

Das mag ja alles sein. Nur, diese Differenzierung zwischen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften hat neben vielen anderen Problemen auch eines, weil vorhin von Steuerschlupflöchern gesprochen wurde: Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition im Hessischen Landtag, wenn wir realistisch sehen, wie sich ein Unternehmen verhalten wird, das feststellt, Unternehmen werden anders besteuert, wenn sie Kapitalgesellschaften sind, als wenn sie Personengesellschaften sind, dann werden die Gewinne dort anfallen, wo die Steuerbelastung gering ist, und die Verluste dort, wo die Steuer hoch ist. Also haben Sie mit dieser Reform ein neues Steuerschlupfloch aufgemacht - willentlich. Wir sehen es, Sie wollen es, Sie wollen ein neues Schlupfloch haben. Eichel, der Schlupflochauftreiber.

(Heiterkeit und Zurufe: Hoi! - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In das Kapitel Ideologie gehört auch die Einteilung von Einkommen in gute und böse. Die nach den moralischen Vorstellungen der SPD guten Einkommen werden geringer besteuert als die von der SPD kritisch beurteilten bösen Einkommen. Ähnlich verhält es sich mit Unternehmensgewinnen. Da gibt es ebenfalls gute - das sind Unternehmensgewinne, die im Unternehmen verbleiben - und böse, die entnommen werden. Dabei wird offenbar unterstellt, dass Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, automatisch investiert werden, und Gewinne, die aus dem Unternehmen entnommen werden, den Wirtschaftskreislauf irgendwo verlassen, im Nirwana verschwinden.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht ganz abwegig, vielleicht in Spenden!)

- Wenn Sie sagen, das sei nicht abwegig, dann will ich Ihnen einmal einen kleinen Ausschnitt aus einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zitieren.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das sind möglicherweise etwas geschultere Experten als die Mitglieder der SPD-Fraktion dieses Landtages. Hier heißt es - ich zitiere wörtlich -:

Grundsätzlich ist anzumerken, dass dem Reformpaket eine vernünftige Zielsetzung fehlt. Einbehaltene Gewinne werden als volkswirtschaftlich nützlich eingestuft, weil sie mit Investitionen gleichgesetzt werden. Ausgeschüttete Gewinne scheinen dagegen als schädlich angesehen zu werden, weil sie mit Konsum gleichgesetzt werden. Einbehaltene Gewinne müssen aber keineswegs Investitionen in Sachanlagen entsprechen. Gewinnausschüttungen können investiert werden. Es ist ökonomisch unsinnig, Unternehmen anders besteuern zu wollen als Unternehmer und abhängig Beschäftigte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

So viel zum Zitat des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Nun mögen Sie denen sagen, sie hätten keine Ahnung von ihrem Geschäft. Aber ich hoffe, Sie sagen das nicht, sondern Sie sehen diesen Fehler der Reform ein.

Besonders gewagt ist die Berechnung des angeblichen Entlastungseffektes bei der Lohn- und Einkommensteuer. Arbeitnehmer mittleren Einkommens werden von der so genannten kalten Progression erfasst. Auch wenn ihr Einkommen nur um die Inflationsrate steigt, also real im Zeitverlauf konstant bleibt, steigt die Grenzsteuer. Alfred Boss vom Institut für Weltwirtschaft hat im "Handelsblatt" Folgendes ausgeführt:

Die Grenzbelastung des Einkommens des ledigen Facharbeiters betrug 1998 vor allen Steuerreformen der rot-grünen Regierung 29,2%. Von jeder zusätzlich verdienten Mark kassierte damals noch Theo Waigel gut 29 Pfennig. 2005 wird der typische Facharbeiter zwar gut 6.000 DM mehr verdienen. Zugleich aber wird er einer Grenzsteuerbelastung von 31,6% unterliegen.

Die Grenzsteuerbelastung steigt. Hier wird also Leistung bestraft. Wenn Sie sich vorstellen, dass er - oh Schreck - nicht nur den Inflationsausgleich mehr verdient, sondern tatsächlich einen echten Zuwachs im Einkommen zu verbuchen hat, dann wird er noch stärker bestraft. Je mehr er leistet, umso stärker wird er bestraft. Das ist Ihre Steuerreform.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Norbert Schmitt (SPD): Ach du lieber Gott! Das ist ein lächerlicher Vergleich! Ein völlig unsolider Vergleich!)

- Was heißt "lieber Gott"? Herr Kollege Schmitt, nennen Sie uns die Argumente, die nicht stimmen. Kommen Sie hierher und rechnen Sie uns vor, dass dies nicht stimmt.

Unsolide ist die Rechnung von Herrn Eichel, weil er nämlich die Steuersätze von heute mit den fiktiven Einkommen von morgen vergleicht und meint, es habe keiner irgendeine Steigerung zu erwarten. Das ist unsolide. Ein solches Steuergeschenk kann ich auch versprechen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Trick ist: Der Bundesfinanzminister vergleicht die Steuerlast auf einen bestimmten Betrag von heute mit der Last auf den gleichen Betrag in fünf Jahren. Das ist unseriös.

(Norbert Schmitt (SPD): Natürlich muss man das tun!)

Das ist eine Sache, die man im zweiten Semester VWL lernt. Aber das war ihm nicht vergönnt.

Nachbesserung ist angesagt - so, wie es bei allen Gesetzesvorhaben der Berliner Regierungsmehrheit bisher der Fall war. Deswegen darf ich Ihnen einmal ein Beispiel dafür vorführen, wie aus einem verfehlten System nicht nur Bürokratie, sondern Bürokratismus wird. Da das Ziel einer rechtsformneutralen Unternehmensbesteuerung durch das gewählte System verfehlt wurde, beeilte man sich, eine Korrektur vorzunehmen. Von der Einkommensteuerschuld - Herr Kollege Kahl hat es dargelegt - der Personenunternehmen darf künftig pauschaliert die Gewerbesteuer abgezogen werden, die zugleich als Betriebsausgabe den steuerpflichtigen Ertrag mindert. Dies führt zu dem paradoxen Ergebnis, dass Bund und Länder einen bedeutenden Teil der Gewerbesteuer tragen. Trotz der Korrektur zahlen künftig immer noch 5% der Personenunternehmen mehr als vorher. Diesen Unternehmen bietet Berlin nach dem Optionsmodell an, sich wie eine Körperschaft behandeln zu lassen. Das hingegen kann sich auf die Erbschaftsteuer negativ auswirken. Das ist also auch wieder eine Rechnung, die nicht aufgehen wird.

Durch die Verrechnung der Gewerbesteuer vermindert sich die Einkommensteuer, die wiederum Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer ist. Berechtigterweise haben jetzt die Kirchen eingewandt, dass sie befürchten, nicht genügend Einnahmen zu haben, um ihre Ausgaben decken zu können. Wie reagiert Rot-Grün? - Mit der Nachbesserung der nachgebesserten Nachbesserung in Form eines Gesetzentwurfes, der regelt, welche Steuerrechtsänderungen für die Kirchensteuer gelten und welche nicht. Das ist die Vereinfachung, die Sie hier lautstark proklamieren.

Wenn wir von Vereinfachung sprechen, dann darf ich einmal aus dem berühmten Gesetzentwurf vom 15.02.2000 einen einzigen Paragraphen ausschnittsweise zitieren. Es geht um § 45 b, Erstattung von Kapitalertragsteuer aufgrund von Sammelanträgen, Abs. 1:

Wird in den Fällen des § 44 b Abs. 1 der Antrag auf Erstattung von Kapitalertragsteuer in Vertretung des Anteilseigners durch ein inländisches Kreditinstitut oder durch eine inländische Zweigniederlassung eines der in § 53 b Abs. 1 oder 7 des Gesetzes über das Kreditwesen genannten Institute oder Unternehmen gestellt, so kann von der Übersendung des Freistellungsauftrages nach § 44 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, der Nichtveranlagungsbescheinigung nach § 44 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 oder der Bescheinigung nach § 44 a Abs. 5 sowie der Steuerbescheinigung nach

§ 45 a Abs. 2 oder 3 abgesehen werden, wenn das inländische Kreditinstitut oder die inländische Zweigniederlassung eines der in § 53 b Abs. 1 oder 7 des Gesetzes über das Kreditwesen genannten Institute oder Unternehmen versichert, dass ...

Das ist die Klarheit der Steuerreform, die Sie hier anstreben. So kommen wir sicher nicht zu dem Zustand, dass irgendjemand einmal seine Einkommensteuererklärung allein machen kann. Ich bin fest davon überzeugt.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Die so genannte Steuerreform von Rot-Grün ist völlig verkorkst. Es hagelt Kritik von Christine Scheel, die, Herr Kollege Müller, meistens das Richtige sagt, aber nur ganz selten das Richtige im Deutschen Bundestag tut,

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

über die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern, den BDI, die Steuerberater bis zur Fachpresse.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

- Was ist los? Aber dann hören Sie sich doch einmal die Interviews an, in denen sie Nachbesserungen verlangen. Frau Scheel hat sich z. B. dafür eingesetzt, kleine Unternehmen zu bevorzugen. Damit ist sie nicht durchgekommen. Gestern Abend war sie im Fernsehen. Ich hoffe, Sie haben es gesehen.

Deshalb fordern die Fraktionen von F.D.P. und CDU in ihrem Antrag die Landesregierung auf, sich für eine Reform an Haupt und Gliedern einzusetzen. Das Prinzip ist ganz einfach. Das Prinzip lautet: mehr Netto für alle.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nur noch Netto für alle wäre noch besser!)

Dieses klare und sympathische Prinzip soll in einem möglichst stark vereinfachten Steuerrecht umgesetzt werden. Der Entwurf der Koalitionsfraktionen nennt in der Einleitung die Probleme. Sie treffen alle zu. Aber er zieht aus diesen Problemen nicht die richtigen Konsequenzen.

(Zuruf von der SPD: Nach Ihrer Ansicht!)

SPD und GRÜNE spitzen den Mund, aber sie pfeifen nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn einerseits der Spitzensatz für die Einkommensteuer gesenkt wird - das ist zwar nicht nennenswert, aber immerhin muss man dazu Hurra sagen -, gleichzeitig aber bereits das 1,5-Fache des Durchschnittseinkommens ausreicht, um von dem Spitzensteuersatz erfasst zu werden, hat dies mit Leistungsanreiz überhaupt nichts mehr zu tun. Wenn die Spitze für den maximalen Steuersatz bereits dann gegeben ist, wenn ich 1,5-mal so viel verdiene wie der Durchschnitt, dann ist das keine Spitze. Das ist ganz einfach Abkassieren à la Rot-Grün und sonst gar nichts.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Zuruf von der SPD)

Die Eckpunkte für eine Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient, hatte Kollege Lortz genannt. Sie sind im Antrag nachzulesen. Ich brauche sie nicht im Einzelnen aufzuführen. Ich würde mir wünschen, dass Sie sie sich zu Eigen machen könnten. Noch ist es nicht zu spät, diese Reform zumindest partiell zu verändern. Ich hoffe sehr darauf, dass das Land Hessen über den Bundesrat Einfluss nehmen wird, und ich hoffe auf die Einsicht derer, die versuchen, wirtschaftlich zu denken, wie Ministerpräsident Clement. Ich hoffe, dass die Länder, die von CDU und

F.D.P. regiert sind, mit diesem Kampf nicht allein stehen. Es wäre schön, wenn auch Sie Ihre Bevorzugung von Großunternehmen aufgeben könnten und sich zu einer leistungsorientierten Steuergesetzgebung hinwenden könnten, die den Mittelstand fördert, Arbeitsplätze bringt und Ausbildungsplätze schafft.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Die Regierungsmehrheit in Berlin bevorzugt es offensichtlich, so muss ich sagen, bemooste ideologische Vorurteile von Altgenossen zu bedienen, statt die Weichen der Steuerpolitik auf Innovation und Wachstum zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich und erteile Herrn Kollegen Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich die Redebeiträge, insbesondere von Herrn Lortz und Herrn von Hunnius, zusammenfassen, dann muss ich sagen: Ich bin sehr optimistisch, dass es im Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat zu einer schnellen Einigung bei der Steuerreform, die dieses Land bitter nötig hat, kommen wird. Die Argumente, die Sie gebracht haben, weisen darauf hin, dass auch Sie anerkennen, dass die Bundesrepublik, nachdem in den letzten Jahren unter Ihrer Verantwortung wenig bis gar nichts passiert ist, dringend eine große Steuerreform braucht und dass die jetzt vorgelegten Grundzüge auch von Ihnen anerkannt werden und Ihre Verbesserungsvorschläge im Einzelnen verhandelbar sind.

Allerdings in einem Punkt nicht, Herr Kollege Lortz. Es geht nicht, dass Sie eine Steuerreform vorschlagen, deren Finanzierung auf Pump geschehen muss. Das kann nicht sein. Ich hatte mich vorhin auch zu einer Zwischenfrage bei Ihnen gemeldet, weil Sie gesagt haben, die Mobilfunklizenzen sollen erstens zur Schuldentilgung verwendet werden - ich begrüße, dass die CDU endlich eine vernünftige Position gefunden hat -, und zweitens sollen sie zur Finanzierung von Steuereinnahmeausfällen in der Steuerreform dienen. Das geht nicht. Einmalige Erlöse können bestenfalls einmal verwendet und nicht, wie Sie das vorgeschlagen haben, dauerhaft auf die Finanzierung der Steuerreform umgerechnet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das führt dazu, dass die ohnehin zu hohe Verschuldung des Bundes noch weiter ins Unermessliche steigt. Aber, wie gesagt, ich bin sehr optimistisch, dass die vernünftige Steuerreform im Vermittlungsverfahren eine Mehrheit findet.

Ich werde Ihnen an einer Stelle Recht geben, wo auch ich Optimierungsbedarf bei der Steuerreform sehe, nämlich bei den Veräußerungsgewinnen. Ich halte es nicht für richtig, dass abhängig von der Rechtsform der veräußernden Gesellschaft und abhängig von der Rechtsform der veräußerten Gesellschaft Spreizungen zwischen 0 und 38% eintreten. Das halte ich für falsch. Für noch falscher halte ich es allerdings, wie es im Augenblick ist, dass beides mit über 50 Prozentpunkten besteuert wird. Dazu werde ich noch kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir uns aber mit der jetzigen Steuerreform beschäftigen - meine Vorredner haben die Grundzüge schon im Wesentlichen zutreffend geschildert -, will ich doch einmal kurz benennen, warum wir eine solche Steuerreform brauchen. Das kann ich an fünf Punkten machen.

Erstens. Die alte Bundesregierung hat auch durch eine falsche Steuer- und Wirtschaftspolitik eine Arbeitslosigkeit von fast 5 Millionen hinterlassen. Wir brauchen eine Steuerreform, um das zu beseitigen.

Zweitens. Der Schuldenberg der alten Bundesregierung lag bei 1,6 Billionen DM. Es muss Schluss sein mit weiteren Schulden. Die Bundesregierung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, im Jahre 2006 einen Bundeshaushalt ohne Nettoverschuldung vorzulegen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, und ich bin sicher, Hans Eichel und die Koalitionsfraktionen werden das auch erreichen.

Drittens. Wir haben in der Bundesrepublik eine viel zu hohe Abgabenleistung, auch verursacht - Herr Kollege Lortz, Sie nicken - durch CDU und F.D.P. Wenn man betrachtet, dass 1998 - das letzte Jahr Ihrer Regierung - die Durchschnittsbelastung eines Alleinverdienerehepaars mit zwei Kindern bei 32% lag, wenn man das gleiche Einkommen jetzt für die Steuerreform zugrunde legt und feststellt, dass die Steuer- und Abgabenbelastung auf 29,5% verringert wird, dann zeigt das, dass die Politik der rot-grünen Bundesregierung in die richtige Richtung führt.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Sie entlastet vorrangig untere und mittlere Einkommen. Sie schafft weiterhin Nachfrage durch Steuerentlastung; denn die Steuerreform wird nicht auf Pump finanziert. Man kann berechnen, dass damit ein wirtschaftlicher Impuls von 0,3 bis 0,4 Prozentpunkten zusätzlichen Wachstums geschaffen wird, insbesondere durch die Nachfrage bei unteren und mittleren Einkommen. Ein wunderbares Ziel, das Sie eigentlich voll und ganz teilen sollten.

Ich will an dieser Stelle noch einmal die Mehrwertsteuerdebatte aufmachen. Sie haben auch gesagt: keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wie hieß denn jene unglückselige Bundesministerin - Claudia Nolte, mittlerweile weiß ich es -, die kurz vor der Bundestagswahl angekündigt hat: "Unsere Steuerreform von CDU und F.D.P. ist nur durch Erhöhung der indirekten Steuern zu finanzieren"?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

2 Prozentpunkte Mehrwertsteuererhöhung - das war doch das Ziel, das Sie gehabt haben. Ich habe es mir noch einmal aus meinen Unterlagen herausgesucht. Die Könige der Mehrwertsteuererhöhung sitzen ja in CDU und F.D.P.: 1983 zu Beginn Ihrer Regierung 14 Prozentpunkte Mehrwertsteuer, 1997 zur Vermeidung der weiteren Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge Erhöhung auf 16 Prozentpunkte.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Sie hatten vor, die Mehrwertsteuer auf 18 Prozentpunkte zur Finanzierung Ihrer Steuerreform zu erhöhen. Das war die Steuererhöhung, die Sie jahrelang durchgeführt haben. Wir gehen jetzt den umgekehrten Weg einer sozial gerechten Entlastung bei den Steuern, und wir setzen natürlich auch in einem weiten Bereich auf die so genannte Selbstfinanzierung dieser Steuerreform. Anders geht das nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es gibt einen vierten Punkt, den ich Ihnen nicht vorenthalten will. Sie haben den Familien in der Bundesrepublik Deutschland durch Ihre unsoziale Familienpolitik insbesondere bei den Steuern jährlich 20 Milliarden DM vorenthalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es war die rot-grüne Koalition, die durch die Erhöhung des Freibetrages und des Kindergeldes den Familien den ihnen rechtlich zustehenden finanziellen Ausgleich gegeben hat. Wir haben also bisher große Anstrengungen unternommen.

Den letzten Punkt will ich Ihnen auch nicht ersparen. Unter Ihrem Steuersystem war von Steuergerechtigkeit doch keine Rede mehr. Der Hessische Rechnungshof hat in einer Untersuchung des bundesdeutschen Steuersystems aus dem Jahre 1997 festgestellt:

Eine weiter gehende Analyse hat aufgezeigt, dass knapp 3.000 Steuerpflichtige mit durchschnittlichen Einkünften von rund 480.000 DM

- also weit über dem Durchschnittseinkommen und eher CDU und F.D.P. zuzurechnen -

eine durchschnittliche Einkommensteuerzahllast von nur etwa 50.000 DM zu erbringen hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist eine durchschnittliche Steuerbelastung von 8%. Jemand verdient eine halbe Million DM und zahlt einen durchschnittlichen Steuersatz - legal wegen der vielen Abschreibungsmöglichkeiten - von 8%.

(Zuruf von der CDU: Was hat er denn mit den Abschreibungen gemacht?)

Im Vergleich dazu sei angemerkt, dass der Eingangstarif bei der Einkommensteuer damals bei 22,9% lag und dass die besagte Belastung von 8% schon erreicht wurde, wenn Sie als Lediger ein steuerpflichtiges Einkommen von unter 10.000 DM ausgewiesen haben. Nichts war also mit Steuergerechtigkeit. Dies alles wird durch die jetzt vorgelegten Gesetzentwürfe zur Steuerreform geändert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir können also mit der Entlastung von 45 Milliarden DM im Jahr 2001 - das wird sich aufbauen auf eine steuerliche Entlastung von 75 Milliarden DM im Jahre 2005 - insgesamt zufrieden sein, vor allem dann, wenn wir betrachten, welche steuerlichen Maßnahmen wir umgesetzt haben. Ich sage ganz offen: Ich als GRÜNER bin auch sehr stolz darauf, dass die neuen abgesenkten Steuersätze auf das bündnisgrüne Steuerreformkonzept aus dem Jahr 1997 zurückgehen. Bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 1998 war es uns noch nicht gelungen, diese niedrigen Steuersätze umzusetzen. Jetzt sind wir einen Schritt weiter. Das ist doch insgesamt ein großer Erfolg, und das sollten auch Sie von CDU und F.D.P. einmal so sehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Eingangssteuertarif wird im Jahr 2005 auf 15% gesenkt werden. Da will ich Sie noch einmal daran erinnern, was CDU und F.D.P. 1996 gemacht haben, im Jahressteuergesetz 1996. Damals wurde der Eingangssteuertarif von CDU und F.D.P. von 19,5 auf 25,9% erhöht. Was berechtigt Sie eigentlich heute, sich hierhin zu stellen und unsere beabsichtigte Senkung auf 15% im Jahre 2005 zu kritisieren?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie haben den unteren und mittleren Einkommen im Jahre 1996 eine erhöhte Belastung zugemutet, die wir jetzt nicht nur zurücknehmen, sondern die wir weit unterschreiten. Mit 15% Eingangssteuersatz und den entsprechenden Freibeträgen kommen wir so weit, dass wir sagen können: Unser Steuertarif ist sozial ausgewogen. Damit erfüllen wir ein Versprechen, das SPD und GRÜNE im Rahmen des Bundestagswahlkampfes verkündet haben. Ich will noch einmal daran erinnern, dass meiner Meinung nach der Regierungswechsel in Berlin hauptsächlich darauf zurückzuführen war, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land den Eindruck hatten, CDU und F.D.P. sind überhaupt nicht mehr in der Lage, eine gerechte Steuerreform durchzuführen und sich dem Thema soziale Gerechtigkeit zu stellen.

(Zuruf von der CDU: Dann kam Oskar!)

Damit Sie mir auch glauben, was unser wunderschönes Steuerreformkonzept insbesondere bei der Entlastung der unteren und mittleren Einkommen bewirken wird, haben wir einmal zusammengestellt, wie sich die Steuerersparnis relativ gesehen zwischen den unterschiedlichen Einkommensklassen verteilen wird. Wir haben aufgelöst, wie sich das im Jahr 2001 im Vergleich zum Jahr 2000 bei den Einkommen von 20.000 bis 40.000 DM, gestaffelt bis hin zu den Einkommen von 500.000 bis zu 1 Million DM Jahreseinkommen - das haben wir auch für CDU und F.D.P. gemacht -, relativ auswirkt. Die relative Steuerentlastung ist bei den Einkommen zwischen 20.000 und 40.000 DM etwa viermal so hoch wie bei den Einkommensmillionären. Damit erfüllen wir ein Versprechen, das wir gegeben haben, indem wir sagten, die unteren und mittleren Einkommen müssen relativ gesehen stärker entlastet werden als die oberen Einkommen.

Sehr geehrter Herr Lortz, ich verrate allerdings kein Geheimnis, dass natürlich Einkommensmillionäre absolut gesehen von dieser Steuerreform - leistungsabhängig, wie Sie so gerne sagen - noch mehr profitieren als die unteren Einkommen. Aber der Aspekt der steuerlichen Gerechtigkeit ist in unserem Konzept so verankert, dass es keine seriöse Kritik an diesem Konzept mehr geben kann. Da passt einfach alles.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich will auch nicht verhehlen, dass ich mir bei den Fragen "Progressionsverlauf" und "Wann muss der Spitzensteuersatz von 45% gezahlt werden?" auch vorstellen könnte, dass man einen anderen Verlauf einbaut und etwa den Spitzensteuersatz bei 110.000 oder 120.000 DM beginnen lässt, um einen etwas flacheren Anstieg der Progression zu erreichen.

Das würde allerdings voraussetzen, dass man eine vernünftige Gegenfinanzierung findet. Diese kann meines Erachtens nur darin bestehen, dass weitere Steuervergünstigungen gestrichen werden. Ich bin einmal gespannt, ob im Vermittlungsverfahren von der CDU und der F.D.P. entsprechende Finanzierungsvorschläge kommen.

Ich sage hier ganz deutlich: Es geht nicht, dass man nach dem F.D.P.-Modell "Mehr Netto für alle" - da frage ich: warum seid ihr eigentlich so inkonsequent, warum fordert ihr nicht, dass das Brutto gleich dem Netto sein soll, gar keine Steuern mehr? - die Staatsverschuldung weiter vorantreibt. Ich weiß, dass sich dem einen oder anderen Mitglied der CDU bei solch unseriösen Forderungen der F.D.P. die Faust in der Tasche ballt und der Gedanke hochkommt:

Die F.D.P. hat uns schon früher daran gehindert, eine vernünftige Steuerpolitik zu machen. - Für dieses Empfinden habe ich vollstes Verständnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir können also über Verbesserungen reden, wenn ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorgelegt wird. Herr Lortz, eine Frage von mir hätte sein können, wie Sie vorschlagen, die veränderte Progression gegenzufinanzieren. Wir GRÜNE haben gesagt: Das sind noch einmal 5 bis 7 Milliarden DM an Mindereinnahmen. Deshalb muss man legale Steuerschlupflöcher schließen. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, um im Vermittlungsverfahren zueinander zu kommen.

Ich will auf einen zweiten Bereich zu sprechen kommen, auf die Unternehmenssteuerreform. Auch hier wurden die Fakten im Wesentlichen schon genannt. Ich denke, dass wir bei der Unternehmenssteuerreform an zwei Punkten Optimierungsbedarf haben. Ich halte die Richtung insgesamt für richtig. Ich denke, dass wir mit den neuen Steuersätzen von 38% - Körperschaftsteuer in einer Art definitiver Abgeltung plus zusätzliche Gewerbesteuer - international wettbewerbsfähig sind. Ich bin der Auffassung, dass auch große Unternehmen, die in Form einer Kapitalgesellschaft organisiert sind, ihren finanziellen Beitrag zur Sicherung des Standorts Bundesrepublik Deutschland leisten müssen. Die großen Unternehmen können nicht immer nur nach besseren Schulen und Hochschulen schreien, gleichzeitig aber sagen, am liebsten wollten sie gar keine Steuern zahlen. Das passt nicht zusammen. Ich denke, mit dem neuen Körperschaftsteuersatz haben wir die richtige Richtung vorgegeben. Das wird sich auch durchsetzen.

Bei den Personengesellschaften eröffnen wir Optionen. Davon werden zwar nicht sehr viele Gebrauch machen, trotzdem handelt es sich um Wahlmöglichkeiten. Warum sollte man dagegen sein? Durch Veränderungen im Steuerrecht für Personengesellschaft lassen wir in Kombination mit der Senkung des Einkommensteuertarifs gerade dem Mittelstand eine erhebliche Unterstützung zukommen.

Aus dem Internet habe ich einer Modellrechnung des Bundesfinanzministeriums entnommen, dass ein verheirateter Unternehmer im Jahre 2005 mehr als 400.000 DM Jahresgewinn erwirtschaften muss, um eine 38-prozentige Steuerbelastung seines Einkommens zu erreichen. Mehr als zwei Drittel der deutschen Unternehmen erzielen zurzeit aber einen zu versteuernden Gewinn unterhalb der Gewerbesteuerfreigrenze, also von weniger als 48.000 DM im Jahr. Das zeigt, dass der Steuersatz von 38% von nur wenigen Unternehmern erreicht werden wird. Ich sage: Wer 400.000 DM persönlich zu versteuerndes Einkommen hat, kann diesen Steuersatz auch bezahlen. Das ist nur gerecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Für verbesserungsbedürftig - um das vorsichtig auszudrücken - halte ich die Frage der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Ich halte die jetzige Situation für nicht gut. Wenn im Augenblick eine Kapitalgesellschaft oder eine Personengesellschaft eine andere Gesellschaft verkauft, dann muss sie zwischen 52 und 54% an Steuern zahlen. Diese Regelung ist ein Überbleibsel von CDU und F.D.P. Das passt einfach nicht mehr in die Landschaft. Wer wirtschaftliche Dynamik will, muss auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Veräußerungen getätigt werden können und die Wirtschaft sich neu sortiert, sodass

Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum entstehen. Die zurzeit geltenden Steuersätze, die wir von Ihnen geerbt haben, passen hierfür nicht.

Für verbesserungsbedürftig erachte ich die Differenzierung, die im Gesetzentwurf vorgesehen ist. Ich halte es, um das ganz deutlich zu sagen, für nicht richtig, dass der Steuersatz beim Verkauf einer Kapitalgesellschaft durch eine Kapitalgesellschaft auf 0% gesenkt wird, während eine Personengesellschaft, die eine Personengesellschaft verkauft, einen Steuersatz von 45% zu tragen hat. Ich glaube, dass das Vermittlungsverfahren auch dazu dienen kann, hier einen Verbesserungsvorschlag zu machen. Einen solchen Vorschlag sehe ich bereits angelegt. Es gibt einen Vorschlag, der seinen Ursprung in der CSU nimmt - also aus Ihrer Gegend, Herr Lortz, aus der Gegend von Froschhausen - -

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. - Der aus Ihrer Gegend kommende Vorschlag sieht eine Verknüpfung von steuerfreien Investitionsrücklagen bei Veräußerungsgewinnen mit dem von uns in anderen Bereichen eingeführten Halbeinkünfteverfahren vor. Das könnte dazu führen, dass wir die Unternehmen bei Veräußerungsgewinnen insgesamt entlasten, dass wir aber zu einer gleichmäßigen rechtsformunabhängigen steuerlichen Belastung kommen. Für mich persönlich und für die GRÜNEN im Hessischen Landtag wäre dies ein Ziel der Vermittlungsbemühungen im Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat.

Lassen Sie uns versuchen, zu vernünftigen niedrigen Steuersätzen bei Veräußerungsgewinnen zu kommen, die rechtsformunabhängig sind und die sich in einer Größenordnung zwischen 19% und 22,5% einpendeln. Dieses Modell - Verknüpfung des Halbeinkünfteverfahrens mit einer steuerfreien Investitionsrücklage - würde ich auch bei der Veräußerung von Personengesellschaften vorschlagen, wenn der Verkauf deshalb erfolgt, weil der Inhaber in Rente geht. Auch hier ließe sich eine Variante finden, um zu einer vernünftigen Besteuerung zu kommen, vernünftige Freibeträge festzulegen und rechtsformunabhängig die Steuersätze so abzusenken, dass damit die gewünschte Dynamik und Flexibilität im Steuerwesen und damit in unserem Wirtschaftsleben durchgesetzt werden. Wir hätten gleichzeitig den Vorteil, dass die Steuerreform solide finanziert würde.

Mein letzter Satz: Die rot-grüne Koalition in Berlin hat im Bereich der Haushaltskonsolidierung und im Bereich der Steuern seriöse, finanzierbare und mit wirtschaftlicher Dynamik ausgestattete Vorstellungen zu Papier gebracht. Von den F.D.P.-Vorstellungen halte ich nichts, aber auch gar nichts.

Präsident Klaus Peter Möller:

Schlusswort, bitte.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ist der letzte Satz, Herr Präsident. - Das sind Luftschlösser, die nicht finanziert werden können. Mein Appell geht an die Hessische Landesregierung, Herr Ministerpräsident Koch, fahren Sie im Vermittlungsausschuss keinen

Blockadekurs. Nehmen Sie die Anregungen auf. Auch Hessen ist darauf angewiesen - letzter Halbsatz, Herr Präsident - ,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir eine finanzierbare Steuerreform durchführen, die den Bürgerinnen und Bürgern Gutes tut und das Land Hessen in keine weitere Schuldenkrise stürzt. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Nur weil jetzt der Herr Ministerpräsident spricht, dem die verfassungsmäßige Redezeit zusteht, konnte ich so großzügig sein.

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eine Vielzahl von steuerpolitischen Debatten, auch in diesem Hause, erlebt. Jeder neigt dazu - auch ich muss mich hier disziplinieren -, immer wieder dort anzufangen, wo er das letzte Mal aufgehört hat.

Ich will deshalb vorab sagen: Die Landesregierung teilt - was Sie nicht verwundern wird - die Einschätzung, die aus dem Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. hervorgeht. Es ist mir aber wichtig, Sie in einige Elemente der Diskussion, die in den nächsten Wochen im Zusammenhang mit dem Vermittlungsverfahren eine Rolle spielen werden, einzuführen.

Ich will allerdings darauf hinweisen - weil das sowohl vom Kollegen Kahl als auch vom Kollegen Müller angesprochen worden ist und weil wir dafür nur das Kurzzeitgedächtnis aktivieren müssen -, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmer dieses Landes schon heute wesentlich niedrigere Steuersätze zahlen müssten, wenn nicht der damalige Hessische Ministerpräsident und heutige Finanzminister mit seiner Stimme im Bundesrat die Beschlüsse des Deutschen Bundestages zur Steuerreform zu Fall gebracht hätte.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich räume ein, dass es nach der letzten Steuerreform im Jahre 1987 notwendig und richtig gewesen wäre, eine Tarifentlastung in allen Bereichen einzuführen. Ich gebe Ihnen sogar zu, dass spätestens im Jahre 1996/97 ein weiterer Schritt in Richtung Steuerreform hätte erfolgen müssen. Einen solchen Schritt hat der Bundestag auch beschlossen. Nur: Den haben Sie mit Ihrer damaligen Mehrheit im Hessischen Landtag über den Bundesrat zu Fall gebracht. Darauf sollten Sie das Ausmaß Ihrer Krokodilstränen reduzieren, wenn Sie hier anmahnen, dass endlich etwas getan wird.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Zweitens. Der Herr Kollege Eichel und die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag haben es jetzt zum zweiten Mal nach den entsprechenden Erfahrungen im Dezember für richtig gehalten, das Gesetzgebungsverfahren, das die Bundesregierung und die Regierungsfaktionen eingeleitet haben, so zu gestalten, dass die Gestaltungsmehrheit im Bundesrat und die Mehr-

heit im Deutschen Bundestag im Verlauf dieses Verfahrens keine Gespräche über Kompromisse führen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie Fragen zu, in dem Fall von Herrn Clauss?

Roland Koch, Ministerpräsident:

Gleich, ich sage noch zwei Sätze. - Es hat keine Gespräche gegeben. Dies bedeutet, dass nunmehr am morgigen Tag der Deutsche Bundestag in dritter Lesung ein Gesetz beschließen wird, von dem bei den vorhandenen Ausgangspositionen jedermann sicher weiß, dass es jedenfalls so nicht in Kraft treten wird.

Wer jetzt sagt, es müsse schnell gehen, muss wissen: Wir könnten viel weiter sein, wenn wir in den letzten zwei oder drei Monaten die Gespräche geführt hätten, von denen jeder weiß, dass wir sie in den nächsten drei Monaten führen werden. Wir sind zu diesen Gesprächen bereit. Es kann aber keiner erwarten, dass Gesetzgebungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat nach der Methode "Hund friss oder stirb" gemacht werden.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Deswegen gibt es keine Blockade, aber Wahrnehmung von Interessen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Herr Kollege Clauss.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Die CDU war doch gar nicht in der Lage, Gespräche zu führen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Sie lassen Ihren Fraktionsvorsitzenden nicht zu Wort kommen.

Armin Clauss (SPD):

Herr Ministerpräsident, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, und können Sie sich vielleicht noch daran erinnern, dass Sie im Hinblick auf Ihre erste Aussage, die Sie zu Beginn Ihrer Rede getroffen haben, in Ihrem Büchlein "Vision 21", das mit relativ dubiosen Mitteln und Umständen erworben wurde,

(Zurufe von der CDU: Oh! - Unruhe bei der CDU)

genau das Gegenteil gesagt haben, nämlich dass der Bundesfinanzminister nicht die Kraft hatte, eine vernünftige Steuerreform vorzulegen?

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hätte entlassen werden müssen!)

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Kollege Clauss, ich bin dankbar, dass Sie noch einmal darauf hinweisen, dass ich mich dazu ausführlich schriftlich geäußert habe. Ich kann das jedermann nur empfehlen.

(Heiterkeit bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Aussage, die ich dort gemacht habe, entspricht aber genau der von eben.

(Armin Clauss (SPD): Das Gegenteil!)

Ich habe ja bei Herrn Kollegen Müller mit der Bemerkung "spätestens 1996/1997" darauf hingewiesen, dass ich damals der Auffassung war, dass man das durchaus ein, zwei Jahre früher hätte machen können - materiell sicher auch, aber im Wesentlichen deshalb, weil ich glaube, dass Sie mit dem Kurs von Herrn Lafontaine keine drei Jahre Obstruktion überlebt hätten, aber eineinhalb Jahre Obstruktion überleben konnten und auch noch Profit daraus gezogen haben, dass Sie in Deutschland Arbeitsplätze vernichtet haben, ohne eine Steuerreform durchzuführen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das wäre Ihnen über längere Zeit nicht gelungen. In dieser Frage gibt es zwischen Theo Waigel und mir bis heute einen Dissens. Der wird auch bleiben und der wird auch nicht unterdrückt.

(Armin Clauss (SPD): Na bitte!)

- Es ist ja gut, wenn wir es zu Protokoll haben wollen. Ich will nur einmal sagen, dass ich unbeschränkte Redezeit habe.

Herr Kollege Clauss, Sie haben doch selbst kritisiert, dass es nicht noch zwei Jahre vorher gemacht worden ist. Dies als Entschuldigung dafür zu benutzen, dass wir jetzt dafür verantwortlich sind, dass es noch drei Jahre gedauert hat, ist ein bisschen albern. Wir können uns auch so unterhalten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie haben gesagt, Sie haben die Kraft nicht gehabt!)

Aber eigentlich scheint mir das nicht zutreffend zu sein.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben etwas ganz anderes gesagt!)

Ich will im Hessischen Landtag aber etwas dazu vortragen, was uns als Landesregierung in den Gesprächen mit der Bundesregierung und auch mich in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses leiten wird.

Wir haben selbstverständlich anzuerkennen - und das will ich auch so ungeschminkt sagen -, dass die Mehrheit des Deutschen Bundestages natürlich ein Gestaltungsrecht auch in der Steuerpolitik hat und wir nicht einfach so tun können, als gebe es sie nicht. Das heißt, wir wissen, dass wir nicht alle Elemente unserer Vorstellungen von Steuerreform, so wie sie sind, in vollständiger Form in das Gesetz einbringen können. Die Bundesregierung weiß aus den Vorgesprächen, dass wir dies auch respektieren.

Auf der anderen Seite muss die Bundesregierung und müssen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN im Bundestag wissen, dass die CDU und die F.D.P. als Landesregierung in Hessen und, ich denke, viele Kollegen aus diesen politischen Kreisen der Bundesrepublik nicht bereit sein werden, Prinzipien aufzugeben, die wir nach unserer Vorstellung bei Wirtschafts- und Steuerpolitik für elementar halten.

Die Frage wird sein, ob es uns gelingt, in den Verhandlungen die Wünsche der Bundesregierung, die Vorstellungen und diese Prinzipien einigermaßen in Übereinstimmung zu bringen. Ich glaube, dass das prinzipiell möglich ist. Deshalb bin ich durchaus optimistisch, dass man zu einem Ergebnis der Steuerreform kommen kann. Es wird uns aber

Anstrengungen kosten. Die Frage ist: Wo liegen diese Prinzipien? Aus meiner Sicht ist jenseits der Frage der Steuersatzhöhe die entscheidende Fragestellung, ob wir davon abgehen wollen, dass Einkommenserzielungen in diesem Land prinzipiell gleichmäßig besteuert werden, egal aus welchem Grunde das Einkommen erzielt worden ist und wer das Einkommen erzielt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Dies ist ein Grundsatz, der die letzten 50 Jahre des deutschen Steuerrechts - und darüber hinaus - geprägt hat und der in nahezu allen anderen vergleichbaren Industriestaaten bis heute aufrechterhalten worden ist. Dieser Grundsatz wird hier aufgegeben. Er wird aufgegeben aufgrund der richtigen Erkenntnis, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen oder in Deutschland ansässigen Unternehmen mit einem Körperschaftsteuersatz, wie wir ihn zurzeit haben, unmöglich ist.

Aufgrund dessen haben wir Hessen ja vergleichsweise viel Lehrgeld gezahlt: zwischen Aventis und der derzeitigen Debatte über den Sitz der Börse. Das heißt, wir wissen relativ präzise, worüber wir unter dem Gesichtspunkt der Standortbenachteiligung durch das Steuerrecht reden. Dies aufzuheben ist richtig. Es ist richtig, dort langfristig über einen Körperschaftsteuersatz von 25 % nachzudenken.

Die Struktur, diejenigen, die das Land möglicherweise verlassen könnten und deshalb bedrohlich für uns sind, mit einem international wettbewerbsfähigen Steuersatz zu versehen und bei denjenigen, die das Land sicher nicht verlassen können - die mittelständischen Unternehmer, die Arbeitnehmer unterschiedlichen Einkommens -

(Michael Denzin (F.D.P.): So ist es!)

egal wie hoch der Steuersatz ist, weiterhin mit hohen Steuersätzen zu arbeiten, wird auf Dauer zu irrsinnigen Konstruktionen führen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb ist die Frage: Wie kann man den richtigen Ansatz internationaler Wettbewerbsfähigkeit, der sich aus dem Körperschaftsteuersatz definiert, mit einem Steuersystem verbinden, das weiter einheitlich bleibt? Daran führt kein Weg vorbei. Das bedeutet, dass mittelfristig die Steuerspreizung nicht so groß sein darf, dass zwischen dem Körperschaftsteuersatz und dem Einkommensteuersatz 6, 7 oder 8 Prozentpunkte liegen, und dass ich, wenn die Steuern für Unternehmen bei insgesamt 25 % bis 39 % liegen, bei den Personengesellschaften nicht bei 45 % hängen bleiben kann. Das ist das prinzipielle Argument, das auch Herr Kollege Müller noch einmal vorgetragen hat - wobei jede Statistik ihre eigene Qualität hat. Das Argument: "Es gibt eine ganze Menge mittelständischer Unternehmen, die nicht so viel verdienen",

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

ist ein strukturell schwaches, weil ich deren Steuerbelastung auf jedem Niveau trotzdem in einer möglicherweise wettbewerbswidrigen Höhe im Vergleich zu gleicher Einkommenssituation bei der Körperschaftsteuer habe. Man muss ja logisch bleiben. Die Sache ist, egal bei welchem Satz - Herr Müller stimmt zu -, ungleich. Die Ungleichbehandlung bleibt. Da haben auch Frau Scheel und die Kollegen bei den GRÜNEN ein schlechtes Gewissen und denken deshalb im Augenblick über den Progressionssatz nach. Das ist aber unsystematisch, weil es letztlich trotzdem dabei bleibt, dass man in Zukunft ein Unternehmen anders besteuert als jemanden, der in Deutschland etwas als Per-

son unternimmt. Das ist die falsche Botschaft in einer Zeit, in der die Bundesrepublik Deutschland meiner Ansicht nach einen Vorteil - und ich dachte, das sehen die Sozialdemokraten auch so - daraus hat, dass es in diesem Land mehr Personengesellschaften gibt als in jedem anderen Land Europas.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich will das nicht ändern. Wenn das jemand ändern will, dann lohnt sich der Streit. Ich will nicht, dass alle Steuerberater den Handwerksbetrieb und den neuen Betrieb im Dienstleistungsbereich sofort in die GmbH treiben. Ich will nicht, dass jeder, unabhängig von seinen Kapitalbedürfnissen, von vornherein erklärt bekommt, er müsse eine Aktiengesellschaft gründen. Es wird eine ganze Menge Unternehmen geben, die das auf Dauer tun können.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, die persönliche Inanspruchnahme, die Bereitschaft, mit seinem ganzen persönlichem Vermögen hinter seiner unternehmerischer Aktivität zu stehen, sich anzustrengen, auch deshalb, weil es um sein ganzes Vermögen geht, ist doch nichts, was die Qualität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in diesem Lande geschädigt hat, sondern das ist etwas, was unsere Kreativität und Qualität ausmacht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Frage von Herrn Müller zu?

(Ministerpräsident Roland Koch: Eine noch, und dann rede ich durch, weil ich sonst Ärger mit dem Präsidenten bekomme! Herr Müller!)

- Herr Kollege Müller.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Ministerpräsident, wenn Sie aus steuersystematischen und - wie ich herausgehört habe - aus Gerechtigkeitsgründen verlangen, dass der Steuersatz zwischen Kapital- und Personengesellschaften annähernd gleich sein soll: Welche Steuerausfälle prognostizieren Sie bei Ihrem Modell, und welche Form der Gegenfinanzierung würden Sie vorschlagen? Denn es macht meines Erachtens nur Sinn, über Veränderungen zu reden, wenn man die Sache zu Ende denkt und gleichzeitig die Finanzierung sicherstellt.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Wenn Sie so freundlich sind, mir zu erlauben, dass ich die Frage im Anschluss beantworte. Selbstverständlich bedarf die Frage einer Antwort. Sie werden jedenfalls strukturell darauf auch eine Antwort bekommen, wo meines Erachtens Kompromisse liegen könnten.

Erster Grundsatz ist - und das sage ich auch den hier anwesenden Kollegen der Berliner Regierungsmehrheit mit gelassenem Nachdruck - : Ich glaube nicht, dass es eine Steuerreform gibt, die das Prinzip der Gleichmäßigkeit der Besteuerung unterschiedlicher Einkünfte aufgibt.

Es gibt viele Dinge, über die wir streiten können. Es gibt nicht nur einen Prozentsatz, aus dem wir es können. Ich

glaube aber nicht, dass es eine Steuerreform gibt, die dieses Prinzip aufgibt. Daraus folgt, dass man sich ausrechnen kann, wenn man bei 39% bei den einen ist, wo sozusagen Kompromisse liegen können. Richtiger wäre, man fährt das alles auf 35% herunter, so, wie es im Antrag steht. Damit wären wir am Anfang.

Ich beschreibe Ihnen jetzt bewusst einmal, weil es spannend ist: Wo ist das Ende? Wo ist sozusagen auch ein Punkt, an dem man ein Stück weg geht?

Das Zweite ist: Ich denke, dass wir im Vermittlungsausschuss noch einmal sehr ernsthaft darüber reden müssen, ob es wirklich klug ist, dass Unternehmensgewinne, die entnommen werden, schlechter behandelt werden als Unternehmensgewinne, die im Unternehmen verbleiben. Das scheint mir eine weniger ideologische als praktische Frage zu sein.

Man muss nur sehen, die Bundesregierung hat in den letzten eineinhalb Jahren mit der Politik ihrer Gesetzgebung die Möglichkeiten, dass ein Unternehmer, der ein Unternehmen hat, eine neue Idee hat, die er in einem neuen Unternehmen verwirklicht, Kapital, das in dem Unternehmen nicht mehr dringend gebraucht wird, an ein anderes Unternehmen geben kann, an allen Stellen eingeschränkt.

Die Aufgabe von § 6 b in der klassischen Form, die ermöglicht hat, ein Unternehmen zu verkaufen, das Geld zum halben Steuersatz zu haben, um ein neues Unternehmen zu gründen, ist weg. Man muss es inzwischen voll versteuern. Und jetzt machen wir hier eine Regelung, die sozusagen das umkehrt, was wir bisher im Steuerrecht hatten, was sehr hinderlich ist und besagt, wenn er aus seinem einen Unternehmen heraus, wo er vielleicht eine gute Idee gehabt hat - einer Dienstleistung -, eine neue Idee im Felde der Produktion hat, dann zwingen wir ihn, diese beiden Ideen in einem Unternehmen zu machen. Denn wenn er sein Geld nimmt, um ein neues Unternehmen zu gründen, bezahlt er in gigantischem Ausmaß vorher Geld an den Staat, das er nicht bezahlt, wenn er es in einem Unternehmen macht.

Gleichzeitig schreiben wir alle Bücher darüber, dass es sinnvoll ist, mit schnell beweglichen Unternehmen zu arbeiten, Verlegung von Konglomeraten, damit jeweils die Tiefe der Produktion oder die Tiefe des Wissens an einer Stelle ist. Das passt nicht zusammen. Das kostet vergleichsweise wenig. Herr Müller, das ist in erster Linie keine Geldfrage, sondern eine Frage, was man steuersystematisch macht. Da werden wir heftig miteinander ringen.

Sie haben etwas gesagt - und das ist das dritte Prinzip - zu Gleichwertigkeit, Gleichheit von entnommenen und nicht entnommenen Gewinnen und zur Frage der Besteuerung von Beteiligungserlösen. Da haben Sie etwas gesagt, was sehr lieb und kompromissfähig ist; das lasse ich so stehen und widerspreche dem ausdrücklich nicht.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich weiß nicht, ob es "lieb" war!)

Ich sage nur, der Bundesfinanzminister hat eine nicht unbeachtliche Verantwortung übernommen, nebenbei weltweit den Eindruck zu erwecken, wir würden die Veräußerungen von Beteiligungsgesellschaften von Großunternehmen nicht mehr besteuern. Das gibt es in dieser Form in keinem anderen Land der Welt. In allen anderen Ländern der Welt wird der Veräußerungsgewinn aus Beteiligungsgesellschaften versteuert. Die meisten Länder haben noch, was ich neudeutsch Capital-Gains-Tax nenne, also etwas, was sozusagen aus der Versteuerung von Aktienerlösen heraus-

kommt - inzwischen die zweitwichtigste Steuerquelle der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ich glaube nicht, dass das durchzuhalten ist. Wenn man es ein Stück zurücknimmt, was wahrscheinlich im Vermittlungsverfahren erfolgen wird, ist das eine ziemliche Verunsicherung von Menschen, die im Dezember ganz erregt Aktien gekauft haben. Das hätte man sich sparen können. Es wird aber nicht gehen, und es ist hier gesagt worden, dass wir dem, der eine Personengesellschaft hat - und das sind die Leute, die jetzt dabei sind, ihren Handwerksbetrieb zu verkaufen und ihre Altersversorgung zu realisieren, die sie durch Arbeit in ihren Betrieb gesteckt haben und nicht in eine Versicherung oder Eigentumswohnung -, jetzt eine höhere und andere Steuerbelastung zumuten als jemandem, der eine Aktiengesellschaft gegründet hat, eine Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft gegründet hat und sich sein Pensionsversprechen jetzt über seinen Steuergewinn realisiert. Das kann nicht sein.

Deshalb müssen wir an dieser Stelle dazu kommen, dass die Veräußerung von Beteiligungserlösen gleich behandelt wird. Das wird allerdings dazu führen, dass es dann keine Steuerfreiheit bei den Großunternehmen gibt. Herr Clauss, es wird im Vermittlungsausschuss eine interessante Debatte geben. Es ist die Frage, ob Sie sich darauf einlassen könnten - wir alle -, dass wir darüber reden, dass wir ins Gesetz schreiben, dass die Tabelle in einem Abstand von allen zwei oder drei Jahren inflationsbereinigt wird. Ich halte das persönlich für richtig. Es ist nicht so sehr streitig unter den Parteien.

Das würde es uns ersparen, alle drei Jahre wieder über Steuerreform zu reden, weil durch die normale Entstehung von Inflation die Progressionssätze wieder angestiegen sind, was mit der realen Wirtschaftskraft überhaupt nichts zu tun hat. Wir machen dauernd geheime Steuererhöhungen. Wir lamentieren seit 20 Jahren darüber. Es wäre vielleicht gar nicht so falsch, darüber nachzudenken, es zu ändern.

Dritte Bemerkung. Wir müssen selbstverständlich über den Finanzspielraum verhandeln, der dabei besteht. Dieser Finanzspielraum setzt sich aus drei Elementen zusammen: erstens aus dem Element der Einsparungsvolumina, zweitens aus dem Element der Selbstfinanzierungskräfte einer Steuerreform und drittens aus unserer Kraft, die Zwischenphase einer Steuerreform zu finanzieren. Einfach gesagt, ist das das Hauptproblem. Aus meiner Sicht ist die Selbstfinanzierungskraft einer Steuerreform umso höher, je mutiger Sie Steuerreform betreiben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Das heißt, je radikaler Sie Steuern senken, umso mehr Steuern werden Sie am Ende im Staatssäckel haben. Ich räume aber ein, dass das im Jahre drei und vier so ist, und dass es die Jahre eins und zwei gibt, in denen zwar die Vorauszahlungen gekürzt werden, aber noch keine neue Steuern eingehen.

Wir leben in einer Zeit, in der wir das nicht mehr über Schulden finanzieren wollen und - ich füge hinzu, weil das den Willen etwas erleichtert - unter dem Gesichtspunkt der Verpflichtungen auch nicht können, die wir mit dem Vertrag von Maastricht eingegangen sind. Das heißt, unsere Frage muss sein, wie wir über die Steuerreform eine Finanzierung bekommen, sodass sie unter den Elementen Einsparungen, Selbstfinanzierung und Überbrückungszeitraum funktioniert.

Ich will darauf hinweisen, dass aus meiner Sicht die jetzt debattierte Lizenzfrage bei der Fragestellung der Überbrückung des Deltas vom ersten bis zum dritten Jahr eine Rolle spielt. Dort wird sie auch nicht aus den Verhandlungen herauskommen, und zwar in zweierlei Hinsicht. Erstens will ich darauf hinweisen: Nehmen wir einmal an, es wären 120 Milliarden DM - es wird sich erst am Ende zeigen, ob es 120 oder 140 Milliarden DM sind; das ist dann auch egal. Die Länder haben dadurch einen beträchtlichen Steuerausfall, denn selbstverständlich wird das von Unternehmen abgeschrieben, denn wenn einer Mobilcom für 20 Milliarden DM ersteigert, dann schreibt er das kurzfristig ab. Lizenzabschreibungen sind kurzfristige Abschreibungen und nicht langfristige.

(Zurufe von der SPD: Der Bund auch!)

- Natürlich, der Bund auch. - Das bedeutet, wenn sie abgeschrieben werden - wir nehmen einmal einen durchschnittlichen Steuersatz von 40% nach der Steuerreform -, dann reden wir über Steuerausfälle von 40 Milliarden DM bei Bund und Ländern plus Gewerbesteuer. Also kann man sagen: halbe-halbe. Das heißt, die Länder verlieren etwa 20 Milliarden DM Steuereinnahmen.

Was nicht sein kann, ist - das sage ich auch sehr ruhig, und das werden nicht nur die christlich-demokratischen Länder so sehen -, dass der Bund eine Schuldentilgung vornimmt, indem er einen aperiodischen Steuerabzug in der Größe von 20 Milliarden DM vornimmt. Sehr einfach: Das heißt, wir werden darüber reden müssen, wie möglicherweise im Rahmen der Steuerreform zusätzliche Steuerausfälle der Länder, die diese bei der Steuerreform weniger handlungsfähig machen, bei einer Entschuldungsaktion des Bundes nicht stattfinden.

Aus meiner Sicht würde es sich lohnen, zum Zweiten darüber zu sprechen, ob wir nicht eine Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern für die nächsten sechs oder acht Jahre verabreden können, die ermöglicht, dass die Mittel, die dort frei werden, zunächst einmal eingesetzt werden, um den Bund in die Lage zu versetzen, Bund und Ländern die Überbrückung der zwei Jahre möglich zu machen und dennoch die Summe von 80 Milliarden DM - oder wie viel auch immer dort übrig bleibt - am Ende zur Sanierung von Staatsschulden zu verwenden.

Ich bestreite das Prinzip nicht, dass damit am Ende Schuldentilgung und nicht neue Ausgabenprogramme finanziert werden sollen. Ich denke, es lohnt, einen Augenblick darüber nachzudenken, ob sie zur Überbrückung von Finanzierung und anschließender Schuldentilgung in einer vertraglich vereinbarten Weise zwischen Bund und Ländern eingesetzt werden können. Das würde den Handlungsspielraum der Länder und des Bundes, in einem ersten Schritt schon eine nachhaltige Steuerreform zu machen, schon erheblich erhöhen.

Vierte und letzte Bemerkung. Wir wissen sehr wohl, dass dem Bundesfinanzminister wie den Länderfinanzministern die Bewertung des jeweiligen Risikos nicht leicht fällt. Derzeit plant die Bundesregierung zwei Stufen und Abschluss 2005. Ich sage ausdrücklich - ich habe das bisher nicht öffentlich gesagt -: Ich glaube, dass die volkswirtschaftliche Zukunft zwar an dem Steuersystem, aber nicht an der Frage hängt, ob es zwei oder drei Stufen gibt - zwar an einer möglichst baldigen Stufe, aber nicht an der Frage, ob man alles 2001 oder einen Schritt 2001, und einen Schritt 2002 und ein Schritt 2005 macht.

Das heißt, wenn es Diskussionen über die Frage gibt, wie viel Geld eingesetzt werden muss, dann wird es eine Kom-

promissmöglichkeit auf der Zeitachse geben. Wir müssen diese Möglichkeit des Kompromisses ausloten.

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen.

Erstens. Es bestehen drei prinzipielle Streitpunkte. Dies ist zum einen die Gleichmäßigkeit der Besteuerung unterschiedlicher Einkünfte. Das ist zum anderen die Gleichbehandlung von Gewinnen hinsichtlich der Situation, ob sie im Unternehmen verbleiben oder entnommen werden. Und das ist zum Dritten die Besteuerung von Beteiligungserlösen.

Zweiter Punkt. Wir werden über den Gesichtspunkt zu verhandeln haben, dass sich der Spielraum bei den 50 Milliarden DM plus x, der in der Verhandlung ist - denn es kommt nicht darauf an, ob wir, wie jetzt die Bundesregierung sagt, von 45 Milliarden DM sprechen oder von 50 Milliarden -, auch über die Zeitachse definiert und über die Frage, was in welchem Jahr gemacht wird. Am Ende wird es sich darüber definieren, dass die Bundesregierung sagt, was sie zur Einsparung beitragen kann und ob sie bereit ist, an der Zwischenfinanzierung mitzuwirken. Denn dazu hat nur sie aufgrund der aktuellen Veräußerungen die finanziellen Mittel. Dann haben wir gemeinsam zu definieren, wie mutige Schritte in der Steuerreform zur Selbstfinanzierung beitragen können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wollte damit Folgendes vortragen: Wenn man sich ein bisschen mit der Sache beschäftigt, stellt man fest, dass Möglichkeiten bestehen, die Verständigung zu suchen. Man kann eine Verständigung suchen, die mit den Prinzipien vereinbar ist, die diese Regierung vertritt, ohne dabei die Prinzipien zu verletzen, die die Bundesregierung vorgibt. Wenn aber weiterhin der Weg beschränkt werden wird, der in den letzten Wochen gegangen worden ist, also der, dass man glaubt, man sei so stark, dass man andere nicht fragen muss, dann wird die Debatte über die Steuerreform sehr viel länger dauern, als es der Fall sein müsste. Wir haben ein Interesse daran, dass es zum 01.01.2001 eine sichtbare Steuerreform gibt. Wir haben ein Interesse daran, dass internationale Investoren für die nächsten sechs bis acht Jahre eine berechenbare Steuerpolitik vorfinden, die im Konsens der beiden großen politischen Lager dieser Republik gemacht wurde.

Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben: Wir sind durchaus bereit, uns zu bewegen. Aber das wird Bewegung auf beiden Seiten erfordern. Wir werden die Arbeit des Vermittlungsausschusses abzuwarten haben, um festzustellen, ob dies geschieht. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich. - Das Wort hat noch einmal Herr Abg. Müller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Weitere Zurufe)

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Entschuldigung, ich korrigiere mich. Wenn ihr Brüder und Schwestern mich so herausfordert, dann muss ich natürlich antworten.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat die Linie der Landesregie-

rung für die Gespräche im Vermittlungsausschuss in drei Punkten zusammengefasst.

Erstens sprach er von der Gleichmäßigkeit der Besteuerung der Einkünfte inklusive der Frage der Veräußerungsgewinne. Ich glaube, dass die Linie, die wir heute diskutieren haben, durchaus in der Lage ist, bei diesem Problem zu einem Vermittlungsergebnis zu führen. Das wird nicht ganz auf der Linie des Herrn Koch liegen. Es wird auch nicht ganz auf der Linie des Herrn Eichel liegen. Es wird eher auf der Linie der GRÜNEN liegen, die in den letzten Wochen im Bundestag andiskutiert wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dort kann sich die Linie der Vernunft durchsetzen.

Ich habe allerdings bei zwei anderen Punkten erhebliche Probleme. Deswegen habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

Der eine betrifft die Frage des Spielraums der steuerlichen Entlastung. Man kann es durchaus mit 50 Milliarden DM plus x benennen. Ich habe den Eindruck, dass Sie zum einen dem Vorschlag der F.D.P.-Fraktion des Deutschen Bundestages - nicht der F.D.P.-Fraktion des Hessischen Landtages; sie hat sich dazu nicht geäußert - eine deutliche Absage hinsichtlich ihrer steuerpolitischen Vorstellungen erteilen. Den Spruch: "Mehr Netto für alle kostet 70 Milliarden DM" haben Sie aus meiner Sicht mit der Benennung des Spielraums von 50 Milliarden DM plus x als absurd dargestellt. Das will ich hier ausdrücklich festhalten. Wenn man über 50 Milliarden DM plus x redet, dann muss man Vertreter der F.D.P.-Fraktion des Deutschen Bundestages als seriöse Partner im Vermittlungsausschuss außen vor halten. Ich wundere mich allerdings, warum dpa heute um 14.02 Uhr die Meldung gebracht hat: Die F.D.P. will die Steuerreform im Bundesrat scheitern lassen. - Sie haben also etwas ganz anderes vor, als den angekündigten Weg des Konsenses zu gehen.

(Zuruf)

- Sie können gera noch einmal etwas dazu sagen.

Dritter Punkt. Ich habe bei Ihrer Intervention den Eindruck gewonnen, dass Sie auch von der Frage der Selbstfinanzierung, wie sie von CDU und CSU in der Debatte um die Steuerreform bis gerade eben vertreten worden ist, Abstand genommen haben. Es ist doch vollkommen richtig, dass eine höhere Entlastung als die von 45 Milliarden DM auf der Zeitachse ein großes Problem darstellt. Ich sage ganz offen, dass auch eine Entlastung von 45 Milliarden DM schon ein großes Problem auf der Zeitachse darstellt. Natürlich wird es im Jahre eins und zwei nach der Steuerreform zu keiner Selbstfinanzierung kommen. Die Entlastungen werden sofort greifen, die steuerlichen Nachzahlungen werden wir erst in zwei bis vier Jahren haben. Daraus ergibt sich nicht nur eine riesengroße Herausforderung hinsichtlich der Liquidität. Vielmehr kann das an die Substanz der Länderhaushalte gehen. Wenn Sie jetzt also sagen: "Ich würde gerne die Veräußerungserlöse der Mobilfunklizenzen für eine Zwischenfinanzierung nehmen, in welcher Form auch immer", ohne dabei den Schuldenstand dauerhaft zu erhöhen, also nur für eine Zwischenfinanzierung, dann sagen Sie damit ganz deutlich, dass das Konzept der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags mit dem hohen Selbstfinanzierungseffekt realistischerweise nicht umsetzbar ist. Es ist zumindest dann nicht umsetzbar, wenn wir nicht einen Zwischenkredit in Form von Veräußerungs-

erlösen erhalten, die aufgrund der Veräußerung der Mobilfunklizenzen verzielt werden könnten.

Ich lege für meine Fraktion Wert darauf, noch einmal festzuhalten, dass Ihr Konzept, das der CDU/CSU, den großen Mangel aufweist, dass es in den Jahren eins, zwei und möglicherweise auch drei der Steuerreform nicht zu finanzieren ist. Es kann deswegen ohne zusätzliche Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Als Realpolitiker, der ich bin, muss ich sagen: Dann taugt das Konzept nichts. - Sie hätten als Vertreter der CDU früher sagen müssen: Bei uns ergibt sich auf der Zeitschiene ein Loch von drei Jahren, wo wir keine ausreichende Deckung haben. - Es ist ein Zufall, dass die Mobilfunklizenzen in Großbritannien so teuer bewertet wurden und man in der Bundesrepublik hoffen kann, ähnlich hohe Erlöse zu erreichen. Sie hätten ein Konzept zur Zwischenfinanzierung schon vorher festlegen müssen. Ich will daher noch einmal für die GRÜNEN erklären: Wenn man die Haushaltskonsolidierung und die Steuerpolitik als zwei Eckpfeiler einer verantwortlichen Politik begreift, dann darf man die Haushaltskonsolidierung nicht unabhängig von der Steuerfrage und den Ausfällen bei den Steuereinnahmen diskutieren. - Ob der Verkauf der Mobilfunklizenzen möglicherweise eine Zwischenfinanzierung zulässt, kann ich nicht entscheiden. Das wird anderenorts entschieden werden. Dass aber das Konzept der CDU nicht finanzierbar ist, haben Sie mit Ihrer Rede hier heute deutlich gemacht. Dafür bin ich Ihnen dankbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bevor ich wieder vom Herrn Präsidenten gemahnt werde, möchte ich nur noch Folgendes sagen. Es gibt also durchaus die Möglichkeit - ich finde es richtig, dass wir uns da anstrengen -, auf der Grundlage der vorgelegten Gesetzesnovelle zu einer Einigung zu kommen. Eine solche ist auch erforderlich. Die Länder müssen ihre Interessen auch vertreten. Ich will in meinem letzten Satz noch einmal Folgendes festhalten. Außer dem rot-grünen Steuerkonzept befindet sich im Augenblick auf dem Markt der Bundesrepublik Deutschland kein umsetzbares und finanzierbares Konzept für ein Steuergesetz. Das zeigt, dass es zu unserer Politik keine Alternative gibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Clauss (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache. Es ist vorgeschlagen, den unter Tagesordnungspunkt 26 aufgeführten Antrag dem Haushaltsausschuss zu überweisen. Herr Kollege Grüttner, gilt das auch für den unter Tagesordnungspunkt 30 aufgeführten Antrag? - Gut, dann werden beide dem Haushaltsausschuss überwiesen.

(Stefan Grüttner (CDU): Und der dritte auch!)

- Der dritte soll auch dorthin überwiesen werden.

(Frank Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesordnungspunkt 49!)

Auch der unter Tagesordnungspunkt 49 aufgeführte Dringliche Antrag soll dorthin überwiesen werden. - Gut, alle drei werden dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 9:**

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend rückständige Position der Landesregierung zu erneuerbaren Energien - Drucks. 15/1163 -

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort zur Begründung hat Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir damals unseren Antrag mit dem Betreff: "rückständige Position der Landesregierung zu erneuerbaren Energien" eingebracht haben, konnten wir nicht ahnen, dass kurze Zeit danach Umweltminister Dietzel in einer Regierungserklärung diese rückständige Position offen ansprechen würde.

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit CDU und F.D.P. hier in der Regierungsverantwortung sind, müssen wir feststellen, dass Zukunftspolitik und die erneuerbaren Energien in Hessen keinen Stellenwert mehr haben. Man vernachlässigt dieses Feld sträflich.

Was haben CDU und F.D.P. gemacht, seitdem sie hier in der Regierungsverantwortung sind? Sie haben diese Programme radikal gekürzt, immerhin um 30 Millionen DM. Sie haben die Fördermöglichkeiten für alternative Energien innerhalb von acht Monaten dreimal zusammengestrichen.

Ich denke, es ist ganz wichtig, dass man das auch noch einmal benennt. Vorhin hatte ich ein Gespräch mit Herrn Kollegen Heidel; ihm war es offenbar immer noch nicht bewusst, wo Herr Minister Dietzel jetzt den Rotstift angelegt hat.

Man kann es nämlich im "Staatsanzeiger" nachlesen. Am 16. August 1999 wurden die Photovoltaikanlagen gestoppt. Es gibt dafür keine Förderung mehr. Die Windkraftanlagen wurden aus der Förderung herausgenommen. Am 6. Dezember, quasi als Nikolausgeschenk für die Landwirte, hat man die Förderung der Biogasanlagen, der Holzhackschnitzelfeuerungsanlagen ebenso gestoppt wie die Förderung der solarthermischen Anlagen in Wohngebäuden. Das hat sich dann bis hin zum 17. April fortgesetzt - da konnte man lesen, dass auch die Wärmedämmung an Gebäuden künftig nicht mehr von dieser Regierung finanziert werden wird. Aber nicht, weil sich das Programm nicht bewährt hätte, sondern weil die Nachfrage so groß war, weil es wirklich dazu geführt hat, dass sehr viele Menschen CO₂-Einsparungen und Energieeinsparungen vorgenommen haben. Aber diese Landesregierung war nicht in der Lage, den finanziellen Topf gut auszustatten, sodass auch weiterhin Interessierte in diese Förderung hätten kommen können. Nein, dieses Programm wurde einfach gestoppt.

Meine Damen und Herren, die gute Energiepolitik von Rot-Grün wurde von CDU und F.D.P. bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen. Das ist eine Feststellung, die man so deutlich treffen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter Rot-Grün hatte die Energiepolitik einen hohen Stellenwert, das wissen Sie alle. Wir hatten darüber im Plenum zahlreiche Diskussion. Wir wussten nämlich schon sehr früh, dass CO₂-Einsparungen notwendig sind, und das Land sollte das dazu beitragen, was es tun konnte. Wir haben dafür gesorgt, dass die Fördertöpfe gut gefüllt waren.

Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel nennen, damit man sich auch ein Bild davon machen kann. Seit dem Jahr 1991 bis August 1998 haben wir über 11.000 Förderanträge beschieden. Daraus ist ein Investitionsvolumen von über 1,1 Milliarden DM entstanden. Das bedeutet nicht nur CO₂-Einsparungen, sondern auch Arbeitsplatzert halt, Neuschaffung von Arbeitsplätzen - gerade auch in Handwerk und Gewerbe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dahinter bleiben Sie weit zurück. Ich sehe keinerlei Bemühungen dieser CDU und dieser F.D.P., in dieser Richtung etwas zu unternehmen.

Was aber für mich erkennbar ist, das ist der Rückwärtsgang in der Umweltpolitik. In dieser Regierungserklärung war nichts vorwärts Gerichtetes. Es gab nur Atomkraft huldigung, Atomkraftbeweihräucherung. Die Rede war nicht von den Zukunftstechnologien, die wir GRÜNE uns vorstellen: Wasserstofftechnologie, alternative Energien - von nichts davon war die Rede. Ganz allein das unbelehrbare Festhalten an der Atompolitik war der Inhalt dieser Regierungserklärung. Das halte ich für einen inakzeptablen Zustand, und das ist auch nichts, was man den heutigen Generationen anbieten kann und was die künftige Energieversorgung sichert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, statt Zukunftstechnologien bieten Sie nur dieses Auslaufmodell Kernkraft - unbelehrbar, ich habe das eben schon dargestellt. Am meisten aber hat es mich irritiert, dass Sie kein Wort über das gesagt haben, was uns die Atomkraft immer wieder an negativen Schlagzeilen bringt: kein Wort über die Betriebsstörungen, die zahlreichen Störfälle von Tschernobyl, Tokaimura und Lovisa in Finnland, kein Wort über die gefälschten Begleitscheine, die Belastung bei den Transporten durch Hot Spots - kein Wort über diese gesamte Problematik im Atomkraftbereich.

Meine Damen und Herren, das ist eine Lobhuldigung, die wirklich die besonderen Gefahren der Atomkraft verschweigt.

Insgesamt halte ich das für eine sehr enttäuschende Regierungserklärung. Wir setzen auf diese zukunftssträchtigen Energien. Ich habe es vorhin schon gesagt: Wasserstofftechnologie ist eine Technologie, die für uns eine besondere Bedeutung hat.

Wir müssen feststellen, dass diese CDU nicht nur in Hessen blockiert, sondern wer die Medien verfolgt hat, der konnte auch feststellen, dass sogar im Bundesrat bei der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eine Blockade durch Hessen erfolgte. Meine Damen und Herren, meine grüne Fraktion und ich sind ganz besonders stolz auf dieses Gesetz. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist wirklich ein Meilenstein für eine zukunftsgerichtete Energieversorgung. Es ist - das kann man auch so sagen - die Geburtsurkunde für das Solarzeitalter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen das Erneuerbare-Energien-Gesetz als ein unverzichtbares Element für eine nachhaltige Energienutzung. Sie wissen ganz genau, dass dies wirklich ein Vorwärtsgang in der CO₂-Einsparung und auch in der Sicherung der neuen alternativen Energieerzeugung ist.

Meine Damen und Herren, nicht nur eine kostenorientierte Einspeisevergütung von 13 bis zu 99 Pfennigen bei der Solarenergie, sondern dieses Energieprogramm insgesamt

wird dazu beitragen, dass bis zum Jahr 2005 über 5 Millionen t CO₂ eingespart werden können. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird fördern, dass Biomasse, Windkraftanlagen, Wasserkraft und Solarenergie weitere Markteinführungschancen erhalten. Damit werden auch tatsächlich grüne Ziele umgesetzt. Dazu gehören - und das kann man ja sagen - in Kombination noch das 100.000-Dächer-Solarenergieprogramm sowie das Markteinführungsprogramm, das immerhin mit 1 Milliarde DM ausgestattet wird. Diese drei Komponenten werden zusammen dafür sorgen, dass wir wirklich den Einstieg in eine alternative Energieversorgung bekommen - und damit den Ausstieg aus der Atomkraft.

Die Bundesregierung hat das anspruchsvolle Ziel, den Anteil regenerativer Energieträger bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Ich denke, das ist ein sehr wichtiges Ziel. Dazu, und das sage ich Ihnen ganz deutlich, hätte ich eine stärkere Unterstützung des Landes Hessen erwartet. Das Land Hessen hat im Bundesrat dagegen gestimmt. Damit hat es sich aber ins Abseits gestellt. Sie wissen, dass andere Länder, bei denen die CDU in der Regierungsmitverantwortung steht, dafür gestimmt und ihre Bedenken zurückgestellt haben. Als damals das Stromeinspeisegesetz verabschiedet wurde, hatten wir uns nicht dagegen gesperrt, weil wir es damals als den richtigen Weg angesehen haben. Sie aber konnten nicht über Ihren Schatten springen, Sie mussten im Bundesrat gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz stimmen. Das ist eine rückwärts gewandte Politik, die von uns auf keinen Fall akzeptiert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Markt reagiert doch bereits. Wenn man die Zahlen in den Presseberichten aufmerksam verfolgt, dann kann man feststellen, dass allein bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau im ersten Vierteljahr, von Januar bis März, mehr Anträge eingegangen sind als im gesamten letzten Jahr. Das heißt also, die Nachfrage ist vorhanden.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Das ist kein Wunder!)

Das Potenzial für erneuerbare Energien ist vorhanden, und die Menschen nutzen diese Potenziale auch. Schauen Sie sich doch auch einmal das Lob an, das aus allen Ecken gekommen ist. Dazu zählt die Deutsche Shell AG in Gelsenkirchen. Die haben immerhin das EEG als einen wichtigen Schritt bezeichnet, der die Marktchancen erhöht.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Auch der Solarzellenhersteller ASE in Alzenau hat dies besonders gelobt, insbesondere einen Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für seinen Einsatz. Man hat festgestellt, dass sich dieser Einsatz wirklich lohnt. Der Solarzellenmarkt boomt. Zurzeit wissen auch die Hersteller nicht, wie sie diese große Nachfrage befriedigen können.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Alles auf Kosten des Steuerzahlers!)

Da können Sie noch so sehr schimpfen, Sie wissen ganz genau: Das ist der Weg in die richtige Richtung, nicht aber Ihr Beharren auf der Atompolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur Shell und ASE in Alzenau waren diejenigen, die das EEG gelobt haben. Nein, es ist auch der Verband der kommunalen Unternehmer. Die haben gesehen, dass man die Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu unterstützen versucht, damit die nicht bei der Marktliberalisierung wegbrechen.

(Zurufe der Abg. Dr. Peter Lennert und Frank Gotthardt (CDU))

- Natürlich loben das die Nutznießer. Aber die Nutznießer wissen auch, dass sie auf das richtige Pferd setzen, im Gegensatz zu Ihnen. Sie erkennen nicht die Zeichen der Zeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Sonst hätten Sie doch sehen müssen, dass selbst auf der EU-Ebene der Weg zu den regenerativen Energieträgern schon längst angegangen wurde. Sie wissen doch auch, dass es auf der EU-Ebene Untersuchungen aus dem Jahr 1997 gibt, die sogar sagen, bis zum Jahr 2050 kann der gesamte Energiebedarf - nicht nur der Strombedarf - zu 95% aus alternativen Energien gedeckt werden. Das ist kein Märchen, das ist etwas Realistisches.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Das müssen Sie auch anerkennen, Herr Dr. Lennert. Ich finde es eigentlich sehr schade, dass Sie nicht mit uns den Weg in eine zukunftssträchtige Energiepolitik gehen, sondern immer noch dieses gestrige Denken an den Tag legen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Noch etwas zur EU. Auch Ihnen kann es doch nicht verborgen geblieben sein, dass vor wenigen Tagen die EU einen Richtlinienvorschlag vorgelegt hat. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis zum Jahre 2010 22% des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken.

(Dr. Peter Lennert (CDU): 12%!)

- Nein, 22% ist die Zahl. Daran sehen Sie, wie wichtig auch die EU-Kommission dies nimmt und dass es deswegen auch den Mitgliedstaaten empfohlen wird. Da hat man sehr wohl gesehen, dass diese Möglichkeiten bestehen. Man muss sie einfach ergreifen, und die EU wird das Nötige dazu tun.

Ich sage Ihnen noch dazu: Die ganzen Unkenrufe, die von Ihrer Seite immer gekommen sind, vonseiten der CDU und der F.D.P. - dass möglicherweise das EEG auf EU-Ebene nicht ratifiziert werden kann -, verhallen.

Denn auch dieser Richtlinienvorschlag beinhaltet die freie Ausgestaltung. Auch der Bund kann selbst wählen, welche Möglichkeiten er ergreift. Ich sage Ihnen, der Bund hat die richtige Möglichkeit ergriffen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, ich muss Sie leider unterbrechen. Ihre Redezeit ist schon abgelaufen.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich versuche es kurz zu machen. Ich möchte nur noch wenige Punkte schnell anreißen, gerade weil mir in der gestrigen Debatte wieder aufgefallen ist, mit welchen falschen Argumenten immer wieder vonseiten der CDU operiert wurde.

Meine Damen und Herren, die Atomkraft dient nicht dazu, die CO₂-Einsparungen aufrechtzuerhalten, sondern Atomkraft behindert eine zukunftssträchtige Energie. Das ist längst erwiesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne ein Beispiel. Es gibt eine Untersuchung, eine Studie "Zukunftsfähiges Deutschland 96", eine interessante

Lektüre, die besagt, bis zum Jahr 2010 können 47% CO₂-Minderung und bis zum Jahr 2020 63% CO₂-Minderung eintreten. Diese Szenarien sind ohne AKW. Ihre Arbeitsplatzargumentation von gestern stimmt vorne und hinten nicht.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Ihr letzter Satz bitte. Es ist wirklich schon ziemlich über die Zeit.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich entschuldige mich dafür, aber es folgt jetzt wirklich mein letzter Satz. - Allein die Windkraft hat in den letzten Jahren mehr Arbeitskräfte geschaffen, als die Atomkraft heute bietet. Das sollten Sie sich einmal zu Herzen nehmen. Meine Damen und Herren, verabschieden Sie sich von dieser rückständigen Energie, gehen Sie mit uns in ein neues Zeitalter. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Lennert für die CDU-Fraktion.

Dr. Peter Lennert (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hammann hätte zwar gerne, dass die CDU immer "rückgewandt" ist, um ihre Rede besser zur Geltung zu bringen, aber es ist nicht so.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rückgewandt, ja!)

Die CDU will eine zukunftssichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung. Das steht im Vordergrund. Dies ist mittel- und langfristig nur durch einen Energiemix gewährleistet, bei dem allerdings erneuerbare Energieträger einen immer größeren Anteil liefern müssen. Dies dient der Schonung wertvoller Ressourcen und kann zur Vermeidung umweltbelastender Emissionen beitragen. Dazu hat sich die Weltklimakonferenz in Kyoto zur Verminderung der klimarelevanten Emissionen um rund 5% und die Europäische Union um 8% bis 2012 verpflichtet. Deutschland hat sich verpflichtet, von 1990 bis 2002 25% des CO₂-Ausstoßes zu reduzieren. Wir übernehmen damit bereits den Löwenanteil der in Kyoto vereinbarten Verpflichtungen der EU. Ich will dahingestellt sein lassen, ob das fair und ausgewogen ist. Schließlich stehen wir in einem immer härter werdenden weltweiten Wettbewerb, dem wir uns bei der Globalisierung stellen müssen. Wie immer man dazu steht, Fakt ist - und daran sollten wir immer denken -: Die Zeche zahlen der deutsche Arbeitnehmer und der Bürger.

Auf der anderen Seite allerdings ergeben sich aus der Weiterentwicklung der Technologie zur Nutzung der erneuerbaren Energieträger zukünftige Marktchancen. Wiederholt hat z. B. der Weltenergieat festgestellt, dass der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen über die nächsten 30 Jahre stark wachsen wird. Die Förderung muss daher einen Schwerpunkt bei zukunftsträchtigen Technologien setzen, die dann von deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt angeboten werden können. Das wiederum schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut und richtig! - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Bitte? Warten Sie es ab, hören Sie lieber einmal zu. - Weiterhin trägt erneuerbare Energie zur Diversifizierung des Energiemix und damit zur Versorgungssicherheit bei. Der Einsatz erneuerbarer Energieträger ist also kein Selbstzweck, sondern ist im Sinne der Agenda 21 ständig auf den ökologischen, ökonomischen, sozialen und entwicklungsfähigen Nutzen zu optimieren. Und da ist der Knackpunkt.

Daraus erwächst zunächst die Verpflichtung, den Einstieg in die Nutzung der erneuerbaren Energieträger so preisgünstig wie möglich zu erreichen. In einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft darf es daher keine Dauersubventionen geben. Baldige Marktreife wird somit wichtiges Ziel einer Förderung von erneuerbaren Energien. Nur wenn sich Strom daraus in absehbarer Zeit auf dem liberalisierten Markt behaupten kann, wird er nachhaltig einen Versorgungsbeitrag leisten. Auf Dauer kann es keine staatliche Stütze oder Zwangsabgabe für Strom geben.

Aber genau an dieser Stelle offenbaren sich die Mängel des von Ihnen, Frau Hammann, so hoch gelobten Erneuerbare-Energien-Gesetzes der rot-grünen Bundesregierung. Es wird diesen Grundsätzen nicht gerecht.

Das Gesetz bietet so gut wie keine Anreize zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Es behindert technischen Fortschritt und führt erneuerbare Energie nicht an den Markt heran. Ihre Konkurrenzfähigkeit wird nicht verbessert. Vielmehr werden Dauersubventionen festgeschrieben. Wir von der CDU haben auf diesen Umstand immer wieder hingewiesen und warnen auch jetzt vor den negativen Folgen dieses rot-grünen Gesetzes. Deutschland ist mit einer installierten Windkraftleistung in Rekordzeit zum Windenergieweltmeister geworden. Der Grund dafür war die anfangs bewusst großzügige Förderung. Um diese Förderung nicht zur wirtschaftlich schädlichen Quersubvention ausufern zu lassen, war aber bis dato die Pflicht des Netzbetreibers zur Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energieträgern begrenzt, und zwar auf 5% seines im Netz insgesamt transportierten Stromes.

(Armin Claus (SPD): Sie haben immer versucht, diesen Energieträger lächerlich zu machen!)

Diese Grenze ist in einigen Regionen mit großer Windhöflichkeit bereits erreicht. Aber anstatt nun kritisch zu hinterfragen, ob solche Vergütungen nicht als zu großzügige Geschenke an Subventionsjäger vergeben werden, will die Bundesregierung von SPD und GRÜNEN die 5%-Obergrenze schlicht streichen und die Kosten auf alle Bürger und Stromkunden umlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das rasante Wachstum subventionierter Einspeisung soll also weitergehen. Anstatt die Höhe der Vergütung zu überdenken, gibt es ein zusätzliches Geschenk an die Subventionsjäger. Weil die Einspeisevergütung früher an den Strompreis gekoppelt war, hätten nun die Windmüller oder, besser gesagt, die Windärzte, Windrechtsanwälte oder Windapotheker eine um 4% geringere Vergütung erhalten. Dies wäre ein positiver degressiver Effekt. Stattdessen wird nun eine Vergütung in bisheriger Höhe garantiert, und das ist schädlich.

Der Einstieg à la Rot-Grün in die erneuerbaren Energien ist besonders teuer, unsozial und umweltschädlich. Dies wird besonders deutlich am Einsatz der Photovoltaik, dem so

genannten 100.000-Dächer-Programm. Es ist schlicht ein Irrweg, Strom ins Netz einzuspeisen, der den Verbraucher pro Kilowattstunde 99 Pfennig kostet, aber nur 10 Pfennig wert ist.

(Beifall bei der CDU)

Da wird über die gesamte erwartete Lebensdauer der Kollektoren, also 20 Jahre, eine Technik subventioniert, die keine Chance bietet, im Laufe der Zeit und des Fortschreitens der technischen Entwicklung günstiger zu werden. Ich habe nichts dagegen, wenn man mit einer zu Forschungszwecken definierten Anzahl von Anlagen ein Messprogramm am vorhandenen Stromnetz auflegt. Hier aber ist Fakt, die Anlagentechnik ist bei dieser Anwendung, wie vorgesehen, unwirtschaftlich. Trotzdem baut man 100.000 Anlagen mit denselben Rahmenbedingungen, ohne Aussicht auf eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und ohne Fortschritt in der Technologie über 20 Jahre.

(Beifall bei der CDU)

Dabei haben wir jede Menge Anwendungsmöglichkeiten, wo auch heute schon Photovoltaik wirtschaftlich arbeitet. Es kommt also auf das Wie an. Mit Sicherheit aber arbeiten diese Sachen am Stromnetz nicht wirtschaftlich; am Netz ist dies unsozial. Für diesen Strom zahlen alle Kunden, auch kinderreiche Familien, Rentner, Sozialhilfeempfänger, Schüler und Studenten usw., aber nur wenige kommen in den Genuss der Förderung. Die Nutznießer sind Leute, die in der Regel das nötige Kleingeld für die Investitionen übrig haben

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Peter Lennert (CDU):

oder sonstige Flächen, um die Anlage zu installieren. - Frau Präsidentin, ich komme sonst mit meiner Zeit nicht hin. Aber danach, ja.

Ganz pervers wird es dann, wenn der Nutznießer nicht seinen Solarstrom selbst verbraucht, sondern jede Kilowattstunde Solarstrom ins Netz speist und dafür kassiert, aber auf der anderen Seite seinen gesamten Eigenbedarf aus dem Netz zum üblichen Tarif deckt. Dies ist neben der so genannten Ökosteuer ein weiteres Beispiel unsozialer Energiepolitik à la Rot-Grün.

(Frank Gotthardt (CDU): So sind sie halt! - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber wirklich Unsinn!)

Wenn man dann bewertet, was das 100.000-Dächer-Programm gebracht hat, steht am Ende die Erkenntnis, dass der Ressourcenverbrauch zehnmal größer war als nötig. Das ist umweltschädlich. Die hochgiftigen Abfälle aus den chemischen Prozessen der Produktion der Photovoltaik

(Lachen der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

werden für alle Ewigkeit in Herfa-Neurode im Salzbergwerk vergraben. Übrig bleibt eine Umweltshow mit den rot-grünen Hauptdarstellern, die die Umwelt belastet, unsozial und teuer ist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Mit der lähmenden Droge der Subvention verzichtet die Regierungskoalition in Berlin auf alle Anreize zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz liest sich wie der Fünfjahresplan einer sozialistischen Planwirtschaft à la DDR.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Merken Sie, dass sich der Jubel Ihrer Fraktion überschlägt?)

Für jeden Kraftwerkstyp, Größe und Standorteigenschaft, ist auf Jahre hinaus genau zu entnehmen, was dem Betreiber an Subventionen aus dem Geldbeutel der Bürger garantiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Stromerzeugung aus regenerativen Energieträgern leistet Rot-Grün damit einen Bärendienst.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Langfristig wird dies keinen Bestand haben. Erneuerbare Energien können nicht dauerhaft dem Wettbewerb und schon gar nicht dem Wettbewerb untereinander entzogen werden, wie das durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz geschieht. In unseren Nachbarländern ist man mit der Wirtschaftlichkeit gerade von Windstrom erheblich vorangekommen. Wie wollen Sie, liebe Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eigentlich unseren Nachbarländern die Einspeisungsvergütung auf dem liberalisierten EU-Markt in Deutschland verweigern; wenn sie Strom in deutsche Netze speisen? Bei den hohen deutschen Vergütungen werden sich dänische, holländische und österreichische Angebote bald durch unsere Stromzähler winden.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Erreicht wurden und werden deren Erfolge auf dem Weg zur Marktreife durch wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren. Dabei kommen nur Anbieter zum Zug, die eine bestimmte Kapazität an erneuerbaren Energien am günstigsten bereitstellen können. Das EEG der Schröder-Regierung führt in eine Sackgasse, und zwar sowohl hinsichtlich der Förderung des notwendigen technischen Fortschritts bei den Anlagen zur Energieumwandlung als auch bei der Vermarktung des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern in Deutschland und in der EU.

(Beifall bei der CDU)

Das Gesetz ist daher für den Wirtschaftsstandort Deutschland eher schädlich. Der Einsatz der erneuerbaren Energieträger sollte nicht da erfolgen, wo sie nicht gebraucht werden, beispielsweise am Netz, sondern da, wo sie die beste Alternative in Bezug auf Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit bieten.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Wüste!)

Wir setzen dazu auf umfassende Forschung und Entwicklung wie Modellprojekte, an denen das Zusammenspiel der neuen Technologien auf einen möglichst wirtschaftlichen Betrieb optimiert wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie viel Geld hat denn die Bundesregierung in ihren 16 Jahren zur Verfügung gestellt?)

Der Anschlag zur Marktreife muss dann unter den Bedingungen eines wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens folgen. Hier sind die Steuergelder zukunftsfrüchtiger angelegt. Dies ist nicht nur für Hessen die bessere Energiepolitik.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Schmitt, wenn Sie sagen, wir hätten 16 Jahre nichts gemacht, dann darf ich auf das 1.000-Dächer-Programm verweisen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist Sozialismus! Das haben Sie doch eben gesagt!)

Wissen Sie, was bei dem 1.000-Dächer-Programm herausgekommen ist? - Das war ein Forschungsprojekt. Das wollen Sie jetzt einfach mal 100 nehmen, ohne irgendeinen Fortschritt in der Technologie und der Wirtschaftlichkeit.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist Ihr Ideenreichtum dabei.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist schon deutlich abgelaufen.

Dr. Peter Lennert (CDU):

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Gespensterdebatte!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Pawlik für die SPD-Fraktion.

Siegward Pawlik (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Verknüpfung der Regierungserklärung von Minister Dietzel und der erschreckenden Ausführungen in der Debatte gestern mit dem, was der Kollege Lennert für die CDU-Fraktion hier vorgetragen hat, macht nicht nur deutlich, dass mit dieser CDU für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik kein Staat zu machen ist,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern noch darüber hinaus: Diese Union ist eine Hypothek für jede technologische Entwicklung und für jeden Fortschritt in diese Richtung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist in diesen Tagen ein Zitat des früheren Bundespräsidenten Heinemann in die Finger gekommen, der formuliert hat: "Wer nichts verändert, wird auch das verlieren, was er bewahren will."

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Das heißt im Grunde genommen: Wer an überholten Strukturen festhält, unbeweglich ist, auf Entwicklungen einzugehen, der verspielt die Chance, Zukunft zu gestalten, und er verspielt unter den Bedingungen unseres Landes auch die Chance, über technologische Entwicklung Wettbewerbsvorteile und damit Impulse für Arbeitsplätze zu setzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Dr. Peter Lennert

(CDU): Aber unbeweglich sind Sie doch! Sie haben nichts dazugelernt, gerade bei Förderung!)

Ich will versuchen, uns noch einmal auf eine gemeinsame Ausgangsposition zu bekommen. Deshalb zitiere ich einmal bewusst aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Koch, dem amtierenden Ministerpräsidenten, vom 22. April 1999:

Eine Schlüsselrolle für die Umwelt nimmt die Energiepolitik ein. Wir brauchen einen sparsamen Umgang mit Ressourcen ebenso wie Sicherheit und günstige Energiepreise.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Dabei setzen wir auch auf eine verstärkte Nutzung von alternativen Energien.

(Beifall bei der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Fehlanzeige! Das ist die Unwahrheit!)

So Koch in dieser Regierungserklärung. Mein Eindruck ist nicht nur bei Ihnen, Herr Lennert, sondern auch beim Minister, bei den Staatssekretären und beim Ministerpräsidenten, dass man Dinge verkündet - diesen Satz könnten wir unterschreiben -

(Zuruf von der CDU: Macht es doch!)

aber das Gegenteil macht. Sie machen nichts. Sie machen die Sachen kaputt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Das beweise ich Ihnen. Während der Ministerpräsident damals hier die Regierungserklärung gehalten hat, war man im Haus aus der Direktive im Grunde genommen schon dabei, die Mittel für die regenerativen Energien zusammenzustricken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das taten Sie nicht in Form von strukturellen Veränderungen, sondern indem die Haushaltsansätze von 48 Millionen DM um 30 Millionen DM auf 17,5 Millionen DM zusammengestrichen worden sind.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

In der Zeit seit 1997 war der Schwerpunkt in den letzten 12 bis 15 Monaten, dass sich der Personalbestand in der Energieabteilung halbiert hat.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Was haben die denn gemacht?)

- Sie fragen, was sie gemacht haben. - Wenn ich die Rede des Ministers gestern richtig gehört habe, hat er gesagt, Eckpfeiler seiner Energiepolitik sei die Kernenergie. Herr Dietzel, das haben Sie formuliert. - Sie nicken.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben dann, was mich sehr gewundert hat, ausgeführt: Wer abschaltet, müsse im Grunde genommen Import hereinlassen oder zubauen. Sie verschweigen, dass wir in dieser Republik gegenüber Ende 1997 eine Überkapazität in der Größenordnung von 15.000 Megawatt - je nachdem, mit welchen Reserven man rechnet - und ohne Reserven in der Größenordnung von 40.000 Megawatt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, die Diskussion lautet nicht Import oder Zubau, sondern die Diskussion heute lautet: Wo wird abgestellt, und wo wird in Kaltreserve gefahren?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Biblis A wird mit allen Risiken weiter betrieben, und ein Kohlekraftwerk - meinetwegen das der Main-Kraftwerke in Frankfurt am Main-Höchst - geht in Kaltreserve, und die Leute dort gehen nach Hause. Die Debatte, wie Sie sie führen, Import oder Neubau, ist nicht einmal auf der Höhe der Zeit, was sich aus den Zahlen ergibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten es für notwendig, angesichts der massiven klimatischen Veränderungen, die wir erleben, dessen, was Wissenschaftler uns sagen, was aus unserem menschlichen Handeln an Klimaveränderungen beeinflusst und hervorgehoben wird, dass wir hier über die Energiepolitik - das ist ein zentraler Bereich - unsere Hausaufgaben machen und CO₂-Emissionen sowie andere Treibhauskomponenten deutlich reduzieren. Wir wissen, dass wir die Grundlagen des Lebens sichern müssen und unsere Energiepolitik dem auch entsprechen muss.

Wir wissen, dass die fossilen Energieversorgungsstrukturen anfangen, endlich zu werden, und zwar sehr endlich: 40, 50 Jahre. Alle Beteiligten wissen, irgendwann vorher muss man den schleifenden Schnitt einleiten und in eine andere Energieversorgungsstruktur übergehen. Die Industrie ist interessanterweise massiv an den Themen Wasserstoffenergie und Brennstoffzellen dran.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

In dieser Zeit sagt die hessische CDU: Weiter so, Kraftwerke mit fossiler Energie, und es soll sich nichts ändern. - Dies kann doch keine Zukunftsbeständigkeit haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Herr Lennert und meine Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen, man kann fachlich sicher darüber reden, ob Einspeisevergütung das einzig Wahre, das einzig Seligmachende ist. Oder wäre ein Wettbewerbsmodell besser, das stärker mit Quoten arbeitet und diese in den Wettbewerb bringt? Über diese Dinge kann man reden. Die Union hat als große Partei in der Vergangenheit selbst das Einspeisegesetz entwickelt. Wir Sozialdemokraten haben in der damaligen Oppositionsrolle in Bonn gesagt: Wir wollen eine moderne Technologie, und wir wollen Klimaverantwortung akzentuieren. Wir tragen das mit.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund wirken Ihre Kritik, Ihre Ablehnung im Bundesrat und der Versuch, dies über eine Verweigerungsfront im Deutschen Bundestag scheitern zu lassen, kleinkariert und abstrus, wie aus einer anderen Welt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Peter Lennert (CDU): Sie beschreiten den völlig falschen Weg!)

Herr Lennert, meine Damen und Herren, ich habe fast den Eindruck gehabt, Sie hätten beim Finanzamt schon einen Antrag auf Gemeinnützigkeit gestellt, als Sie beklagt haben, dass über die jetzigen Finanzierungsstrukturen normale Arbeitnehmerfamilien, kinderreiche Familien usw. betroffen seien und dort mitzahlen müssten. Herr Lennert, wir können beide heute Nachmittag noch einen ganz kur-

zen Antrag formulieren. Ich nehme Ihre eigene Formulierung auf. Das Land Hessen und die Landesregierung kassieren bei allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes mit der Grundwasserabgabe weiter die Gebühren ab, in diesem Jahr noch 200 Millionen DM. Aber die Förderung für die Privathaushalte, also für diejenigen, die die Masse des Geldes zahlen, haben Sie gestrichen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Peter Lennert (CDU): Sie haben ein kurzes Gedächtnis!)

Jetzt biete ich Ihnen an, wir formulieren - ich will Sie gar nicht in Gewissensnöte mit Ihrer Partei bringen -: Solange die Grundwasserabgabe erhoben wird, gibt es auch eine Förderung für die privaten Haushalte in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Peter Lennert (CDU): Sie haben die Grundwasserabgabe ausgegeben, bevor Sie sie eingenommen haben! Deswegen können wir nicht zahlen!)

Wenn Ihre Argumentation gegen Berlin richtig sein soll und Glaubwürdigkeit haben soll, müssten Sie mir diesen Satz, so einfach er auch ist, hier unterschreiben.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Das ist ein starkes Stück!)

Meine Damen und Herren, dieses Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein Fortschritt. Es sichert Strukturen. Wenn es mit Ihrer Verweigerung gegangen wäre, wären ganze Strukturen kaputtgegangen. Wer mit den Unternehmen spricht, der weiß, dass diese sagen: Wenn ihr fördert, wenn ihr helft, dann macht es kontinuierlich, auf lange Sicht, zuverlässig, kein Hü und Hott, morgen ja, übermorgen nein und dann wieder gedreht.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Möglichst lange am Tropf des Steuerzahlers!)

Was Sie hier betreiben, ist im Grunde genommen eine Politik, die einseitig - das wurde bei der Rede des Ministers deutlich - auf Kernenergie setzt und das andere als eine lästige Erzeugungskapazität betrachtet, die einem im Wege steht. Das ist mein Resümee aus dem, was Sie hier formuliert haben.

Ich sage noch einmal: Wir haben mit dem Setzen auf regenerative Energien auf deutliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse gesetzt. Wir können einmal in alten Protokollen nachgucken. Sie haben es nie für möglich gehalten, dass Wirtschaftswachstum und Energie entkoppelt werden können. Ihr ganzes Konzept in den Achtzigerjahren bestand doch darin, dass Sie dies für eine blanke Illusion gehalten haben, Herr Dietzel, mit dem Ergebnis der hohen Überkapazitäten, die wir heute noch haben und die wir zum Ende dieses Jahrzehnts hatten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Sie rufen "Quatsch", aber Sie brauchen nur die Protokolle dieses Hauses nachzulesen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir im Frankfurter Osthafen eine Hausmüllverbrennungsanlage für 500.000 t stehen. Wir hätten das Land mit Hausmüllverbrennungsanlagen überzogen. Heute suchen alle Beteiligten, wo sie genügend Futter für diese Öfen herbekommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Peter Lennert (CDU): Wer hat denn die Gesetze dazu gemacht, damit Hausmüll ver-

brannt werden kann? Das waren doch CDU und F.D.P.!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Sieghard Pawlik (SPD):

Bezahlt hätten es wie bei den Überkapazitäten im Energiebereich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Deshalb vielleicht ein Schlusssatz: Windenergie und andere Energien, Energieeinspeisungsgesetz, aber auch die Sicherung der Kraft-Wärme-Kopplung sind nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern wir bekommen durch eine konsequent betriebene Entwicklung und Verantwortung in diesem Bereich auch Entwicklungs- und damit Innovationswettbewerbsvorteile. In diesem Sinne ist eine wohlverstandene, verantwortungsbewusste Klimapolitik ein unverzichtbarer Beitrag für wirtschaftliche Entwicklung und für Zehntausende von Arbeitsplätzen in diesem Lande. Das halten wir für verantwortlich,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das unterscheidet uns allerdings fundamental von Ihnen, die Sie an alten, verkrusteten Strukturen festhalten. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Schmitt (SPD): Das Wirtschaftsministerium ist überhaupt nicht da! Das ist typisch für so eine Debatte!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Heidel spricht für die F.D.P.-Fraktion.

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, die Diskussion hier zeigt, dass sich alle Gedanken darüber machen, wie es mit der Energieversorgung in unserem Lande weitergeht.

Die gestrige Diskussion hat aber auch gezeigt - das stelle ich für F.D.P.-Fraktion noch einmal fest -, dass es derzeit nicht ohne Kernenergie geht. Ich betone: Es geht derzeit nicht ohne Kernenergie. Deshalb sollten wir, wohl wissend, dass wir darauf angewiesen sind, diese Kernenergie auch so lange nutzen, solange wir nicht ohne sie auskommen können. Wenn wir heute über erneuerbare Energien diskutieren, dann wissen wir, es ist ein weiter Weg dahin. Es gibt viele Möglichkeiten - ein großer Teil ist hier schon aufgezeigt worden -, wie man dieses Problem angehen kann und wie man auch unbestritten, Herr Kollege Pawlik, damit Wirtschaftskraft in die Region bringen kann, wie man Innovation stärken kann, wie man hier aber auch dem Ziel von Kyoto betreffend CO₂-Minderung entsprechen kann, wie man der Klimaveränderung und dem Treibhauseffekt entgegenwirken kann.

(Sieghard Pawlik (SPD): Das geht nicht mit der Koalition hier! Da sind wir uns einig!)

Ich denke, uns allen in diesem Hause ist bewusst, dass wir dieses Thema vor diesem Hintergrund so angehen müssen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie tun es doch nicht!)

Nun wollen wir ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Frau Kollegin Hammann hat natürlich - das ist ihr gutes Recht - auf die Erfolge der vergangenen acht Jahre hingewiesen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Erfolge vorzuweisen!)

Ich erinnere mich an das eine oder andere Mal, wo wir in diesem Hause auch über erneuerbare Energien diskutiert haben. Da wurde immer das Fähnchen Windmühlen hochgehängt; denn sonst ist in den Jahren nichts passiert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Unsinn!)

- Gar nichts ist passiert. - Auch über Hessen-Energie oder Hessen-Wind haben wir schon wiederholt diskutiert. Das ist doch eine Krux. Sie hat den Wettbewerb nicht gefördert, sondern ihn behindert. Das wissen Sie, das wissen auch wir. Deshalb müssen wir aus diesem Loch heraus. Wir müssen auch hier den Markt wirken lassen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie versinken in dem Loch!)

Mit jeder Absenkung der Förderhöhe - das ist doch nachvollziehbar; ich habe auch die Gespräche mit den Windanlagenbetreibern geführt - wurden auch die Anlagen preiswerter. Das heißt, es wurde immer einkalkuliert, welche Förderhöhe gerade gegeben war, um dann letztendlich die Kosten bei den Windenergieanlagen rechnen zu können. Das ist also der Punkt, an dem wir ansetzen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie sind doch nur für Agrarsubventionen! Für Energie soll es offenbar keine Subventionen geben! Aber bei den Agrarsubventionen, da rufen Sie jeden Tag, dass es zu wenig ist!)

- Herr Kollege Schmitt, wir wollen es doch nicht übertreiben. Es ist ja gut.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Schmitt, bitte schreien Sie nicht über die Bänke hinweg.

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Über das Erneuerbare-Energien-Gesetz kann man diskutieren. Wir werden aber nicht die Einzigen sein, die darüber diskutieren. EU-Kommissar Monti hat sich dieser Geschichte bereits angenommen. Wir sollten einmal abwarten, was dabei herauskommt, ob die 99-Pfennig-Förderung eine Wettbewerbsverzerrung ist, ja oder nein. Ich habe mir im Landkreis Kassel eine privat betriebene Stromerzeugungsanlage angeschaut. Der Betreiber liefert den Strom für 99 Pfennig pro Kilowattstunde in die Leitung, und für 20 Pfennig pro Kilowattstunde bekommt er ihn zurück. Das ist eine Chuzpe. Da stimmt die Welt nicht mehr. Wir sollten uns doch nichts vormachen. Das ist auf Dauer nicht haltbar.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es soll auch gar nicht auf Dauer sein! Sie sollten sich anschauen, wie das angelegt ist!)

Da kann man eher darüber reden, ob man gewisse Quoten einführt. Ich denke, auch die F.D.P. ist dazu bereit, darüber zu diskutieren, ob wir gewisse Quoten einführen können.

(Beifall bei der F.D.P. - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen offensichtlich das Gesetz nicht, sonst würden Sie anders reden! - Norbert Schmitt (SPD): Nur Milchquoten!)

- Herr Kollege Schmitt, wenn Sie keine Ahnung haben, dann sollten Sie lieber schweigen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir über den Landesbetrieb Forst reden, dann sollten wir auch einmal darüber nachdenken, ob dieser Betrieb nicht in der Lage ist, als Energielieferant, als Komplettversorger bis in die Wohnungen oder in industrielle Anlagen hinein aufzutreten.

(Beifall des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Hierfür gibt es Beispiele. Wir sollten auch darüber diskutieren, ob nicht die Möglichkeit besteht, die Landwirte ein Stück weit zu Energiewirten zu machen. Auch diese Möglichkeit gibt es. Das müssen wir angehen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Warum nehmen Sie dann die Förderung zurück? -

Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Beispiele werden doch in Österreich vorgelebt! -

Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Eben. - Außerdem muss gesagt werden, dass das Land Bayern mittlerweile 100 BHKWs unterschiedlicher Größenordnung hat. Wenn wir zusammenzählen, wie viele BHKWs es in Hessen gibt, dann kommen wir vielleicht auf zehn Stück.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das muss doch an irgendetwas liegen. Wir sollten doch nicht so tun, als sei das alles Gold gewesen.

Heute ist auch noch einmal die Grundwasserabgabe ausgegraben worden.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen Sie denn mit dem Geld? Das hat doch einen realen Hintergrund!)

Das ist eine tolle Sache. Ich meine, in dem Bereich sollten wir uns untereinander politisch gar nicht bekämpfen, denn wir haben im Grunde dasselbe Ziel. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien erhöhen. Wir wollen das aber - das sage ich ganz bewusst - sowohl unter dem Aspekt Ökologie als auch unter dem Aspekt Ökonomie tun. Deshalb ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Bundesregierung keine Grundlage.

Ich meine, wir sollten uns anschauen, wo der Markt etwas regeln kann. Sie haben das Beispiel angesprochen, dass die Firma Shell eine große Solaranlagenfabrik in Gelsenkirchen erstellt hat. Das ist doch ein Ansatz. Die Unternehmen sehen selbst, dass hier eine Chance besteht. Diese Chance vertun wir aber, wenn wir z.B. mit 99 Pfennig pro Kilowattstunde subventionieren. Damit verbauen wir für alle Zukunft die Möglichkeit, dass der Markt hier etwas regelt.

Ich fasse für die F.D.P.-Fraktion zusammen. Es bleibt das Ziel der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien. Dieses Ziel soll ökologisch und ökonomisch sinnvoll erreicht werden.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das erreichen Sie, indem Sie nichts tun

und auf Atomenergie setzen! Das ist eine unglaubliche Begründung!)

- Atomenergie ist ein gutes Stichwort. Damit Sie es verstehen - ich habe es zu Beginn schon einmal gesagt - Für die F.D.P. ist Atomenergie im Moment nicht verzichtbar. Wir müssen aber alles daran setzen, dass die Atomenergie in Zukunft nur noch für die Restversorgung mit Energie eingesetzt wird.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Sie ist Atomenergie auch erneuerbar, so hört sich das an!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Minister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat die Bundesregierung die Chance vertan, dem Energiemarkt des 21. Jahrhunderts einen akzeptablen und zukunftsweisenden Rahmen zu setzen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dieser Meinung stehen Sie allein!)

Mit diesen Regelungen entsteht für die Anbieter kein Anreiz, Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Wenn staatlicherseits unbefristet subventioniert wird, dann haben die Anbieter keine Perspektiven, langfristig am Markt zu bleiben. Jeglicher Anreiz, sich entsprechend zu orientieren, wird herausgenommen.

Es wurde auch die Chance vertan, eine zukunftsgerichtete, umweltfreundliche und verbrauchergünstige Politik in Deutschland zu betreiben. Sie haben sich für das Modell einer Dauersubventionierung entschieden.

Es ist keine Frage, dass die Europäische Union diese marktverzerrende Subventionspolitik außerordentlich kritisch sieht. Herr Monti hat sich zu diesen Fragen bereits geäußert. Von der Europäischen Union wird hinterfragt, ob eine langfristige Vergütung der Windkraft mit 17,5 Pfennig pro Kilowattstunde und der Photovoltaik mit 99 Pfennig pro Kilowattstunde richtig ist, ob es in Ordnung ist, dass keine zeitliche Begrenzung vorgesehen ist, und ob es korrekt ist, dass keine Degression stattfinden soll.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese offenkundigen Mängel im Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir im Bundesrat erkannt. Deshalb hat sich die Hessische Landesregierung im Bundesrat dafür eingesetzt, dieses Gesetz zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und zum Wohl des Umweltschutzes in Übereinstimmung mit europäischen Positionen zu verbessern. Wir haben uns für das Land Hessen ausdrücklich dafür eingesetzt, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien weiter zu fördern und weiterzuentwickeln. Wir fördern in diesem Bereich, weil hier energiewirtschaftliche und rechtliche Veränderungen notwendig sind, um sich dem liberalisierten Energiemarkt anzupassen.

Deswegen müssen die Fördersätze differenzierter und vor allen Dingen stärker degressiv gehalten werden. Damit wird mit Sicherheit eine Überförderung vermieden, und es

entstehen Anreize für Effizienzsteigerungen auch und gerade im Bereich erneuerbarer Energien.

Bei den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ist doch unumstritten - es gibt hierzu auch einen einstimmig gefassten Bundestagsbeschluss -, die regenerativen Energien in den nächsten Jahren, bis zum Jahre 2010, auf einen Anteil von 10% an der gesamten Stromerzeugung zu erhöhen. Das ist meiner Meinung nach auch bei uns zu schaffen, indem man kostengünstig produziert und Anreize dafür schafft, kostengünstig zu produzieren. Dies wird vor allen Dingen zu einer Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland führen. Bei einer steigenden Belastung des Strompreises würde hingegen die Akzeptanz der Fördermaßnahmen in der Bevölkerung schwinden.

Wir müssen aber auch befürchten, dass bei der Wirtschaft, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten muss, Probleme auftreten werden. Ich denke, dass wir gemeinsam mit der Bevölkerung und mit der Wirtschaft den regenerativen Energien auf Dauer einen möglichst großen Anteil an der Stromerzeugung verschaffen können. Die Ökosteuern haben dazu geführt, dass die durch die frühere CDU/F.D.P.-Bundesregierung eingeführte Liberalisierung und damit Entlastung des Energiemarkts bereits ein bedeutendes Stück dahingeschmolzen ist.

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel kann man die Fördermittel nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen. Man muss sich auch Gedanken darüber machen, wie man parallel zur Vergabe von Fördermitteln verstärkt politische Rahmenbedingungen schafft. Die knappen Fördermittel einzusetzen heißt aber auch, dass wir die bestehenden Programme bewusst durchforsten müssen. Wir haben Förderprogramme beendet, deren Förderziele erreicht worden sind. Ich nenne als Beispiel die Windkraftnutzung, die heute auch ohne Förderung wirtschaftlich ist. Eine weitere Förderung wäre sicherlich nur ein Zuckerstück für die Betreiber, um ihr Betriebsergebnis zu versüßen. Da ist aber nicht der Sinn des Einsatzes von Steuermitteln.

Deswegen stellt sich bei der Windenergie auch diese Frage. Wir haben eine Entwicklung, die erfreulich ist, die durch das Energieeinspeisegesetz der alten Bundesregierung gefördert wurde. Heute ist an windhöffigen Standorten ohne direkte Unterstützung mehr Geld zu verdienen als in den ursprünglichen Anlagen, die zu 40 bis 50% gefördert wurden, weil sich die Technik entsprechend weiterentwickelt hat. Wir wollen und müssen darauf politisch reagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns auch Gedanken darüber gemacht, dass wir die Förderprogramme streichen wollen, die durch Bundesprogramme ersetzt worden sind. Anfang 1999 hat die Bundesregierung das 100.000-Dächer-Solarprogramm aufgelegt, sodass wir hier auch dieses Programm angeboten haben und in Hessen nur noch die Restförderung der Anträge haben, die durch das Bundesprogramm nicht gefördert werden: in einer Größenordnung von 3,4 Millionen DM. Denn unserer Meinung nach ist eine doppelte Förderung durch den Bund und durch die Länder nicht gerecht.

Auch im Jahr 2000 haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie wir das Bundesprogramm zur Förderung der Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien bedienen. Die Bereiche, die durch den Bund bedient werden, sind beim Land herausgenommen worden.

Frau Hammann, Sie haben den "Staatsanzeiger" vom 6. Dezember zitiert. Ich denke, Sie hätten dann auch alles vorlesen müssen:

... Vorhaben, die nach dem Bundesprogramm gefördert werden können, mit Wirkung zum 1. Januar 2000 aus der Förderung nach dem Hessischen Energiegesetz herauszunehmen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist doch recht und richtig. Wenn wir ein Bundesprogramm für bestimmte Bereiche haben, warum sollten wir eine zweite Finanzierung des Landes Hessen aufrechterhalten? Ich sehe auch die Größenordnung: Der Bund steckt pro Jahr 200 Millionen DM in dieses Programm, was rein rechnerisch Hessen 15 Millionen einbringen müsste. Daher kann es nicht in unserem Sinn sein, diese Mittel verloren gehen zu lassen, indem wir hessische Programme, die das gleiche Ziel haben und das Gleiche fördern, entgegenseetzen. Deswegen werden ab dem 1. Januar 2001 nur noch solche Vorhaben gefördert, die nach dem Bundesprogramm nicht antragsberechtigt sind. Das sind zugegebenermaßen in großem Umfang Kommunen und ihre Gesellschaften.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Hammann?

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass es andere Bundesländer gibt, die trotz der Bundesförderung ihre eigene Landesförderung weiter aufrechterhalten, weil Sie wissen, dass dadurch CO₂-Minderungsziele schneller erreicht werden können?

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abg. Hammann, ich sehe keinen Sinn darin, Programme, die schon der Bund anbietet, in Hessen zweitzufinanzieren, sondern wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir Dinge anbieten, die der Bund nicht finanziert.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das ist z. B. im öffentlichen Bereich, bei den Kommunen und Schulen der Fall. In diesen Bereichen fördern wir, weil der Bund dort nicht eingestiegen ist.

Sie haben vorhin gesagt, dass bei der Biogasförderung in Hessen nichts mehr läuft. - Wir haben im Haushalt des Jahres 2000 immerhin Mittel in einer Größenordnung von 1,6 Millionen DM ausgewiesen, von denen inzwischen auch schon alles durch Anträge belegt ist. 676.000 DM sind ausgegeben; ein Pilotprojekt wird mit 170.000 DM gefördert. Diese Mittel werden also auch zur Verfügung gestellt, aber in Bereichen, die der Bund seinerseits nicht fördert. Ich denke, das macht auch Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auf Schwerpunkte konzentrieren, indem wir Biomassennutzung oder Solarthermie bei kommunalen Vorhaben unterstützen - wie gesagt, auch in dem Bereich, wo der Bund nicht fördert.

Ich denke, dass wir vor allen Dingen bei Pilot- und Demonstrationsvorhaben in den nächsten Jahren Geld ausgeben sollen und wollen, um diese Bereiche nach vorne zu bringen.

Meine Damen und Herren, Herr Pawlik, Sie sprachen ein interessantes Thema an. Wir sind für erneuerbare Energien anstatt Energieeinsparungsgesetz.

Wir sollten uns tatsächlich einmal über ein Quotenmodell unterhalten. Andere Länder tun das. Europäische Länder wie Dänemark und Holland und auch einige Staaten in den USA praktizieren dies seit einigen Jahren in hervorragender Weise, um noch einen Rest an Marktwirtschaft gerade im Bereich erneuerbarer Energien zu erhalten, indem dort bestimmte Prozentzahlen vorgegeben werden. Heute haben wir z. B. einen Anteil von erneuerbaren Energien von etwa 5,5% auf dem gesamten Markt. Was ficht uns denn an, hier z. B. 7% vorzugeben und die Unternehmen zu beauftragen, dies am Markt entsprechend einzukaufen? Ich denke, dass dies ein Thema ist, über das wir uns in Zukunft auch weiter unterhalten sollten. Ich weiß, dass dies gerade auch heftig diskutiert worden ist. Wenn die Europäische Union bei ihrem Programm aktiv wird, sollte dies auch mit den Berlinern wieder aufgenommen werden. Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir versuchen müssen, die marktwirtschaftlichen Ansätze bei der Energie- und Umweltpolitik nicht aus den Augen zu verlieren.

Weil das gestern auch einige Male angezweifelt wurde: Wenn ich die Energieversorgung in Hessen insgesamt und auch in der Bundesrepublik Deutschland einmal sehe, kann man drei Dinge aufrufen. Erster Punkt: Energieeinsparung. Zweiter Punkt: Effizienzsteigerung.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Warum fördern Sie es denn nicht?)

Dritter Punkt: Energiemix aus erneuerbaren und fossilen Energien und aus Kernkraft. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Schmitt mit fünf Minuten Redezeit.

Norbert Schmitt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit Herrn Minister Dietzel hat eben jemand gesprochen, der keine Ideen für Umwelt entwickelt, sondern dessen ganze Rede davon geprägt war, Ideen, die es gibt, wie erneuerbare Energien marktfähig gemacht werden können, permanent zu zerreden. Hier hat ein Antiumweltminister gesprochen und kein Umweltminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Rede war geprägt von dem Motto: "Geht nicht, so nicht, machen wir nicht, ist zu teuer, macht keinen Sinn." Wenn das die ganzen Argumente und die ganzen Vorhalte von Ihnen sind - auch von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU -, dann ist das wirklich traurig.

Ich nehme einen Punkt heraus: das Einsparungsgesetz. Das neue Energiegesetz ist von Herrn Dietzel eben als marktverzerrend dargestellt worden; die Akzeptanz würde sinken. - Erstens einmal stellen wir fest, dass dieses Programm so erfolgreich läuft, dass es eine riesige Nachfrage

gibt. Das zeigt, glaube ich, welche Akzeptanz in der Bevölkerung gewonnen werden kann und wie viele Leute bereit sind, an dieser Stelle mitzumachen.

(Zurufe der Abg. Frank Gotthardt und Dr. Peter Lennert (CDU))

Jetzt sind wir bei dem nächsten Punkt. Damit erneuerbare Energien auch marktfähig werden, brauchen wir eine Anschubfinanzierung.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau!)

Wir brauchen sie auch, damit die Nachfrage steigt, ähnlich wie beim Automobil oder beim Taschenrechner. Wenn die Nachfrage steigt, werden natürlich auch die Produktionskosten erheblich verringert. Damit wird das Produkt marktfähig. Darauf ist das Programm ausgerichtet. Sie sprechen davon, es sei marktverzerrend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen damit erreichen, dass sich die Solarenergie auch betriebswirtschaftlich - ich bin davon überzeugt, dass sie sich volkswirtschaftlich allemal rechnet - in einigen Jahren rechnen wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Dietzel, wunderschön war Ihre Formulierung auf den Vorwurf von Herrn Pawlik, dass Sie - man höre und staune - die Mittel für Energiesparmaßnahmen und zur Förderung erneuerbarer Energien im Lande Hessen um 30 Millionen gekürzt haben.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich will nur noch einmal sagen, wie Minister Dietzel das eben begründet hat. Er sprach: "Wir haben die Programme durchforstet."

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ja, Herr Minister, es ist von Ihnen bekannt, dass Sie Kahl-schlag betreiben. Das ist anscheinend Ihre Politik, nicht nur im Kellerwald, sondern auch bei der Energiepolitik. Sie sind ein Kahlschlagminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Argument, dass Dinge in dem hessischen Programm enthalten waren, die mittlerweile vom Bund gefördert werden, halte ich wirklich für besonders schwach. Wenn Sie wirklich ein Umweltminister wären, der bereit ist, sich der Thematik erneuerbarer Energien zu stellen, dann hätten Sie gesagt: Das finde ich aber toll, dass der Bund jetzt Programme von Hessen fördert.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir überlegen uns, wie wir in Hessen andere Projekte, die leider nicht vom Bund gefördert werden, neu finanziell fördern.

Ein anderer Punkt. Herr Heidel ist ja immer ein Befürworter, auch der Bauernverband will verstärkt Biogas nutzen. Aber auch dies haben Sie herausgestrichen. Das wäre z. B. ein Punkt gewesen, wo Sie hätten sagen können: Ja gut, da gibt es keine Bundesförderung; wir nehmen die gewonnenen Mittel, die es auf Bundesebene gibt, um sie z. B. dort oder für Energieeinsparungen einzusetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt. Die Hessen-Energie wird von Ihnen zerschlagen. Es war die Landeseinrichtung, die sich bei der Frage der Energieeinsparung ganz hart am Markt bewegt hat. Da gab es übrigens auch in unserer Regierungszeit Streit. Es ist bei uns kritisiert worden, dass die Hessen-Energie exakt betriebswirtschaftlich gerechnet hat

(Norbert Kartmann (CDU): Zwei Minuten!)

und gesagt hat: Wir wollen das Geld auf Heller und Pfennig zurück haben; wir wollen sehen, dass sich das Geld, das wir geben, am Markt auch rechnet. - Aber selbst diese Gesellschaft, die das Geld marktwirtschaftlich und verhältnismäßig schnell - innerhalb von fünf bis zehn Jahren - zurückhaben wollte, die sich am Markt bewährt hat, wollen Sie zerschlagen. Das macht doch deutlich: Es geht Ihnen nicht um eine Politik unter dem Gesichtspunkt erneuerbarer Energie, sondern Ihnen drückt irgendwo der ideologische Kopf.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Es soll alles nur noch auf die Atompolitik ausgerichtet sein. Unter diesen Gesichtspunkten muss ich wirklich sagen: Herr Grüttner, die ideologische Ausrichtung nur noch auf Atompolitik und die Streichung von Mitteln in dem Bereich erneuerbarer Energie werden diesem Land Hessen keinen Fortschritt bringen. Sie sind ein Rückschritt. Leider ist der Wirtschaftsminister bei einer solchen Debatte nicht da. Herr Lennert hat ja Recht,

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

Norbert Schmitt (SPD):

dass natürlich die erneuerbaren Energien eine riesige Exportchance sind. Das Land Hessen wird sich auch daran

bewähren müssen, dass es dort Hilfen geben muss, weil das die Exportschlager für die Zukunft sind. Aber auch da: Fehlanzeige. Ich muss auch nach dieser Rede sagen, Sie haben eine große Chance verpasst, ein Programm darzustellen, das auf erneuerbare Energien gerichtet ist. Auch in diesem Punkt gilt: Kahlschlag und Fehlanzeige bei Minister Dietzel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache. Es ist vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag an den Umweltausschuss zu überweisen. Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe zum Schluss des heutigen Tages

Tagesordnungspunkt 44 auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 15/1206 -

Dazu wurde mir signalisiert, dass die Petition 6878/14 herausgenommen werden soll. - Es besteht Übereinstimmung.

Dann lasse ich über die Beschlussempfehlungen ohne die herausgenommene Petition abstimmen. Wer ist für Annahme der Beschlussempfehlungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann sind die Beschlussempfehlungen einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh.

(Schluss: 18.01 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 19)

Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 19 der Tagesordnung, Drucks. 15/1212, zu Protokoll gegebenes Merkblatt des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:



Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung

Förderprogramme
zur Schaffung
von Ausbildungsplätzen

Stand März 2000

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Herausgeber:

Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung
Kaiser- Friedrich- Ring 75
Referat IV b 4 – Berufliche Erstausbildung, Sonderprogramme -

65185 Wiesbaden

Frau Dowidat: Tel.: 0611/ 815 - 2298 oder Frau Höhme: Tel.: 0611/ 815 – 2385

e-mail: s.dowidat@wirtschaft.hessen.de oder k.hoehme@wirtschaft.hessen.de

Wiesbaden, im März 2000

Vorwort:

Das Ausbildungsplatzangebot in Hessen kann die derzeitige Ausbildungsplatznachfrage nicht in ausreichendem Maße abdecken. Insbesondere lernschwache und sozial benachteiligte Jugendliche finden kaum noch einen geeigneten Ausbildungsplatz. Um diesem Ausbildungsplatzmangel entgegenzuwirken, um Existenzgründerinnen und Existenzgründern bereits in der Startphase die Schaffung von Ausbildungsplätzen zu ermöglichen und um sinnvolle Kooperationen und Verbundlösungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu erleichtern, hat die Hessische Landesregierung Förderprogramme aufgelegt, mit denen neue betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden sollen.

1. Ausbildungsplätze für allein erziehende Mütter unter 27 Jahren

Was ist das Ziel des Programms?

Junge allein erziehende Mütter in Hessen sollen dazu ermutigt und dabei unterstützt werden, eine betriebliche Ausbildung oder Umschulung erfolgreich zu absolvieren. Betriebe sollen darin bestärkt werden, allein erziehende Mütter auszubilden. Die jungen Mütter werden während ihrer Ausbildung von qualifizierten Projektträgern sozialpädagogisch begleitet. Die Projektträger sind auch Ansprechpartner für die Betriebe und Berufsschulen.

Im Rahmen des Gesamtprojekts werden neue Organisationsformen und Teilzeitmodelle in der Berufsausbildung erprobt.

Wer kann Zuschüsse erhalten?

Alleinige Antragsteller sind die Projektträger. Sie geben die Förderung weiter und sind für die zweckentsprechende Verwendung verantwortlich.

Was sind die Förderbedingungen?

Die Projektträger müssen eine Modellkonzeption, sowie einen Ausgaben- und Finanzierungsplan, einschließlich der Zuschüsse für die Auszubildenden und Betriebe, einreichen. Das Jugendamt muss bestätigen, dass die Auszubildende allein erziehende Mutter ist.

Wie hoch ist der Zuschuss?

Betriebe, die Ausbildungsverträge mit hessischen allein erziehenden Müttern unter 27 Jahren abschließen, können einen Zuschuss pro Ausbildungsplatz und -monat in folgender Höhe erhalten:

für die ersten 12 Monate der Ausbildung bis zu 300 DM,
für den 13. bis 24. Monat bis zu 250 DM und
ab dem 25. Monat bis zu 200 DM.

Die Projektträger erhalten einen Zuschuss zu den Kosten der Kinderbetreuung von bis zu 400 DM pro Ausbildungsmonat. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem Träger und der die Kinder betreuenden Stelle.

Die Projektträger erhalten einen Zuschuss zu den modellbedingten Mehrausgaben von bis zu 300 DM pro Ausbildungsplatz und –monat und gegebenenfalls einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Vorlaufphase des Projekts in Höhe von bis zu 9.000 DM.

Wo kann man sich informieren und den Antrag stellen?

InvestitionsBank Hessen AG (IBH),
ESF-Consult Hessen
Abraham-Lincoln-Straße 38 - 42
65189 Wiesbaden

Ansprechpartnerin: Frau Bauer, Tel.: 0611/ 774 - 425, e-mail: bauerpol@hlt.de.

Fördergrundlage:

Grundsätze für die Gewährung von Zuschüssen zur modellhaften Förderung von betrieblichen Ausbildungsplätzen für allein erziehende Mütter unter 27 Jahren vom 29. Februar 2000 (Staatsanzeiger Nr. 11 des Landes Hessen vom 13. März 2000, Seite 856 f.).

2. Ausbildungsverbünde

Was ist das Ziel des Programms?

Viele Betriebe, die nicht alleine ausbilden dürfen, weil Ihnen Voraussetzungen nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Ausbildungsordnung fehlen, würden gerne einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen. Um dieses Ausbildungspotenzial zu nutzen, schließen sich mehrere Betriebe zusammen, um gemeinsam die Ausbildungsvoraussetzungen zu erfüllen

Wer kann Zuschüsse erhalten?

Kleine und mittlere Betriebe der gewerblichen Wirtschaft (KMU), Kammern, Verbände, Verwaltungen und sonstige Träger eines Ausbildungsverbundes, die für die Organisation und Koordination eines Ausbildungsverbundes verantwortlich sind und gemeinsam eine Ausbildung nach dem BBiG bzw. HwO durchführen.

Was sind die Förderbedingungen?

Der Stammbetrieb (Vertragspartner des Jugendlichen) darf nicht alleine ausbilden können. Der Ausbildungsverbund muss sich aus mindestens drei Kooperationspartnern (darunter zwei Betriebe) zusammensetzen. Auch Kommunen oder Kreise können als Stammbetrieb den Ausbildungsvertrag abschließen.

Die Auszubildenden müssen bei Abschluss des Ausbildungsvertrages ihren Hauptwohnsitz in Hessen haben und unter 27 Jahre alt sein.

Wesentliche Teile der betrieblichen Ausbildung müssen außerhalb des Stammbetriebes von einem zweiten Betrieb übernommen werden.

Wie hoch ist der Zuschuss?

Der Zuschuss für die verbundbedingten Mehrkosten der Ausbildung (z.B. Kosten zur Erlangung der Ausbildereignung, Fahrt/Materialkosten) beträgt pro Platz und Jahr:

- bis zu 5.000 DM, jedoch nicht mehr als 15.000 DM je Ausbildungsplatz;
- bis zu 6.600 DM, jedoch nicht mehr als 19.800 DM je Ausbildungsplatz für Berufe, die in den letzten acht Jahren erstmals als anerkannte Ausbildungsberufe entstanden sind.

Wo kann man sich informieren und den Antrag stellen?

InvestitionsBank Hessen AG (IBH),
ESF-Consult Hessen
Abraham-Lincoln-Straße 38 - 42
65189 Wiesbaden

Ansprechpartner: Herr Biedendorf, Tel.: 0611/ 774 - 285, e-mail: biedendorf@hlt.de

Rechtsgrundlage:

Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von Ausbildungsverbänden vom 29. Februar 2000 (Staatsanzeiger Nr. 11 des Landes Hessen vom 13. März 2000, Seite 848 f.).

3. Konkurslehrlingsprogramm

Was ist das Ziel des Programms?

Wenn ein Betrieb in Konkurs geht, stillgelegt oder geschlossen wird, gehen auch Ausbildungsplätze verloren. Nicht alle betroffenen Jugendlichen finden ohne weiteres einen neuen Ausbildungsbetrieb. Das Konkurslehrlingsprogramm will hessischen Jugendlichen unter 27 Jahren in dieser Situation die Fortsetzung und Beendigung ihrer Ausbildung ermöglichen.

Wer kann Zuschüsse erhalten?

Ausbildungsbetriebe, die Jugendliche nach Verlust des Ausbildungsplatzes durch Konkurs oder Stilllegung aufnehmen und die begonnene Ausbildung fortsetzen.

Was sind die Förderbedingungen?

Die Ausbildung muss im vorherigen Ausbildungsbetrieb begonnen worden sein. Das für den neuen Ausbildungsbetrieb zuständige Arbeitsamt muss bescheinigen, dass die Ausbildung ohne den Zuschuss nicht fortgesetzt werden kann. Der Antrag muss spätestens drei Monate nach Übernahme des Auszubildenden eingegangen sein.

Wie hoch ist der Zuschuss?

Der Zuschuss beträgt bei einer Restausbildungsdauer von mehr als sechs Monaten $\frac{2}{3}$ der geleisteten tariflichen Ausbildungsvergütung (ohne Zuschläge) und bei einer Restausbildungsdauer von sechs Monaten und kürzer die gezahlte tarifliche Ausbildungsvergütung in voller Höhe.

Für unter einem Monat liegende Ausbildungszeiten wird pro Kalendertag $\frac{1}{30}$ des monatlichen Zuschussbetrages gewährt.

Wo kann man sich informieren und den Antrag stellen?

Regierungspräsidium Kassel
Dez. 34
Steinweg 6
34117 Kassel

Ansprechpartner: Herr Syring, Tel.: 0561/ 106 - 3422,
e-mail: mail@rpks.hessen.de

Rechtsgrundlage:

Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Fortsetzung der Berufsausbildung von Auszubildenden, die infolge Konkurses oder anderweitig bedingter Stilllegung oder Schließung des Erstausbildungsbetriebes ihre Ausbildung dort nicht beenden können (Konkurslehrlingsprogramm) vom 29. Februar 2000 (Staatsanzeiger Nr. 11 des Landes Hessen vom 13. März 2000, Seite 850 f.).

4. Existenz Gründungsprogramm**Was ist das Ziel des Programms?**

Dieses Programm will neu gegründete Betriebe und Praxen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen finanziell unterstützen.

Wer kann Zuschüsse erhalten?

Inhaberinnen und Inhaber von neu gegründeten kleinen und mittleren Betriebe des Handels, Handwerks, Kleingewerbes, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und der Industrie sowie der Praxen und Büros der freien Berufe. Die Neugründung muss innerhalb der letzten 36 Monate vor Ende der Antragsfrist (31. Oktober des jeweiligen Förderjahres) erfolgt sein. Es muss sich um eine hauptberufliche selbstständige Existenzgründung handeln.

Was sind die Förderbedingungen?

Gefördert werden Ausbildungsverhältnisse mit hessischen Jugendlichen unter 27 Jahren, die noch keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Die Neugründung muss keine erstmalige selbstständige Existenzgründung sein, der Betriebsinhaber/die Betriebsinhaberin darf jedoch innerhalb der letzten fünf Jahre vor der aktuellen Existenzgründung keine hauptberufliche selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben.

Der Förderantrag muss bis zum 31. Oktober des jeweiligen Förderjahres eingegangen sein.

Wie hoch ist der Zuschuss?

Ein Ausbildungsverhältnis wird mit insgesamt bis zu 7.200 DM gefördert. Wenn Mädchen in Berufen ausgebildet werden, in denen der Anteil weiblicher Auszubildender unter 20 Prozent liegt, erhöht sich der Zuschuss auf insgesamt bis zu 9.000 DM pro Ausbildungsverhältnis.

Wo kann man sich informieren und den Antrag stellen?

Regierungspräsidium Kassel,
Dez. 34
Steinweg 6
34117 Kassel

Ansprechpartnerinnen:

für das Gebiet des RP Darmstadt Frau Fischer, Tel.: 0561/ 106 - 3424,
e-mail: mail@rpks.hessen.de

für die sonstigen Gebiete

Frau Graf, Tel.: 0561/ 106 - 3412,
e-mail: mail@rpks.hessen.de

Rechtsgrundlage:

Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen für zusätzliche Ausbildungsverhältnisse im Rahmen von Existenzgründungen in der gewerblichen Wirtschaft und bei freien Berufen (Ausbildungsstellen – Existenzgründungsprogramm vom 29. Februar 2000 (Staatsanzeiger Nr. 11 des Landes Hessen vom 13. März 2000, Seite 851 f.)).

5. Altbewerber/innenprogramm**Was ist das Ziel des Programms?**

Viele Jugendliche haben schon im letzten Jahr oder früher keinen Ausbildungsplatz gefunden. Betriebe, die zusätzlich zu den bereits vorhandenen Auszubildenden junge Menschen aus diesem Personenkreis ausbilden, erhalten dafür einen Zuschuss.

Wer kann Zuschüsse erhalten?

Kleine und mittlere Unternehmen einschließlich Praxen der freien Berufe, nicht auf Gewinn ausgerichtete Organisationen sowie Verwaltungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts (ausser Dienststellen des Landes Hessen).

Was sind die Förderbedingungen?

Gefördert werden Ausbildungsverhältnisse mit hessischen Altbewerbern/innen unter 27 Jahren. Altbewerber/innen sind Jugendliche, die sich bereits im vergangenen Jahr oder früher bei der Arbeitsverwaltung vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, oder die eine im vergangenen Jahr oder früher begonnene Ausbildung abgebrochen haben.

Der Betrieb muss den Durchschnitt der in den drei dem Antragsjahr vorausgegangenen Jahren begründeten Ausbildungsverhältnisse aufrechterhalten und darüber hinaus neue Ausbildungsverhältnisse mit Altbewerbern/innen begründen.

Der Förderantrag muss bis zum 31. Oktober des jeweiligen Förderjahres eingegangen sein.

Wie hoch ist der Zuschuss?

Ein Ausbildungsverhältnis wird mit insgesamt bis zu 9.000 DM gefördert.

Wo kann man sich informieren und den Antrag stellen?

Regierungspräsidium Kassel
Dez. 34
Steinweg 6
34117 Kassel

Frau Graf, Tel.: 0561/ 106 - 3412, e-mail: mail@rpks.hessen.de

Rechtsgrundlage:

Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen für zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber und Altbewerberinnen (Ausbildungsstellen – Altbewerber/innenprogramm) vom 29. Februar 2000 (Staatsanzeiger Nr. 11 des Landes Hessen vom 13. März 2000, Seite 852 f.).

6. Landesbenachteiligtenprogramm

Was ist das Ziel des Programms?

Jugendliche mit intellektuellen oder sozialen Problemen finden oft keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Mit dem Landesbenachteiligtenprogramm werden deshalb für benachteiligte junge Menschen unter 27 Jahren außerbetriebliche Ausbildungsplätze in qualifizierten Einrichtungen gefördert.

Wer kann Zuschüsse erhalten?

Träger von außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen, die im Auftrag eines örtlichen Arbeitsamtes eine Gruppenmaßnahme zur außerbetrieblichen Ausbildung durchführen.

Was sind die Förderbedingungen?

Gefördert werden Ausbildungsverhältnisse mit hessischen Jugendlichen, die nicht betrieblich vermittelbar oder ausbildbar sind. Die Förderung erfolgt analog der Vorschriften der Bundesanstalt für Arbeit zu §§ 235, 240 – 246 SGB III.

Aus dem Landesprogramm werden einzelne Jugendliche gefördert, die in die Maßnahmengruppen der Bundesanstalt für Arbeit aufgenommen werden können, aber nicht alle von der Arbeitsverwaltung geforderten Voraussetzungen erfüllen.

Wie hoch ist der Zuschuss?

Es werden die Ausgaben für die Ausbildungsvergütungen, die Personalausgaben für das Betreuungspersonal und die Sach- und Verwaltungskosten gefördert. Der Zuschuss wird analog der Vorschriften der Bundesanstalt für Arbeit berechnet.

Wo kann man sich informieren und den Antrag stellen?

Berufsberaterinnen und Berufsberater bei den örtlichen Arbeitsämtern

Rechtsgrundlage:

Richtlinie zur Förderung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche (Landesbenachteiligtenprogramm) vom 29. Februar 2000 (Staatsanzeiger Nr. 11 des Landes Hessen vom 13. März 2000, Seite 855).

7. Ausbildungskostenzuschüsse (AKZ)

Was ist das Ziel des Programms?

Jugendliche mit Lern- oder Leistungsproblemen brauchen während der Ausbildung oft besonders intensive Betreuung. Betriebe, die Ausbildungsplätze für diese Jugendlichen bereitstellen, können deshalb einen Zuschuss zu den Ausbildungskosten erhalten.

Wer kann Zuschüsse erhalten?

Geeignete Betriebe, Verwaltungen und sonstige Ausbildungseinrichtungen.

Was sind die Förderbedingungen?

Gefördert werden Ausbildungsverhältnisse mit hessischen Jugendlichen unter 27 Jahren. Das örtliche Arbeitsamt muss die Lernbeeinträchtigung bestätigen und die Wahl des Ausbildungsberufs befürworten.

Die Ausbildungsplätze müssen unter Aufrechterhaltung des durchschnittlichen Ausbildungsplatzbestands der beiden vorangegangenen Jahre bereitgestellt werden.

Der Förderantrag soll spätestens am 20. November des Jahres, in dem die Ausbildung beginnt, gestellt sein.

Wie hoch ist der Zuschuss?

Ein Ausbildungsverhältnis wird mit jährlich 3.600 DM; insgesamt jedoch höchstens 12.600 DM gefördert. Wenn Mädchen in Berufen ausgebildet werden, in denen der Anteil weiblicher Auszubildender unter 20 Prozent liegt, erhöht sich der Zuschuss auf jährlich 4.500 DM, insgesamt jedoch höchstens 15.750 DM.

Wo kann man sich informieren und den Antrag stellen?

Berufsberaterinnen und Berufsberater bei den örtlichen Arbeitsämtern.

Rechtsgrundlage:

Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen für die Berufsausbildung lernbenachteiligter/leistungsbeeinträchtigter jüngerer Bewerber/innen (Ausbildungskostenzuschüsse – AKZ) vom 29. Februar 2000 (Staatsanzeiger Nr. 11 des Landes Hessen vom 13. März 2000, Seite 847 f.).

Und hier noch einmal die Anschriften und Ansprechpartner/innen:

**Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung
Referat IV b 4
Kaiser- Friedrich- Ring 75**

65185 Wiesbaden

Programme 3, 4 und 5:

Frau Dowidat: 0611/ 815 – 2298
e-mail: s.dowidat@wirtschaft.hessen.de

Programme 1,2,6 und 7:

Frau Höhme: 0611/ 815 – 2385
e-mail: k.hoehme@wirtschaft.hessen.de

**Investitionsbank Hessen AG (IBH),
ESF – Consult Hessen,
Abraham- Lincoln- Straße 38-42**

65189 Wiesbaden

Programm 1:

Frau Bauer: 0611/ 774 - 425
e-mail: bauerpol@hlt.de

Programm 2:

Herr Biedendorf: 0611/ 774 - 285
e-mail: biedendorf@hlt.de

**Regierungspräsidium Kassel
Steinweg 6**

34117 Kassel

Programm 3:

Herr Syring, Tel.: 0561/ 106 - 3422
e-mail: mail@rpks.hessen.de

Programm 4:

für das Gebiet des RP Darmstadt
Frau Fischer, Tel.: 0561/ 106 - 3424
e-mail: mail@rpks.hessen.de

für die sonstigen Gebiete und Programm 5:

Frau Graf, Tel.: 0561/ 106 - 3412.
e-mail: mail@rpks.hessen.de

**Landesarbeitsamt Hessen und die jew.
örtlichen Arbeitsämter**

Programme 6 und 7:

Herr Schadt, Tel.:069/ 6670 - 315
e-mail: helge.schadt@arbeitsamt.de